



Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

(nachstehend „Emittentin“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt)

Registrierungsformular

vom 13. Mai 2015

gemäß § 12 Abs. 1 Satz 2 und 3 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“) in Verbindung mit Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 („EU-Prospektverordnung“)

Inhaltsverzeichnis

Risikofaktoren der Emittentin	3
Verantwortliche Personen	6
Wichtige Hinweise.....	6
Rating.....	7
Gesetzlicher Abschlussprüfer	9
Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin	9
Geschäftsüberblick	10
Organisationsstruktur.....	11
Trendinformationen.....	12
Organe der Bank.....	13
Anteilsverhältnisse	20
Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.....	21
Informationen von Seiten Dritter	22
Einsehbare Dokumente	22
Anhang A – Historische Finanzinformationen Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2014	
Anhang AA*: Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale auf Konzernebene	
- Konzernlagebericht.....	AA-1
- Gewinn- und Verlustrechnung	AA-41
- Gesamtergebnisrechnung	AA-42
- Bilanz	AA-43
- Eigenkapitalveränderungsrechnung	AA-45
- Kapitalflussrechnung	AA-46
- Anhang	AA-48
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	AA-142
Anhang AB*: Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	
- Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.....	AB-1
- Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	AB-39
- Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	AB-43
- Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	AB-45
- Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers.....	AB-78
Anhang B* – Historische Finanzinformationen der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	
2013 Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale auf Konzernebene	
- Konzernlagebericht.....	B-1
- Gewinn- und Verlustrechnung	B-66
- Gesamtergebnisrechnung	B-67
- Bilanz	B-68
- Eigenkapitalveränderungsrechnung	B-70
- Kapitalflussrechnung	B-71
- Anhang	B-73
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	B-191
Unterzeichner für die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.....	C1

* Maßgebend im Zusammenhang mit dem Registrierungsformular sind die Seitenzahlen oben in der Mitte.

Risikofaktoren der Emittentin

Potenzielle Anleger sollten die nachfolgend beschriebenen Risikofaktoren sorgfältig prüfen, bevor sie sich zu einem Kauf von Schuldverschreibungen der Emittentin (nachstehend auch „Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“, die „Bank“ oder „Helaba“ oder zusammen mit ihren Tochtergesellschaften auch „Konzern“ genannt) entschließen. Diese Anlageentscheidung sollte jeder Anleger nur auf der Grundlage des gesamten Registrierungsformulars, des entsprechenden Wertpapierprospekts (z.B. eines Basisprospekts), gegebenenfalls der Zusammenfassung und der Endgültigen Bedingungen sowie der etwaigen Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt oder Registrierungsformular treffen.

Anleger sind durch den Erwerb der Schuldverschreibungen den emittentenbezogenen Risikofaktoren ausgesetzt, deren Verwirklichung zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust des für den Erwerb der Schuldverschreibungen eingesetzten Kapitals führen kann.

Alleiniger Schuldner der Schuldverschreibungen ist die Emittentin. Schuldverschreibungsgläubiger können daher sämtliche Zahlungen, die ihnen nach Maßgabe der jeweiligen Emissionsbedingungen zustehen, ausschließlich von der Emittentin verlangen.

Die nachfolgenden Texte enthalten Informationen über Risiken, die die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinsichtlich der Wertpapiere beeinträchtigen könnten. Diese Risikohinweise ersetzen nicht die in einem individuellen Fall vor der Kaufentscheidung gegebenenfalls notwendige Beratung durch den Anlageberater. Potenzielle Investoren sollten vor der Entscheidung für einen Kauf alle in diesem Registrierungsformular, im entsprechenden Wertpapierprospekt (z.B. in einem Basisprospekt), gegebenenfalls in der Zusammenfassung und in den Endgültigen Bedingungen sowie in den etwaigen Nachträgen zum jeweiligen Wertpapierprospekt oder Registrierungsformular enthaltenen Informationen sorgfältig prüfen und berücksichtigen. Eine Anlageentscheidung sollte nicht allein aufgrund dieser Risikohinweise gefällt werden, da die hierin enthaltenen Informationen eine auf die Bedürfnisse, Ziele, Erfahrungen bzw. Kenntnisse und Verhältnisse des Anlegers zugeschnittene Beratung und Aufklärung nicht ersetzen können. Darüber hinaus sollten sich potenzielle Anleger bewusst sein, dass die hier beschriebenen Risikofaktoren gemeinsam auftreten können und sich somit gegenseitig beeinflussen und verstärken können.

Die Helaba hat folgende Risikokategorien identifiziert und definiert:

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des wirtschaftlichen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter.

Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht in den sonstigen genannten Risikokategorien eingebunden ist. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften aufgrund von nachteiligen Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätze, Aktien- und Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie deren Volatilitäten einschließlich zugehöriger Optionsrisiken.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken können bei bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften auftreten.

Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt:

- i) Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können.
- ii) Generell ergeben sich strukturelle Liquiditätsrisiken aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Strukturelle Liquiditätsrisiken entstehen unter anderem, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht.
- iii) Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können.

Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelles Risiko umfasst auch das Rechtsrisiko, das wie folgt definiert ist:

Risiko von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.

Operationelles Risiko umfasst ebenfalls Auslagerungsrisiken und steuerliche Risiken. Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Helaba selbst erbracht würden.

Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.

Geschäftsrisiko

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.

Immobilienrisiko

Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst.

Risiken im Zusammenhang mit gesetzlichen Verfahren und bankaufsichtsrechtlichen Befugnissen in Fällen der Krise eines Kreditinstituts

Die Bankenaufsicht ist berechtigt, einem Kreditinstitut einschränkende Auflagen für seinen Geschäftsbetrieb zu erteilen und sonstige Maßnahmen (bis hin zur Schließung des Kreditinstituts für den Geschäftsverkehr) zu ergreifen, wenn die finanzielle Situation dieses Kreditinstituts Zweifel an der dauerhaften Einhaltung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen aufkommen lässt. Wenngleich derartige bankaufsichtliche Maßnahmen nicht direkt in die Rechte der Gläubiger eingreifen, kann doch die Tatsache der Anwendung einer solchen Maßnahme durch die Bankenaufsicht erhebliche negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Gläubiger des betroffenen Kreditinstituts nach sich ziehen, insbesondere aufgrund eines negativen Einflusses auf die Preise (Kurse) der durch dieses Kreditinstitut begebenen Finanzinstrumente oder auf die Möglichkeit des Kreditinstituts zur eigenen Refinanzierung.

Das Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – SAG) – das die EU-Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) in deutsches Recht umsetzt – kann zur Folge haben, dass nach Maßgabe der Emissionsbedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen geschuldete Zahlungen aufgrund einer Intervention der zuständigen Abwicklungsbehörde in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt oder dauerhaft bis auf Null herabgesetzt werden (sog. Gläubigerbeteiligung). Die Schuldverschreibungsgläubiger haben in diesem Fall keinen Anspruch gegen die Emittentin auf Leistung nach Maßgabe der Emissionsbedingungen. Dieser Fall tritt ein, wenn nach Auffassung der zuständigen Abwicklungsbehörde der Bestand der Emittentin gefährdet und sie ohne eine solche Umwandlung oder Herabsetzung nicht zur Fortführung ihrer Geschäfte in der Lage ist. In diesem Zusammenhang können zum Ausgleich eines bestehenden Mangels an Eigenkapital zunächst Instrumente des Kernkapitals, sodann solche des Ergänzungskapitals und danach auch sogenannte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten – zu denen die Verpflichtungen der Emittentin aus Schuldverschreibungen zählen, die kein Ergänzungskapital der Emittenten darstellen – dauerhaft heruntergeschrieben bzw. in Kernkapitalinstrumente der Emittentin umgewandelt werden. Das Ausmaß, in dem Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen Gegenstand einer Gläubigerbeteiligung werden können, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, die die Emittentin nicht beeinflussen kann. Die Gläubigerbeteiligung kann – außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens – zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger führen, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals. Die Rechte der Inhaber von Pfandbriefen entsprechen im Falle einer Maßnahme nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz denjenigen im Falle der Eröffnung eines förmlichen Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Emittentin.

Am 29. April 2015 hat die Bundesregierung den Regierungsentwurf eines Abwicklungsmechanismusgesetzes (AbwMechG) beschlossen. Dieser sieht unter anderem vor, dass bestimmte unbesicherte nicht-nachrangige Schuldtitel (wie die Schuldverschreibungen) (mit Ausnahme von Schuldtiteln, bei denen die geschuldete Leistung (i) vom Eintritt oder Nichteintritt eines zum Zeitpunkt der Begebung des Schuldtitels noch unsicheren Ereignisses abhängig ist, bei dem es sich nicht lediglich um die Entwicklung eines Referenzzinsatzes handelt, oder (ii) auf andere Weise denn durch Geldzahlung zu erfolgen hat), in der Insolvenz kraft Gesetzes nachrangig sein sollen. Dadurch entfällt auf derartige Schuldtitel in der Insolvenz oder bei einer Maßnahme der Gläubigerbeteiligung ein entsprechend größerer Verlustanteil. Diese Änderung des Insolvenzranges und der Reihenfolge der Gläubigerbeteiligung soll (sofern nicht das

Insolvenzverfahren vor dem 1. Januar 2016 eröffnet wird) rückwirkend erfolgen und würde daher die Schuldverschreibungen betreffen.

Die Schuldverschreibungsgläubiger sollten sich daher jedenfalls bewusst sein, dass ihre Rechte als Gläubiger der Schuldverschreibungen auch außerhalb eines förmlichen Insolvenzverfahrens durch bankaufsichtliche Maßnahmen erheblich beeinträchtigen werden können, bis hin zu einem überwiegenden oder vollständigen Verlust des eingesetzten Kapitals.

Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sind von derartigen Maßnahmen und Verfahren in besonders starkem Maße betroffen. Die mit nachrangigen Schuldverschreibungen aufgenommenen Gelder stellen Ergänzungskapital der Emittentin im Sinne der bankaufsichtlichen Eigenkapitalvorschriften dar und werden als solche bei einer Auflösung, in der Insolvenz sowie im Rahmen von Maßnahmen nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz vor einer Heranziehung sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin zur Verlustdeckung herangezogen. Potentielle Anleger in nachrangige Schuldverschreibungen sollten deshalb beachten, dass sie im Fall einer Krise der Emittentin und damit bereits (weit) vor einer Insolvenz in besonders starkem Maße einem Ausfallrisiko ausgesetzt sein werden und damit rechnen müssen, einen teilweisen oder vollständigen Verlust ihres eingesetzten Kapitals zu erleiden. Es ist zudem auch zu erwarten, dass die Preise (Kurse) nachrangiger Schuldverschreibungen besonders sensitiv auf Änderungen der Bonität beziehungsweise der Ratings im Fall einer Krise der Emittentin reagieren.

Verantwortliche Personen

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (“Helaba”) mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt übernimmt die Verantwortung für den Inhalt des Registrierungsformulars.

Die Helaba erklärt, dass die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

Es wurden keine Personen befugt, Angaben bereitzustellen oder Darstellungen zu machen, die nicht in diesem Dokument enthalten oder mit den Angaben im Registrierungsformular beziehungsweise den entsprechenden Wertpapierprospekten (z.B. Basisprospekten) einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt sowie gegebenenfalls der Zusammenfassung und Endgültiger Bedingungen vereinbar sind. Soweit solche Angaben bereitgestellt bzw. Darstellungen gemacht werden, darf auf diese nicht als von der Emittentin genehmigte Information oder Darstellung vertraut werden.

Wichtige Hinweise

Dieses Dokument stellt in einer Rechtsordnung, in der solch ein Angebot oder solch eine Aufforderung nicht erlaubt ist oder in der ein solches Angebot oder eine solche Aufforderung rechtswidrig ist, weder ein Angebot noch eine Aufforderung zur Abgabe von Angeboten dar und darf für solche Zwecke nicht verwendet werden; und es werden keinerlei Maßnahmen ergriffen, um ein Angebot oder die Verteilung dieses Dokuments in einer Rechtsordnung zu ermöglichen, in der entsprechende Maßnahmen erforderlich sind.

Dieses Registrierungsformular einschließlich etwaiger Nachträge sowie die entsprechenden Wertpapierprospekte (z.B. Basisprospekte) einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Wertpapierprospekt stellen keine Kaufempfehlung der Emittentin für Wertpapiere dar. Interessierte Anleger sollten eine unabhängige Prüfung der beschriebenen Finanz- und Ertragslage sowie eine eigene unabhängige Bewertung der Kreditwürdigkeit der Emittentin vornehmen.

Dieses Registrierungsformular einschließlich etwaiger Nachträge sowie die entsprechenden Basisprospekte, in die dieses Registrierungsformular einbezogen wurde einschließlich etwaiger Nachträge zum jeweiligen Basisprospekt stellen kein Angebot oder eine Aufforderung seitens oder namens der Emittentin oder einer sonstigen Person zum Bezug oder Kauf von Wertpapieren dar.

Die Aushändigung dieses Registrierungsformulars bedeutet zu keiner Zeit, dass die darin enthaltenen Angaben bezüglich der Emittentin zu einem späteren Zeitpunkt als zu dem Datum dieses Registrierungsformulars zutreffend sind. Unter den Voraussetzungen des § 16 WpPG wird die Emittentin etwaige Nachträge zum Wertpapierprospekt oder diesem Registrierungsformular veröffentlichen.

Dieses Registrierungsformular wurde von der BaFin gebilligt (die Prüfung des Registrierungsformulars durch die BaFin erfolgt gemäß § 13 Absatz 1 Wertpapierprospektgesetz auf Vollständigkeit einschließlich Kohärenz und Verständlichkeit) und wird unverzüglich nach der Billigung durch Bereithaltung zur kostenlosen Ausgabe bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main sowie auf www.helaba.de bzw. www.helaba-zertifikate.de veröffentlicht.

Rating

Das Risiko in Bezug auf die Emittentin wird durch die der Emittentin erteilten Ratings, welche sich im Laufe der Zeit ändern können, beschrieben. Anleger sollten jedoch beachten, dass ein Rating keine Empfehlung darstellt, von der Emittentin begebene Schuldverschreibungen zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten.

Zudem können die Ratings von den Ratingagenturen jederzeit suspendiert, herabgesetzt oder zurückgezogen werden. Eine solche Suspendierung, Herabsetzung oder Zurückziehung des Ratings in Bezug auf die Emittentin kann den Marktpreis der unter dem Basisprospekt begebenen Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen.

Aufgrund der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 in der derzeit geltenden Fassung (die **Ratingagentur-Verordnung**) bestehen für Schuldverschreibungsgläubiger, die zu den regulierten Investoren¹ gehören und in der Union ansässig sind, bestimmte Beschränkungen hinsichtlich der Verwendung von Ratings für aufsichtliche Zwecke, es sei denn, das betreffende Rating wurde von einer in der Union ansässigen Ratingagentur abgegeben, welche nach der Ratingagentur-Verordnung ordnungsgemäß registriert ist und deren Registrierung nicht widerrufen wurde.

Gemäß Artikel 4 (1) Unterabsatz 2 der Ratingagentur-Verordnung müssen klare und unmissverständliche Informationen im Basisprospekt darüber enthalten sein, ob diese Ratings von einer Ratingagentur mit Sitz in der Union abgegeben wurden, die im Einklang mit der Ratingagentur-Verordnung registriert wurde. Die Ratings der Helaba wurden von den Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH (nachstehend **Moody's**), Fitch Deutschland GmbH (nachstehend **Fitch**) und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited (nachstehend **Standard & Poor's**) abgegeben, die ihren Sitz in der Union haben und gemäß der Ratingagentur-Verordnung registriert wurden.²

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Bewertungen der Helaba durch die Ratingagenturen Moody's, Fitch und Standard & Poor's zum Datum dieses Registrierungsformulars. Die jeweils aktuellen Ratings der Helaba sind auf der Internetseite der Helaba abrufbar: www.helaba.de/Ratings.

Bonitäts-, Pfandbriefrating

Die Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten und Pfandbriefe reicht bei Moody's von Aaa (Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko) bis C (höchstes Ausfallrisiko) und bei Fitch und Standard & Poor's von AAA/Aaa (Beste Qualität, geringstes Ausfallrisiko) bis D (höchstes Ausfallrisiko).

¹ Zu den regulierten Investoren gehören gemäß Artikel 4.1 der Ratingagentur-Verordnung derzeit die folgenden Unternehmen: (i) Kreditinstitute, (ii) Wertpapierfirmen, (iii) Versicherungsunternehmen, (iv) Rückversicherungsunternehmen, (v) Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (vi) Verwaltungs- und Investmentgesellschaften, (vii) Verwalter alternativer Investmentfonds und (viii) zentrale Gegenparteien.

² Die aktuelle Fassung des Verzeichnisses der gemäß der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen ist auf der Webseite der Europäischen Kommission unter http://ec.europa.eu/finance/rating-agencies/index_de.htm abrufbar. Dieses Verzeichnis wird gemäß Artikel 18 Absatz 3 der Ratingagentur-Verordnung innerhalb von 30 Tagen aktualisiert, sobald die zuständige Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats der Kommission eine Änderung im Hinblick auf die registrierten Ratingagenturen mitgeteilt hat.

Die Ratingskala für kurzfristige Verbindlichkeiten reicht bei Moody's von P-1 (Prime-1) bis NP (Not Prime), bei Fitch von F1+ (Höchste Kreditqualität) bis D (höchstes Ausfallrisiko) und bei Standard & Poor's von A-1+ (besonders hoher Sicherheitsgrad) bis D (höchstes Ausfallrisiko).

Es gelten folgende Ratings für die Helaba (Stand zum Datum dieses Registrierungsformulars):

	Moody's	Fitch	Standard & Poor's
Langfristige Verbindlichkeiten	A2	A+*	A*
Kurzfristige Verbindlichkeiten	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	-
Hypothekendarlehen	-	AAA	-
Viability-Rating	-	a+*	-

* Gemeinsames Verbundrating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Viability-Rating

Das Viability-Rating beurteilt ausschließlich die eigene, fundamentale Finanzkraft des S-Verbundes Hessen-Thüringen als selbstständige Einheit. Die externe Unterstützung einer Bank durch ihre Eigentümer sowie sonstige externe Bonitätsfaktoren und Haftungsmechanismen bleiben unberücksichtigt. Das Viability-Rating wird von der Ratingagentur Fitch vergeben. Die Ratingskala reicht von aaa (höchste fundamentale Kreditqualität) bis f (Ausfall bzw. Ausfall nur verhindert durch außergewöhnliche externe Stützungsmaßnahmen).

Finanzkraftrating

Moody's hat am 16.03.2015 eine überarbeitete Ratingmethodik für Banken veröffentlicht. Im Zuge dieser Überarbeitung wird das Finanzkraftrating („Bank Financial Strength Rating – BFSR“) von Moody's grundsätzlich nicht mehr vergeben. Moody's hat daher das Finanzkraftrating der Helaba am 17.03.2015 auf dem Niveau von „D+“ zurückgezogen.

Verbundrating S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen

Die S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen verfügt über ein Verbundrating von Fitch. Auf Basis des Geschäftsmodells der wirtschaftlichen Einheit wurde der Helaba und den 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen ein einheitliches Bonitätsrating erteilt. Auch das Viability-Rating von Fitch wird nicht für die Helaba als Einzelinstitut angegeben, sondern bezieht sich aufgrund des Geschäftsmodells der wirtschaftlichen Einheit auf den S-Finanzverbund Hessen-Thüringen.

Des Weiteren hat Standard & Poor's den 50 Sparkassen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und der Helaba gleichlautende Ratings erteilt. Die Ratings von Standard & Poor's spiegeln die Finanzkraft der Gruppe als Ganzes wider. Für die Ratinganalyse wurden die Sparkassen und die Helaba als eine miteinander verbundene, wirtschaftliche Einheit betrachtet.

Die vorstehenden Rating-Informationen wurden von der Emittentin nach bestem Wissen zusammengestellt. Soweit der Emittentin bekannt und soweit sie dies aus den von Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte, wurden keine Tatsachen ausgelassen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Gesetzlicher Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Anlage 35 - 37, 60327 Frankfurt am Main, ist gesetzlicher Abschlussprüfer der Helaba.

PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Emittentin

Historische Wurzeln / Datum der Gründung

Die Hessische Landesbank Girozentrale entstand 1953 durch den Zusammenschluss der Hessischen Landesbank Darmstadt (gegründet 1940), der Nassauischen Landesbank Wiesbaden (gegründet 1840) sowie der Landeskreditkasse zu Kassel (gegründet 1832). Unter dem Namen „Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale“ firmiert die Bank seit dem 1. Juli 1992. An diesem Tag trat der Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation in Kraft (der „Staatsvertrag“).

Juristischer und kommerzieller Name der Emittentin

Die Emittentin führt die handelsrechtliche Bezeichnung Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Helaba ist der für kommerzielle Zwecke genutzte Name.

Ort der Registrierung der Emittentin und ihre Registrierungsnummer

Die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale ist im Handelsregister Frankfurt am Main (HRA 29821) und im Handelsregister Jena (HRA 102181) eingetragen.

Sitz und Rechtsform

Die Helaba wurde in Deutschland gegründet und ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts in Deutschland. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt:

Neue Mainzer Straße 52 – 58
60311 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0) 69 91 32 – 01
Telefax +49 (0) 69 29 15 17;

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon +49 (0) 361/217 – 71 00
Telefax +49 (0) 361 217 – 71 01

Die Helaba unterliegt im Rahmen des „Single Supervisory Mechanism“ (SSM: einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus in der Eurozone, dem sich auf freiwilliger Basis auch weitere EU-Staaten anschließen können) seit dem 4. November 2014 der direkten Überwachung und Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Basis für die Übernahme der direkten Aufsicht über die Helaba durch die EZB ist die Einstufung der Helaba als „bedeutendes“ Institut. Die EZB wird in ihrer Aufsichtsfunktion durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“), einer unabhängigen Behörde mit Aufsichtsbefugnissen, sowie durch die Deutsche Bundesbank unterstützt.

Darüberhinaus unterliegt die Helaba der gesetzlichen Aufsicht durch die Bundesländer Hessen und Thüringen (Artikel 2 Abs. 1 und 12 Abs. 1 des Staatsvertrages).

Sicherungseinrichtungen

Die Helaba ist dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (das „Sicherungssystem“) angeschlossen. Dieses System zielt darauf ab, dass die angeschlossenen Institute selbst geschützt, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleistet werden. Dem Sicherungssystem sind die Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen angeschlossen. Das Sicherungssystem besteht satzungsrechtlich aus einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbundener Vermögen, welche von den Sparkassen, den Landesbanken und Girozentralen und den Landesbausparkassen aufgebracht werden. Im Krisenfall können Liquidität und Solvenz eines Instituts durch entsprechende Stützungsmaßnahmen geschützt werden. Betroffene Institute können so in die Lage versetzt werden, ihre Verbindlichkeiten weiterhin uneingeschränkt zu erfüllen. Hierdurch sind auch Einlagen von Kunden ohne betragliche Begrenzung geschützt.

Mitte November 2014 hat die Bundesregierung den Entwurf des Einlagensicherungsgesetzes verabschiedet, der eine verbindliche EU-Richtlinie in deutsches Recht umsetzt und am 3. Juli 2015 in Kraft treten wird. Institutssichernde Systeme, wie der bestehende Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, können auch in Zukunft – nach Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anerkennung– als Einlagensicherungssysteme fortbestehen. Eine entsprechende Anpassung und aufsichtsrechtliche Anerkennung des Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe ist derzeit in der Umsetzung.

Daneben besteht der Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, dem die Helaba beigetreten ist. Ergänzend hierzu haben der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) im Zuge ihrer 2012 eingegangenen Beteiligung am Stammkapital der Helaba (je 4,75%) jeweils einen zusätzlichen Reservefonds zugunsten der Helaba errichtet.

Geschäftsüberblick

Die Helaba besitzt die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften aller Art und zum Erbringen von Finanzdienstleistungen aller Art mit Ausnahme des Betriebs eines multilateralen Handelssystems.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten „Großkundengeschäft“, „Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft“ sowie „öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“.

Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte „Großkundengeschäft“ auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstandes, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte „Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft“ ist die Helaba als Sparkassenzentralbank zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der „wirtschaftlichen Einheit“, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbundrating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperationsvereinbarungen

getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen betreibt die Helaba Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine hundertprozentige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist eine bedeutende Retailbank in der Region Frankfurt/Main. Mit der 1822direkt ist die Frankfurter Sparkasse im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte „öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen („WIBank“) - als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba - mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die "WIBank", die von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften beteiligt.

Organisationsstruktur

Die Helaba ist national wie international aktiv.

Zusätzlich zu ihrem Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt hat die Emittentin Niederlassungen in Düsseldorf, Kassel, Paris, London und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen in Madrid, Moskau, Shanghai, Singapur, Berlin, München und Stuttgart. Die Eröffnung einer neuen Repräsentanz in Münster ist für das erste Halbjahr 2015 geplant.

Zum Helaba-Konzern zählen neben der Helaba als Muttergesellschaft über 250 Beteiligungen, die sie in Ausübung oder Unterstützung ihrer Geschäftstätigkeiten gegründet, mitgegründet oder erworben hat. Zum Beteiligungsportfolio der Bank gehören zum einen sogenannte operative Beteiligungen, d.h. Beteiligungen, die in enger Beziehung zum Kreditgeschäft stehen (kreditersetzende oder kreditähnliche Beteiligungen), zum anderen strategische Beteiligungen. Hierzu zählen alle finanzierungsfernen Beteiligungen, die primär geschäftspolitischen bzw. geschäftsfeldbezogenen Zwecken dienen.

Die wichtigsten Beteiligungen mit strategischer Bedeutung sind die Frankfurter Sparkasse (Retail-Geschäft in der Region Frankfurt/Main) mit der 1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH (Direktbankaktivitäten), die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG (Private Banking und damit verbundene Aktivitäten), die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG (Vermögensmanagement und Vertrieb von Anlageprodukten), die Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH (Verwaltung und Verwahrung von Spezialfonds und Finanzinstrumenten für institutionelle Investoren), die GWH Immobilien Holding GmbH sowie die OFB Projektentwicklung GmbH.

Ein wesentlicher Teil des operativen Geschäftes wird in der Helaba getätigt. Die operative Abhängigkeit der Emittentin im Konzern ist beschränkt auf Dienstleistungs- und Liefervereinbarungen mit einigen Konzerngesellschaften.

Weitere Informationen zum Anteilsbesitz der Emittentin sind dem Anhang zu dem Konzernabschluss der Emittentin für das Jahr 2014 auf den Seiten AA-129 bis AA-137 dieses Registrierungsformulars zu entnehmen.

Trendinformationen

Wettbewerbsumfeld

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Firmenkunden- und Immobilienkreditgeschäft verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism SSM)

Mit Wirkung zum 4. November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism SSM) die direkte Aufsichtsfunktion über die 120 größten Banken im Euroraum übernommen. Die Helaba-Gruppe mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen.

Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)

Durch die CRD IV/CRR verschärfen sich die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio – LCR) werden ab Oktober 2015 bindend. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise von 60 % im Jahr 2015 auf 100 % im Jahr 2018 angehoben. Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR) legte der Baseler Ausschuss am 31. Oktober 2014 überarbeitete Anforderungen vor. Ob und wie die Kennzahl in Europa eingeführt wird, muss die EU-Kommission bis Ende 2016 entscheiden. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Die EU-Kommission hat am 10. Oktober 2014 einen delegierten Rechtsakt mit Konkretisierungen der Berechnungsmethodik vorgelegt. Über die finale Definition soll frühestens Ende 2016 entschieden werden.

HETA Asset Resolution AG

Die Bank ist in eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG, Klagenfurt, investiert. Der zum Stichtagskurs bewertete Buchwert betrug am 31. Dezember 2014 77 Mio. EUR. Am 1. März 2015 hat die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) ein Moratorium für die Verbindlichkeiten der HETA Asset Resolution AG gegenüber den Gläubigern bis zum 31. Mai 2016 ausgesprochen. Die Bank wird mögliche Folgen dieses Vorgangs in den Abschlüssen des Jahres 2015 berücksichtigen.

Seit dem Datum des letzten veröffentlichten, geprüften Jahresabschlusses 2014 haben sich keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin ergeben.

Organe der Bank

Trägerversammlung

Die Trägerversammlung repräsentiert die Träger der Helaba (vgl. Angaben auf Seite 20, „Eigentümerstruktur“). Alle wesentlichen Veränderungen in Bezug auf u.a. Geschäftspolitik, Eigenkapital oder Konzernstruktur bedürfen der Genehmigung der Trägerversammlung. Sie ist unter anderem zuständig für Änderungen der Satzung der Bank und für die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes. Die Rechte der Mitglieder der Trägerversammlung ergeben sich aus der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen.

Die Trägerversammlung besteht aus 16 Mitgliedern (§8(1) der Satzung der Helaba). Vorsitzender der Trägerversammlung ist Stefan Reuß, Landrat Werra-Meißner-Kreis, Eschwege. Stellvertreter sind Georg Sellner, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Darmstadt, Darmstadt, Claus Kaminsky, Oberbürgermeister Stadt Hanau, Hanau, Helmut Schleweis, Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Heidelberg, Heidelberg, Dr. Rolf Gerlach, Präsident, Sparkassenverband Westfalen-Lippe, Münster und Heike Taubert, Ministerin, Thüringer Finanzministerium, Erfurt.

Die Trägerversammlung setzt sich gegenwärtig wie folgt zusammen:

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege
Vorsitzender

Georg Sellner

Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Darmstadt, Darmstadt
Stellvertretender Vorsitzender

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister Stadt Hanau, Hanau
Stellvertretender Vorsitzender

Helmut Schleweis

Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Heidelberg, Heidelberg
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Rolf Gerlach

Präsident
Sparkassenverband Westfalen-Lippe, Münster
Stellvertretender Vorsitzender

Heike Taubert

Ministerin
Thüringer Finanzministerium, Erfurt
Stellvertretende Vorsitzende

Dieter Bauhaus

Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Mittelthüringen, Erfurt

Volker Bouffier

Ministerpräsident des Landes Hessen, Wiesbaden

Michael Breuer

Präsident,
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf

Sigrid Erfurth

Mitglied des Hessischen Landtages,
Wiesbaden

Georg Fahrenschoen

Präsident,
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin

Alois Früchtl

Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Fulda, Fulda

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident,
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt

Bernd Heßler

Bürgermeister Stadt Borken, Borken

Günther Sedlak

Vorsitzender des Vorstandes,
Sparkasse Oberhessen,
Friedberg

N.N.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen und besteht gemäß §11(1) der Satzung der Helaba aus sechsdreißig Mitgliedern. Zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates werden von den Trägern der Helaba berufen. Ein Drittel wird von den Arbeitnehmern der Bank entsandt. Im Zuge der Aufnahme neuer Stammkapitalinhaber und Träger im Jahr 2012 wurde der Verwaltungsrat für eine bis 30.06.2015 dauernde Übergangszeit um sechs auf 42 Mitglieder, darunter 14 von den Arbeitnehmern entsandte Mitglieder, aufgestockt. (§ 29(1) der Satzung der Helaba). Die Rechte der Mitglieder des Verwaltungsrates ergeben sich aus der Satzung und den jeweiligen Geschäftsordnungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind gegenwärtig:

Mitglieder

<p>Gerhard Grandke Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen- Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt Vorsitzender</p>	<p>Dr. Werner Henning Landrat Landkreis Eichsfeld, Heiligenstadt 1. stellvertretender Vorsitzender</p>
<p>N.N.</p>	<p>Ingo Buchholz Vorsitzender des Vorstandes Kasseler Sparkasse, Kassel</p>
<p>Peter Feldmann Oberbürgermeister Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main</p>	<p>Ulrich Heilmann Vorsitzender des Vorstandes Kyffhäusersparkasse Artern- Sondershausen, Sondershausen</p>
<p>Bertram Hilgen Oberbürgermeister Stadt Kassel, Kassel</p>	<p>Stefan Lauer Idstein</p>
<p>Christoph Matschie Mitglied des Thüringer Landtags, Erfurt</p>	<p>Manfred Michel Landrat, Landkreis Limburg-Weilburg, Limburg an der Lahn</p>
<p>Gerhard Möller Oberbürgermeister Stadt Fulda, Fulda</p>	<p>Frank Nickel Vorsitzender des Vorstandes Sparkasse Werra-Meißner, Eschwege</p>
<p>N.N.</p>	<p>Thorsten Schäfer-Gümbel Mitglied des Hessischen Landtages, Wiesbaden</p>

Wolfgang Schuster

Landrat,
Lahn-Dill-Kreis,
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bensheim,
Bensheim

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
Kreissparkasse Saalfeld-
Rudolstadt,
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes der
Nassauischen Sparkasse,
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
der Sparkasse Grünberg,
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstandes
Software AG,
Darmstadt

N.N.

vom Land Hessen
berufen

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen,
Wiesbaden,
2. stellvertretender Vorsitzender

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages,
Wiesbaden

vom Freistaat
Thüringen
berufen

Dr. Hartmut Schubert

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium,
Erfurt

vom Rheinischen
Sparkassen- und
Giroverband
berufen

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Essen,
Essen
3. stellvertretender Vorsitzender

vom Sparkassen-
verband Westfa-
len-Lippe berufen

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Iserlohn,
Iserlohn

von Fides Beta
GmbH berufen

Georg Fahrenschohn

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e.V.,
Berlin

von Fides Alpha
GmbH berufen

N.N.

von der
Belegschaft
entsandt

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter,
Frankfurt am Main,
4. stellvertretender Vorsitzender

Frank Beck

Bankprokurist,
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte,
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte,
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin,
Düsseldorf

Susanne Noll
Bankangestellte,
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter,
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokurist,
Düsseldorf

Isolde Burhenne
Stv. Abteilungsleiterin,
Frankfurt am Main

Thorsten Kiwitz
Stv. Abteilungsleiter,
Frankfurt am Main

Annette Langner
Bankangestellte,
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stv. Abteilungsleiter,
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte,
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Stv. Bankdirektor,
Frankfurt am Main

Vier Mitgliederpositionen im Verwaltungsrat sind derzeit unbesetzt.
Für jedes Mitglied wurde ein Stellvertreter benannt.

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Trägerversammlung bestellt; die Bestellung bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrates. Derzeit setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Hans Dieter-Brenner (Vorstandsvorsitzender) (Bis 30. September 2015)

Dezernent für Vorstandsstab und Konzernstrategie, Personal, Revision, Recht, Volkswirtschaft/Research, sowie Frankfurter Sparkasse und WIBank

Jürgen Fenk

Dezernent für Immobilienkreditgeschäft, Vertriebsmanagement Immobilien, Immobilienmanagement, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Verwaltung, Repräsentanz Madrid

Thomas Groß

Dezernent für Credit Risk Management Corporates/CF/FI, Credit Risk Management Real Estate, Credit Risk Management Restructuring/Workout, Risikocontrolling, Cash Management

Dr. Detlef Hosemann

Dezernent für Bilanzen & Steuern, Konzerncontrolling, Organisation und Informatik, Handelsabwicklung/Depotservice, Compliance-Funktionen und Datenschutz

Rainer Krick

Dezernent für Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Zielkundenmanagement Institutionelle sowie Helaba Invest und Frankfurter Bankgesellschaft.

Klaus-Jörg Mulfinger

Dezernent für Verbundbank, Zielkundenmanagement öffentliche Hand/kommunalnahe Unternehmen, Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS)

Dr. Norbert Schraad

Dezernent für Corporate Finance, Zielkundenmanagement Großunternehmen, Zielkundenmanagement Midcaps und Vertriebsservice.

Der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung der Helaba haben Herbert Hans Grüntker mit Wirkung zum 01. Juni 2015 zum Mitglied des Vorstands und zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Helaba berufen. Es ist vorgesehen, dass Hr. Grüntker die Nachfolge des zum 30. September 2015 ausscheidenden Vorstandsvorsitzenden Hans-Dieter Brenner antritt.

Die Mitglieder der Trägerversammlung, des Verwaltungsrates und des Vorstands sind unter der Adresse:

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
Neue Mainzer Straße 52 – 58
60311 Frankfurt am Main
zu erreichen.

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident des Verwaltungsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Verwaltungsrats
	KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding	Vorsitzender des

	GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	Mitglied des Aufsichtsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied des Verwaltungsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied des Verwaltungsrats
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied des Verwaltungsrats

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied des Verwaltungsrats
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied im Board of Directors
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender im Board of Directors
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied des Aufsichtsrats
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied des Verwaltungsrats

Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied des Aufsichtsrats
----------------	--	----------------------------

Zum Zeitpunkt dieses Registrierungsformulars bestehen keine potenziellen Interessenkonflikte der Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane zwischen deren Verpflichtungen gegenüber der Helaba als Emittentin und ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

Anteilsverhältnisse

Eigentümerstruktur

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten (rund 88 %). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen rund 12 %.

Trägerstruktur der Helaba

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Der Emittentin liegen keine Vereinbarungen vor, die zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Veränderung bei der Kontrolle des Emittenten führen könnten.

Aufsicht

Die Helaba unterliegt der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB wird in ihrer Aufsichtsfunktion durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) sowie durch die Deutsche Bundesbank unterstützt (weitere Informationen befinden sich im Abschnitt „Sitz und Rechtsform“ auf Seite 9).

Neben dieser allgemeinen Bankaufsicht unterliegt die Helaba der gesetzlichen Aufsicht durch die Bundesländer Hessen und Thüringen (Artikel 2 Abs. 1 und Artikel 12 Abs. 1 des Staatsvertrages). Sie wird durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und das Thüringer Finanzministerium ausgeübt („Aufsichtsbehörde“). Die Zuständigkeit als Aufsichtsbehörde wechselt alle vier Jahre zwischen den beiden Ministerien.

Die jeweilige Aufsichtsbehörde der Bundesländer kann alle erforderlichen Anordnungen treffen, um den Geschäftsbetrieb der Bank im Einklang mit den Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Vorschriften zu halten. Sie kann sich jederzeit über die Angelegenheiten der Bank unterrichten, an Ort und Stelle prüfen, mündliche und schriftliche Berichte anfordern sowie Akten und sonstige Unterlagen einsehen. Die Aufsichtsbehörde kann auch verlangen, dass der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung zur Behandlung bestimmter Angelegenheiten einberufen werden. Die Aufsichtsbehörde und das jeweils andere Ministerium können an den Sitzungen dieser Organe teilnehmen. Änderungen der Satzung der Helaba bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und sind unter Hinweis auf die erteilte Genehmigung in den Staatsanzeigern für die Länder Hessen und Thüringen zu veröffentlichen. Darüber hinaus bedürfen bestimmte wesentliche strukturelle Änderungen der Bank der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Informationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

Historische Finanzinformationen

Für die Geschäftsjahre 2014 und 2013 der Emittentin sind im Anhang dieses Registrierungsformulars Finanzangaben des Konzerns nach den Grundsätzen der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und Konzernlageberichte nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB“) sowie die Wiedergabe der entsprechenden Bestätigungsvermerke des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Darüber hinaus sind für das Geschäftsjahr 2014 Finanzangaben und der Lagebericht der Bank nach dem Handelsgesetzbuch sowie die Wiedergabe des Bestätigungsvermerks des Abschlussprüfers aufgenommen und sind Bestandteil dieses Registrierungsformulars.

Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die Konzernabschlüsse sowie die Konzernlageberichte 2014 und 2013 und der Jahresabschluss sowie der Lagebericht 2014 der Emittentin wurden von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und erhielten jeweils uneingeschränkte Bestätigungsvermerke.

Zwischenberichte und sonstige Finanzinformationen

Seit dem Datum des letzten geprüften Konzern- und Jahresabschlusses 2014 bis zum Datum dieses Registrierungsformulars sind keine Zwischenabschlüsse der Emittentin veröffentlicht worden.

Rechtsstreitigkeiten und Schiedsgerichtsverfahren

Rund 1200 Anleger in Fonds der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG nehmen die Helaba gerichtlich im Zusammenhang mit dem Vertrieb und der Bereitstellung von Finanzierungen für den Erwerb von Fondsbeteiligungen in Anspruch (Gesamtbeteiligungswert rund EUR 120 Mio.). Es ist davon auszugehen, dass weitere Anleger Klage erheben werden. Die Entscheidungen der Gerichte sind im Ergebnis und in der Begründung uneinheitlich. Die Helaba prüft unter Berücksichtigung der Umstände im Einzelfall alle gerichtlichen und außergerichtlichen Möglichkeiten zur Erledigung der Rechtsstreitigkeiten. Die Risikoversorge liegt im Rahmen der allgemeinen Planungen für das erste Halbjahr 2015.

Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage

Seit dem Datum der jüngsten veröffentlichten, geprüften Konzern- und Jahresabschlüsse der Helaba (31.12.2014) hat es keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Helaba-Gruppe gegeben.

Informationen von Seiten Dritter

Sofern Angaben von Seiten Dritter übernommen wurden, bestätigt die Helaba, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass, soweit es der Helaba bekannt ist, und sie aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Registrierungsformulars werden das Registrierungsformular sowie die folgenden Dokumente bei der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Neue Mainzer Straße 52 – 58, 60311 Frankfurt am Main, zur Einsicht bereitgehalten:

- Die gültige Satzung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale.
- Der gültige Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen.
- Geschäftsberichte der Jahre 2014 und 2013 sowie der Jahresfinanzbericht 2014 inkl. der Konzernabschlüsse der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale der Jahre 2014 und 2013 sowie des Jahresabschlusses des Jahres 2014.

AA-0

Anhang AA

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2014 auf Konzernebene

Konzernlagebericht und
Konzernabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale 2014

Konzernlagebericht

30	Grundlagen des Konzerns
32	Wirtschaftsbericht
34	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
41	Nachtragsbericht
41	Risikobericht
63	Prognose- und Chancenbericht

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Dieses Geschäftsmodell ist die Basis für die sehr stabile, positive Geschäfts- und Ertragsentwicklung der letzten Jahre.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche. Die Niederlassung der Helaba in Dublin wurde mit Wirkung zum 13. Juni 2014 geschlossen.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und gehobenem Mittelstand, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Vereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit

den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und in der Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Daher verfügt die WIBank bei S&P über ein „AA“-Rating für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäftssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertrag-Verhältnisses von 60%. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert. Die Zielquoten der Bank berücksichtigen die gestärkte Kapitalbasis sowie die regulatorisch getriebenen Kostenbelastungen der nächsten Jahre.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsrechtlich verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige Verbundquote im Zielkorridor von 60 % bis 80 %.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger

Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Mit ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen bekennt sich die Helaba nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung. Die Nachhaltigkeitsleitsätze enthalten Kernaussagen und Verhaltensmaßstäbe zu den Themen Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb (betrieblicher Umweltschutz, Corporate Governance und Compliance), Mitarbeiter sowie gesellschaftliches Engagement. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Die Helaba prüft die Erstellung und Installierung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung von Umweltrisiken sowie sozialen und ethischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung über die Vergabe einschlägiger Kredite. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investment-Produkten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001.

Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten. Helaba und Frankfurter Sparkasse gehören

zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Comprehensive Assessment (CA) der EZB

Die Helaba-Institutsguppe hat sich im Comprehensive Assessment – Asset Quality Review (AQR) mit anschließendem Stresstest von Europäischer Zentralbank (EZB) und European Banking Authority (EBA) – erwartungsgemäß als sehr solide und belastbar erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET 1), die zum Jahresende 2013 mit 12,5% ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des AQR leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 12,2%.

Die EZB hat die von der Helaba angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (accounting policies) vollumfänglich bestätigt. Mit ihren von der IFRS-Rechnungslegung abweichenden Ansätzen (prudential valuation) ermittelte die EZB im AQR eine Wertkorrektur auf die Geschäftsportfolios von 195 Mio. €. Dabei hat die EZB im Abschluss der Helaba zum 31. Dezember 2013 gebuchte Portfoliowertberichtigungen für Engagements, für die keine akuten Ausfallrisiken vorliegen, in Höhe von rund 150 Mio. € nicht berücksichtigt. Auch unter Zugrundelegung der vorsichtigen Bewertungsansätze der EZB liegt im AQR die CET 1-Quote der Helaba mit 12,2% deutlich über den geforderten 8,0%. Unter Berücksichtigung der 150 Mio. € würde die CET 1-Quote 12,4% betragen.

Im Rahmen des regulären Risikovororgeprozesses der Helaba wird die Angemessenheit der Risikovororge regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die hierbei im Laufe des Jahres 2014 gewonnenen neuen Erkenntnisse, etwa aus aktuellen Wertgutachten, hat die Helaba in der Risikovororge zum 31. Dezember 2014 berücksichtigt. Auch für im AQR geprüfte Engagements wurden im Rahmen dieser Prozesse Wertberichtigungen gebildet oder fortgeschrieben.

In der kombinierten Betrachtung von AQR, Stresstest und Join-up ergibt sich für die Helaba im Baseline-Szenario eine CET 1-Quote von 11,4%, deutlich über den geforderten 8%. Im adversen Szenario weist die Helaba eine CET 1-Quote von 8,2% auf. Diese liegt ebenfalls deutlich über den geforderten 5,5% und spiegelt das gute Risikoprofil der Helaba wider.

Die Leverage Ratio sinkt im AQR nur unwesentlich von 3,9% auf 3,8%. Damit übertrifft die Bank bereits heute die zukünftig geforderten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft startete mit Dynamik ins Jahr 2014. Der extrem milde Winter stimulierte insbesondere die Bautätigkeit. Danach ließ die Schrittfolge allerdings deutlich nach. Schwache Schwellenländer, Probleme in der Eurozone und der Konflikt mit Russland belasteten die deutsche Industrie. Trotz alledem wurde im Gesamtjahr noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6% erreicht und damit mehr als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Der Außenbeitrag lieferte hiervon 0,4 Prozentpunkte, während vom privaten und öffentlichen Konsum 0,8 Prozentpunkte kamen. Beschäftigungszuwächse, höhere Lohnabschlüsse bei einer gleichzeitig sehr niedrigen Inflation von nur 0,8% ließen die Realeinkommen steigen. Hiervon profitierten die Konsumenten.

Enttäuschend verlief dagegen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die Unsicherheiten beim Export machten sich hier bemerkbar, obwohl niedrige Kapitalmarktzinsen und eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung eigentlich für mehr Investitionen gesprochen hätten. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn die Dynamik im Laufe des Jahres nachgelassen hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand lassen diesen Bereich expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Firmenkunden- und Immobilienkreditgeschäft, verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

■ **EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM)**

Mit Wirkung zum 4. November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) die direkte Aufsichtsfunktion über die 120 größten Banken im Euroraum übernommen. Die Helaba-Gruppe mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen.

■ **Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)**

Durch die CRD IV/CRR verschärfen sich die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Ende 2014 beträgt die harte Kernkapitalquote (CET 1-Quote) des Helaba-Konzerns 13,4 % („phased-in“, das heißt unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen) beziehungsweise 11,8 % („fully loaded“, das heißt ohne Berücksichtigung von Übergangsregelungen) und die Gesamtkapitalquote 18,5 % (phased-in). Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Dies beinhaltet auch die mit Bescheid der EZB vom Februar 2015 kommunizierten aufsichtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio – LCR) werden ab Oktober 2015 bindend. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise von 60 % im Jahr 2015 auf 100 % im Jahr 2018 angehoben. Die Helaba erfüllt die ab Ende 2015 geforderte Liquiditätsdeckungsanforderung bereits heute mit einem deutlichen Puffer zur geforderten Mindestquote. Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR) legte der Baseler Ausschuss am 31. Oktober 2014 überarbeitete Anforderungen vor. Ob und wie die Kennzahl in Europa eingeführt wird, muss die EU-Kommission bis Ende 2016 entscheiden. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Die EU-Kommission hat am 10. Oktober 2014 einen delegierten Rechtsakt mit Konkretisierungen der Berechnungs-

methodik vorgelegt. Über die finale Definition soll frühestens Ende 2016 entschieden werden. Davon losgelöst hat die EZB bereits im Rahmen der Veröffentlichung der Stresstestergebnisse die Leverage Ratio zum 31. Dezember 2013 offengelegt. Zum 31. Dezember 2014 beträgt die Leverage Ratio der Helaba 4,0 % (phased-in).

■ **Sicherungseinrichtungen**

Mitte November 2014 hat die Bundesregierung den Entwurf des Einlagensicherungsgesetzes verabschiedet, das eine verbindliche EU-Richtlinie in deutsches Recht umsetzt und am 3. Juli 2015 in Kraft treten wird. Institutssichernde Systeme, wie der bestehende Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, können auch in Zukunft – nach rechtlicher und finanzieller Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anerkennung – als Einlagensicherungssysteme fortbestehen.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2014 geprägt von einem mit 1,6 % moderaten realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, in dem neue historische Tiefstände verzeichnet wurden.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden (das heißt ohne das wettbewerbsneutrale Fördergeschäft der WIBank) konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) um 1 Mrd. € beziehungsweise 6 % auf 18,4 Mrd. € (2013: 17,4 Mrd. €) gesteigert werden. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 91 Mrd. €. Hinzu kommen 9 Mrd. € Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, betrug im Jahr 2014 56 % (2013: 58 %).

Aufgrund ihres hohen Marktstandings und des insgesamt positiven Marktumfelds konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (4,4 Mrd. €) sowie die öffentlichen (4,4 Mrd. €) und die Hypothekendarlehen (1,9 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (4,0 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,5 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förderinstitute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden bundesweit die Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Die Helaba ist Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen-Thüringen konnte im Jahr 2014 auf sehr hohem Niveau weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearingstelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2014 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Ihre Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank in der Geschäftsstrategie verankert. Mit Maßnahmen zur Emissionsverringerung der Dienstfahrzeuge sowie durch die weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen wurde dieser Verpflichtung Rechnung getragen. Die Helaba

ergreift Maßnahmen zur weiteren Begrenzung der CO₂-Emissionen ihrer Betriebsstätten. Als Nutzer des Gebäudekomplexes „Sparkassen-Finanzzentrum Erfurt“ nahm die Helaba 2014 zusammen mit weiteren Nutzern an dem Ökologischen Projekt für integrierte Umwelttechnik („Ökoprofit“) der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt teil. Ziel dieses Kooperationsprojekts ist es, Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und dadurch betriebliche Kosten wie auch ökologische Folgekosten zu senken.

Auch im Geschäftsjahr 2014 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, eine Ausschüttung an die Kapitalgeber sowie die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals erlaubt.

Das Kosten-Ertrag-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2014 bei 63,9 % und damit leicht oberhalb des Zielkorridors (< 60 %). Die Eigenkapitalrentabilität erhöhte sich auf 8,3 % (2013: 6,9 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Mit den erstmals anzuwendenden IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“, IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ und den geänderten IAS 27 „Einzelabschlüsse“ und IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“ basiert der Konzernabschluss 2014 auf einem neu definierten Kreis der im Wege der Vollkonsolidierung beziehungsweise der Bewertung at Equity einzubeziehenden Unternehmen. Die Vergleichszahlen

für die Vorperiode wurden entsprechend angepasst, zu Details siehe Anhangangabe (1).

Die übrigen Veränderungen des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2014, die nicht durch die erstmalige Anwendung der neuen Standards begründet sind, hatten keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betreffen überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ertragslage des Konzerns

	2014	2013	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.293	1.216	77	6,3
Risikoversorge im Kreditgeschäft	-80	-240	160	66,7
Zinsüberschuss nach Risikoversorge	1.213	976	237	24,3
Provisionsüberschuss	317	300	17	5,7
Handelsergebnis	126	344	-218	-63,4
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	38	-31	69	>100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	13	19	-6	-31,6
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	45	-8	53	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	70	137	-67	-48,9
Verwaltungsaufwand	-1.215	-1.254	39	3,1
Ergebnis vor Steuern	607	483	124	25,7
Ertragsteuern	-210	-148	-62	-41,9
Konzernjahresergebnis	397	335	62	18,5

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2014 mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 607 Mio. € einen neuen Höchstwert erzielt. Ursächlich hierfür war die positive Entwicklung des operativen Geschäfts, das sich insbesondere in einem Anstieg des Zinsüberschusses sowie einer Steigerung des Provisionsüberschusses niederschlug. Bedingt durch die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft sowie der hohen Qualität des Geschäftsportfolios fiel der Risikovorsorgebedarf deutlich geringer aus als im Vorjahr. Das Handelsergebnis liegt erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert, der durch starke Einengungen der Credit Spreads gekennzeichnet war. Der Verwaltungsaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr reduziert werden. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.293 Mio. € und konnte damit gegenüber dem Vorjahr um 6 % gesteigert werden (2013: 1.216 Mio. €). Sowohl eine moderate Erhöhung der Zinsmarge bei Neugeschäftsabschlüssen als auch eine Erhöhung der Bestände führten zu diesem Anstieg. Positiv ausgewirkt haben sich auch höhere Erträge aus der Eigenmittelanlage. Über ein Fünftel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retailgeschäft der Frankfurter Sparkasse.

Der Aufwand für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt –80 Mio. € (2013: –240 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von –109 Mio. € (2013: –226 Mio. €). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Konsolidierung von Kreditnehmern die auf diese entfallende Risikovorsorge in Höhe von –76 Mio. € (2013: –20 Mio. €) zu eliminieren war. Der Risikovorsorge entsprechende Beträge sind im Wesentlichen durch korrespondierende Objektabschreibungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten. Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde um 11 Mio. € aufgelöst (2013: 27 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen beträgt 18 Mio. € (2013: –41 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 976 Mio. € auf 1.213 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 317 Mio. € (2013: 300 Mio. €) ebenfalls gesteigert werden. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Helaba sowie der Vermögensverwaltung der Helaba Invest positiv.

Das Handelsergebnis hat sich erwartungsgemäß reduziert und beläuft sich auf 126 Mio. € (2013: 344 Mio. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Normalisierung des zinsbezogenen Geschäfts auf 154 Mio. € (2013: 322 Mio. €). Die leicht fallenden Credit Spreads hatten, anders als in den Vorjahren,

nur einen geringen Einfluss auf das Ergebnis. Somit war das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft der wesentliche Treiber dieses Ergebnisses. Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war geprägt von der Politik der Europäischen Zentralbank und führte zu neuen Tiefstständen bei den kurz- und langfristigen Zinsen und zu einer Abschwächung des Euro. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ist von –31 Mio. € im Vorjahr auf 38 Mio. € im Geschäftsjahr 2014 gestiegen. Eine wesentliche Ursache für das positive Ergebnis ist das Ergebnis aus konsolidierten Spezialfonds, das mit 20 Mio. € (2013: –2 Mio. €) ausgewiesen wird. Positiv ausgewirkt hat sich auch der Bewertungseffekt aus der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung. Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate –6 Mio. € nach –41 Mio. € im Jahr 2013. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt 13 Mio. € (2013: 19 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich auf 33 Mio. € (2013: 2 Mio. €) verbessert. Eine Ursache für den Anstieg ist der Wegfall von Wertminderungen, die im Vorjahr zu einer Belastung in Höhe von –24 Mio. € geführt hatten. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale liegen bei 33 Mio. € (2013: 26 Mio. €) und wurden überwiegend durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erzielt. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von 12 Mio. € (2013: –10 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 137 Mio. € auf 70 Mio. € vermindert. Belastend wirkte sich die Konsolidierung von kreditfinanzierten Objektgesellschaften aus. Dies führte zu Abschreibungen auf die als Sicherheiten gehaltenen Vermögenswerte in Höhe von rund –61 Mio. € (2013: 0 Mio. €). Für das im Geschäftsjahr 2013 gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung zum Ziel hat, sowie für Restrukturierungen bei einer Tochtergesellschaft wurden die Restrukturierungsrückstellungen um –40 Mio. € erhöht. Negativ ausgewirkt hat sich auch die Zuführung zu Rückstellungen für Prozessrisiken. Dagegen konnte aus der Veräußerung von Anteilen an einer im Immobiliengeschäft tätigen Unternehmensgruppe ein Ertrag von 32 Mio. € erzielt werden. Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 128 Mio. € (2013: 121 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen.

Der Verwaltungsaufwand ist um 39 Mio. € auf –1.215 Mio. € gesunken. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von –600 Mio. € (2013: –590 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von –571 Mio. € (2013: –622 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von –44 Mio. € (2013: –42 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus einer Tarifanpassung im Jahr 2014. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.274 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.293 im Jahr 2013. Wesentlicher Grund für den Rückgang der Sachaufwendungen ist die planmäßige Beendigung der mit der Portigon AG bestehenden Servicierungsvereinbarung zum 30. Juni 2014. Demzufolge sind die Aufwendungen für diese Serviceleistungen von –69 Mio. € im Jahr 2013 auf –34 Mio. € im laufenden Jahr gesunken. Auch die Beiträge zum Restrukturierungsfonds („Bankenabgabe“) reduzierten sich von –48 Mio. € im Vorjahr auf –36 Mio. € im Berichtsjahr. Die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht auf –46 Mio. € (2013: –44 Mio. €).

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 1.902 Mio. € (2013: 1.977 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost Income Ratio von 63,9 % (2013: 63,4 %) ergibt. In die operativen Erträge sind der Zinsüberschuss vor Risikoversorge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, die Ergebnisse aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen sowie das sonstige betriebliche Ergebnis einbezogen. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern hat sich von 6,9 % auf 8,3 % erhöht. Die Kapitalrendite gemäß Artikel 90 CRD IV beträgt 0,2 %.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –210 Mio. € (2013: –148 Mio. €). Er resultiert im Wesentlichen aus den tatsächlichen Steuern der Bank Inland (–107 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (–32 Mio. €) und der Niederlassung New York (–28 Mio. €). In den tatsächlichen Steuern sind Steuern für Vorjahre von –17 Mio. € enthalten. Im Übrigen führen die Entstehung beziehungsweise die Realisierung temporärer Differenzen zu latenten Steuer aufwendungen von –26 Mio. €.

Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis konnte um 19 % auf 397 Mio. € gesteigert werden. Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften –4 Mio. € (2013: –5 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 401 Mio. € (2013: 340 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 35 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 75 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2014 ist von 332 Mio. € auf 217 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt –180 Mio. € (2013: –3 Mio. €). Deutlich negativ ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen bedingt durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes mit –444 Mio. € vor Steuern (2013: 23 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 2,3 % (2013: 3,7 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS wurde in 2014 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von 173 Mio. € vor Steuern erzielt. Im Vorjahr betrug dieses Ergebnis –27 Mio. €.

Bilanz

Aktiva

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	21.612	23.108	–1.496	–6,5
Forderungen an Kunden	91.109	91.032	77	0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	–1.007	–1.119	112	10,0
Handelsaktiva	31.262	32.311	–1.049	–3,2
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	5.828	4.690	1.138	24,3
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	26.629	24.196	2.433	10,1
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.493	2.482	11	0,4
Ertragsteueransprüche	371	342	29	8,5
Sonstige Aktiva	1.192	1.234	–42	–3,4
Summe Aktiva	179.489	178.276	1.213	0,7

Passiva

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.612	34.162	1.450	4,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.320	43.916	1.404	3,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.320	48.371	-51	-0,1
Handelspassiva	29.219	33.739	-4.520	-13,4
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	5.351	3.471	1.880	54,2
Rückstellungen	2.152	1.632	520	31,9
Ertragsteuerverpflichtungen	125	76	49	64,5
Sonstige Passiva	630	595	35	5,9
Nachrangkapital	5.410	5.073	337	6,6
Eigenkapital	7.350	7.241	109	1,5
Summe Passiva	179.489	178.276	1.213	0,7

Die Konzernbilanzsumme der Helaba stieg im Geschäftsjahr 2014 um 0,7 % beziehungsweise 1,2 Mrd. € auf 179,5 Mrd. €. Der Anstieg der Bilanzsumme ist maßgeblich auf Zugänge zu den Finanzanlagen sowie die bewertungsbedingte Erhöhung der positiven Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäfte eingehen, stieg um 2,3 % auf 204,9 Mrd. € (2013: 200,4 Mrd. €).

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um -3,6 % auf 20,6 Mrd. € (2013: 21,4 Mrd. €) gesunken. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 9,4 Mrd. € (2013: 11,9 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im Wesentlichen um Guthaben bei den Zentralnotenbanken handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 1,0 Mrd. € (2013: 1,8 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich geringfügig auf 91,1 Mrd. € (2013: 91,0 Mrd. €). Auf gewerbliche Immobilitätskredite entfallen 32,3 Mrd. € (2013: 31,4 Mrd. €) und auf Infrastrukturkredite 15,1 Mrd. € (2013: 14,1 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist von 1,1 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € gesunken. Von diesem Betrag entfallen 255 Mio. € (2013: 266 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um -1,0 Mrd. € auf 31,3 Mrd. €. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden, beträgt 16,0 Mrd. € (2013: 20,3 Mrd. €). Auch die Forderungen des Handelsbestands sind um -1,0 Mrd. € auf 2,3 Mrd. € gesunken. Die positiven Marktwerte der zu

Handelszwecken gehaltenen Derivate sind hingegen um 4,4 Mrd. € auf 12,9 Mrd. € gestiegen.

Die Finanzanlagen, die zu 98 % aus Schuldverschreibungen bestehen, wurden um 2,5 Mrd. € auf 26,6 Mrd. € erhöht.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 1,5 Mrd. € auf 35,6 Mrd. € gestiegen. Auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg entfallen 6,5 Mrd. € (2013: 6,0 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 45,3 Mrd. € (2013: 43,9 Mrd. €) ausgewiesen. Hier haben sich insbesondere die Tages- und Termingelder und die Einlagen von Kunden erhöht. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen 15,0 Mrd. € (2013: 14,5 Mrd. €) auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich leicht auf 4,1 Mrd. € (2013: 3,8 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich um -0,1 Mrd. € auf 48,3 Mrd. € reduziert. Hiervon entfallen 18,9 Mrd. € (2013: 15,4 Mrd. €) auf öffentliche und Hypothekendarlehenbriefe.

Die Handelspassiva sind von 33,7 Mrd. € im Vorjahr auf 29,2 Mrd. € zurückgegangen. Der Bestand an Verbindlichkeiten des Handelsbestands, die den Schwerpunkt der Handelspassiva bilden, beträgt 14,5 Mrd. € (2013: 21,5 Mrd. €). Auch die begebenen Geldmarktpapiere sind um -0,7 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € gesunken. Die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind hingegen um 3,2 Mrd. € auf 12,7 Mrd. € gestiegen.

Das Nachrangkapital beträgt 5,4 Mrd. € (2013: 5,1 Mrd. €).

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2014 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 7,4 Mrd. € (2013: 7,2 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 217 Mio. € (2013: 332 Mio. €).

In den Gewinnrücklagen sind kumulierte Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –466 Mio. € (2013: –152 Mio. €) enthalten. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von 138 Mio. € auf 249 Mio. €. Zur Erhöhung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsgewinne beigetragen. Die

Zinsüberschuss
Risikovorsorge
Provisionsüberschuss
Handelsergebnis
Sonstiges betriebliches Ergebnis
Personalkosten
Sachaufwand
Konzernergebnis
Cost Income Ratio
Bilanzsumme
Anteil des Kundengeschäfts (Forderungen gegenüber Kunden zuzüglich Forderungen gegenüber angeschlossenen Sparkassen) an der Bilanzsumme
Bilanzielle EK-Rendite
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft

Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit 14 Mio. € (2013: 2 Mio. €) und die Rücklage aus Cashflow Hedges mit 0 Mio. € (2013: –4 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

Prognose 2013 für 2014	Ergebnisse 2014
rund 2 % unter Vorjahreswert	+ 6 %
deutlicher Rückgang	– 67 %
rund 10 % über Vorjahreswert	+ 6 %
deutlich geringer	– 63 %
rund 10 % unter Vorjahreswert	– 49 %
leicht rückläufig	+ 2 %
rund 2 % unter Vorjahreswert	– 8 %
rund 50 Mio. € unter Vorjahreswert	+ 62 Mio. €
64,7 %	63,9 %
182 Mrd. €	179 Mrd. €
steigend	– 1,8 %
6,5 %	8,3 %
16,6 Mrd. €	18,4 Mrd. €

Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert:

Der über Plan liegende Zinsüberschuss ist sowohl auf die Bestände als auch auf die Margen aus Neugeschäftsabschlüssen zurückzuführen, die über den ursprünglichen Planungen lagen. Auch das Ergebnis aus der Eigenmittelanlage ist besser als erwartet.

Die Risikovorsorge ist stärker gesunken als geplant. Ein Grund ist, dass die Helaba aufgrund der Konsolidierung von Kreditnehmern gemäß IFRS 10 anstelle einer Risikovorsorge korrespondierende Wertkorrekturen auf die finanzierten Objekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausweist. Die Notwendigkeit der Konsolidierung von Kreditnehmern kann nicht geplant werden. Deshalb führen Konsolidierungen zu Ausweisänderungen innerhalb der Ergebnispositionen. Zum anderen hat die gute Geschäftsentwicklung im Immobilienkreditgeschäft dazu beigetragen, dass die Risikovorsorge noch stärker als prognostiziert zurückgegangen ist und das Abschlussvolumen oberhalb der Prognose liegt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich schlechter entwickelt als geplant. Zum einen sind hier die negativen Wertkorrekturen erfasst, die aus nach IFRS 10 konsolidierten Objektgesellschaften resultieren und die Risikovorsorge entlastet haben. Zum anderen haben die Zuführungen zu der Restrukturierungsrückstellung „Helaba PRO“ sowie zu den Rückstellungen für Prozessrisiken das Ergebnis stärker belastet als geplant.

Das Konzernergebnis liegt deutlich oberhalb der Planung. Neben den oben genannten Gründen hat auch der Anstieg des Ergebnisses aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option von –31 Mio. € im Vorjahr auf 38 Mio. € im Geschäftsjahr 2014 dazu beigetragen. Dieses Ergebnis gehört nicht zu den wesentlichen Kennzahlen des Helaba-Konzerns und wird deshalb auch nicht prognostiziert. Insbesondere der Bewertungseffekt aus der Berücksichtigung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung hat dazu geführt, dass das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option gestiegen ist.

Der Anteil des Kundengeschäfts an der Bilanzsumme ist gesunken. Ursächlich für den Rückgang ist der geringere Bedarf an Refinanzierungsmitteln bei den angeschlossenen Sparkassen.

Ertragslage der Segmente

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 607 Mio. € (2013: 483 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

in Mio. €

	Ergebnis vor Steuern	
	2014	2013
Immobilien	351	261
Corporate Finance	162	155
Financial Markets	109	225
Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	174	137
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	18	21
Sonstige	-265	-332
Konsolidierung/Überleitung	58	16
Konzern	607	483

Segment Immobilien

Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe und GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % auf 9,5 Mrd. € und lag damit deutlich über dem Planwert. Bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Aufgrund höherer Kundenforderungen stiegen die Erträge im Immobilienkreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich und auch stärker als geplant an.

Im Segment werden aufgrund der Anwendung von IFRS 10 ausfallgefährdete Kreditnehmer konsolidiert. Dies führte dazu, dass die auf diese Kreditnehmer entfallende Risikovorsorge in Höhe von rund 72 Mio. € sowie Zinserträge zu eliminieren waren und sich durch korrespondierende Objektabschreibungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis niederschlugen. Auch bereinigt um diesen Effekt sank die Risikovorsorge im Immobilienkreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich.

Die Erträge aus dem Immobilienmanagement und den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen entwickelten sich wie erwartet auf dem Vorjahresniveau.

Auch im Verwaltungsaufwand schlugen sich mit -4 Mio. € ungeplante Konsolidierungseffekte nieder, so dass der Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit -14 Mio. € etwas höher als erwartet ausfiel.

Das Ergebnis des Segments beträgt vor Steuern 351 Mio. € und liegt 34 % über dem in 2013 (261 Mio. €). Der Anstieg liegt damit deutlich über den Erwartungen.

Segment Corporate Finance

Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Geschäftsbereichs Corporate Finance, die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING auf Basis der At-Equity-Bilanzierung sowie weitere konsolidierte Beteiligungen gezeigt.

In Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft trotz einer intensiven Wettbewerbssituation mit 4,6 Mrd. € um rund 7 % über dem Vorjahresniveau und damit über dem Planwert. Die Kundenforderungen entwickelten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag aufgrund von außerplanmäßigen Tilgungen leicht rückläufig. Die Erträge aus Corporate Finance lagen insgesamt auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag mit -74 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert (2013: -121 Mio. €).

Durch den veränderten Konsolidierungskreis nach IFRS 10 reduzierte sich der Zinsaufwand im Segment gegenüber dem Vorjahr deutlich. Im Gegenzug fielen deutlich niedrigere Erträge im sonstigen betrieblichen Ergebnis an.

Der Verwaltungsaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. €.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 162 Mio. € über dem in 2013 (155 Mio. €). Der Anstieg im Ergebnis liegt damit unter den Erwartungen.

Segment Financial Markets

Das Geschäftssegment enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitute und ausländische Gebietskörperschaften. Seit 2014 werden im Segment auch die Ergebnisse aus dem Asset Management mit institutionellen Anlegern abgebildet, die in der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH betreut werden. Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften sowie dem Geldhandel mit Kunden. Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2014 mit einem Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft in Höhe von 1,2 Mrd. € im Rahmen der Planung. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2014 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt. Der Zinsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr leicht um 4 %.

Der Provisionsüberschuss im Segment wird maßgeblich durch das Asset Management sowie das Kundengeschäft im Kapitalmarktgeschäft erzielt und stieg in 2014 deutlich um 17 % an.

Das Handelsergebnis im Segment hat sich in 2014 erwartungsgemäß normalisiert und liegt mit 103 Mio. € deutlich unterhalb des Vorjahrs. Rückläufige Credit Spreads hatten, anders als in den Vorjahren, keinen Einfluss auf das Ergebnis. Somit resultiert das Handelsergebnis in 2014 wesentlich aus dem kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft. Mit rund 14 Mrd. € wurde das geplante Primärmarktvolumen übertroffen. Auch konnte das Aktien- und Rentengeschäft im Zuge der Helaba-Verwahrstellenfunktion gesteigert werden.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO verbesserte sich um 67 Mio. € auf 18 Mio. €. In 2014 trugen positive Marktwertveränderungen aus Cross Currency Swaps zum Ergebnis bei. Das Ergebnis aus Finanzanlagen beträgt 14 Mio. €.

Der Verwaltungsaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um –1 Mio. €.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt aufgrund der Entwicklung des Handelsergebnisses mit 109 Mio. € wie erwartet deutlich unter dem Vorjahreswert. Das Ergebnis liegt jedoch um 21 % über dem Planwert.

Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft

In diesem Segment werden seit 2014 die Ergebnisse der Frankfurter Sparkasse, der Verbundbank, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) sowie der Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft (FBG) abgebildet. Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Das Zinsergebnis im Segment liegt mit 407 Mio. € nahezu auf dem Vorjahresniveau. Dabei wurden sinkende Zinsüberschüsse aus dem Retailgeschäft der Frankfurter Sparkasse durch höhere Zinserträge aus der Verbundbank kompensiert. Dazu trug insbesondere die Ausweitung des Zertifikatengeschäfts bei. Das Zinsergebnis der LBS liegt stabil auf Vorjahresniveau.

Die Risikovorsorge im Segment reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12 Mio. €, was im Wesentlichen auf Entlastungen in der Frankfurter Sparkasse zurückzuführen ist.

Der Provisionsüberschuss stieg gegenüber dem Vorjahr durch den Ausbau der Verbundbank. Der Provisionsbeitrag der FBG und der Frankfurter Sparkasse entwickelte sich seitwärts.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen der Frankfurter Sparkasse enthält in 2014 Erträge aus dem Verkauf von Wertpapieren in Höhe von 13 Mio. €. Ein Einmalertrag aus dem Verkauf der Beteiligung Corpus Sireo wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Der planmäßige Anstieg des Verwaltungsaufwands um –26 Mio. € resultierte zum einen aus höherem Personal- und Sachaufwand der Frankfurter Sparkasse. Zum anderen stieg der Verwaltungsaufwand der Verbundbank durch den bundesweiten Vertriebsansatz und die zahlreichen Initiativen zur Optimierung der Sparkassenprodukte.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft liegt mit 174 Mio. € deutlich oberhalb des Vorjahresergebnisses (2013: 137 Mio. €).

Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft

Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Die Entwicklung in 2014 wurde außer durch die Abwicklung der verschiedenen Förderprogramme durch die Administration des kommunalen Schuttschirms Hessen geprägt. Das Geschäftsvolumen stieg dadurch leicht an. Der Zinsüberschuss im Segment entwickelte sich seitwärts.

Die systemtechnischen Umstellungen auf die neue EU-Förderperiode und die höhere Fördertätigkeit schlugen sich in einem um –6 Mio. € höheren Verwaltungsaufwand nieder, deren Erstattung durch das Land Hessen entsprechend zu gestiegenen Provisionserträgen in Höhe von 4 Mio. € führte.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 18 Mio. € leicht unter dem Vorjahresergebnis (2013: 21 Mio. €).

Segment Sonstige

In dem Segment Sonstige sind die nicht den anderen Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den anderen Segmenten zugeordnet werden können.

In der Eigenmittelanlage wurde insbesondere in Spezialfonds trotz des niedrigen Zinsniveaus ein gegenüber dem Vorjahr höherer Zinsertrag erzielt.

Der Provisionsüberschuss im Cash Management stieg um 2 %. Durch Rückgänge in anderen Positionen liegt der Provisionsüberschuss im Segment insgesamt leicht unter dem Vorjahresniveau.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis waren zum Stichtag unter anderem Aufwendungen für Rückstellungen für das laufende Kostensenkungsprogramm in Höhe von – 33 Mio. € enthalten.

Im Segment Sonstige werden neben den Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet, die nicht auf die Geschäftsbereiche verteilt werden. Dazu gehörte unter anderem die Servicierungspauschale an die Portigon AG. Durch die planmäßige Beendigung zur Jahresmitte 2014 schlugen sich diese Kosten in 2014 nur noch mit – 34 Mio. € (2013: – 69 Mio. €) nieder. Im Segment wurde ferner die auf das Einzelinstitut entfallende Bankenabgabe mit – 36 Mio. € (2013: – 47 Mio. €) abgebildet. Ebenfalls zentral abgebildet

wurde der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte (Comprehensive Assessment, IFRS 9). Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich dadurch planmäßig um 67 Mio. €.

Das Ergebnis des Segments liegt bei – 265 Mio. € (2013: – 332 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch Entlastungen im Verwaltungsaufwand geprägt.

Konsolidierung/Überleitung

In der Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls hier berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis aus der Konsolidierung/Überleitung liegt bei 58 Mio. € (2013: 16 Mio. €).

Nachtragsbericht

Am 1. März 2015 hat die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) ein Moratorium für die Verbindlichkeiten der HETA Asset Resolution AG, Klagenfurt, gegenüber den Gläubigern bis zum 31. Mai 2016 ausgesprochen. Die Bank ist in eine Anleihe der HETA Asset Resolution AG investiert. Der zum Stichtags-

kurs bewertete Buchwert betrug am 31. Dezember 2014 77 Mio. €. Die Bank beurteilt den Vorgang als ein wertbegründendes Ereignis des Jahres 2015 und wird mögliche Folgen in den Abschlüssen des Jahres 2015 berücksichtigen.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozessbeziehungswise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort implementiert, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen seit 2014 nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR).

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe und des Helaba-

Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für die Helaba-Gruppe und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unangewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelles Risiko umfasst auch das Rechtsrisiko, das wie folgt definiert ist:

Risiko von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.

- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf beziehungsweise Abschlüsse ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörenden Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden im residualen Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die

gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikosteuerung beziehungsweise die Risikoüberwachung verantwortlich.

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung (Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Liquiditätsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, Recht (Rechtsrisiko)
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Risikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung

der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über wesentliche Prüfungsergebnisse.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der MaRisk-Compliance und des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die

Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit werden in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgrößen ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten einge-

halten werden können. Analog zur Umstellung der regulatorischen Meldung auf die Anforderungen der CRR/CRD IV wurde der Fortführungsansatz der Helaba-Risikotragfähigkeitsrechnung zum 1. Januar 2014 angepasst, so dass die neuen regulatorischen Vorgaben für Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen angemessen berücksichtigt werden. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0%-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9%) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollaustattung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2014 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und doku-

mentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,3 Mrd. € (2013: 3,2 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 6,1 Mrd. € (2013: 7,3 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Institutssichernde Systeme können auch unter dem neuen Einlagensicherungsgesetz, das im Juli 2015 in Kraft treten wird, fortbestehen, sofern eine aufsichtliche Anerkennung vorliegt. Es ist vorgesehen, die Anerkennung zu beantragen.

Darüber hinaus gehören satzungsmäßig die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und

räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2014 insgesamt 508 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel III/CRR

Seit dem 1. Januar 2014 ist die neue EU-Verordnung der Capital Requirements Regulation (CRR) auf Basis von Basel III in Kraft getreten. Die CRR regelt in Ablösung der Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/ EU-Capital Requirements Directive, SolvV) die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlimite auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlimite werden alle Arten von Krediten gemäß Art. 389f der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften sowie Kontokorrent-Intraday-Risiken werden als direkte wirtschaftliche Risiken bewilligt und in voller Höhe auf separate Limite angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlimite werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der CRR ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

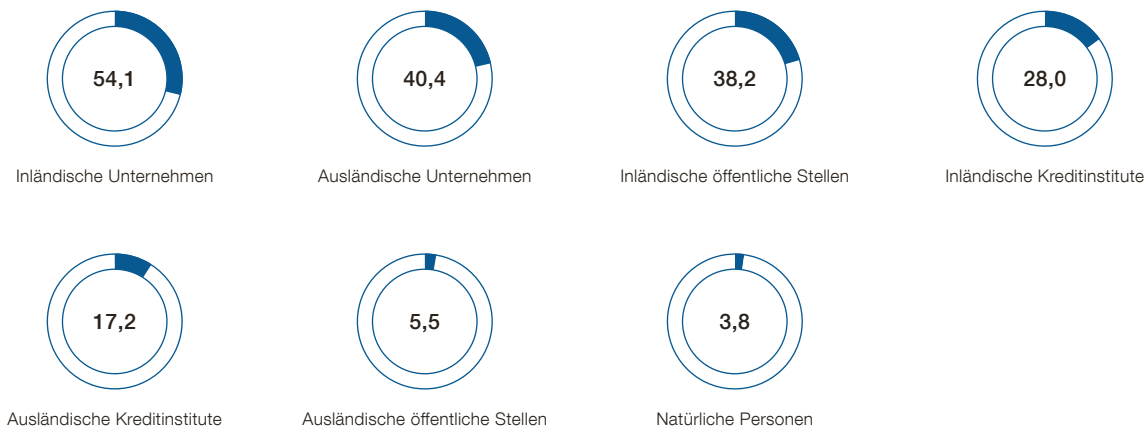
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2014, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) in Höhe von 187,2 Mrd. € (2013: 185,4 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)

Grafik 1

in Mrd. €



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2014 in den Branchen Kreditgewerbe, öffentliche Stellen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktions-spezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts er-

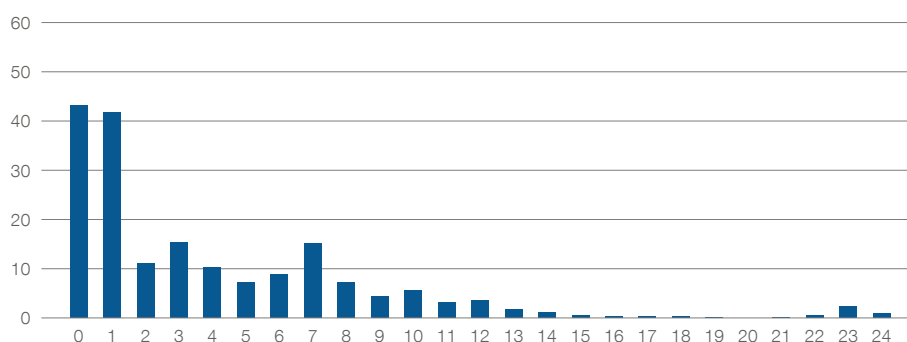
möglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse, Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und Helaba Asset Services) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 187,2 Mrd. € (2013: 185,4 Mrd. €) nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kredit-sicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2014 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transfer-risikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz,

Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, von den für Auslandsgeschäfte zuständigen Geschäftseinheiten Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management einen abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 43,1 Mrd. € (2013: 42,9 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (81,8 %) und Nordamerika (14,9 %). Sie sind per 31. Dezember 2014 zu 91,0 % (2013: 91,7 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 8,0 % (2013: 6,8 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,2 % (2013: 0,3 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten

Per 31. Dezember 2014 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 4,4 Mrd. € (2013: 5,2 Mrd. €). Es teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Land					
	Griechenland		Irland		Italien	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Länderrating intern (LCR)	20	23	7	8	10	11
Länderrating extern (S&P/Moody's)	B/Caa1	B-/Caa3	A/Baa1	BBB+/Ba1	BBB-/Baa2	BBB/Baa2
Sektor						
Staat	0	0	0	0	70	260
Banken/sonstige Finanzunternehmen	1	3	2	15	680	886
Corporates	177	177	258	274	208	213
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	5	4	30	34
Direktes Bruttoexposure	178	180	265	294	988	1.393
Abzüglich Sicherheiten	-177	-177	-122	-121	-76	-71
Direktes Nettoexposure	1	3	144	173	912	1.322

in Mio. €

	Land			
	Portugal		Spanien	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Länderrating intern (LCR)	13	14	10	11
Länderrating extern (S&P/Moody's)	BB/Ba1	BB/Ba3	BBB/Baa2	BBB-/Baa3
Sektor				
Staat	0	3	749	1.059
Banken/sonstige Finanzunternehmen	4	22	1.445	1.308
Corporates	19	34	1.193	1.256
Sonstige (inkl. nat. Personen)	3	4	103	111
Direktes Bruttoexposure	26	63	3.490	3.734
Abzüglich Sicherheiten	0	0	-149	-67
Direktes Nettoexposure	26	63	3.341	3.667

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2014 insgesamt 0,5 Mrd. €, davon Russische Föderation und Slowakei jeweils 0,2 Mrd. € (2013: 0,4 Mrd. €, davon Russische Föderation 0,2 Mrd. €, Slowakei 0,1 Mrd. €). Gegenüber Kreditnehmern in der Ukraine bestand zum 31. Dezember 2014 kein Nettoexposure.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand

in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine differenziertere Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 750 Mio. € (2013: 806 Mio. €). Der Rückgang in 2014 ist im Wesentlichen die Folge methodischer Anpassungen bei einzelnen Portfolios.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2013 nahezu unverändert. Im Basis-szenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein gegenüber dem Jahresende 2013 geringeres ökonomisches Risikopotenzial von 11 Mio. € (2013: 30 Mio. €). Das geringere Risikopotenzial ist unter anderem auf Rating-Verbesserungen und Veräußerungen von Beteiligungen zurückzuführen.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Risikoausschuss über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-

Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2014 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 70 % (2013: 83 %) auf Positionen in Euro und 22 % (2013: 11 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, japanischen Yen und britischen Pfund. Das im Jahr 2013 eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 23 Mio. € (2013: 27 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 192 Mio. € (2013: 171 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeiterechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für die Gruppe ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 273 Mio. € (2013: 350 Mio. €). Der Rückgang hier und im linearen Zinsänderungsrisiko ist im Wesentlichen auf das gesunkene Euro-Zinsniveau zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

Grafik 3

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Handelsbuch	11	28	10	26	0	0	1	1
Bankbuch	36	66	22	48	1	2	13	15
Gesamt	45	83	30	65	1	2	14	16

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht. Durch die vollständige Migration der Positionen aus der Übernahme der NRW-Verbundbank auf die Helaba-Systeme wurde die temporäre Verwendung der Risikomesssysteme der Portigon AG im zweiten Quartal 2014 wie geplant eingestellt.

Internes Modell gemäß

Capital Requirements Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell

gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2014 dargestellt. Im Gesamtjahr 2014 betrug das durchschnittliche MaR 18 Mio. € (2013: 33 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (2013: 44 Mio. €) und der minimale Wert 11 Mio. € (2013: 26 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2013 ist im Wesentlichen auf das in 2014 weiterhin gesunkene Zinsniveau zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2014

Grafik 4



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Sys-

temen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2014

Grafik 5

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsänderungsrisiko	25	29	17	28	13	36	12	27	17	30
Währungsrisiko	0	1	0	2	0	1	0	0	0	1
Aktienrisiko	1	2	1	2	1	1	1	1	1	2
Gesamtrisiko	26	32	18	32	15	38	13	28	18	33

Anzahl der Handelstage: 249 (2013: 249)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2013: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2013: 0 Mio. €).

Backtesting

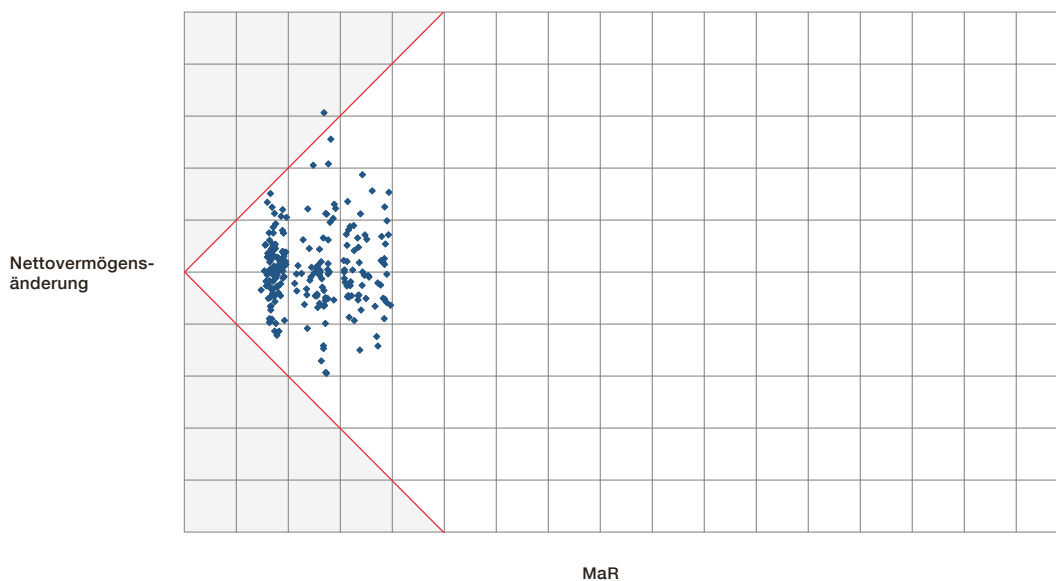
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Halte-dauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum

von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2014 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2013: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2014

Grafik 6



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2014 keine negativen Ausreißer auf (2013: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2013: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für die Helaba-Gruppe zum Jahresresultimo 2014 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 234 Mio. € führen (2013: 252 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 215 Mio. € (2013: 233 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2013: 19 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2014 jederzeit vollumfänglich gesichert.

In der Helaba-Gruppe existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die Kostenverrechnung ist durch ein Liquiditätstransferpreissystem geregelt.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche

Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Rest-Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank von der Portigon AG serviciert wurden, kam bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba im zweiten Quartal 2014 das Standardverfahren der Liquiditätsverordnung, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba im Geschäftsjahr 2014 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 22 % (2013: 30 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 29 % (2013: 37 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2014 bei 34 % (2013: 41 %).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2014 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR fortgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (Liquidity Coverage Ratio – LCR – und Net Stable Funding Ratio – NSFR) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements. Die LCR lag für alle monatlichen Stichtage über der ab 1. Oktober 2015 aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße von 60 %.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Darin sind auch die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform sowie das US-Public-Finance-Geschäft einbezogen. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,1 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Rückgang um 0,7 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2013) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 6,6 Mrd. € bei einem Limit von 12,5 Mrd. € (2013: 0,9 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Passivmittel sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge, werden sie temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenario-rechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2014 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als das „Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und ihre Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik wurde 2014 deutlich ausgebaut. Sie basiert jetzt vollständig auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

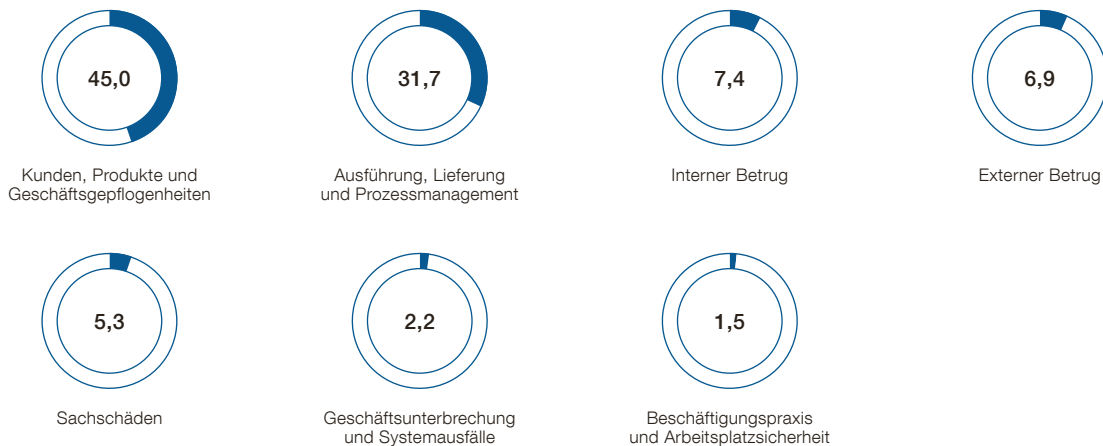
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2014.

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2014 nach Verlustereignissen

Grafik 7

in %



Der erwartete Verlust per 31. Dezember 2014 betrug 36 Mio. € (2013: 28 Mio. €) und resultiert aus einer angepassten Risikobewertung.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde 2014 abgeschlossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 97 Mio. € (2013: 138 Mio. €). Der Rückgang resultiert aus einer methodischen Anpassung des Quantifizierungsmodells.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Anforderungen. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen

Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Organisation und Informatik hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Informationssicherheit, IT-Risikomanagement und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken (als Teil der operationellen Risiken). Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen

Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch und anlassbezogen überprüft, überwacht, gesteuert und berichtet. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung des angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise der Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Die Steuern der ausländischen Niederlassungen sowie der übrigen Einheiten im Konzern werden dezentral betreut. Wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse finden Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung zur zentralen Abschlusserstellung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Geschäftsrisiken

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling analysiert die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2013 um 13 Mio. € auf 156 Mio. € erhöht.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit insbesondere bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten insbesondere in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – in den jeweiligen gruppenangehörigen Unternehmen durch die Geschäftsführung
- strategisch – durch die Aufsichtsgremien der gruppenangehörigen Unternehmen und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt und indirekt gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Risikocontrolling und Immobilienmanagement vorgenommen.

Zur Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen

und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Risiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Risikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus Bestandsimmobilien und aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen gruppenangehörigen Unternehmen dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2014 auf 31 Mio. € (2013: 19 Mio. €) im Wesentlichen aufgrund neuer Projektentwicklungen angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2015 werden die maßgeblichen Impulse wie schon 2014 von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die bereits spürbar an Fahrt aufgenommen hat. Chinas Wachstumstrend schwächt sich weiter ab und in Russland sowie anderen ölexportierenden Ländern bleibt die Lage schwierig. Der Euroraum kann dank des schwachen Euro und niedriger Energiepreise endlich etwas an Dynamik gewinnen. Mehr als eine moderate Besserung ist allerdings nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum wird in etwa wie im Vorjahr bei rund 3 % liegen.

Deutschland dürfte 2015 im Vergleich zum Euroraum erneut überdurchschnittlich wachsen. Die Vorjahresrate von 1,6 % dürfte annähernd wieder erreicht werden. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen allmählich an Schwung und die Bautätigkeit nimmt zu. Realeinkommen und Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel profitiert vom schwächeren Euro. Die staatlichen Haushalte sollten auch 2015 schwarze Zahlen schreiben, nachdem schon 2014 ein kleiner Budgetüberschuss erreicht wurde. Die Steuereinnahmen nehmen weiter zu. In der Eurozone bleiben die Wachstumsunterschiede groß. In Irland und in Spanien, Beispielen für eine gelungene Strukturpolitik, dürfte das Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich zulegen. Frankreich und Italien dagegen haben spät und mit geringem Tempo mit Reformen begonnen. Beide Länder werden daher in diesem Jahr nur unterdurchschnittlich wachsen.

Das weiterhin moderate Wachstum bei sehr niedriger Inflation ermöglicht es vielen Notenbanken, die extrem expansive Geldpolitik fortzusetzen. Die US-Notenbank hat hingegen ihre Anleihekäufe bereits eingestellt und steuert auf eine erste Leitzinserhöhung Mitte 2015 zu. Die EZB startet im März erstmals ein umfangreiches Anleihekaufprogramm mit einem Volumen von mehr als einer Billion Euro bis voraussichtlich September 2016. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunfts-fähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur die Belastungen aus der Krise aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen, sondern auch ihre Ergebnisse kontinuierlich steigern. Auf der Grundlage der erzielten guten Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Ver-

bindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retailgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr deutlich steigern.

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings (Fitch), Standard & Poor's und Moody's Investors Service wird die Helaba bei langfristigen unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit „A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F-1+“, „A-1“ und „P-1“ eingestuft. Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Aufgrund des anhaltenden Wettbewerbs- und Ertragsdrucks ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba ist aufgrund ihrer Trägerstruktur (88 % der Anteile werden von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen Sparkassen nachhaltig in der Sparkassenorganisation verankert. Hierdurch ergeben sich bei zukünftigen Veränderungen im Sektor zahlreiche strategische Chancen. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Das Immobiliengeschäft ist ein strategisches Kerngeschäftsfeld der Helaba. Entlang der Wertschöpfungskette werden fast alle

Produkte und Dienstleistungen von der Strukturierung über die Finanzierung bis hin zum Portfoliomanagement angeboten. Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft weiter zu stärken.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassenorganisation und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Hierzu wurden verschiedene regionale Fokussregionen definiert. Die Eröffnung einer neuen Repräsentanz in Singapur ist für das erste Halbjahr 2015 geplant.

Gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen ist die Helaba der zweitgrößte Zahlungsverkehr-Clearer in Deutschland. Auch im Kartengeschäft nimmt die Bank eine führende Rolle im Geschäft mit Sparkassen, Handelskunden und Netzbetreibern ein. Diese Marktposition ermöglicht es der Helaba, die erforderlichen Weichenstellungen für die Zukunft mitzugestalten. Im neuen, stark wachsenden Geschäftsfeld E- und M-Commerce ist die Helaba eingebettet in der Gesamtstrategie der Sparkassen-Finanzgruppe und arbeitet an Projekten zu Bezahlverfahren im Internet und Sparkassen-S-Wallet mit. Speziell bei geplanten Mehrwertdiensten und möglichen Absatzfinanzierungen sieht die Helaba gute Chancen, sich neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis und die Mehrung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertrags-

entwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Sie sind ausgerichtet an den Zielen

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und britisches Pfund,
- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung,
- eines moderaten geschäftsbedingten Anstiegs der Risikoaktiva, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Ziel-Kapitalquoten.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Mit der starken regionalen Verankerung des Geschäftsmodells bilden die volkswirtschaftlichen Prognosen für Deutschland und Westeuropa die maßgeblichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung in 2015. Gleichwohl ist das stark kundenorientierte Geschäftsmodell die Grundlage, auch bei niedrigem Zinsniveau und volatilen Wechselkursen stabile operative Erträge zu erzielen.

Im Segment Immobilien erwartet die Helaba im inländischen Immobilienkreditgeschäft auch in 2015 ein stabiles Marktumfeld, begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf stabile und umsatzstarke Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 mit 7,5 Mrd. € um rund 20 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Dieses Neugeschäft führt unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen zu einer leichten Erhöhung der Kundenforderungen und stabilen Erträgen auf Vorjahresniveau. Die Erträge aus den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen werden für 2015 auf unverändertem Niveau geplant. Das Ergebnis vor Steuern des Segments wird 2015 bei einer steigenden Risikovorsorge, einem steigenden sonstigen betrieblichen Ergebnis und einem Anstieg des Verwaltungsaufwands um rund 7 % unterhalb des Vorjahreswerts erwartet.

Im Segment Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belegung für 2015 mit einer weiterhin verhaltenen Kreditnachfrage bei einer hohen Wettbewerbsintensität gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 daher mit 3,9 Mrd. € um rund 14 % unter dem Niveau des Vorjahrs geplant. Unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen wird eine leichte Erhöhung der Kundenforderungen erwartet. Aus diesem Bestandsaufbau und der Intensivierung des Außenhandelsgeschäfts mit Firmenkunden

werden die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 6 % höher geplant. Unter Berücksichtigung einer Risikovorsorgeplanung auf Vorjahresniveau und eines steigenden Verwaltungsaufwands wird das Ergebnis vor Steuern in 2015 um 1 % unter dem Vorjahreswert erwartet.

Im Segment Financial Markets ist das zinsbezogene Geschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften enthalten. Das mittel- und langfristige Abschlussvolumen im inländischen Kommunalkreditgeschäft wird für 2015 mit 1,0 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird in 2015 nur selektiv betrieben und mit 0,3 Mrd. € geplant. Im Asset Management ist der Ausbau des Ertragsniveaus durch die Ausweitung der Assets unter Management vorgesehen. Im Kapitalmarktgeschäft soll in 2015 der Anteil des Kunden- und umsatzgetriebenen Ertrags über den Ausbau von Cross Selling und der Wettbewerbsposition im Primärmarktgeschäft erhöht werden. Die Helaba plant für das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, Derivaten und Finanzanlagen in der Regel keine Erträge. Demzufolge wird gegenüber dem Vorjahr ein deutlich niedrigeres, aber nachhaltig erzielbares Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft erwartet.

In dem Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft wird für die Frankfurter Sparkasse aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus ein Rückgang der Erträge und des Ergebnisses erwartet. Für die Frankfurter Bankgesellschaft und die LBS Hessen-Thüringen werden für 2015 stabile Erträge und ein Ergebnisniveau auf dem des Jahres 2014 erwartet. Im Geschäft der Verbundbank mit den Sparkassen strebt die Helaba mittelfristig die Rolle als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation mit bundesweitem Vertriebsansatz an. Für 2015 sind zahlreiche Produktverbesserungen vorgesehen. Gegenüber dem Ergebnis in 2014, in dem Einmal Effekte enthalten waren, wird das Ergebnis im Segment in 2015 rund ein Drittel niedriger erwartet.

Im Segment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird die Entwicklung in 2015 durch den weiteren Ausbau des Fördergeschäfts und die neue EU-Förderperiode, insbesondere im Hinblick auf systemtechnische Umstellungen, geprägt sein. Für das Neugeschäft im Jahr 2015 wird von einer Größenordnung von 1,5 Mrd. € an Krediten nach 1,4 Mrd. € im Jahr 2014 und einem konstanten Niveau von 0,7 Mrd. € an Zuschüssen ausgegangen. Bei den Zuschüssen handelt es sich um nicht rückzahlbare Mittel der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Hessen, etwa für die Landwirtschafts- oder die Krankenhausförderung, die von der WIBank für die Mittelgeber administriert und an die Förderempfänger gezahlt werden. Die Erträge werden in 2015 voraussichtlich durch das steigende Geschäftsvolumen leicht zunehmen, jedoch werden ihnen auch höhere Verwaltungsaufwendungen gegenüberstehen.

Insgesamt wird das Ergebnis im Segment mit 18 Mio. € auf Höhe des Vorjahreswerts geplant.

Im Segment Sonstige werden im Cash Management und im Depotservice durch den Ausbau der Marktpositionen kontinuierlich steigende Erträge erwartet. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis werden für 2015 deutlich geringere Rückstellungen als im Jahr 2014 geplant. Der Verwaltungsaufwand wird wesentlich bedingt durch den vollständigen Wegfall der Servicingpauschale an die Portigon AG deutlich sinken.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (inklusive Frankfurter Sparkasse) wird in 2015 mit 16,3 Mrd. € geplant. Für die Entwicklung der Bilanzsumme wird in 2014 mit einem leichten Anstieg um rund 2 Mrd. € auf 182 Mrd. € gerechnet. Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme steigt in 2015 um rund 2,5 %.

Der Zinsüberschuss im Konzern wird für 2015 insgesamt um rund 10 % unter dem Vorjahreswert erwartet. Dabei stehen leicht steigenden Kundenbeiträgen Belastungen aus dem niedrigen Zinsniveau bei der Frankfurter Sparkasse und der Eigenmittelanlage sowie aus der Aufnahme von Nachrangkapital gegenüber.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird für 2015 auf Basis der sinkenden langfristigen Durchschnitte mit 200 Mio. € geplant. Dabei werden für 2015 alle Problemkredite als Risikovorsorge geplant. Sofern in 2015 wie auch in 2014 Kreditnehmer zu konsolidieren sind, kann es zu einem abweichenden Ausweis kommen.

Der Provisionsüberschuss wird, getragen durch das Kundengeschäft, um rund 14 % über dem Vorjahr geplant.

Das Handelsergebnis wird 2015 gegenüber dem Vorjahr um 34 % steigend geplant.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis werden im Vergleich zum Vorjahr keine Konsolidierungseffekte geplant, so dass für 2015 ein Ergebnis auf dem Normalniveau der Vorjahre in Höhe von rund 240 Mio. € geplant wird.

Der Personalbestand wird in 2015 weitgehend konstant geplant. Einem selektiven Aufbau an ausgewählten Stellen stehen erste Abbaumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms gegenüber. Wesentliche Effekte aus diesem Programm werden erst ab 2016 erwartet. Der geplante Sachaufwand im Jahr 2015 reduziert sich gegenüber 2014 deutlich. Dabei werden sich auch in 2015 anhaltend hohe Projektkosten zur Sicherstellung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und Bankstrukturkosten im Sachaufwand niederschlagen. Dazu gehören auch steigende Umlagen und die Berücksichtigung einer höheren Banken-

abgabe. Gegenläufig wirkt sich der Wegfall der Servicierungsgebühr für das bis zum 30. Juni 2014 auf der IT-Plattform der Portigon AG betriebene Verbundbank-Geschäft aus. Der Verwaltungsaufwand im Konzern sinkt insgesamt um 1 %.

Das für 2015 geplante Konzernergebnis liegt somit um circa 7 % unter dem Wert des Jahres 2014.

Die Cost Income Ratio wird für 2015 bei rund 61 % erwartet. Die bilanzielle Eigenkapitalrendite wird für 2015 bei rund 7,5 % erwartet.

Für 2016 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mit einem mittelfristigen Anstieg des Ergebnisniveaus.

Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Die Bank geht von einer anhaltenden Niedrigzinsphase und einem schwachen Euro aus. Risiken bestehen dann, wenn sich das Zinsniveau oder der Außenwert des Euro noch deutlicher in den Negativbereich bewegen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der steigenden Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar. Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn durch die Konkretisierung der verschiedenen aufsichtsrechtlichen Maßnahmen die Kosten über die in der Planung erwartete Höhe steigen.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 10. März 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Gesamtaussage

Das im Geschäftsjahr 2014 von der Helaba erzielte Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 607 Mio. € liegt 124 Mio. € oder 26 % oberhalb des sehr guten Vorjahresergebnisses von 483 Mio. €. Maßgeblich für diesen Erfolg war der weitere Ausbau des operativen Geschäfts in den Kerngeschäftsfeldern. Sowohl der Zins- wie auch der Provisionsüberschuss konnten gegenüber dem Vorjahr um jeweils rund 6 % gesteigert werden. Der sich gegenüber dem hohen Vorjahreswert ergebende Rückgang im Handelsergebnis ist marktbedingt. Der auch konjunkturbedingt geringere Risikovorsorgebedarf und der nach der vollzogenen Integration der NRW-Verbundbank rückläufige Verwaltungsaufwand trugen ebenfalls zur Ergebnissteigerung bei.

Trotz des zunehmenden Wettbewerbsdrucks und der Vielzahl regulatorischer Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbands ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft gesehen. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalkraft und die Mehrung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Konzernabschluss

70	Gewinn- und Verlustrechnung	97	(25) Handelsergebnis
71	Gesamtergebnisrechnung	98	(26) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
72	Bilanz	98	(27) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
74	Eigenkapitalveränderungsrechnung	98	(28) Ergebnis aus Finanzanlagen
75	Kapitalflussrechnung	99	(29) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
	Anhang (Notes)	99	(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	100	(31) Verwaltungsaufwand
77	(1) Allgemeine Angaben	100	(32) Ertragsteuern
82	(2) Konsolidierungsgrundsätze	102	(33) Segmentberichterstattung
85	(3) Konsolidierungskreis		
86	(4) Finanzinstrumente		
88	(5) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen		
88	(6) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen		
89	(7) Strukturierte Produkte		
89	(8) Finanzgarantien		
90	(9) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe		
90	(10) Bilanzierung von Leasingverhältnissen		
91	(11) Währungsumrechnung		
91	(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
92	(13) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		
92	(14) Sachanlagen		
93	(15) Immaterielle Vermögenswerte		
93	(16) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsguppen		
94	(17) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva		
94	(18) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
95	(19) Andere Rückstellungen		
95	(20) Ertragsteuern		
95	(21) Nachrangkapital		
	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung		
96	(22) Zinsüberschuss	105	(34) Barreserve
97	(23) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	105	(35) Forderungen an Kreditinstitute
97	(24) Provisionsüberschuss	105	(36) Forderungen an Kunden
		106	(37) Risikovorsorge
		107	(38) Handelsaktiva
		108	(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
		108	(40) Finanzanlagen
		109	(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
		110	(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
		112	(43) Sachanlagen
		112	(44) Immaterielle Vermögenswerte
		113	(45) Ertragsteueransprüche
		114	(46) Sonstige Aktiva
		115	(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
		115	(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
		116	(49) Verbriefte Verbindlichkeiten
		116	(50) Handelspassiva
		116	(51) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
		117	(52) Rückstellungen
		124	(53) Ertragsteuerverpflichtungen
		125	(54) Sonstige Passiva
		125	(55) Nachrangkapital
		125	(56) Eigenkapital

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

- | | |
|---|---|
| <p>127 (57) Sicherheitsleistungen</p> <p>128 (58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung</p> <p>129 (59) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung</p> <p>129 (60) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten</p> <p>130 (61) Nachrangige Vermögenswerte</p> <p>131 (62) Fremdwährungsvolumina</p> <p>131 (63) Restlaufzeitgliederung</p> <p>132 (64) Derivative Geschäfte</p> <p>134 (65) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien</p> <p>136 (66) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten</p> <p>141 (67) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte</p> <p>142 (68) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option</p> <p>143 (69) Angaben zur Emissionstätigkeit</p> <p>143 (70) Angaben zum Risikomanagement</p> <p>143 (71) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten</p> | <p>154 (81) Angaben zu Arbeitnehmern</p> <p>155 (82) Mitglieder des Verwaltungsrats</p> <p>156 (83) Mitglieder des Vorstands</p> <p>156 (84) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien</p> <p>157 (85) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB</p> |
|---|---|

166 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

167 **Country by Country Reporting nach § 26a KWG**

170 **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

- 146** (72) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen
- 147** (73) Patronatserklärungen
- 147** (74) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

- 148** (75) Angaben zum Leasinggeschäft
- 149** (76) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen
- 150** (77) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen
- 151** (78) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln
- 152** (79) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen
- 154** (80) Honorare des Abschlussprüfers

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

Notes	2014	2013	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge	4.771	4.867	-96	-2,0
Zinsaufwendungen	-3.478	-3.651	173	4,7
Zinsüberschuss (4), (22)	1.293	1.216	77	6,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (11), (23)	-80	-240	160	66,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.213	976	237	24,3
Provisionserträge	516	496	20	4,0
Provisionsaufwendungen	-199	-196	-3	-1,5
Provisionsüberschuss (24)	317	300	17	5,7
Handelsergebnis (4), (25)	126	344	-218	-63,4
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option (4), (6), (26)	38	-31	69	> 100,0
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (6), (27)	13	19	-6	-31,6
Ergebnis aus Finanzanlagen (4), (28)	33	2	31	> 100,0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen (2), (29)	12	-10	22	> 100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis (13), (30)	70	137	-67	-48,9
Verwaltungsaufwand (31)	-1.215	-1.254	39	3,1
Ergebnis vor Steuern	607	483	124	25,7
Ertragsteuern (20), (32)	-210	-148	-62	-41,9
Konzernjahresergebnis	397	335	62	18,5
Davon: Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-4	-5	1	20,0
Davon: Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	401	340	61	17,9

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

Notes	2014	2013	Veränderung	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernjahresergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	397	335	62	18,5
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen (52)	-444	23	-467	> -100,0
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	130	-6	136	> 100,0
Zwischensumme	-314	17	-331	> -100,0
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	202	-40	242	> 100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	-29	13	-42	> -100,0
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne (+)/Verluste (-) aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	1	-1	-100,0
Bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	4	-	4	-
Veränderung aus der Währungsumrechnung				
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	12	-6	18	> 100,0
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten (32)	-55	12	-67	> -100,0
Zwischensumme	134	-20	154	> 100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-180	-3	-177	> -100,0
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	217	332	-115	-34,6
Davon: Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	3	-	3	-
Davon: Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	214	332	-118	-35,5

Bilanz

zum 31. Dezember 2014

Aktiva

	Notes	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(34)	1.033	1.753	-720	-41,1
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (35)	20.579	21.355	-776	-3,6
Forderungen an Kunden	(4), (36)	91.109	91.032	77	0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(12), (37)	-1.007	-1.119	112	10,0
Handelsaktiva	(4), (38)	31.262	32.311	-1.049	-3,2
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (39)	5.828	4.690	1.138	24,3
Finanzanlagen	(4), (40)	26.590	24.120	2.470	10,2
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(2), (41)	39	76	-37	-48,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(13), (42)	1.909	1.885	24	1,3
Sachanlagen	(14), (43)	443	452	-9	-2,0
Immaterielle Vermögenswerte	(15), (44)	141	145	-4	-2,8
Ertragsteueransprüche	(20), (45)	371	342	29	8,5
Sonstige Aktiva	(17), (46)	1.192	1.234	-42	-3,4
Summe Aktiva		179.489	178.276	1.213	0,7

Passiva

	Notes	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (47)	35.612	34.162	1.450	4,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (48)	45.320	43.916	1.404	3,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (49)	48.320	48.371	-51	-0,1
Handelsspassiva	(4), (50)	29.219	33.739	-4.520	-13,4
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (6), (51)	5.351	3.471	1.880	54,2
Rückstellungen	(18), (19), (52)	2.152	1.632	520	31,9
Ertragsteuerverpflichtungen	(20), (53)	125	76	49	64,5
Sonstige Passiva	(17), (54)	630	595	35	5,9
Nachrangkapital	(21), (55)	5.410	5.073	337	6,6
Eigenkapital	(56)	7.350	7.241	109	1,5
Gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	-	-
Kapitalrücklage		1.546	1.546	-	-
Gewinnrücklagen		3.030	3.047	-17	-0,6
Neubewertungsrücklage		249	138	111	80,4
Rücklage aus der Währungsumrechnung		14	2	12	> 100,0
Rücklage aus Cashflow Hedges		-	-4	4	100,0
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		2	3	-1	-33,3
Summe Passiva		179.489	178.276	1.213	0,7

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital							Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Rücklage für Bewertungsergebnisse aus Cashflow Hedges	Zwischensumme		
Eigenkapital zum 31.12.2012	2.509	1.546	2.642	162	4	-23	6.840	-23	6.817
Erstanwendung IFRS 10			141	-4	4	18	159	25	184
Eigenkapital zum 1.1.2013	2.509	1.546	2.783	158	8	-5	6.999	2	7.001
Veränderungen im Konsolidierungskreis							-	1	1
Dividendenzahlung			-93				-93		-93
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			357	-20	-6	1	332	-	332
Eigenkapital zum 1.1.2014	2.509	1.546	3.047	138	2	-4	7.238	3	7.241
Veränderungen im Konsolidierungskreis			-				-	-4	-4
Kapitalerhöhung							-		-
Dividendenzahlung			-104				-104	-	-104
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			87	111	12	4	214	3	217
Eigenkapital zum 31.12.2014	2.509	1.546	3.030	249	14	-	7.348	2	7.350

Die Veränderung der Gewinnrücklagen in 2014 beinhaltet die Veränderung der Gewinnrücklagen in Höhe von -314 Mio. € (2013: 17 Mio. €) nach Steuern. Veränderungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in Mio. €

	2014	2013
Jahresüberschuss	397	335
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	- 73	561
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	253	196
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	- 66	- 882
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	- 50	- 43
Sonstige Anpassungen	- 1.111	- 1.064
Zwischensumme	- 650	- 897
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	807	1.817
Forderungen an Kunden	85	183
Handelsaktiva/-passiva	- 3.629	4.027
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	750	495
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.441	- 5.073
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.416	- 3.610
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 288	- 8.588
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	- 136	- 172
Erhaltene Zinsen und Dividenden	4.946	4.830
Gezahlte Zinsen	- 3.475	- 4.035
Ertragsteuerzahlungen	- 110	- 264
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	1.157	- 11.287
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	8.057	9.070
Sachanlagevermögen	-	1
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	43	50
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	- 10.025	- 5.613
Sachanlagevermögen	- 11	- 18
Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	- 84	- 40
Immateriellen Vermögenswerten	- 16	- 23
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	5	- 12
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 2.031	3.415
Dividendenzahlungen	- 104	- 93
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	381	757
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	277	664

in Mio. €

	2014	2013
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	1.753	8.925
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	1.157	-11.287
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-2.031	3.415
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	277	664
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	-123	36
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	1.033	1.753
Davon:		
Kassenbestand	78	84
Guthaben bei Zentralnotenbanken	955	1.669

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhangangabe (3) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital ausgewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.

Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2014 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2014 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Im Geschäftsjahr 2014 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind und für die Helaba relevant sein können, verpflichtend anzuwenden:

- **Änderungen an IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten**

Durch die Änderungen wird das gegenwärtige Saldierungsmodell nach IAS 32 im Grundsatz beibehalten, jedoch durch zusätzliche Anwendungsleitlinien konkretisiert. Der geänderte IAS 32 stellt klar, dass (a) der Anspruch einer Gesellschaft auf Saldierung am Abschlussstichtag bestehen muss und (b) wann Bruttoabwicklungssysteme einer Nettoabwicklung entsprechen können. Die ergänzten Leitlinien des IAS 32 sind retrospektiv anzuwenden.
- **Änderungen an IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ – Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften**

Die Änderungen an IAS 39 enthalten Vorschriften, die eine Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen in Situationen erlauben, in denen ein Derivat, das als Sicherungsinstrument designiert wurde, aufgrund gesetzlicher oder regulatorischer Anforderungen an eine zentrale Gegenpartei zu Abwicklungszwecken übertragen wurde, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.
- **Änderungen an IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ – Übergangsleitlinien**

Durch die Änderungen an den in 2014 erstmals anzuwendenden IFRS 10, 11 und 12 wird klargestellt, dass der „Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung“ des IFRS 10 der Beginn der Berichtsperiode ist, in welcher der Standard erstmals angewendet wird. Dies hat zur Folge, dass Entscheidungen, ob Investments nach IFRS 10 zu konsolidieren sind oder nicht, für den Beginn dieser Periode zu treffen sind und Vergleichsangaben für die zwingenden Angabepflichten des IFRS 12 im Zusammenhang mit Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlichen Vereinbarungen nur für die unmittelbar vorangehende Vergleichsperiode erforderlich sind. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen sind vollständig von der Verpflichtung zur Angabe von Vergleichszahlen ausgenommen. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.
- **Änderungen an IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ und IAS 27 „Einzelabschlüsse“ – Investmentgesellschaften**

Durch die Änderungen an den in 2014 erstmals anzuwendenden IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ und IAS 27 „Einzelabschlüsse“ werden so genannte Investmentgesellschaften (der Begriff wird neu in IFRS 10 definiert), das heißt insbesondere Fonds oder ähnliche Unternehmen, die die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllen, künftig von der Verpflichtung befreit, die von ihnen beherrschten Tochterunternehmen in ihren Konzernabschluss im Rahmen der Vollkonsolidierung einzubeziehen. Stattdessen sind die entsprechenden Beteiligungen erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Darüber hinaus werden neue Angabevorschriften für Investmentgesellschaften in IFRS 12 eingefügt. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden.

■ **IFRS 12: „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“**

IFRS 12 führt die Angabepflichten zu sämtlichen Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten strukturierten Gesellschaften in einem Standard zusammen. Gemäß dem neuen Standard müssen Unternehmen quantitative und qualitative Angaben machen, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, die Risiken und die finanziellen Auswirkungen, die mit dem Engagement des Unternehmens bei diesen Beteiligungsunternehmen verbunden sind, zu beurteilen. Die durch IFRS 12 neuen und erweiterten Angabevorschriften betreffen zudem Beziehungen zu strukturierten Unternehmen auch außerhalb eines Vorliegens von Anteilsbesitz oder einer Klassifizierung als Beteiligung, assoziiertes, Gemeinschafts- oder Tochterunternehmen. Im Rahmen der Übernahme von IFRS 12 durch die EU wurde der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt für EU-Unternehmen auf den 1. Januar 2014 verschoben. Die Änderungen sind retrospektiv anzuwenden. Die gemäß IFRS 12 offenzulegenden Informationen hat die Helaba in den Anhangangaben berücksichtigt.

■ **Änderungen an IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten“ – Angaben zum erzielbaren Betrag bei nicht finanziellen Vermögenswerten**

Die Änderungen an IAS 36, die ebenfalls im Geschäftsjahr 2014 erstmals verpflichtend anzuwenden sind, wurden von der Helaba bereits im Vorjahr freiwillig vorzeitig angewendet. Die Änderungen korrigieren die durch IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ eingeführte Angabevorschrift, den erzielbaren Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit anzugeben, der ein bedeutender Geschäfts- oder Firmenwert oder bedeutende immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer zugeordnet sind. Durch diese Änderungen soll klargestellt werden, dass diese Angabe nur für solche zahlungsmittelgenerierende Einheiten zu machen ist, für die in der laufenden Berichtsperiode eine Wertminderung oder Wertaufholung erfasst wurde. Zum anderen führt der Änderungsstandard neue Angabepflichten ein, die zu machen sind, wenn eine Wertminderung oder Wertaufholung eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorliegt und der erzielbare Betrag auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung bestimmt wurde.

Die Anwendung der neuen beziehungsweise geänderten Standards hatte mit Ausnahme von IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Retrospektive Erstanwendung von IFRS 10, IFRS 11 und dem geänderten IAS 28

Mit den erstmals in der EU anzuwendenden IFRS 10, IFRS 11 und dem geänderten IAS 28 basiert der Abschluss zum 31. Dezember 2014 auf einem neu definierten Kreis der im Wege der Vollkonsolidierung beziehungsweise auf Basis der Bewertung at Equity einzubeziehenden Unternehmen. Die Vergleichszahlen für die Vorperiode wurden entsprechend angepasst.

Im Vergleich zum ursprünglichen Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 und zum Konsolidierungskreis nach den bisherigen IAS 27 und SIC 12 sind 14 Unternehmen nicht mehr im Wege der Vollkonsolidierung einzubeziehen. Von diesen sind zehn Unternehmen in at Equity bewerteten Teilkonzernstrukturen zu berücksichtigen. Durch die Anwendung der neuen Standards sind 23 Unternehmen erstmals im Wege der Vollkonsolidierung einzubeziehen. Von diesen schieden 15 Gesellschaften in 2014 aus dem Konsolidierungskreis wieder aus.

Die Auswirkungen von IFRS 12 betreffen überwiegend zusätzliche Angaben im Anhang. Diese sind erstmals in diesem Jahresfinanzbericht aufgenommen.

Retrospektives Ausscheiden aus dem Konzern aufgrund der Erstanwendung des IFRS 10

ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach

Campanula Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach

HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach

HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach

HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach

KADENZA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach

MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach

MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach

MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach

MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Pullach

Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien

Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach

STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach

Vanessa Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach

**Retrospektive Einbeziehung in den Konzern
aufgrund Erstanwendung des IFRS10**

Altherz Stuttgart 1 GmbH, Frankfurt am Main
Altherz Stuttgart 2 GmbH, Frankfurt am Main
ANTLER BASINGSTOKE 2 LIMITED, Douglas, Isle of Man
ANTLER CWMBRAN LIMITED, Douglas, Isle of Man
ANTLER DEESIDE LIMITED, Ramsey, Isle of Man
ANTLER DROITWICH LIMITED, Ramsey, Isle of Man
ANTLER EPSOM 2 LIMITED, Ramsey, Isle of Man
ANTLER LIVINGSTON 2 LIMITED, Ramsey, Isle of Man
Antler North Shields Limited, Ramsey, Isle of Man
ANTLER PROPERTY IPUT LIMITED, Douglas, Isle of Man
ANTLER PROPERTY TWENTY TWO LIMITED, Douglas, Isle of Man
ANTLER PROPERTY TWO LIMITED, Ramsey, Isle of Man
Antler Sevenoaks Unit Trust, Douglas, Isle of Man
ANTLER SWINDON 2 LIMITED, Ramsey, Isle of Man
ANTLER WALTON LIMITED, Douglas, Isle of Man
ANTLER WARRINGTON LIMITED, Ramsey, Isle of Man
ANTLER WOKINGHAM 2 LIMITED, Douglas, Isle of Man
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach
Honua'ula Partners LLC, Wailea, Hawaii, USA
MS Elbmaster GmbH & Co. KG, Drochtersen
MS Jade GmbH & Co. KG, Drochtersen
OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland
Pioneer Point Ltd, London, Großbritannien

Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen

Im zweiten Quartal 2014 wurde das Bewertungsmodell zur Ermittlung von Credit Value Adjustments (CVA) im Hinblick auf Marktusancen verfeinert. Bei dieser Anpassung des Bewer-

tungsmodells handelt es sich um eine Schätzungsänderung nach IAS 8.32 ff. Die Verfeinerung des Ermittlungsverfahrens führte zum Zeitpunkt der Umstellung zu einer Erhöhung des CVA-Abschlags um 6 Mio. €, der aufwandswirksam im Handelsergebnis berücksichtigt wurde.

Nach einer Überprüfung der Vertragsbeziehungen mit Geschäftspartnern im Derivategeschäft hat der Helaba-Konzern erstmals bilanzielle Verrechnungen von Vermögenswerten und Verpflichtungen mit zentralen Kontrahenten, für die entsprechende Vereinbarungen mit Barsicherheiten auf täglicher Basis getroffen wurden, vorgenommen. Die Saldierungen betreffen Barsicherheiten und Vermögenswerte sowie Verpflichtungen im Handelsbestand.

Aufgrund einer Änderung von § 17 RechKredV und § 1 KAGB wurden innerhalb der Notesangaben zu den Finanzanlagen, den Treuhandgeschäften und dem Zinsüberschuss die Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbare ausländische Strukturen von den Beteiligungen zu den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren umgegliedert. Die entsprechenden Vorjahresangaben wurden angepasst (siehe Anhangangaben (22), (40), (66) und (74)).

Vorjahresanpassung

Die aus der Veränderung des Konsolidierungskreises resultierenden Änderungen der Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 sowie der Bilanz zum 31. Dezember 2013 sind in den nachfolgenden Tabellen ersichtlich.

in Mio. €

	2013		
	Neuer Konsolidierungskreis	Anpassung	Bisheriger Konsolidierungskreis
Zinserträge	4.867	7	4.860
Zinsaufwendungen	-3.651	4	-3.655
Zinsüberschuss	1.216	11	1.205
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-240	41	-281
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	976	52	924
Provisionserträge	496	-	496
Provisionsaufwendungen	-196	-	-196
Provisionsüberschuss	300	-	300
Handelsergebnis	344	5	339
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	-31	-11	-20
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	19	-	19
Ergebnis aus Finanzanlagen	2	-2	4
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-10	-8	-2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	137	-80	217
Verwaltungsaufwand	-1.254	17	-1.271
Ergebnis vor Steuern	483	-27	510
Ertragsteuern	-148	8	-156
Konzernjahresergebnis	335	-19	354
Davon: Konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-5	-7	2
Davon: Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	340	-12	352

Aktiva

in Mio. €

	31.12.2013		
	Neuer Konsolidierungskreis	Anpassung	Bisheriger Konsolidierungskreis
Barreserve	1.753	3	1.750
Forderungen an Kreditinstitute	21.355	- 41	21.396
Forderungen an Kunden	91.032	285	90.747
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 1.119	109	- 1.228
Handelsaktiva	32.311	38	32.273
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.690	- 1	4.691
Finanzanlagen	24.120	- 80	24.200
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	76	- 16	92
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1.885	- 541	2.426
Sachanlagen	452	187	265
Immaterielle Vermögenswerte	145	- 37	182
Ertragsteueransprüche	342	- 5	347
Sonstige Aktiva	1.234	292	942
Summe Aktiva	178.276	193	178.083

Passiva

in Mio. €

	31.12.2013		
	Neuer Konsolidierungskreis	Anpassung	Bisheriger Konsolidierungskreis
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.162	56	34.106
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.916	21	43.895
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.371	126	48.245
Handelspassiva	33.739	- 3	33.742
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.471	- 18	3.489
Rückstellungen	1.632	2	1.630
Ertragsteuerverpflichtungen	76	- 45	121
Sonstige Passiva	595	- 100	695
Nachrangkapital	5.073	-	5.073
Eigenkapital	7.241	154	7.087
Gezeichnetes Kapital	2.509	-	2.509
Kapitalrücklage	1.546	-	1.546
Gewinnrücklagen	3.047	126	2.921
Neubewertungsrücklage	138	- 10	148
Rücklage aus der Währungsumrechnung	2	3	- 1
Rücklage aus Cashflow Hedges	- 4	13	- 17
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	3	22	- 19
Summe Passiva	178.276	193	178.083

Diese Effekte wurden in allen Tabellen des Anhangs berücksichtigt.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

■ IFRIC 21 „Abgaben“

IFRIC 21 wäre nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 17. Juni 2014 beginnen, verschoben. Die Helaba hat diesen Standard im Geschäftsjahr 2014 nicht angewendet. Die Anwendung dieses Standards wird keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Helaba haben.

■ IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“

Nach IFRS 15 sind Umsatzerlöse dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Güter und Dienstleistungen erlangt und Nutzen aus diesen ziehen kann. Entscheidend ist nicht mehr die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken, wie noch nach den alten Regelungen des IAS 18 „Umsatzerlöse“. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten. Das neue Modell sieht zur Ermittlung der Umsatzrealisierung ein fünfstufiges Schema vor. Die Regelungen und Definitionen des IFRS 15 ersetzen künftig sowohl die Inhalte des IAS 18 „Umsatzerlöse“ als auch des IAS 11 „Fertigungsaufträge“; sie haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereichs von IFRS 9/IAS 39 entstehen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Die Helaba prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

■ IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Der IASB hat sein Projekt zur Ablösung von IAS 39 „Finanzinstrumente“ – Ansatz und Bewertung – im Juli 2014 durch die Veröffentlichung der endgültigen Version von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ abgeschlossen. IFRS 9 enthält in der finalen Fassung insbesondere folgende grundlegend überarbeiteten Regelungsbereiche:

■ Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten:

Die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten wurden im Vergleich zu IAS 39 insbesondere für finanzielle Vermögenswerte grundlegend neu verfasst. Künftig hängt die Klassifizierung und Bewertung dieser Instrumente von zwei wesentlichen Fragestellungen ab:

– Welchem Geschäftsmodell des Unternehmens unterliegt das Portfolio, dem der finanzielle Vermögenswert zugeordnet wurde? In diesem Sinne sieht IFRS 9 grundsätzlich die Modelle „Halten zur Erzielung vertraglicher Zahlungsströme“, „Halten und Verkaufen“ sowie „Handelsabsicht“ vor.

– Welche vertraglichen Zahlungsströme weist das Instrument auf beziehungsweise stellen diese Zahlungsströme – von minimalen Abweichungen abgesehen – ausschließlich Zins- und Tilgungsleistungen auf den ausgereichten Betrag dar (so genannter Cashflow-Test)? Aufgrund der Ausgestaltung des Cashflow-Tests können ausschließlich so genannte Schuldinstrumente, beispielsweise Anleihen aus Gläubigersicht, diese Anforderungen erfüllen.

Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten haben sich durch IFRS 9 dagegen kaum geändert. Lediglich für zum beizulegenden Zeitwert designierte Verbindlichkeiten sind künftig Änderungen dieses Zeitwerts, die auf Änderungen des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, nicht mehr im Gewinn und Verlust, sondern im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen.

Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede in der Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten zu erwarten. Die genauen Auswirkungen werden noch untersucht.

■ Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte:

Durch die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Wertminderungen ändert sich deren Erfassung grundlegend, da hier nach nicht mehr nur eingetretene Verluste (bisheriges so genanntes Incurred Loss Model), sondern bereits erwartete Verluste (so genanntes Expected Loss Model) zu erfassen sind, wobei für den Umfang der Erfassung erwarteter Verluste nochmals danach differenziert wird, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Liegt eine Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit zu erfassen (Lifetime Expected Credit Losses, Lifetime EL). Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren (12-month Expected Credit Losses, 12-month EL). Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Leasingforderungen.

Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus führen wird, da der Bestand an Vermögenswerten, auf den der Lifetime EL angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Kreditereignisse nach IAS 39 schon eingetreten sind. Die genauen Auswirkungen werden derzeit noch untersucht.

■ Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen:

Mit IFRS 9 wurden auch die Bilanzierungen von Sicherungsbeziehungen (so genanntes Hedge Accounting) vollständig überarbeitet. Ziel der neuen Regelungen ist es vor allem, das Hedge Accounting stärker an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens zu orientieren.

Wie bisher müssen Unternehmen zu Beginn einer Sicherungsbeziehung die jeweilige Risikomanagementstrategie samt Risikomanagementzielen dokumentieren, wobei künftig jedoch das Verhältnis zwischen gesichertem Grundgeschäft und Sicherungsinstrument (Hedge Ratio) in der Regel den Vorgaben der Risikomanagementstrategie entsprechen muss. Ändert sich diese Hedge Ratio während einer Sicherungsbeziehung, nicht aber das Risikomanagementziel, müssen die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Mengen des Grundgeschäfts und des Sicherungsinstruments angepasst werden, ohne dass die Sicherungsbeziehung aufgelöst werden darf (Rebalancing).

Weiterhin sind unter IFRS 9 einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar werden.

Die Auswirkungen für die Helaba werden derzeit noch untersucht.

IFRS 9 ist – vorbehaltlich eines noch zu erfolgenden EU-Endorsements – erstmals in Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig, ist aber von der Helaba nicht beabsichtigt.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRIC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Die Auswirkungen von IFRS 15 werden derzeit noch geprüft.

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2014 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2014. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes

angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird, und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Unternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmen kann, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Unternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten fortlaufend zu überprüfen.

Für die Überprüfung, ob bei einem Unternehmen eine Tochterunternehmenseigenschaft vorliegt, wird seitens des Helaba-Konzerns bei wesentlichen Sachverhalten untersucht, ob Beherrschungsmacht bezüglich der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens mittel- oder unmittelbar durch die Helaba ausgeübt wird. Dies beinhaltet

- eine Bestimmung des Zwecks und der Ausgestaltung des Unternehmens,
- eine Identifizierung der relevanten Tätigkeiten,
- eine Ermittlung, ob die Helaba aufgrund ihrer Rechte die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen,
- eine Einschätzung der Risikobelastung durch das Unternehmen oder einer Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und
- eine Einschätzung, ob die Helaba die Fähigkeit hat, ihre Bestimmungsmacht zu nutzen, um die Höhe der Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg zu beeinflussen.

Die Überprüfung beinhaltet neben der Berücksichtigung von Stimmrechten auch die Analyse sonstiger Rechte und faktischer Gegebenheiten, die zu einer Beherrschungsmöglichkeit führen können, sowie Indizien für das Vorliegen eines (De-facto-)Agentenverhältnisses.

Liegen bei einem Unternehmen die Voraussetzungen für zelluläre Strukturen („Silos“) vor, so erfolgen die Prüfungsschritte für jede einzelne dieser identifizierten Strukturen. Eine solche Struktur liegt vor, wenn innerhalb einer rechtlichen Einheit eine Vermögensmasse so weitgehend wirtschaftlich separiert ist, dass sie wirtschaftlich und für Zwecke des IFRS 10 als eigenständiges Objekt anzusehen ist und keine oder nur unwesentliche Risikomischungen mit anderen Vermögensmassen dieser rechtlichen Einheit bestehen.

Wurde als Ergebnis der Bestimmung des Zwecks, der Ausgestaltung und der Identifizierung der relevanten Aktivitäten die Maßgeblichkeit der Stimmrechte für die Beurteilung der Beherrschungsmöglichkeit identifiziert, so wird im Regelfall eine Beherrschung seitens des Helaba-Konzerns bezüglich eines Unternehmens angenommen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen innehat oder über diese verfügen kann. Abweichend hiervon ist keine Beherrschungsmöglichkeit durch den Helaba-Konzern anzunehmen, wenn ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen, weil dieser über die Mehrheit der Stimmrechte für die wesentlichen Tätigkeiten verfügen kann beziehungsweise die Helaba nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für einen anderen Investor agiert. Zudem erfolgt eine Prüfung, ob Vereinbarungen einer gemeinschaftlichen Leitung vorliegen und hierdurch eine Beherrschungsmöglichkeit eingeschränkt ist.

Entsprechend erfolgt die Beurteilung, ob Beherrschungsmacht vorliegt, in den Fällen, in denen der Helaba-Konzern nicht Inhaber der Stimmrechtsmehrheit ist, aber die praktische Möglichkeit zum einseitigen Bestimmen der relevanten Tätigkeiten hat oder ein anderer Investor nur als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 für den Helaba-Konzern agiert. Diese Fähigkeit zur Beherrschung kann abweichend von einer allgemeinen mehrheitlichen Stimmrechtsquote zum Beispiel in

Fällen entstehen, in denen der Helaba-Konzern aufgrund vertraglicher Vereinbarungen die Möglichkeit zur Bestimmung der relevanten Tätigkeiten des Unternehmens hat oder über potenzielle Stimmrechte verfügen kann.

Bestehen Optionsrechte oder ähnliche Rechte auf Stimmrechte, so werden sie bei der Überprüfung, wer über Stimmrechte eine Beherrschungsmöglichkeit ausüben kann, berücksichtigt, soweit sie als substantiell erachtet werden. Dabei werden sowohl mögliche Bedingungen oder Ausübungsfristen berücksichtigt als auch die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit einer Ausübung beurteilt.

Die Prüfung, ob unabhängig von einer rechtlich basierten eine faktische Beherrschungsmöglichkeit besteht, betrifft die Überprüfung, ob ein formaler Stimmrechtsinhaber oder ein Inhaber eines Rechts, das zur Beherrschung eines Unternehmens führen kann, als (De-facto-)Agent im Sinne des IFRS 10 agiert. In diesem Fall agiert in einer wirtschaftlichen Betrachtung der (De-facto-)Agent mangels wesentlicher eigener unternehmerischer Interessen am Unternehmen für einen anderen Investor. Dies kann auch dann vorliegen, wenn dieser andere Investor keine unmittelbaren Weisungsrechte hat, aber faktisch das Unternehmen so auf ihn ausgerichtet ist, dass er ganz überwiegend die Variabilitäten aus dem Unternehmen trägt.

Als erstes Indiz für das Vorliegen eines (De-facto-)Agenten im Sinne des IFRS 10 wird ein Schwellenwert für die Teilhabe an den erwarteten Variabilitäten verwendet. Sofern der Helaba-Konzern rechtlich die Möglichkeit hat, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens zu bestimmen, wird auf Basis eines Schwellenwerts plausibilisiert, ob ein Indiz für eine Zurechnung zu Dritten nach IFRS 10 vorliegt. Eine solche Zurechnung kann beispielsweise von der Helaba Invest verwaltete Wertpapiersondervermögen betreffen.

Bei nicht eindeutiger Möglichkeit, die relevanten Tätigkeiten eines Unternehmens durch den Helaba-Konzern zu bestimmen, wird ab einem Tragen von rund 90 % der Variabilitäten seitens des Helaba-Konzerns eine vertiefte Einzelfallprüfung vorgenommen, ob die Helaba Beherrschungsmöglichkeit über das Unternehmen hat.

Die vorgenannten Prüfungen erfolgen periodisch für alle wesentlichen Fälle. Bei wesentlichen Veränderungen der Beurteilungsgrundlagen oder einer Überschreitung einer Wesentlichkeitsschwelle erfolgt eine Neueinschätzung. In einem gestuften Verfahren erfolgt zunächst eine Ersteinschätzung durch die dezentralen kunden- oder geschäftsbetreuenden Stellen mittels Checklisten. Diese stellen neben der Analyse rechtlicher Möglichkeiten zu Einflussnahmen auf Indizien des Tragens von Variabilitäten aus dem Unternehmen ab. Als Variabilitäten werden alle erwarteten positiven und negativen Beiträge des Unternehmens berücksichtigt, die in einer wirtschaftlichen

Betrachtung vom Unternehmenserfolg abhängen und mit unterschiedlichen Erfolgshöhen Schwankungen unterliegen.

Der IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung eines Unternehmens ausüben. Die gemeinschaftliche Führung ist bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen.

Um festzustellen, ob eine gemeinschaftliche Tätigkeit vorliegt, wird analog zum Vorgehen bei Tochterunternehmen zunächst ermittelt, wer Beherrschungsmacht über die relevanten Tätigkeiten ausübt. Wird diese von zwei oder mehr Parteien auf einer vertraglichen Basis gemeinschaftlich ausgeübt, so liegt eine gemeinsame Vereinbarung vor. Die Überprüfung der Fälle mit vorliegenden gemeinsamen Vereinbarungen ergab bislang regelmäßig die Klassifizierung als Gemeinschaftsunternehmen. Bei der Überprüfung werden neben gesonderten Vereinbarungen über gemeinsame Entscheidungsfindungen oder Stimmrechtsausübungen auch notwendige Mindestquoten für Beschlüsse, die Gesellschafteranzahl und deren Stimmrechtsanteile, mögliche (De-facto-)Agentenverhältnisse oder fallweise Zustimmungsvorbehalte aus sonstigen vertraglichen Beziehungen berücksichtigt.

Maßgeblicher Einfluss bei bestehendem Anteilsbesitz liegt im Regelfall vor, wenn mindestens 20 % der Stimmrechte gehalten werden. Bei der Beurteilung, ob die Helaba tatsächlich einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen ausüben kann, werden neben der Höhe der Stimmrechte weitere Parameter und Gegebenheiten berücksichtigt. Hierzu zählen beispielsweise die Vertretung durch Mitarbeiter in Leitungs- und Aufsichtsgremien der Gesellschaft sowie gegebenenfalls bestehende Zustimmungserfordernisse bei wesentlichen Entscheidungen im Unternehmen. Werden solche Faktoren im Rahmen der Überprüfung festgestellt, kann ein maßgeblicher Einfluss auch dann vorliegen, wenn die Beteiligung der Helaba weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst, und es erfolgt eine vertiefte Analyse aller Einflussnahmemöglichkeiten und der Verhältnisse der Gesellschafter zueinander.

Die Überprüfung des Vorliegens gemeinschaftlicher Führungen oder von Assoziierungen erfolgt regelmäßig im Prozess zur Identifizierung der konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen.

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben.

In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten

Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. Die Überprüfung und Festlegung der Wesentlichkeit erfolgt durch eine Gegenüberstellung der (als nachhaltig eingeschätzten) bilanziellen Volumina und Ergebnishöhen der jeweiligen Unternehmen mit Schwellenwerten. Die Schwellenwerte werden aus den Durchschnitten der Bilanzvolumina und Ergebnishöhen des Konzerns der letzten fünf Jahre ermittelt. Bei so festgestellter Unwesentlichkeit erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2014.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (15)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilserwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie Available for Sale (AfS), erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz,

werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Werts.

(3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen 114 (2013: 131) Unternehmen. Es werden 87 (2013: 99) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 27 (2013: 32) Gesellschaften im Wege der At-Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 41 Tochterunternehmen, 19 Gemeinschafts- und 18 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (85) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres resultieren überwiegend aus neuen Tochtergesellschaften der Bank.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge

Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG,
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG,
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG,
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG,
jeweils Frankfurt am Main

Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Logistica CPH K/S, Kopenhagen, Dänemark

Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

Aufgrund des Hinzuerwerbs von Anteilen Wechsel von der At-Equity-Bewertung zur Vollkonsolidierung im Januar 2014

Gründung der Gesellschaft im Mai 2014

Gründung der Gesellschaft im Juli 2014

Gründung der Gesellschaft im August 2014

Bei den erstmals vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es um Objektgesellschaften zur Entwicklung von Immobilien, die

fast ausschließlich dem Teilkonzern der OFB Projektentwicklung GmbH zuzurechnen sind.

Abgänge

HI-Balanced 40, Frankfurt am Main	Auflösung des Fonds im Januar 2014
Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Auflösung der Gesellschaft im Januar 2014
Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	Anteilsveräußerung im Mai 2014
ANTLER BASINGSTOKE 2 LIMITED, Douglas, Isle of Man ANTLER CWMBRAN LIMITED, Douglas, Isle of Man ANTLER DEESIDE LIMITED, Ramsey, Isle of Man ANTLER DROITWICH LIMITED, Ramsey, Isle of Man ANTLER EPSOM 2 LIMITED, Ramsey, Isle of Man ANTLER LIVINGSTON 2 LIMITED, Ramsey, Isle of Man Antler North Shields Limited, Ramsey, Isle of Man ANTLER PROPERTY IPUT LIMITED, Douglas, Isle of Man ANTLER PROPERTY TWENTY TWO LIMITED, Douglas, Isle of Man ANTLER PROPERTY TWO LIMITED, Ramsey, Isle of Man Antler Sevenoaks Unit Trust, Douglas, Isle of Man ANTLER SWINDON 2 LIMITED, Ramsey, Isle of Man ANTLER WALTON LIMITED, Douglas, Isle of Man ANTLER WARRINGTON LIMITED, Ramsey, Isle of Man ANTLER WOKINGHAM 2 LIMITED, Douglas, Isle of Man	Nach Abgang der Finanzierung im Juli 2014 besteht keine Konsolidierungspflicht mehr nach IFRS 10
Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Anwachsung auf die OFB Projektentwicklung GmbH im September 2014

Aus der Entkonsolidierung der vorgenannten Gesellschaften ergab sich ein positives Entkonsolidierungsergebnis in Höhe von 4 Mio. €.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen**Zugänge**

Horus AWG GmbH, Pöcking	Die in Vorjahren erworbene Gesellschaft ist nach einer Steigerung der Geschäftstätigkeit seit März 2014 nicht mehr unwesentlich
-------------------------	---

Abgänge

CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	Anteilsveräußerung im September 2014
Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, jeweils Frankfurt am Main	Aufgrund des Hinzuerwerbs von Anteilen Wechsel von der At-Equity-Bewertung zur Vollkonsolidierung im Januar 2014
Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Pöcking	Anteilsveräußerung im Dezember 2014

Die Abgangserfolge aus der Entkonsolidierung betragen 42 Mio. € und werden im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen beziehungsweise bei Anwendungsfällen des IFRS 5 im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz

erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables, LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Negative Zinsen (Zinserträge aus Verbindlichkeiten beziehungsweise Zinsaufwendungen aus Krediten und Forderungen) werden im Zinsaufwand beziehungsweise Zinsertrag ausgewiesen, da negative Zinsen die Kosten für die Geldaufnahme beziehungsweise den Ertrag aus den Geldanlagen reduzieren. Um dem besonderen Charakter Rechnung zu tragen, werden die Beträge in Anhangangabe (22) gesondert angegeben.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (12) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (at Fair Value, aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (Held for Trading, HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Die Aufwände und Erträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity, HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare

finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale, AFS)

Die Kategorie AFS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AFS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind. Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen erfolgt eine Bewertung auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts, der um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben wird.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividendenerträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumulierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (Other Liabilities, OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise

Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzielle Verrechnung von Vermögenswerten und Verpflichtungen

Gemäß IAS 32 ist eine Aufrechnung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen vorzunehmen, sofern eine Saldierung der bilanzierten Beträge jederzeit rechtlich durchsetzbar ist und entweder beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen, oder, den Vermögenswert und die Verpflichtung zeitgleich zu realisieren. Die rechtliche Durchsetzbarkeit darf nicht erst bedingt bei Eintritt bestimmter Umstände entstehen, sondern muss auch im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zulässig sein. Der Umfang der bilanziellen Saldierung und der nur bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten, welche die Anforderungen an eine bilanzielle Saldierung nicht erfüllen, ist in Anhangangabe (60) dargestellt.

(6) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikomanagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effektivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des Sicherungsinstruments in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsvermutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannweite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cashflow Hedges bestehen in 2014 nach dem Abgang eines assoziierten Unternehmens nicht mehr.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts wird erfolgsneutral behandelt und in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designiert sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(7) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(8) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu

erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(9) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert

und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapiersicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(10) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den

sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(11) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugs-methode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(12) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalieren Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- unregelmäßige Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalieren Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisiko-

messung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Abbildung der direkten Abschreibungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen erfolgt in der Position Risikovorsorge im Kreditgeschäft der Gewinn- und Verlustrechnung.

(13) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher

Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

▪ Wohn- und Geschäftshäuser	60–80 Jahre
▪ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser	40–60 Jahre
▪ Spezialimmobilien	20–60 Jahre

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (42) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(14) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher

Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

▪ Gebäude	40–80 Jahre
▪ Betriebs- und Geschäftsausstattung	2–25 Jahre
▪ Leasinggegenstände	5–25 Jahre

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind in dem sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(15) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so

genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragsersparungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(16) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5

erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

(17) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(18) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklassiger Industriefinanzen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

(19) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(20) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf

erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(21) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbrieft und unverbrieft nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(22) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2014	2013 ¹⁾
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	2.994	3.139
Festverzinslichen Wertpapieren	309	328
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	296	261
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1.073	1.059
Finanzinstrumenten der FVO	74	47
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	17	21
Anteilen an verbundenen Unternehmen	2	5
Beteiligungen	6	7
Zinserträge	4.771	4.867
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-1.384	-1.609
Verbrieften Verbindlichkeiten	-405	-450
Nachrangkapital	-166	-138
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-318	-302
Nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-836	-822
Finanzinstrumenten der FVO	-319	-283
Rückstellungen	-50	-47
Zinsaufwendungen	-3.478	-3.651
Gesamt	1.293	1.216

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von den laufenden Erträgen aus Beteiligungen in die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 17 Mio. €, siehe auch Anhangangabe (1).

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 3.320 Mio. € (2013: 3.496 Mio. €) beziehungsweise -1.955 Mio. € (2013: -2.198 Mio. €).

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 36 Mio. € (2013: 39 Mio. €) enthalten.

Die negativen Zinsen aus Verbindlichkeiten (Zinserträge) des Geschäftsjahres 2014 betragen in den Zinsaufwendungen 1 Mio. € (2013: 0 Mio. €). In den Zinserträgen sind wie im Vorjahr keine negativen Zinsen aus Forderungen oder Finanzanlagen enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 8 Mio. € (2013: 4 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von -46 Mio. € (2013: -43 Mio. €) enthalten.

(23) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio. €

	2014	2013
Zuführungen	-213	-328
Wertberichtigungen auf Forderungen	-201	-308
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	-12	-20
Auflösungen	123	133
Wertberichtigungen auf Forderungen	103	109
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	20	24
Direktabschreibungen auf Forderungen	-9	-51
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	19	6
Gesamt	-80	-240

(24) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2014	2013
Kredit- und Avalgeschäft	29	28
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	103	104
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	72	66
Wertpapier- und Depotgeschäft	58	50
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	18	19
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	36	31
Bauspargeschäft	-12	-11
Treuhandgeschäft	3	4
Sonstiges	10	9
Gesamt	317	300

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(25) Handelsergebnis

in Mio. €

	2014	2013
Kursbezogenes Geschäft	2	12
Aktien	-13	26
Aktienderivate	18	18
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	-3	-32
Zinsbezogenes Geschäft	154	322
Originäres zinsbezogenes Geschäft	606	264
Zinsderivate	-452	58
Währungsbezogenes Geschäft	1	41
Devisen	-216	119
FX-Derivate	217	-78
Ergebnis aus Kreditderivaten	-6	-6
Warenbezogenes Geschäft	4	8
Provisionsergebnis	-29	-33
Gesamt	126	344

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

(26) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2014	2013
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	309	-283
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	-271	252
Gesamt	38	-31

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus

nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 10 Mio. € (2013: 18 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf 20 Mio. € (2013: -2 Mio. €).

(27) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2014	2013
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	370	-72
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-357	91
Gesamt	13	19

(28) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2014	2013
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	33	26
Beteiligungen	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26	24
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6	-
Angekaufte Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen	-	1
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	-	-24
Wertminderungen	-	-24
Gesamt	33	2

(29) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2014	2013
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	6	8
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-4	-18
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	10	-
Gesamt	12	-10

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzern-eigenkapital erfasst.

(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2014	2013
Sonstige betriebliche Erträge	476	465
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	332	329
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	53	26
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	12	14
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	36	30
Zuschreibungen zu nicht finanziellen Vermögenswerten	4	-
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	4	-
Erträge aus Verlustübernahme	2	-
Übrige sonstige betriebliche Erträge	33	66
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-406	-328
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	-155	-153
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	-97	-69
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	-	-16
Restrukturierungsaufwendungen	-40	-18
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-3
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-114	-69
Gesamt	70	137

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Von den Erträgen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten entfallen 32 Mio. € (2013: 0 Mio. €) auf zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2014	2013
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	312	308
Mieterträge	293	291
Erträge aus dem Abgang	17	17
Übrige Erträge	2	-
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-184	-187
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-149	-150
Davon: Aus vermieteten Immobilien	-149	-150
Abschreibungen	-35	-36
Übrige Aufwendungen	-	-1
Gesamt	128	121

Auf Vorratsimmobilien wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von -61 Mio. € (2013: -31 Mio. €) vorgenommen.

(31) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2014	2013
Personalaufwand	-600	-590
Löhne und Gehälter	-499	-484
Soziale Abgaben	-69	-67
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-32	-39
Andere Verwaltungsaufwendungen	-571	-622
Gebäude- und Raumaufwendungen	-56	-58
IT-Aufwendungen	-178	-167
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-182	-209
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-37	-39
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	-118	-149
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-44	-42
Auf Sachanlagen	-24	-25
Auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-20	-17
Gesamt	-1.215	-1.254

Die Pflichtbeiträge enthalten die Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute in Höhe von -36 Mio. € (2013: -48 Mio. €).

(32) Ertragsteuern

in Mio. €

	2014	2013
Tatsächliche Steuern	-183	-152
Latente Steuern	-27	4
Gesamt	-210	-148

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Bank Inland (–107 Mio. €), der Frankfurter Sparkasse (–32 Mio. €) und der Niederlassung New York (–28 Mio. €). Er beinhaltet Aufwendungen für Vorjahre von –17 Mio. € (2013: Erträge von 12 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahrs wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 1 Mio. € (2013: 3 Mio. €) gemindert.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahrs resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisie-

rung von temporären Differenzen (Steueraufwand –26 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr Steuerauswendungen von –1 Mio. €. Aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge ergaben sich im Berichtsjahr per saldo keine Auswirkungen auf den latenten Steueraufwand.

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutterunternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %.

in Mio. €

	2014	2013
Ergebnis vor Steuern	607	483
Anzuwendender Ertragsteuersatz in %	32	32
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	–194	–155
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	–4	–
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	–1	2
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	1	4
Nicht anrechenbare Ertragsteuern	–1	–1
Steuerfreie Erträge	24	14
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	–33	–21
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	4	3
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	–1	1
Sonstige Auswirkungen	–5	5
Ertragsteueraufwand	–210	–148

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle ent-

hält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden:						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	–444	23	130	–6	–314	17
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	173	–27	–55	12	118	–15
Veränderung aus der Währungs-umrechnung	12	–6	–	–	12	–6
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	4	1	–	–	4	1
Gesamt	–255	–9	75	6	–180	–3

(33) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	Zinsüberschuss	388	390	333	305	75	72	407
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-28	-165	-74	-121	2	-1	-3	-15
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	360	225	259	184	77	71	404	391
Provisionsüberschuss	19	20	16	18	75	64	137	129
Handelsergebnis	-	-	-	3	103	312	23	24
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	1	11	-	14	18	-49	8	-1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	13	19	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	5	-	2	1	14	-	12	1
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	16	4	-6	-12	-	-	2	6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	145	182	-8	49	4	2	39	12
Summe Erträge	546	442	263	257	304	419	625	562
Verwaltungsaufwand	-195	-181	-101	-102	-195	-194	-451	-425
Ergebnis vor Steuern	351	261	162	155	109	225	174	137
Vermögen (Mrd. €)	33,8	32,3	25,4	26,4	73,6	70,9	37,4	37,1
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	3,4	2,7	3,2	4,3	80,3	80,9	69,1	66,2
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	16,9	16,9	14,0	12,8	10,3	11,6	5,6	5,9
Alloziertes Kapital (Mio. €)	2.352	2.185	1.914	1.758	1.398	1.472	750	750
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	14,9	11,9	8,5	8,8	7,7	15,3	23,2	18,2
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	33,9	29,8	29,9	27,0	65,0	46,1	71,8	73,7

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	Zinsüberschuss	46	47	6	-38	38	34	1.293
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	24	19	-1	43	-80	-240
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	46	47	30	-19	37	77	1.213	976
Provisionsüberschuss	38	34	34	36	-2	-1	317	300
Handelsergebnis	-	-	-	-	-	5	126	344
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	11	6	-	-12	38	-31
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	-	-	13	19
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	33	2
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	-	-	-	-8	12	-10
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-53	-1	-57	-107	70	137
Summe Erträge	84	81	22	22	-22	-46	1.822	1.737
Verwaltungsaufwand	-66	-60	-287	-354	80	62	-1.215	-1.254
Ergebnis vor Steuern	18	21	-265	-332	58	16	607	483
Vermögen (Mrd. €)	15,2	13,8	6,9	7,6	-12,8	-9,8	179,5	178,3
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	15,2	13,8	9,5	9,1	-1,2	1,3	179,5	178,3
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,2	1,1	5,8	6,2	-	-0,4	53,8	54,1
Alloziertes Kapital (Mio. €)	168	140	783	791	-87	-50	7.278	7.046
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	10,7	14,8	-	-	-	-	8,3	6,9
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	78,4	74,1	-	-	-	-	63,9	63,4

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichts stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Der Helaba-Konzern ändert mit dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2014 die Definition der Geschäftssegmente. Die bisher in verschiedenen Segmenten geführten Ergebnisse aus dem Verbundgeschäft mit Sparkassen, dem Retailgeschäft der Frankfurter Sparkasse sowie aus dem Private Banking der Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft werden in dem neuen Segment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft zusammengefasst. Die Ergebnisse aus dem Asset Management mit institutionellen Anlegern, die in der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH betreut werden, werden dem bisherigen Segment Financial Markets zugeordnet. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die fünf nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sind diesem Geschäftssegment auf Basis der At-Equity-Bilanzierung zugeordnet. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba gemäß IFRS 10 weiterhin vollkonsolidiert und ebenfalls im Segment Corporate Finance abgebildet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets umfasst die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften sowie diverser Zweckgesellschaften und der Beteiligung Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH. In diesem Segment werden primär die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio Financial Markets befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen. Darüber

hinaus gehören die klassische Vermögensbetreuung und -verwaltung sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten zu den Asset-Management-Produkten bei der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH.

- In dem Geschäftssegment Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft werden das Retail Banking, das Private Banking, die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Die Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse aus den klassischen Produkten einer Retail-Bank ab. Das Produktspektrum im Private Banking wird durch die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft komplettiert. Im zentralen Fokus dieses Geschäftssegments stehen die Betreuung der Sparkassen und deren Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit den Fördermaßnahmen in den Bereichen Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, Wohnungs- und Städtebau sowie Landwirtschaft und europäische Strukturfonds zusammengefasst.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate-Center-Kosten gehen in den Verwaltungsaufwand ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition

beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß CRR. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen und sonstigen bankfremden Aktivitäten entsprechend den bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge.

In dem Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden

hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Unter dem Segment Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, welche zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls in diesem Segment berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen. Die Vorjahreszahlen enthalten die Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2014	2013
Immobilienkredite	387	286
Immobilienbewirtschaftung	33	34
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	126	122
Unternehmensfinanzierung	263	257
Treasuryprodukte	95	7
Handelsprodukte	118	324
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	45	47
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	77	79
Bauspargeschäft	53	55
Sparkassenverbundgeschäft	116	101
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	84	81
Retailgeschäft	425	368
Sonstige Produkte/Überleitung	–	–24
Konzern	1.822	1.737

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2014	2013
Deutschland	1.585	1.531
Europa (ohne Deutschland)	136	72
Welt (ohne Europa)	101	134
Konzern	1.822	1.737

Erläuterungen zur Bilanz

(34) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Kassenbestand	78	84
Guthaben bei Zentralnotenbanken	955	1.669
Gesamt	1.033	1.753

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 421 Mio. € (2013: 543 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(35) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Angeschlossene Sparkassen	9.348	11.929
Girozentralen	452	479
Banken	10.779	8.947
Gesamt	20.579	21.355
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	14.710	17.464
Ausländische Kreditinstitute	5.869	3.891

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Forderungen	9.089	9.239
Andere Forderungen	11.490	12.116
Gesamt	20.579	21.355
Darunter:		
Tages- und Termingelder	4.218	4.166
Gestellte Barsicherheiten	5.895	4.001
Weiterleitungsdarlehen	5.247	5.077
Schuldscheindarlehen	1.034	1.056

(36) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Firmenkunden	65.728	65.286
Privatkunden	5.634	5.569
Öffentliche Stellen	19.747	20.177
Gesamt	91.109	91.032
Davon:		
Inländische Kunden	62.337	62.146
Ausländische Kunden	28.772	28.886

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: In Anlehnung an die Kundensystematik der Deutschen Bundesbank werden Eigenbetriebe öffentlicher Stellen jetzt unter den Firmenkunden ausgewiesen. Im Vorjahr sind Forderungen in Höhe von 2.349 Mio. € von den öffentlichen Stellen in die Firmenkunden umgegliedert worden.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Täglich fällige Forderungen	2.226	3.072
Andere Forderungen	88.883	87.960
Gesamt	91.109	91.032
Darunter:		
Gewerbliche Immobilienkredite	32.319	31.423
Wohnungsbaukredite	4.061	4.330
Weiterleitungsdarlehen	2.108	2.517
Infrastrukturkredite	15.077	14.089
Konsumentenkredite	102	114
Schuldscheindarlehen	3.881	4.793
Finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	264	456
Laufende Konten und Tagesgelder	1.212	1.476
Gestellte Barsicherheiten	669	304
Termingelder	1.901	624
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	6	7
Vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	-	45

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Aufgrund einer verbesserten Abgrenzung der Infrastrukturkredite wurde die Vorjahresangabe um 7.733 Mio. € erhöht. Die Baudarlehen der Bausparkasse werden nicht mehr separat, sondern in den jeweiligen Positionen angegeben, was zu einer Erhöhung der Wohnungsbaukredite um 813 Mio. € führte.

(37) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	2	2
Einzelwertberichtigungen	1	1
Portfoliowertberichtigungen	1	1
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.005	1.117
Einzelwertberichtigungen	669	759
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	82	93
Portfoliowertberichtigungen	254	265
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	58	77
Gesamt	1.065	1.196

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und

dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	760	739	93	109	266	293	1.119	1.141
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-11	-	-	-1	-	-1	-11
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	7	-3	-	-	1	-	8	-3
Verbrauch	-170	-154	-20	-21	-	-	-190	-175
Auflösungen	-80	-66	-12	-16	-11	-27	-103	-109
Umbuchungen	9	7	-	-	-	-	9	7
Unwinding	-36	-39	-	-	-	-	-36	-39
Zuführungen	180	287	21	21	-	-	201	308
Stand zum 31.12.	670	760	82	93	255	266	1.007	1.119

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundensystematik der Deutschen Bundesbank wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Öffentliche Haushalte	3	3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	8	13
Verarbeitendes Gewerbe	68	76
Energieversorgung	42	19
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	9	3
Baugewerbe	23	29
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	25	65
Verkehr und Lagerei	223	239
Gastgewerbe	4	10
Information und Kommunikation	2	1
Grundstücks- und Wohnungswesen	315	382
Erbringung von freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleistungen	30	28
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	45	48
Erziehung und Unterricht	1	-
Gesundheits- und Sozialwesen	7	17
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1	1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	91	68
Sonstige finanzielle Unternehmen	43	49
Private Haushalte	64	63
Gesamt	1.005	1.117

(38) Handelsaktiva

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.983	20.348
Geldmarktpapiere	187	786
Von öffentlichen Emittenten	20	33
Von anderen Emittenten	167	753
Anleihen und Schuldverschreibungen	15.796	19.562
Von öffentlichen Emittenten	5.348	6.303
Von anderen Emittenten	10.448	13.259
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	140	172
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12.885	8.507
Kursbezogene Derivate	131	116
Zinsbezogene Derivate	11.585	7.529
Währungsbezogene Derivate	1.136	811
Kreditderivate	26	43
Warenbezogene Derivate	7	8
Forderungen des Handelsbestands	2.254	3.284
Gesamt	31.262	32.311

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forde-

rungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 16.015 Mio. € (2013: 19.734 Mio. €) börsennotiert.

(39) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.256	1.325
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	4.572	3.365
Gesamt	5.828	4.690

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente

erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(40) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer

Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.970	23.377
Von öffentlichen Emittenten	10.024	9.961
Von anderen Emittenten	15.946	13.416
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	344	451
Aktien	87	123
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	257	328
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	27	29
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	18	21
Bewertet zu Anschaffungskosten	9	8
Beteiligungen	82	79
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	56	56
Bewertet zu Anschaffungskosten	26	23
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	167	184
Bewertet zum beizulegenden Zeitwert	167	184
Gesamt	26.590	24.120

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Beteiligungen (-242 Mio. €) und von zu Anschaffungskosten bewerteten Beteiligungen (-2 Mio. €) in die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere (+244 Mio. €), siehe auch Anhangangabe (1).

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen sowie an Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.883	22.509
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	103	134
Gesamt	24.986	22.643

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Erhöhung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um 36 Mio. €.

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden.

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2014	2013 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2014	2013
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	36	44	135	137	171	181
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–	–1	–	–1
Zugänge	–	–	3	–	3	–
Abgänge	–2	–8	–8	–1	–10	–9
Stand zum 31.12.	34	36	130	135	164	171
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand zum 1.1.	9	11	14	16	23	27
Erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	–	–2	–	–2	–	–4
Stand zum 31.12.	9	9	14	14	23	23
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	–16	–20	–70	–54	–86	–74
Wertminderungen	–	–	–	–16	–	–16
Abgänge	–	4	8	–	8	4
Stand zum 31.12.	–16	–16	–62	–70	–78	–86
Buchwerte zum 31.12.	27	29	82	79	109	108

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurde der Abgang vollständig abgeschriebener Anteile an einem nicht konsolidierten, verbundenen Unternehmen nicht berücksichtigt, weshalb die Abgänge in den Anschaffungskosten um –3 Mio. € und die Abgänge in den kumulierten Ab- und Zuschreibungen um +3 Mio. € angepasst wurden.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Die Entwicklung der Beteiligungen wurde aufgrund der in Anhangangabe (1) beschriebenen Änderung angepasst.

(41) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 23 (2013: 27) Gemeinschaftsunternehmen und wie im Vorjahr vier assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	31	67
Anteile an assoziierten Unternehmen	8	9
Gesamt	39	76

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nicht erfassten anteiligen Verluste der nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen belaufen sich in der laufenden Periode auf 1 Mio. € und kumuliert auf 13 Mio. € zum 31. Dezember 2014. Der Saldo für die laufende Periode beinhaltet ein Entkonsolidierungsergebnis eines auf konsolidierter Basis berücksichtigten Teilkonzerns. Die Entkonsolidierung einer Objektgesellschaft führte zu einem Umkehr effekt

aus früheren Bewertungen, die zu einem negativen Eigenkapitalausweis des Teilkonzerns beigetragen haben.

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzelbeziehungsweise Konzernabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt –		
Summe der Vermögenswerte	326	887
Summe der Verpflichtungen	263	678
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-8	13
Gesamtergebnis	-8	13
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig –		
Summe der Vermögenswerte	175	327
Summe der Verpflichtungen	144	260
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-4	-
Gesamtergebnis	-4	-

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt –		
Summe der Vermögenswerte	1.274	1.740
Summe der Verpflichtungen	1.289	1.858
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	64	2
Sonstiges Ergebnis	37	19
Gesamtergebnis	101	21
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig –		
Summe der Vermögenswerte	609	841
Summe der Verpflichtungen	622	904
Gewinn beziehungsweise Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	29	-2
Sonstiges Ergebnis	18	10
Gesamtergebnis	47	8

(42) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Vermietete Grundstücke und Gebäude	1.835	1.806
Unbebaute Grundstücke	43	56
Leerstehende Gebäude	4	4
Immobilien im Bau	27	19
Gesamt	1.909	1.885

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.800 Mio. € (2013: 1.771 Mio. €) auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

in Mio. €

	2014	2013
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	2.190	2.151
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	37
Zugänge	84	40
Übertragungen in das Vorratsvermögen	–1	–
Abgänge	–32	–38
Stand zum 31.12.	2.241	2.190
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	–305	–274
Planmäßige Abschreibungen	–33	–33
Außerplanmäßige Abschreibungen	–2	–3
Abgänge	8	5
Stand zum 31.12.	–332	–305
Buchwerte zum 31.12.	1.909	1.885

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 57 Mio. € (2013: 41 Mio. €) zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 2.593 Mio. € (2013: 2.489 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden unverändert zum Vorjahr folgende Grundsätze angewendet:

- Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;
- Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;
- Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;
- Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungszinssätzen.

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;
- Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Kosten;
- Entwicklung der Miete je m² Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;
- Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;
- Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Kosten sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Sollmieten bei unterstellter Vollvermietung vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instand-

haltung- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypo-

thetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

(43) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	378	383
Betriebs- und Geschäftsausstattung	59	62
Leasinggegenstände	6	7
Gesamt	443	452

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Anschaffungskosten/Herstellungskosten								
Stand zum 1.1.	553	554	210	204	17	17	780	775
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	-1	1	-	-	-	3	-1
Zugänge	-	-	11	18	-	-	11	18
Abgänge	-	-	-17	-12	-	-	-17	-12
Stand zum 31.12.	555	553	205	210	17	17	777	780
Kumulierte Abschreibungen								
Stand zum 1.1.	-170	-160	-148	-146	-10	-9	-328	-315
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-1	-	-1	-	-	-	-2	-
Planmäßige Abschreibungen	-10	-10	-13	-14	-	-	-23	-24
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	-	-	-	-1	-1	-1	-1
Zuschreibungen	4	-	-	-	-	-	4	-
Abgänge	-	-	16	12	-	-	16	12
Stand zum 31.12.	-177	-170	-146	-148	-11	-10	-334	-328
Buchwerte zum 31.12.	378	383	59	62	6	7	443	452

(44) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Geschäfts- oder Firmenwerte	99	99
Gekaufte Software	42	46
Gesamt	141	145

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Anschaffungskosten/Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	144	144	174	153	318	297
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	2	-1	2	-1
Zugänge	-	-	16	23	16	23
Abgänge	-	-	-2	-1	-2	-1
Stand zum 31.12.	144	144	190	174	334	318
Kumulierte Abschreibungen						
Stand zum 1.1.	-45	-29	-128	-112	-173	-141
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-1	-	-1	-
Planmäßige Abschreibungen	-	-	-20	-17	-20	-17
Außerplanmäßige Abschreibungen	-	-16	-	-	-	-16
Abgänge	-	-	1	1	1	1
Stand zum 31.12.	-45	-45	-148	-128	-193	-173
Buchwerte zum 31.12.	99	99	42	46	141	145

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert (99 Mio. €) aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswertschätzung für die aus einer aktuellen Unternehmensplanung der Sparkasse abgeleiteten Cashflows. Für besondere

Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden gesonderte Werte berücksichtigt. Die Barwertermittlung erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzins von 1,75 % zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,0 % sowie eines aus einer Vergleichsgruppe betriebsindividuell abgeleiteten Beta-Faktors. Zum 31. Dezember 2014 ergibt sich hiernach ein über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit liegender beizulegender Wert.

(45) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	41	65
Latente Ertragsteueransprüche	330	277
Gesamt	371	342

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	6	13
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.542	994
Finanzanlagen	99	80
Sonstige Aktiva	84	76
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	413	207
Pensionsrückstellungen	318	195
Sonstige Rückstellungen	37	38
Sonstige Passiva	63	58
Steuerliche Verlustvorräge	20	20
Latente Ertragsteueransprüche brutto	2.582	1.681
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-2.252	-1.404
Gesamt	330	277
Davon: Langfristig	306	253

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Saldierung von aktiven und passiven latenten Steuern nach IAS 12.74 umfassend genutzt.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank in 2014 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 452 % (2013: 451 %) ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7 % (2013: 31,6 %).

Latente Ertragsteueransprüche, deren Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die über die Ergebniseffekte aus der Auflösung beziehungsweise Umkehrung zum Bilanzstichtag bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen hinausgehen, werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, gegen die eine Verrechnung erfolgen kann.

Im Helaba-Konzern wird dabei grundsätzlich ein Planungshorizont von fünf Jahren zugrunde gelegt.

Zum Bilanzstichtag wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorräge in Höhe von 64 Mio. € latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 13 Mio. € (2013: 13 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorräge in Höhe von 81 Mio. € latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 7 Mio. € (2013: 7 Mio. €) aktiviert.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorräge in Höhe von 68 Mio. € (2013: 76 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorräge in Höhe von 50 Mio. € (2013: 48 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Die Verlustvorräge sind zeitlich unbefristet nutzbar.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 212 Mio. € (2013: 64 Mio. €).

(46) Sonstige Aktiva

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Immobilien des Vorratsvermögens	421	414
Fertiggestellte Immobilien	156	275
Immobilien im Bau	265	139
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	65	82
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41	41
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	19	4
Sonstige Vermögenswerte	646	693
Gesamt	1.192	1.234

(47) Verbindlichkeiten gegenüber
Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Zentralnotenbanken	2.858	–
Angeschlossene Sparkassen	6.539	6.029
Girozentralen	1.595	1.953
Banken	24.620	26.180
Gesamt	35.612	34.162
Davon:		
Inländische Kreditinstitute	31.001	29.998
Ausländische Kreditinstitute	4.611	4.164

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Verbindlichkeiten	5.984	7.825
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	29.628	26.337
Gesamt	35.612	34.162
Darunter:		
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	6.352	7.966
Weiterleitungsdarlehen	7.772	7.805
Begebene Namensschuldverschreibungen	2.792	2.890
Tages- und Termingelder	5.510	1.438
Laufende Konten (Girokonten)	5.067	6.305

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Firmenkunden	25.856	25.909
Privatkunden	15.983	15.936
Öffentliche Stellen	3.481	2.071
Gesamt	45.320	43.916
Davon:		
Inländische Kunden	42.562	41.597
Ausländische Kunden	2.758	2.319

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: In Anlehnung an die Kundensystematik der Deutschen Bundesbank werden Eigenbetriebe öffentlicher Stellen jetzt unter den Firmenkunden ausgewiesen. Im Vorjahr sind Verbindlichkeiten in Höhe von 2.474 Mio. € von den öffentlichen Stellen in die Firmenkunden umgegliedert worden.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Täglich fällige Verbindlichkeiten	20.103	18.693
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	25.217	25.223
Gesamt	45.320	43.916
Darunter:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	9.980	9.231
Tages- und Termingelder	13.395	11.980
Spareinlagen	2.000	2.184
Bauspareinlagen	4.098	3.838
Begebene Namensschuldverschreibungen	11.281	11.259
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	3.261	4.539

(49) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Begebene Schuldverschreibungen	45.271	46.856
Hypothekendarlehen	4.096	3.352
Öffentliche Pfandbriefe	14.806	12.007
Sonstige Schuldverschreibungen	26.369	31.497
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	3.049	1.515
Gesamt	48.320	48.371

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Geldmarktpapiere. Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (69).

(50) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12.727	9.537
Kursbezogene Derivate	117	98
Zinsbezogene Derivate	11.589	8.507
Währungsbezogene Derivate	989	884
Kreditderivate	25	40
Warenbezogene Derivate	7	8
Begebene Geldmarktpapiere	1.889	2.604
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	130	142
Verbindlichkeiten des Handelsbestands	14.473	21.456
Gesamt	29.219	33.739

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(51) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	553	611
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	4.798	2.860
Gesamt	5.351	3.471

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente er-

fasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(52) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.713	1.267
Andere Rückstellungen	439	365
Rückstellungen für den Personalbereich	100	98
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	58	77
Restrukturierungsrückstellungen	56	18
Rückstellungen für Prozessrisiken	57	36
Sonstige Rückstellungen	168	136
Gesamt	2.152	1.632

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2014 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensionsverpflichtungen
Stand zum 1.1.	1.538	-303	23	1.258
Summe Pensionsaufwand	76	-11	-	65
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	57	-11	-	46
Laufender Dienstzeitaufwand	29			29
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand aus Plananpassungen	-10			-10
Summe Neubewertungen	472	-5	-23	444
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	462			462
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus demografischen Annahmen	-1			-1
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	11			11
Neubewertungen aus Planvermögen		-5		-5
Neubewertungen aus dem aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzten Betrag			-23	-23
Arbeitnehmerbeiträge	4	-4		-
Arbeitgeberbeiträge	-	-8		-8
Gezahlte Versorgungsleistungen	-57	11		-46
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	4	-4	-	-
Stand zum 31.12.	2.037	-324	-	1.713

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2013:

in Mio. €

	DBO	Plan- vermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflich- tungen
Stand zum 1.1.	1.538	-304	25	1.259
Summe Pensionsaufwand	85	-10	1	76
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	53	-10	1	44
Laufender Dienstzeitaufwand	29			29
Ergebnis aus Planabgeltungen	3	-	-	3
Summe Neubewertungen	-22	3	-3	-22
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	-28			-28
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	6			6
Neubewertungen aus Planvermögen		3		3
Neubewertungen aus dem aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzten Betrag			-3	-3
Arbeitnehmerbeiträge	4	-4		-
Arbeitgeberbeiträge	-	-8		-8
Gezahlte Versorgungsleistungen	-55	9		-46
Zahlungen in Zusammenhang mit Planabgeltungen	-10	10		-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-2	1	-	-1
Stand zum 31.12.	1.538	-303	23	1.258

Es ergeben sich Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.713 Mio. € (2013: 1.267 Mio. € nach Berücksichtigung eines Nettovermögenswerts aus einer Versorgungszusage der Frankfurter Sparkasse in Höhe von 9 Mio. €).

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine volldynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltstfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdentrentenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltstabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei der pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der ruhegehaltstfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BVG) verdient werden, wobei Gehaltsteile oberhalb der BVG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BVG. Es werden maximal

35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltstfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahrs. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit einem Prozent dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifierpassungen erhöht werden. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenenrentnern beziehungsweise unverfallbar ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträger VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba überging. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitalleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von dem Mitarbeiter gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzusagen offen.

Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand resultierte im Wesentlichen aus der Anpassung der Dienstvereinbarung des Jahres 1986 der Helaba an die gesetzlichen Regelaltersgrenzen. Er wurde in voller Höhe im Personalaufwand vereinnahmt.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse. Die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Bei dem Plan handelt es sich um einen Pensionsfonds, der lokalen Bewertungsmodalitäten folgt und in regelmäßigen

Abständen auf die Anforderungen der Ausfinanzierung überprüft wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt dar:

in Mio. €

	DBO	Plan- vermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflich- tungen
Inländische Pensionspläne	1.928	-240	-	1.688
Landesbank Hessen-Thüringen	1.373	-27	-	1.346
Gesamtversorgungszusagen	914	-	-	914
Versorgungszusage bis 1985	793	-	-	793
Einzelzusagen	86	-	-	86
Doppelverträger VBB	35	-	-	35
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	206	-	-	206
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	169	-	-	169
Übrige Zusagen	84	-27	-	57
Frankfurter Sparkasse	489	-208	-	281
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	226	-207	-	19
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	82	-	-	82
ZVK Frankfurt	98	-	-	98
Einzelzusagen	72	-	-	72
Übrige Zusagen	11	-1	-	10
Übrige Konzerngesellschaften	66	-5	-	61
Ausländische Pensionspläne	109	-84	-	25
Gesamt	2.037	-324	-	1.713

Zum 31. Dezember 2013 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Plan- vermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflich- tungen
Inländische Pensionspläne	1.449	-223	23	1.249
Landesbank Hessen-Thüringen	1.038	-23	-	1.015
Gesamtversorgungszusagen	740	-	-	740
Versorgungszusage bis 1985	645	-	-	645
Einzelzusagen	70	-	-	70
Doppelverträger VBB	25	-	-	25
Endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	144	-	-	144
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	94	-	-	94
Übrige Zusagen	60	-23	-	37
Frankfurter Sparkasse	357	-196	23	184
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	164	-196	23	-9
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	50	-	-	50
ZVK Frankfurt	81	-	-	81
Einzelzusagen	52	-	-	52
Übrige Zusagen	10	-	-	10
Übrige Konzerngesellschaften	54	-4	-	50
Ausländische Pensionspläne	89	-80	-	9
Gesamt	1.538	-303	23	1.258

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten	282	260
Barreserve	16	3
Forderungen an Kreditinstitute	–	27
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	198	172
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	67	57
Andere Vermögenswerte	1	1
Übriges Planvermögen	42	43
Qualifizierte Versicherungsverträge	42	40
Andere Vermögenswerte	–	3
Marktwert des Planvermögens	324	303

Von dem Planvermögen entfallen 27 Mio. € (2013: 24 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Die im Vorjahr bestehende Planüberdeckung bei der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse, die zu der Aktivierung eines Nettovermögenswerts in Höhe von 9 Mio. € geführt hatte, besteht im Wesentlichen aufgrund des abgesunkenen Zinsniveaus nicht mehr.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 8 Mio. € erwartet.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über langfristig ausgerichtete Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebigerisiko.

■ **Allgemeine Marktschwankungen:**

Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.

■ **Inflationsrisiko – Rentenanpassung:**

Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versorgungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifierungen.

■ **Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge:**

Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

■ **Langlebigerisiko:**

Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde

liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in %

	31.12.2014	31.12.2013
Zinssatz	2,3	3,7
Gehaltstrend	2,3	2,2
Rententrend	1,8	1,8
Fluktuationsrate	2,9	2,9

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	205	138
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	75	57
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	81	62
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	76	65
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	9	5

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 19,4 Jahre (2013: 17,3 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	58	54
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	263	245
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	425	386

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen (KVV beziehungsweise ZVK) sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das

Kapitaldeckungsverfahren in ein beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im Jahresbericht, weitergehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. sowie weitere beitragsorientierte Leistungszusagen, die im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern extern finanziert sind. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV Sparkassenversicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte

Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2013: 3 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 34 Mio. € (2013: 33 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungsrückstellungen	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	98	101	77	89	18	-
Veränderungen aus der Währungs- umrechnung	1	-1	1	-1	-	-
Verbrauch	-68	-65	-3	-	-	-
Auflösungen	-1	-1	-20	-24	-	-
Umbuchungen	3	-	-9	-7	-3	-
Aufzinsung	1	1	-	-	1	-
Zuführung	66	63	12	20	40	18
Stand zum 31.12.	100	98	58	77	56	18

in Mio. €

	Rückstellungen für Prozessrisiken		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	36	39	136	150	365	379
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-1	-	-1
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	1	-	3	-2
Verbrauch	-31	-22	-80	-114	-182	-201
Auflösungen	-2	-5	-9	-8	-32	-38
Umbuchungen	2	-	7	-	-	-7
Aufzinsung	1	1	1	2	4	4
Zuführung	51	23	112	107	281	231
Stand zum 31.12.	57	36	168	136	439	365

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter. Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektierungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen im Wesentlichen das in 2013 gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung durch effizientere Prozesse und Komplexitätsreduktion zum Ziel hat.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss enthalten.

Gegenüber der Helaba werden Ansprüche in Gerichts- und schiedsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht. Rückstellungen für Prozessrisiken sind zu bilden, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme mit mehr als 50 % angenommen wird.

Zurückgestellt wird der Betrag, der im Falle der Inanspruchnahme wahrscheinlich durch die Bank zu zahlen ist. Die von der Helaba gebildeten Rückstellungen für Prozessrisiken enthalten auch Zahlungen für Prozesskosten (Gerichtskosten sowie außergerichtliche Kosten im Zusammenhang mit Prozessen, wie zum Beispiel Anwaltshonorare und sonstige Kosten).

Die Bank hat Rückstellungen für Prozessrisiken schwerpunktmäßig für Klagen von Anlegern in geschlossenen Fonds gebildet. Anleger, die sich in ihren Erwartungen an eine Beteiligung enttäuscht sehen, stützen Ansprüche auf die Nichteinhaltung von verbraucher-schützenden Vorschriften. Die Bank prüft, nach den Umständen des Einzelfalls, Art und Umfang einer möglichen Anspruchserledigung. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Fälle und Verfahren sowie eine Differenzierung des Gesamtbetrags der Rückstellung für Prozessrisiken unterbleibt, da Anspruchsteller anderenfalls Rückschlüsse auf die Prozess- und Vergleichsstrategie der Bank ziehen könnten.

Die Rückstellungen für Prozessrisiken werden quartalsweise auf Angemessenheit überprüft und anhand der Einschätzungen des Managements unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen erhöht beziehungsweise aufgelöst. Die endgültigen Belastungen durch Prozessrisiken können von den gebildeten Rückstellungen abweichen, da für eine Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten aus Prozessen in großem Umfang eine Bewertung und Einschätzung erforderlich ist, die sich im weiteren Verlauf des jeweiligen Prozesses als nicht zutreffend erweisen kann.

Fälle, bei denen die Voraussetzungen für den Ansatz von Rückstellungen nicht erfüllt sind, werden hinsichtlich der Angabepflicht als Eventualverpflichtung geprüft und sind gegebenenfalls unter Anhangangabe (72) aufgeführt.

Von den anderen Rückstellungen sind 215 Mio. € kurzfristig (2013: 220 Mio. €).

(53) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	117	69
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	8	7
Gesamt	125	76

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	109	152
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.876	1.100
Finanzanlagen	221	85
Sonstige Aktiva	34	31
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	20
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	4	7
Sonstige Passiva	8	15
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	2.260	1.411
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-2.252	-1.404
Gesamt	8	7
Davon: Langfristig	5	10

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (45)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 121 Mio. € (2013: 48 Mio. €).

(54) Sonstige Passiva

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	113	128
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	23	21
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	347	248
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	17	63
Sonstige Verbindlichkeiten	130	135
Gesamt	630	595

(55) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.661	3.167
Darunter: Anteilige Zinsen	28	20
Genussrechtskapital	730	786
Darunter: Anteilige Zinsen	36	37
Stille Einlagen	1.019	1.120
Darunter: Anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	5.410	5.073
Darunter: Verbrieftes Nachrangkapital	3.388	3.283

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(56) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	3.030	3.047
Neubewertungsrücklage	249	138
Rücklage aus der Währungsumrechnung	14	2
Rücklage aus Cashflow Hedges	-	-4
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	2	3
Gesamt	7.350	7.241

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2014 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (11)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit gemäß Anhangangabe (6) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Die Rücklage aus Cashflow Hedges enthält gemäß Anhangangabe (6) den effektiven Teil der Fair Value-Änderung aus Sicherungsinstrumenten von Cashflow-Hedge-Beziehungen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(57) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

	31.12.2014	31.12.2013
Handelsaktiva	5.200	663
Forderungen an Kreditinstitute	5.872	4.002
Forderungen an Kunden	669	304
Finanzanlagen	2.877	2.552
Finanzielle Vermögenswerte	14.618	7.521
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	696	669
Sachanlagen	192	209
Zum Verkauf bestimmte Immobilien	39	59
Nicht finanzielle Vermögenswerte	927	937
Gesamt	15.545	8.458

in Mio. €

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

	31.12.2014	31.12.2013
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	2.620	15
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearinghäusern	665	1.106
Im Rahmen von Repo-Geschäften übertragene Wertpapiere	2.927	353
Gestellte Barsicherheiten	6.564	4.327
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.842	1.720
Gesamt	14.618	7.521

in Mio. €

Barsicherheiten werden im Geschäft mit zentralen Kontrahenten, mit Terminbörsen und bei OTC-Derivaten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach § 12 beziehungsweise § 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2014 belief sich die Deckungsmasse auf 34.442 Mio. € (2013: 34.175 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 27.232 Mio. € (2013: 24.314 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 193 Mio. € (2013: 311 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 120 Mio. € (2013: 222 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 1.368 Mio. € (2013: 802 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

(58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (71).

sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, getrennt nach den zugrunde liegenden Transaktionen, sowie die hierzu korrespondierenden Verbindlichkeiten.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	2.140	335
Handelsaktiva	945	300
Finanzanlagen	1.195	35
Buchwert der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	2.045	335
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	184	103
Handelsaktiva	83	6
Finanzanlagen	101	97

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden unter den im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten Handelsaktiva und unter den Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften Bestände von 18 Mio. € ausgewiesen, deren Grundlage keine Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns waren.

Es handelt sich bei den oben aufgeführten finanziellen Vermögenswerten ausschließlich um Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns. Darüber hinaus werden im Rahmen von Pensions- und Leihegeschäften auch von Dritten in Pension genommene oder entlehene Wertpapiere, die nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden dürfen, übertragen.

Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften resultieren aus dem vom Pensionsnehmer für die übertragenen Wertpapiere gezahlten Betrag. Dieser entspricht bei Geschäftsabschluss dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Wertpapiere abzüglich eines Sicherheitsabschlags. Bei Rückübertragung der Wertpapiere zum Ende der Laufzeit des Wertpapierpensionsgeschäfts ist dieser Betrag zuzüglich der vereinbarten Zinsen an den Pensionsnehmer zurückzuzahlen. Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften werden

unter den Handelspassiva oder den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit Wertpapierleihegeschäften ergeben sich die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus der Verpflichtung zur Rückzahlung erhaltener Barsicherheiten. Kontrahenten der vom Helaba-Konzern abgeschlossenen Wertpapierleihegeschäfte sind im Wesentlichen angeschlossene und gebietsfremde Sparkassen. Zusätzliche Barsicherheiten werden in der Regel nur von Kontrahenten außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe verlangt.

Aufgrund ihrer Zuordnung zur Bewertungskategorie HfT beziehungsweise AfS entspricht der Buchwert der übertragenen Wertpapiere ihrem beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert der korrespondierenden Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften beläuft sich auf 2.045 Mio. € (2013: 335 Mio. €) und entspricht damit dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften entspricht grundsätzlich dem Buchwert. Allerdings wurden nur unbe-sicherte Wertpapierleihegeschäfte durchgeführt.

(59) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür wurden Rückstellungen in Höhe von 10 Mio. € (2013: 5 Mio. €) gebildet.

(60) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 geforderten Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte

Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen.

Die erstmals in 2014 vorgenommenen weitergehenden Aufrechnungen von Barsicherheiten und Vermögenswerten und Verpflichtungen im Derivategeschäft führten zu Aufrechnungen von 1.808 Mio. € am 31. Dezember 2014. Die Aufrechnungen im Derivategeschäft betreffen sowohl die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Derivaten als auch zugehörige Barsicherheiten, die unter den Forderungen an Kunden beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gezeigt werden.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung der Bruttobuchwerte der bilanziell saldierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf den Bilanzwert zum 31. Dezember 2014 dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
Derivative Geschäfte	20.487	-1.774	18.713
Wertpapierpensionsgeschäfte	196	-	196
Sonstige Vermögenswerte	9.214	-9.024	190
Gesamt	29.897	-10.798	19.099
Verbindlichkeiten			
Derivative Geschäfte	19.833	-1.755	18.078
Wertpapierpensionsgeschäfte	2.776	-	2.776
Sonstige Verbindlichkeiten	9.580	-9.043	537
Gesamt	32.189	-10.798	21.391

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel einem bonitäts-

bedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldierter Basis. Zum 31. Dezember 2014 ergeben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
		Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte				
Derivative Geschäfte	18.713	-9.782	-538	8.393
Wertpapierpensionsgeschäfte	196	-193	-	3
Sonstige Vermögenswerte	190	-	-	190
Gesamt	19.099	-9.975	-538	8.586
Verbindlichkeiten				
Derivative Geschäfte	18.078	-9.782	-6.520	1.776
Wertpapierpensionsgeschäfte	2.776	-2.767	-	9
Sonstige Verbindlichkeiten	537	-	-	537
Gesamt	21.391	-12.549	-6.520	2.322

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus Grundpfandrechten oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2013:

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
Derivative Geschäfte	13.160	-	13.160
Wertpapierpensionsgeschäfte	396	-	396
Sonstige Vermögenswerte	1.147	-871	276
Gesamt	14.703	-871	13.832
Verbindlichkeiten			
Derivative Geschäfte	13.026	-	13.026
Wertpapierpensionsgeschäfte	354	-	354
Sonstige Verbindlichkeiten	1.223	-871	352
Gesamt	14.603	-871	13.732

in Mio. €

	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
		Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte				
Derivative Geschäfte	13.160	-7.744	-590	4.826
Wertpapierpensionsgeschäfte	396	-388	-	8
Sonstige Vermögenswerte	276	-	-	276
Gesamt	13.556	-8.132	-590	4.834
Verbindlichkeiten				
Derivative Geschäfte	13.026	-7.744	-3.977	1.305
Wertpapierpensionsgeschäfte	354	-350	-	4
Sonstige Verbindlichkeiten	352	-	-	352
Gesamt	13.732	-8.094	-3.977	1.661

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

(61) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	73	73
Davon: An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	1
Forderungen an Kunden	605	652
Davon: An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18	20
Finanzanlagen	-	26
Gesamt	678	751

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(62) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
USD	14.887	14.430	8.212	8.075
GBP	6.926	6.763	2.722	1.585
CHF	2.377	2.949	670	687
JPY	402	747	450	814
Andere Währungen	951	996	321	458
Gesamt	25.543	25.885	12.375	11.619

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Die Fremd-

währungspositionen sind unter Berücksichtigung von entsprechend gegenläufigen derivativen Geschäften geschlossen.

(63) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	27.306	19.053	36.931	48.084	28.659
Handelspassiva	1.094	5.848	9.420	6	124
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.996	1.980	5.369	14.923	9.341
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	20.216	3.603	7.055	8.475	9.650
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	7.611	12.611	23.068	7.306
Nachrangkapital	–	11	2.476	1.612	2.238
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	12.727	466	711	3.019	1.961
Handelspassiva	12.727	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	–	466	711	3.019	1.961
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.593	339	3.069	10.594	1.659
Gesamt	41.626	19.858	40.711	61.697	32.279

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2013:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	29.910	22.352	25.416	55.403	34.509
Handelspassiva	3.108	11.330	9.653	7	104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.103	1.851	3.324	13.969	9.657
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.699	3.515	5.727	8.530	13.652
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	5.650	5.661	29.597	9.572
Nachrangkapital	–	6	1.051	3.300	1.524
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	9.472	311	678	1.819	941
Handelspassiva	9.470	1	4	58	4
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	310	674	1.761	937
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.375	633	1.984	9.683	927
Gesamt	40.757	23.296	28.078	66.905	36.377

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen

Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit

herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die

Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (72) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(64) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Aktien-/indexbezogene Geschäfte	3.189	3.034	136	118	118	99
OTC-Produkte	2.200	2.105	116	96	88	73
Aktioptionen	2.200	2.105	116	96	88	73
Käufe	1.289	1.221	116	96	-	-
Verkäufe	911	884	-	-	88	73
Börsengehandelte Produkte	989	929	20	22	30	26
Aktien-/Indexfutures	404	304	12	6	-	2
Aktien-/Indexoptionen	585	625	8	16	30	24
Zinsbezogene Geschäfte	489.784	488.440	17.303	12.002	15.740	11.797
OTC-Produkte	439.147	446.821	17.294	11.975	15.701	11.792
Forward Rate Agreements	20.274	27.107	-	4	-	2
Zinsswaps	362.697	358.357	14.974	10.763	12.473	10.220
Zinsoptionen	56.118	61.075	2.320	1.208	3.228	1.570
Käufe	23.852	27.276	2.270	1.205	12	4
Verkäufe	32.266	33.799	50	3	3.216	1.566
Sonstige Zinskontrakte	58	282	-	-	-	-
Börsengehandelte Produkte	50.637	41.619	9	27	39	5
Zinsfutures	50.316	35.469	9	27	39	5
Zinsoptionen	321	6.150	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte	58.825	49.023	1.240	1.026	2.182	1.053
OTC-Produkte	58.825	49.023	1.240	1.026	2.182	1.053
Devisenkassa- und -termingeschäfte	34.360	24.969	747	336	566	452
Zins-/Währungsswaps	23.662	23.279	476	664	1.598	575
Devisenoptionen	803	775	17	26	18	26
Käufe	399	385	17	26	-	-
Verkäufe	405	390	-	-	18	26
Kreditderivate	3.879	6.071	27	43	31	52
OTC-Produkte	3.879	6.071	27	43	31	52
Warenbezogene Geschäfte	156	415	7	8	7	7
OTC-Produkte	156	415	7	8	7	7
Commodity Swaps	44	233	5	6	5	5
Commodity-Optionen	112	182	2	2	2	2
Gesamt	555.833	546.983	18.713	13.197	18.078	13.008

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Bis drei Monate	594	461	76.141	72.642	19.879	15.327
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	832	790	86.255	86.926	13.096	10.811
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.698	1.663	178.552	183.001	19.513	18.111
Mehr als fünf Jahre	65	120	148.836	145.871	6.337	4.774
Gesamt	3.189	3.034	489.784	488.440	58.825	49.023

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Bis drei Monate	182	200	50	53	96.846	88.683
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	443	623	15	172	100.641	99.322
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.249	5.193	91	125	203.103	208.093
Mehr als fünf Jahre	5	55	-	65	155.243	150.885
Gesamt	3.879	6.071	156	415	555.833	546.983

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
OECD-Banken	229.973	271.646	10.144	7.696	14.444	9.600
Banken außerhalb der OECD	17	17	-	-	3	3
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	264.908	205.163	3.493	2.530	1.160	1.343
Öffentliche Stellen in der OECD	60.935	70.157	5.076	2.971	2.471	2.062
Gesamt	555.833	546.983	18.713	13.197	18.078	13.008

(65) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2014 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Ersichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.033				1.033
Forderungen an Kreditinstitute	20.571			8	20.579
Forderungen an Kunden	90.457			652	91.109
Handelsaktiva			31.262		31.262
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			5.828		5.828
Finanzanlagen		23.397		3.193	26.590
Gesamt	112.061	23.397	37.090	3.853	176.401
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.222			390	35.612
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	41.664			3.656	45.320
Verbriefte Verbindlichkeiten	39.520			8.800	48.320
Handelsspassiva			29.219		29.219
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			5.351		5.351
Nachrangkapital	4.838			572	5.410
Gesamt	121.244		34.570	13.418	169.232

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2013:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.753				1.753
Forderungen an Kreditinstitute	21.327			28	21.355
Forderungen an Kunden	90.385			647	91.032
Handelsaktiva			32.311		32.311
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.690		4.690
Finanzanlagen		20.922		3.198	24.120
Gesamt	113.465	20.922	37.001	3.873	175.261
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.689			473	34.162
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.883			3.033	43.916
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.450			9.921	48.371
Handelsspassiva			33.739		33.739
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.471		3.471
Nachrangkapital	4.544			529	5.073
Gesamt	117.566		37.210	13.956	168.732

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2014 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nichthandel	Gesamt
Zinsüberschuss	2.994	-1.956	326		-237	216	1.343
Risikovorsorge	-80						-80
Handelsergebnis				126			126
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-271	309	38
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-69	-288				370	13
Ergebnis aus Finanzanlagen			33				33
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			173				173
Gesamt	2.845	-2.244	532	126	-508	895	1.646

Für das Jahr 2013 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nichthandel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.139	-2.198	357		-232	197	1.263
Risikovorsorge	-240						-240
Handelsergebnis				344			344
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					252	-283	-31
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	23	68				-72	19
Ergebnis aus Finanzanlagen			2				2
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-27				-27
Gesamt	2.922	-2.130	331	344	20	-158	1.329

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

(66) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten

und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Aktiva						
Barreserve	1.033	1.753	1.033	1.753	–	–
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	20.824	21.598	20.577	21.353	247	245
Forderungen an Kunden ¹⁾	95.391	94.030	90.104	89.915	5.287	4.115
Handelsaktiva	31.262	32.311	31.262	32.311	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	5.828	4.690	5.828	4.690	–	–
Finanzanlagen	26.590	24.120	26.590	24.120	–	–
Gesamt	180.928	178.502	175.394	174.142	5.534	4.360
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.884	35.232	35.612	34.162	1.272	1.070
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.009	45.060	45.320	43.916	1.689	1.144
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.937	48.658	48.320	48.371	617	287
Handelsspassiva	29.219	33.739	29.219	33.739	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	5.351	3.471	5.351	3.471	–	–
Nachrangkapital	5.602	5.134	5.410	5.073	192	61
Gesamt	173.002	171.294	169.232	168.732	3.770	2.562

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Bei-

spiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arranger-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾	31.12.2014	31.12.2013
Nicht derivative Finanzinstrumente	39.161	39.082	5.511	8.717	920	767	45.592	48.566
Forderungen an Kreditinstitute			8	28	–	–	8	28
Forderungen an Kunden			542	541	110	106	652	647
Handelsaktiva	15.077	18.664	3.157	5.120	143	20	18.377	23.804
Finanzanlagen	24.084	20.418	1.804	3.028	667	641	26.555	24.087
Derivate	29	49	18.577	13.083	107	65	18.713	13.197
Handelsaktiva	22	29	12.797	8.449	66	29	12.885	8.507
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	7	20	5.780	4.634	41	36	5.828	4.690
Gesamt	39.190	39.131	24.088	21.800	1.027	832	64.305	61.763

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 106 Mio. € nicht als Level 3 eingestuft, obwohl ein Teil der herangezogenen Bewertungsparameter nicht am Markt beobachtbar war.

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Nicht derivative Finanzinstrumente	707	1.523	28.666	35.910	537	583	29.910	38.016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			354	435	36	38	390	473
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			3.611	2.996	45	37	3.656	3.033
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	8.344	9.413	456	508	8.800	9.921
Handelspassiva	707	1.523	15.785	22.537	–	–	16.492	24.060
Nachrangkapital	–	–	572	529	–	–	572	529
Derivate	69	31	17.940	12.962	69	15	18.078	13.008
Handelspassiva	46	28	12.615	9.502	66	7	12.727	9.537
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	23	3	5.325	3.460	3	8	5.351	3.471
Gesamt	776	1.554	46.606	48.872	606	598	47.988	51.024

Per saldo sind nicht derivative Handelsaktiva in Höhe von 456 Mio. € von Level 1 nach Level 2 sowie Finanzanlagen in Höhe von 250 Mio. € von Level 2 nach Level 1 übertragen worden. Der Grund hierfür liegt in einzelnen Parametern oder Marktpreisen, die im Vergleich zum Vorjahr nicht beziehungsweise wieder am Markt ablesbar waren. Darüber hinaus sind Finanzanlagen in Höhe von 160 Mio. € aus Level 1 und in Höhe

von 34 Mio. € aus Level 2 in Level 3 übertragen worden, was ebenfalls auf einzelne nicht mehr am Markt ablesbare Parameter zurückzuführen ist.

Die übrigen Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren im Wesentlichen aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Forderungen an Kunden	110	106
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	345	106
Schuldverschreibungen, Anleihen	194	19
Schuldscheine	143	20
Asset Backed Securities	8	67
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	75	81
Investmentanteile	223	290
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	167	184
Gesamt	920	767

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 106 Mio. € nicht als Level 3 eingestuft, obwohl Bewertungsparameter herangezogen wurden, die dies erforderlich gemacht hätten. Darüber hinaus wurden Beteiligungen in Höhe von 242 Mio. € in die Investmentanteile umgegliedert, siehe auch Anhangangabe (1).

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
AAA	8	1
AA	243	14
A	89	46
BBB und schlechter	–	45
Ohne externes Rating	5	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	345	106

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Für die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wurden hierbei Preise ermittelt, die um bis zu 1 Mio. € (2013: 2 Mio. €) nach oben und unten abweichen können.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile sowie Investmentanteile, deren beizulegende Zeitwerte über Ertragswertberechnungen ermittelt werden, wurden Simulationen vorgenommen. Hierzu wurden im Wesentlichen die zu diskontierenden Cashflows um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Marktwerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 39 Mio. € (2013: 38 Mio. €) nach oben und unten abweichen können.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Forderungen an Kunden		Handelsaktiva		Finanzanlagen	
	2014	2013 ¹⁾	2014	2013	2014	2013
Buchwert zum 1.1.	106	109	20	30	641	703
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	8	-3			-1	4
Ergebnis aus Finanzanlagen					1	-15
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste					1	9
Zugänge	-	-	153	18	17	21
Abgänge/Abwicklungen	-4	-	-30	-28	-180	-84
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	14	-7
Übertragungen aus Level 1	-	-	-	-	160	10
Übertragungen aus Level 2	-	-	-	-	34	-
Übertragungen in Level 2	-	-	-	-	-20	-
Buchwert zum 31.12.	110	106	143	20	667	641
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	8	-3	-	-1	-3	-10

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden Forderungen an Kunden in Höhe von 106 Mio. € nicht als Level 3 eingestuft, obwohl Bewertungsparameter herangezogen wurden, die dies erforderlich gemacht hätten.

in Mio. €

Aktiva	Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2014	2013	2014	2013
Buchwert zum 1.1.	29	38	36	2
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste				
Zinsergebnis			-4	-
Handelsergebnis	21	-4		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			11	-1
Zugänge	3	-	-2	-
Abgänge/Abwicklungen	-16	-13	-	-
Übertragungen aus Level 2	29	8	-	35
Buchwert zum 31.12.	66	29	41	36
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	34	-2	13	-1

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Buchwert zum 1.1.	38	-	37	19	508	44
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	-	-	-2	-	-2	2
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	1	-	6	-	14	4
Zugänge	4	-	7	-	97	47
Abgänge/Abwicklungen	-7	-	-3	-	-161	-
Übertragungen aus Level 2	-	38	-	18	-	411
Buchwert zum 31.12.	36	38	45	37	456	508
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-1	-	-6	-	-13	-2

in Mio. €

Passiva	Handelspassiva		Negative Marktwerte des Handelsbestands		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Buchwert zum 1.1.	-	13	7	10	8	4
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis					-1	-
Handelsergebnis	-	-	26	-4		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-6	2
Zugänge	-	-	3	-	-	1
Abgänge/Abwicklungen	-	-13	-11	-7	-	-
Übertragungen aus Level 2	6	-	41	8	2	1
Übertragungen in Level 1	-6	-	-	-	-	-
Buchwert zum 31.12.	-	-	66	7	3	8
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-	-	-34	4	4	-1

Die Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzier-
ten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten
Inputdaten ergibt sich zum 31. Dezember 2014 wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Aktiva								
Barreserve	1.033	1.753					1.033	1.753
Forderungen an Kreditinstitute			15.790	16.940	5.026	4.630	20.816	21.570
Forderungen an Kunden			81.314	80.176	13.425	13.207	94.739	93.383
Finanzanlagen	-	-	-	-	35	33	35	33
Gesamt	1.033	1.753	97.104	97.116	18.486	17.870	116.623	116.739
Passiva								
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			31.320	28.603	5.174	6.156	36.494	34.759
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			38.037	37.208	5.316	4.819	43.353	42.027
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.627	1.122	38.469	37.578	41	37	40.137	38.737
Nachrangkapital	506	471	4.524	4.134	-	-	5.030	4.605
Gesamt	2.133	1.593	112.350	107.523	10.531	11.012	125.014	120.128

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäfts-
arten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Input-
faktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen.
Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und
Retailgeschäft.

(67) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im
zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Ver-
äußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewer-

tungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermö-
genswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig
keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand,
sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehal-
ten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die
Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an
diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem
wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis ge-
ändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die
Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgeglieder-
ten Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2014 Buchwert	31.12.2014 Zeitwert	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Zeitwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	96	96	110	101	437
Finanzanlagen, umgegliedert zu Forderungen an Kunden	161	162	247	235	1.722
Gesamt	257	258	357	336	2.159

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzins-
sätze der umgegliederten Handelsaktiva zwischen 4,5 % und
6,5 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 452 Mio. €. Die
Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfüg-
baren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2 % und
9,3 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden,
wären in 2014 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlust-
rechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von
9 Mio. € (2013: 9 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital
zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 11 Mio. €
(2013: 16 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

in Mio. €

	2014	2013
Zinsüberschuss	3	11
Darunter: Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	1	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-1
Ergebnis vor Steuern aus umgegliederten Vermögenswerten	3	10

(68) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Die nachfolgende Tabelle zeigt die kumulierten bonitätsinduzierten Änderungen der Buchwerte der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, sowie die in der Berichtsperiode angefallenen Änderungen der zum Stichtag noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente:

in Mio. €

	Berichtsperiode		Kumuliert	
	2014	2013	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	1	3	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15	17	64	50
Verbriefte Verbindlichkeiten	7	15	27	30
Nachrangkapital	13	8	-	-13
Gesamt	35	41	94	70

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der Rückzahlungsbeträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, und deren aktuellen Buchwert:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	371	434	390	473	-19	-39
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.269	3.872	3.656	3.033	613	839
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.991	10.047	8.800	9.921	191	126
Nachrangkapital	533	493	572	529	-39	-36
Gesamt	14.164	14.846	13.418	13.956	746	890

Zum Bilanzstichtag sind Forderungen in Höhe von 3.853 Mio. € (31. Dezember 2013: 3.873 Mio. €) der FVO zugeordnet. In diesem Wert sind kumulierte bonitätsinduzierte Änderungen von -15 Mio. € (31. Dezember 2013: -9 Mio. €) enthalten.

(69) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbrieftes Verbindlichkeiten des Handels		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	2.746	4.411	48.371	57.504	3.283	3.067	54.400	64.982
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-15	-	-	-	-15
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	187	-69	239	-136	-	-14	426	-219
Zugänge aus Emissionen	7.412	10.105	31.500	17.924	178	275	39.090	28.304
Abgänge durch Rückzahlung	-8.322	-11.889	-30.171	-25.507	-23	-5	-38.516	-37.401
Abgänge durch Rückkäufe	-9	160	-1.617	-990	-1	-	-1.627	-830
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	-	-1	-34	-272	-1	2	-35	-271
Erfolgswirksame Wertänderungen	5	29	32	-137	-48	-42	-11	-150
Stand zum 31.12.	2.019	2.746	48.320	48.371	3.388	3.283	53.727	54.400

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(70) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigen-

kapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(71) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	4	8	1	1	3	7
Forderungen an Kunden (LaR)	1.989	2.775	751	852	1.238	1.923
Finanzanlagen (AfS)	193	235	95	146	98	89
Gesamt	2.186	3.018	847	999	1.339	2.019

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermö-

genswerte, wie unter Anhangangabe (65) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (72). Für Forderungen an Kredit-

institute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (37)). Es handelt sich bei den Angaben um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 260 Mio. € (2013: 343 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monate bis zu einem Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	20.571	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	90.457	155	56	8	38	257
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	41	1	2	–	–	3
Gesamt	111.069	156	58	8	38	260

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2013:

in Mio. €

	Bilanz- ausweis	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monate bis zu einem Jahr	Verzug über ein Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	21.327	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	90.385	127	72	107	33	339
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	41	1	2	–	–	3
Gesamt	111.753	128	74	107	33	342

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: Gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	20.579	21.355	–	–
Forderungen an Kunden	91.109	91.032	3.054	1.683
Gesamt	111.688	112.387	3.054	1.683

Die Helaba hat zum Bilanzstichtag die Ermittlung von Stundungen oder neuverhandelten Forderungen an die Definition des „Forborne Exposures“ der europäischen Bankenaufsicht (EBA) angepasst und dadurch zum Teil erheblich erweitert.

Das Forborne Exposure umfasst hierbei Schuldverträge mit Forbearance-Maßnahmen, die Zugeständnisse oder Umschuldungen aufgrund bestehender oder zu erwartender finanzieller Leistungsstörungen durch den Schuldner umfassen.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: Auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	2	2	-	-
Einzelwertberichtigungen	1	1	-	-
Portfoliowertberichtigungen	1	1	-	-
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.005	1.117	508	231
Einzelwertberichtigungen	669	759	464	209
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	82	93	24	12
Portfoliowertberichtigungen	254	265	20	10
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	58	77	50	28
Gesamt	1.065	1.196	558	259

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kredit-

richtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	20.579	21.355	295	187
Forderungen an Kunden	91.109	91.032	32.646	34.860
Eventualverbindlichkeiten	5.178	4.610	565	235
Unwiderrufliche Kreditzusagen	17.254	14.316	245	1.026
Gesamt	134.120	131.313	33.751	36.308

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten wird eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vorgenommen, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos, basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2014 betragen die Bewertungsanpassungen für Derivate des Handelsbuchs und des Bankbuchs mit positiven Marktwerten 160 Mio. € (31. Dezember 2013: 118 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(72) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten,

jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen wurden von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Eventualverbindlichkeiten	5.178	4.610
Verpflichtungen aus weitergegebenen Wechseln	–	1
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	5.178	4.609
Andere Verpflichtungen	19.505	16.697
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.103	1.910
Unwiderrufliche Kreditzusagen	17.254	14.632
Nachschussverpflichtungen	–	39
Einzahlungsverpflichtungen	51	55
Vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	29	15
Vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	57	41
Aus Prozessrisiken	1	–
Sonstige Verpflichtungen	10	5
Gesamt	24.683	21.307

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen in Höhe von 4 Mio. € in Form von Bürgschaften für Gemeinschaftsunternehmen separat ausgewiesen.

Am Bilanzstichtag entfielen von den Wieder-/Einzahlungsverpflichtungen auf 27 Personenhandelsgesellschaften 46 Mio. € und auf fünf Kapitalgesellschaften 5 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Aus dessen Teilnahme an einer Spaltungsmaßnahme resultieren zeitlich befristete Haftungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG). Eine tatsächliche Belastung ist derzeit nicht zu erwarten.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesellschafter beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich

verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli 2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten gilt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläu-

bigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Mitglieder.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Die Verpflichtungen aus Prozessrisiken beinhalten Ansprüche gegenüber der Helaba, die in gerichts- und schiedsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden und für die die Helaba aufgrund einer Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50 % keine Rückstellungen gebildet hat.

(73) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main

(74) Treuhandgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Treuhandvermögen	917	973
Forderungen an Kreditinstitute	176	177
Forderungen an Kunden	466	519
Beteiligungen	61	63
Sonstige Vermögenswerte	214	214
Treuhandverbindlichkeiten	917	973
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	607	659
Sonstige Verbindlichkeiten	310	311

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von den Beteiligungen in die sonstigen Vermögenswerte in Höhe von 203 Mio. €, siehe auch Anhangangabe (1).

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(75) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bruttoinvestitionswert	7	8
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5	5
Mehr als fünf Jahre	1	2
Unrealisierter Finanzertrag	-1	-1
Nettoinvestitionswert	6	7
Bis ein Jahr	1	1
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4	4
Mehr als fünf Jahre	1	2

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Wie im Vorjahr bestehen keine kumulierten Wertberichtigungen bei Finanzierungsleasinggeschäften. Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungsleasingverhältnissen wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bis ein Jahr	67	66
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38	36
Mehr als fünf Jahre	59	47
Gesamt	164	149

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden aus Operating-Leasingverhältnissen keine bedingten Mietzahlungen (2013: 1 Mio. €) als Ertrag erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 33 Mio. € (2013: 37 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 13 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bis ein Jahr	34	35
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	105	106
Mehr als fünf Jahre	86	79
Gesamt	225	220

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 58 Mio. € (2013: 52 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 3 Mio. € (2013: 2 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(76) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapital-

managements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden seit 2014 nach der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) sowie ergänzenden Bestimmungen der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Gemäß der CRR-Kategorisierung setzen sich die Eigenmittel aus dem harten Kernkapital, dem zusätzlichen Kernkapital sowie dem Ergänzungskapital zusammen. Ab 2015 sind über die CRR hinausgehende Anforderungen des europäischen Single Supervisory Mechanism (SSM) zu berücksichtigen.

Auch die Ermittlung der regulatorischen Eigenmittelanforderungen sowie die Berechnung der Kapitalquoten erfolgen seit 2014 nach den Vorschriften der CRR.

Zum Meldestichtag 31. Dezember 2014 gliedern sich die Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe wie folgt auf (Beträge jeweils nach regulatorischen Anpassungen):

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Kernkapital	7.703	6.901
Hartes Kernkapital (CET 1)	7.212	
Zusätzliches Kernkapital	491	
Ergänzungskapital	2.262	2.532
Eigenmittel gesamt	9.965	9.433

¹⁾ Vergleich mit 31. Dezember 2013 wegen geänderter aufsichtsrechtlicher Vorgaben nur eingeschränkt möglich.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Kreditrisiko (inklusive Beteiligungen und Verbriefungen)	3.628	3.497
Marktrisiko (inklusive CVA-Risiko)	348	519
Operationelles Risiko	330	309
Eigenmittelanforderungen gesamt	4.306	4.325
Harte Kernkapitalquote	13,4 %	
Kernkapitalquote	14,3 %	12,8 %
Gesamtkennziffer	18,5 %	17,4 %

¹⁾ Vergleich mit 31. Dezember 2013 wegen geänderter aufsichtsrechtlicher Vorgaben nur eingeschränkt möglich.

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften einschließlich der Anforderungen des europäischen SSM zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(77) Berichterstattung zu Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen

Aus dem Bankgeschäft und sonstigen geschäftlichen Aktivitäten von Konzerngesellschaften resultieren diverse Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen im Sinne von IFRS 12. Strukturierte Unternehmen sind solche Unternehmen, bei denen eine Beherrschung nach IFRS 10 nicht über die gesellschaftsrechtlichen Stimmrechte erfolgt.

Sponsoring im Sinne von IFRS 12.27 bei einem strukturierten Unternehmen kann im Rahmen der bankgeschäftlichen Funktionen für Kunden vorliegen. Dies betrifft Fälle, in denen der Helaba-Konzern die Initiierung einer Zweck- oder Dienstleistungsgesellschaft vorgenommen hat, eine Mitwirkung und Unterstützung bei Gründung und Initiierung erfolgte und zudem die aktuelle Geschäftsverbindung mit diesem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen noch so eng ist, dass Dritte begründeterweise eine Verbindung mit dem Konzern vermuten müssen.

Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Zum 31. Dezember 2014 bestanden folgende Forderungen an nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12:

in Mio. €

	Verbriefungs- zweckgesell- schaften	Vermögens- verwaltungs- gesell- schaften	Sonstige strukturierte Unternehmen	Gesamt
Aktiva	3.117	212	3.021	6.350
Forderungen an Kunden	2.992	82	2.982	6.056
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1	-4	-	-5
Handelsaktiva	3	17	17	37
Finanzanlagen	123	102	22	247
Sonstige Aktiva	-	15	-	15
Außerbilanzielles Geschäft	1.341	20	147	1.508
Größe der strukturierten Unternehmen	66.901	145.602	85.068	297.571

Die Vermögensverwaltungsgesellschaften betreffen überwiegend von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie der LB(Swiss) Investment AG verwaltete Investmentvermögen, die sich wie folgt zusammensetzen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013 ¹⁾
Publikumfonds 70 (2013: 72)	5.000	4.356
Spezialfonds 248 (2013: 265)	97.136	85.985
Gesamt	102.136	90.341

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Erhöhung des Volumens der Publikumsfonds um 1.839 Mio. €.

Das Geschäft mit Verbriefungsgesellschaften betrifft zum einen Dienstleistungsfunktionen für Verbriefungsgesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe. Die für die Gesellschaften der OPUSALPHA-Gruppe bereitgestellten Liquiditätslinien betragen 2.201 Mio. € (2013: 2.288 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2014 1.108 Mio. € (2013: 1.827 Mio. €) in Anspruch genommen. Die Zusagen zur Liquiditätsversorgung betreffen die maximal vorgesehenen Ankaufszusagen; Verpflichtungen bestehen zudem noch aus pauschalen Aufschlägen von 2 % sowie

nachrangige Haftungen, wenn die Ankaufsabschlüsse und Risikotragungen Dritter nicht ausreichen sollten. Die vorstehende Tabelle zeigt das Ausfallrisiko des Konzerns aus bilanziellen Ansprüchen zuzüglich laufender Zins- und Gebührenansprüche zum 31. Dezember 2014 nach Berücksichtigung von Emissionen in Höhe von 793 Mio. €. Stützungsmaßnahmen der strukturierten Unternehmen über die bankgeschäftstypische Finanzierungsfunktion und Dienstleistungen hinaus sind aus derzeitiger Sicht nicht vorgesehen. Zum 31. Dezember 2014

bestehen für fremde Vertriebsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (2013: 91 Mio. €), die nicht in Anspruch genommen waren (2013: 26 Mio. €). Ferner bestehen Investments in Forderungsankaufsgesellschaften für Kunden (unter anderem OPUSDELTA in Höhe von 151 Mio. € und OPUSLAMBDA in Höhe von 289 Mio. €).

Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Sofern nach IFRS 10 eine Einbeziehung eines strukturierten Unternehmens in den Konsolidierungskreis erfolgt, unterliegen die Geschäftsbeziehungen zu anderen konsolidierten Unternehmen den Konsolidierungsmaßnahmen. Die zum 31. Dezember 2014 konsolidierten strukturierten Unternehmen betreffen zum einen Wertpapiersondervermögen, bei denen die Helaba oder eine Tochtergesellschaft die Mehrheit der Anteilsrechte oder sämtliche Anteile halten. Als weitere Fälle werden eine Objektgesellschaft für eine von der Helaba teilweise selbstgenutzte Immobilie (Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG) und eine Refinanzierungsgesellschaft für Ankaufsgesellschaften der Vertriebsstruktur OPUSALPHA (OPUSALPHA Funding LTD) nach IFRS 10 konsolidiert. Ferner wird ein ABS-Portfolio als Silo der Ankaufsgesellschaft OPUSALPHA Purchaser LTD konsolidiert. Zudem waren vier Unternehmen (HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG und Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Egeria Verwaltungsgesellschaft mbH und Cordelia Verwaltungsgesellschaft mbH) nach IFRS 10 zu konsolidieren, die Bestandteil von Strukturen geschlossener Fonds mit Investments in angekauften Lebensversicherungsansprüchen sind.

Die bilanzierten Forderungen an sonstige strukturierte Unternehmen betreffen eine Vielzahl an Finanzierungen von Zweck- und Objektgesellschaften. Überwiegend fungieren diese strukturierten Unternehmen als Objektgesellschaften für Leasing- oder Immobilientransaktionen.

Im Berichtsjahr erfolgten bei zwei konsolidierten Objektgesellschaften, die Bestandteil dieser Struktur für Investments in angekauften Lebensversicherungen sind, Forderungsverzichte. Diese Forderungsverzichte sind abhängig von der Entwicklung der Anlagen in angekauften Lebensversicherungen bereits bedingt in den Verträgen vorgesehen und mindern wirtschaftlich die Verpflichtungen der Bank aus emittierten Zertifikaten gegenüber den Fondsgesellschaften.

(78) Maßgebliche Beschränkungen bei Vermögenswerten oder dem Transfer von Finanzmitteln

Neben den Angaben zu rechtlichen Beschränkungen in der Verfügung über Finanzinstrumente (siehe Anhangangaben (57) und (58)) bestehen bei den folgenden Gesellschaften am Bilanz-

stichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessensfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt.

Bei der Frankfurter Sparkasse besteht aufgrund gesetzlicher Regelung im „Gesetz zur Errichtung der Frankfurter Sparkasse als Anstalt des öffentlichen Rechts (Fraspa-Gesetz)“ eine Verpflichtung, 30 % des im Jahresabschluss der Frankfurter Sparkasse ausgewiesenen Jahresüberschusses den Rücklagen zuzuführen.

Die Konsolidierung von Zweckgesellschaften beruht nicht auf einer vorliegenden Stimmrechtsmehrheit. Entsprechend sind bei diesen konsolidierten Zweckgesellschaften keine unbedingte und sofortige Verwendung und kein Transfer der Vermögenswerte seitens der Helaba rechtlich sichergestellt. Das gesamte Bilanzvolumen an konsolidierten Zweckgesellschaften nach IFRS vor Konsolidierungen beträgt 2.644 Mio. €. In dieser Gesamtsumme ist die konsolidierte Refinanzierungsgesellschaft der OPUSALPHA-Vertriebsstruktur mit 1.363 Mio. € enthalten.

Bei den Geschäftstätigkeiten der Landesbausparkasse und der WIBank sowie bei dem von der Bank betriebenen Pfandbriefgeschäft bestehen besondere rechtliche Rahmenbedingungen als Grundlage der Geschäftstätigkeit (BauSpkG, Gesetz über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, PfandBG). Die überwiegenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in diesen Geschäftssegmenten unterliegen insofern Beschränkungen, als die geschäftliche Ausrichtung an den jeweiligen Geschäftszweck und die Mittelverwendung an gesetzliche Anforderungen gebunden ist. Teilweise bestehen zudem Zweckbindungen der Refinanzierungsmittel. So werden bei bestimmten Förderprogrammen, etwa im sozialen Wohnungsbau oder bei Infrastrukturfinanzierungen, seitens der Mittelgeber (zum Beispiel nationale und internationale Förderbanken sowie Bund und Länder) Zweckbindungen vorgegeben, um den zielgerichteten Einsatz und die angestrebte Förderwirkung sicherzustellen. Bei den Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestition“ sowie „Hessischer Investitionsfonds“ bestehen Zweckbindungen auch hinsichtlich der Rückflüsse aus den Mittelverwendungen. In den Geschäfts-

berichten zum 31. Dezember 2014 weist die WIBank eine Bilanzsumme von 15.861 Mio. € und die LBS eine Bilanzsumme von 4.988 Mio. € aus.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Anerkennung von Eigenmitteln erforderten bestimmte Vertragsdetails bei Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Einlagen. Diese Anforderungen schränken bei Eintritt bestimmter Bedingungen ein Kündigungsrecht des Helaba-Konzerns ein und erfordern eine Zustimmung der Aufsicht. Die Vertragsregelungen einzelner Emissionen erfordern eine Wiederauffüllung nach einer etwaigen Verlustteilnahme vor einer tatsächlichen Rückzahlung.

(79) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, des Lands Hessen sowie des Freistaats Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	127	1.615	3.134	80	4.956
Forderungen an Kreditinstitute	–	3	40	62	105
Forderungen an Kunden	62	1.558	1.154	18	2.792
Handelsaktiva	40	10	1.308	–	1.358
Finanzanlagen	25	38	516	–	579
Sonstige Aktiva	–	6	116	–	122
Passiva	23	283	1.048	24	1.378
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	281	816	24	1.134
Handelspassiva	9	1	175	–	185
Nachrangkapital	–	–	43	–	43
Sonstige Passiva	1	1	14	–	16
Außerbilanzielles Geschäft	17	165	59	3	244

Für den 31. Dezember 2013 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	Gesellschafter der Helaba	Sonstige nahestehende Unternehmen	Gesamt
Aktiva	29	785	2.659	83	3.556
Forderungen an Kreditinstitute	–	4	80	–	84
Forderungen an Kunden	6	749	1.254	83	2.092
Handelsaktiva	1	–	879	–	880
Finanzanlagen	19	32	250	–	301
Sonstige Aktiva	3	–	196	–	199
Passiva	18	367	1.127	21	1.533
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	–	244	–	245
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	309	760	21	1.107
Handelspassiva	–	2	19	–	21
Nachrangkapital	–	–	104	–	104
Sonstige Passiva	–	56	–	–	56
Außerbilanzielles Geschäft	–	201	67	69	337

Wertberichtigungen inklusive Portfoliowertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen in Höhe von 31 Mio. €. In 2014 erfolgten, ebenso wie in 2013, keine Forderungsverzichte. Forderungsausbuchungen sind in 2014, ebenso wie in 2013, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der

Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind, ebenso wie in 2013, von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 1 Mio. € (2013: 1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2 Mio. € (2013: 3 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	2014	2013
Kurzfristige Leistungen	4,6	4,6
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	1,2	1,3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 0,7 Mio. € (2013: 0,6 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden wie bereits im Jahr 2013 0,9 Mio. € und den Beiräten ebenfalls unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungs-

rats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt unverändert 3 Mio. € gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 3 Mio. € geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind nach IAS 19 64 Mio. € (2013: 54 Mio. €) zurückgestellt.

(80) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der Pricewaterhouse-Coopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Abschlussprüfung	3	4
Sonstige Leistungen	2	2
Gesamt	5	6

(81) Angaben zu Arbeitnehmern**Beschäftigte im Jahresdurchschnitt**

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Gesamtbank	1.585	1.572	1.934	1.938	3.519	3.510
Bank	1.183	1.164	1.635	1.635	2.818	2.799
WIBank	235	241	175	175	410	416
Landesbausparkasse	167	167	124	128	291	295
Konzernochtergesellschaften	1.400	1.411	1.355	1.372	2.755	2.783
Konzern	2.985	2.983	3.289	3.310	6.274	6.293

(82) Mitglieder des Verwaltungsrats**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Alfons Lauer

Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– seit 9. Januar 2014 –
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender seit 1. April 2014 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs

Staatssekretär a. D.
Erfurt

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Peter Feldmann

Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg
– bis 31. Januar 2014 –

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum
– bis 30. Juni 2014 –

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Iserlohn
Iserlohn
– seit 1. Dezember 2014 –

Stefan Lauer

Idstein

Christoph Matschie

Mitglied des Thüringer Landtages
Erfurt

Manfred Michel

Landrat
Landkreis Limburg-Weilburg
Limburg an der Lahn
– seit 1. Dezember 2014 –

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtages
Wiesbaden

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt:**Thorsten Derlitzki**

Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck

Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne

Stellvertretende
Abteilungsleiterin
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Thorsten Kiwitz

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum

Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner

Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth

Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper

Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach

Bankprokuristin
Düsseldorf

Wolf-Dieter Tesch

Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

(83) Mitglieder des Vorstands**Hans-Dieter Brenner**

Vorsitzender

Jürgen Fenk**Thomas Groß****Dr. Detlef Hosemann****Rainer Krick****Klaus-Jörg Mulfinger**

– seit 1. Januar 2015 –

Dr. Norbert Schraad**(84) Mandate in Aufsichtsräten
und anderen Kontrollgremien****Mandate der Vorstandsmitglieder**

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied

(85) Anteilsbesitz der Landesbank
Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß
§ 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	1)
2	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-56	2)
3	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	-5	2)
4	Altherz Stuttgart 1 GmbH, Frankfurt am Main	0,00			-4,9	374	3)
5	Altherz Stuttgart 2 GmbH, Frankfurt am Main	0,00			-0,7	346	3)
6	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	1), 4)
7	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	8,8	788	2)
8	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			0,0	0	
9	DKB Wohnimmobilien Beteteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.974	
10	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			0,0	0	
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			70,4	-2	2)
12	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			0,7	664	2)
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9,8	47	
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		105,1	3.138	
15	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		790,7	60.000	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
16	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0	1)
17	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0	1),4)
18	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1),4)
19	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,1	42	
20	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-14	2)
21	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	303	
22	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0	1)
23	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		65,7	4.819	1)
24	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	0	1)
25	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	
26	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363,9	55.402	
27	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	-538	2)
28	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	0,00			14,1	-1.051	
29	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	0,00			14,4	-1.407	
30	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-100	2)
31	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,8	353	2)
32	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		145,6	-10.889	
33	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
34	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	5,91			-133,3	3.504	3)
35	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	17	2)
36	Honua'ula Partners LLC, Wailea, Hawaii, USA	0,00			96,4	1.331	3)
37	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	-9,4	1.654	3)
38	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	6	
39	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	2)
40	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-3,3	-1.183	2)
41	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	2)

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
42	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	2)
43	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			9,1	1.209	
44	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,4	332	
45	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		50,3	407	
46	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			20,9	1.268	
47	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			19,3	472	
48	Logistica CPH K/S, Kopenhagen K, Dänemark	100,00	100,00		0,0	k. A.	
49	Main Capital Funding II Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			-2,6	150	3)
50	Main Capital Funding Limited Partnership, St. Helier, Jersey	0,00			-11,9	33	3)
51	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	1)
52	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4,8	325	
53	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90			19,6	1.058	
54	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		14,6	282	
55	MS Elbmaster GmbH & Co. KG, Drochtersen	0,00			-6,6	-955	3)
56	MS Jade GmbH & Co. KG, Drochtersen	0,00			-4,3	-2.983	3)
57	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-69	2)
58	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,3	463	
59	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1), 4)
60	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0	3)
61	OPUSALPHA PURCHASER LTD (Angelika), Dublin, Irland	0,00			0,0	0	3), 5)
62	Pioneer Point Ltd., London, Großbritannien	0,00			53,9	-27.101	3)
63	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25,0	k. A.	2)
64	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			-0,2	-357	2)
65	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-5	2)
66	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	2)
67	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1), 4)
68	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,2	-217	
69	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	103	
70	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1)
71	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-51	2)
72	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	2)

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach KAGB	Kapitalanteil in %		Fonds-volumen in Mio. €	
		gesamt	davon unmittelbar		
73	HI A-FSP Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	141,0	3)
74	HI C-FSP Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	126,0	3)
75	HI FBI Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	131,8	3)
76	HI FBP Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	95,3	3)
77	HI FSP Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	163,9	3)
78	HI H-FSP Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	136,7	3)
79	HI-HT-KOMP-Fonds, Frankfurt am Main	100,00	100,00	15,7	3)
80	HI-HTNW, Frankfurt am Main	100,00	100,00	1006,1	3), 6)
81	HI-LBS 2-FONDS, Frankfurt am Main	100,00	100,00	28,6	3), 6)
82	HI-LBS 4-FONDS, Frankfurt am Main	100,00	100,00	29,0	3), 6)
83	HI-LBS 5-FONDS, Frankfurt am Main	100,00	100,00	29,9	3), 6)
84	HI-LBS 6-FONDS, Frankfurt am Main	100,00	100,00	30,3	3), 6)
85	HI-LBS-FONDS I, Frankfurt am Main	100,00	100,00	28,3	3), 6)
86	HI-RENTPLUS-FONDS, Frankfurt am Main	100,00	100,00	380,7	3), 6)
87	HI-TURBO-FONDS, Frankfurt am Main	100,00	100,00	775,1	3), 6)

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte gesamt	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Tsd. €
		gesamt	davon unmittelbar			
88	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,3	-108
89	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-1,0	158
90	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-65
91	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	-192
92	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
93	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	-4
94	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-2
95	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			1,0	311
96	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			-0,7	-714
97	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-0,7	-191
98	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00			-2,6	-396
99	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Frankfurt am Main	8,84			15,6	11.148
100	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,1	0
101	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00			0,0	0
102	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	76

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
103	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-11
104	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			-0,7	-729
105	OFB & Procom Rüdeshelm GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-5
106	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9,4	-125
107	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5,3	-214
108	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklung-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,2	-41
109	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	0,1	-1
110	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-38

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
111	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,7	-122
112	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22,6	0
113	Sparkassen-Marktservice GmbH, Darmstadt	50,00			5,1	215
114	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6,3	3.507

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
115	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1
116	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
117	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	33,33	0,7	86
118	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	0,9	129
119	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	33,33	0,4	51

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €	
120	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	1,5	178	
121	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	33,33	1,4	223	
122	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,2	646	
123	Bonny 10 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	0,00			1,7	190	3)
124	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	8	
125	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	8	
126	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0	
127	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			0,0	-1	
128	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	9	
129	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			0,0	4	
130	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	2	
131	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1)
132	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	-118	
133	HT Finanzanlage Ltd, St. Helier, Jersey	0,00			-0,2	42	3), 7)
134	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,3	299	
135	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	2	
136	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1	
137	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	33,33	2,3	396	
138	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kopenhagen, Dänemark	100,00	100,00		k. A.	k. A.	
139	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	1	
140	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,4	183	
141	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			0,3	-60	
142	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			0,0	0	
143	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			28,3	1.410	
144	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	2	
145	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-131	
146	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Wohnen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
147	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	23	
148	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-12	

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
149	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	101
150	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	7
151	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67		0,6	53
152	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	33,33	1,5	126
153	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
154	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			0,0	-3
155	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
156	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L., Oberursel	50,00	50,00		-2,3	-192
157	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
158	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	10
159	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
160	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	2
161	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	2
162	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,6	364
163	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
164	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		3,8	4.363
165	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		35,5	792
166	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	848
167	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	4
168	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	68
169	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-2,6	-317
170	Multi Park Verwaltungs GmbH, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-1
171	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
172	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	0
173	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,4	13
174	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	2

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
175	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		16,2	1.313
176	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		22,5	1.248
177	Comtesse BTH Limited, London, Großbritannien	4,07	4,07	25,10	17,5	-4.236
178	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00	0,00	20,00	k. A.	k. A.
179	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
180	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	4
181	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		58,0	5.373
182	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			2,7	1.409
183	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,6	-509
184	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		9,4	1.255
185	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		20,7	884
186	MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-0,8	-901
187	MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-1,4	-1.008
188	MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-1,0	-1.429
189	MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-4,0	-1.101
190	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,2	145
191	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2,8	-467
192	Intelligent Crop Forecasting GmbH in Insolvenz, Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
193	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00	0,00	0,21	-0,6	3

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen der gehaltene Anteil 5 % oder mehr beträgt

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
194	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		122,3	12.332

¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

²⁾ Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

³⁾ Bei der Gesellschaft handelt es sich um ein Tochterunternehmen, dessen Klassifizierung nicht auf einer Stimmrechtsmehrheit beruht.

⁴⁾ Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.

⁵⁾ Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind bis auf die konsolidierte Transaktion Angelika Dritten zuzurechnen.

⁶⁾ Geschäftsjahresende 31. Januar.

⁷⁾ Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind Dritten zuzurechnen.

k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf

einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 10. März 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Country by Country Reporting nach § 26a KWG

Die mit § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzte Anforderung der EU-Richtlinie 2013/36/EU (Capital Requirements Directive, CRD IV) zu einem „Country by Country Reporting“ ist gemäß § 64r KWG erstmals vollständig für 2014 vorzunehmen.

Mit dieser Berichterstattung werden für 2014 die angefallenen Umsätze und die Anzahl der Beschäftigten je Mitgliedsstaat der EU und je Drittland dargestellt, in denen die in den Konzernabschluss im Wege der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen eine Niederlassung unterhalten oder ihren Sitz haben.

Die Angaben zu Umsatz, Konzernergebnis und Ertragsteueraufwendungen erfolgen vor Berücksichtigung von Konsolidie-

rungseffekten. Als Umsatz wird das in den Konzernabschluss nach IFRS einbezogene Ergebnis der Stelle vor Risikovorsorge und Verwaltungsaufwendungen angegeben. Die Angaben zum Konzernergebnis vor Steuern und zu den Ertragsteuern betreffen den Saldo der Beiträge zu diesen beiden Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns nach IFRS. Die Ertragsteueraufwendungen betreffen die Unternehmenssteuern der jeweiligen Meldestelle.

Die Anzahl der Beschäftigten wird auf Basis von Vollzeitmitarbeiteräquivalenten angegeben. Beihilfen im Sinne eines EU-Beihilfe-Verfahrens haben die konsolidierten Gesellschaften in 2014 nicht erhalten.

	Umsatz in Mio. €	Konzernergebnis vor Ertragsteuern in Mio. €	Ertragsteuern in Mio. € ¹⁾	Anzahl der Beschäftigten
Deutschland	1.864	577	-176	5.526
Frankreich	-	1	-1	14
Irland	19	10	-	11
Schweiz	32	-	-	104
USA	76	18	-31	86
Vereinigtes Königreich	38	1	1	71
Sonstige	4	3	-2	-

¹⁾ Personenbezogene Steuereffekte, die nicht von konsolidierten Unternehmen getragen werden, sind nicht berücksichtigt. Entsprechend zeigt sich beispielsweise bei den Angaben zu den Beiträgen von nach IFRS 10 konsolidierten Zweckgesellschaften in den USA, bei denen die Gesellschafter konzernfremde natürliche Personen sind, eine nur eingeschränkte Vergleichbarkeit mit plausiblen Ertragsteuerquoten für die Geschäftstätigkeit.

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Frankfurt am Main	Deutschland
Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Airport Office One GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Schönefeld	Deutschland
Altherz Stuttgart 1 GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Altherz Stuttgart 2 GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG	Finanzinstitut	Potsdam	Deutschland
EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kriftel	Deutschland
Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Fulda	Deutschland
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Frankfurter Sparkasse	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH	Anbieter von Nebendienstleistungen	Erfurt	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Bauprojekte GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Immobilien Holding GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Hafenbogen GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Pullach	Deutschland
Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Kapitalanlagegesellschaft	Frankfurt am Main	Deutschland
Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	Finanzinstitut	Pullach	Deutschland
HeWiPPP II GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI A-FSP FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI C-FSP FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBI FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FBP FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI FSP FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI H-FSP FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HT-KOMP-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-HTNW-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-LBS 2-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-LBS 4-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-LBS 5-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-LBS 6-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-LBS-FONDS I	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-RENTPLUS-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
HI-TURBO-FONDS	Wertpapier- sondervermögen	Frankfurt am Main	Deutschland
Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG	Finanzinstitut	Mainz	Deutschland
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Düsseldorf	Kreditinstitut	Düsseldorf	Deutschland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main/Erfurt	Deutschland
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen – rechtlich unselbstständiger Geschäftsbereich der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Offenbach	Deutschland
Landeskreditkasse zu Kassel – Niederlassung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Kassel	Deutschland
MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Merian GmbH Wohnungsunternehmen	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
MS Elbmaster GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Drochtersen	Deutschland
MS Jade GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Drochtersen	Deutschland
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Beteiligungen GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
OFB Projektentwicklung GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Kassel	Deutschland
Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
PVG GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
TE Kronos GmbH	Finanzinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH	Sonstiges Unternehmen	Fulda	Deutschland
Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG	Sonstiges Unternehmen	Frankfurt am Main	Deutschland
Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen – rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	Kreditinstitut	Frankfurt am Main	Deutschland
Montindu S.A./N.V.	Sonstiges Unternehmen	Brüssel	Belgien
Logistica CPH K/S	Sonstiges Unternehmen	Kopenhagen	Dänemark
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Paris	Kreditinstitut	Paris	Frankreich
Helaba Asset Services	Finanzinstitut	Dublin	Irland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Dublin	Kreditinstitut	Dublin	Irland
OPUSALPHA FUNDING LTD	Finanzinstitut	Dublin	Irland
OPUSALPHA PURCHASER LTD	Finanzinstitut	Dublin	Irland
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung London	Kreditinstitut	London	Vereinigtes Königreich
Pioneer Point Ltd	Sonstiges Unternehmen	London	Vereinigtes Königreich
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung Grand Cayman	Kreditinstitut	Georgetown	Cayman Islands
Main Capital Funding II Limited Partnership	Finanzinstitut	St. Helier	Jersey
Main Capital Funding Limited Partnership	Finanzinstitut	St. Helier	Jersey
Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG	Kreditinstitut	Zürich	Schweiz
LB(Swiss) Investment AG	Kapitalanlagegesellschaft	Zürich	Schweiz
Honua'ula Partners LLC	Sonstiges Unternehmen	Wailea	USA
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Niederlassung New York	Kreditinstitut	New York	USA
LHT MSIP LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT Power Three LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TCW LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA
LHT TPF II LLC	Finanzinstitut	Wilmington	USA

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche

und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 10. März 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt	Peter Flick
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

AB-0

Anhang AB

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2014

Lagebericht und
Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale 2014

Lagebericht der
Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht

Grundlagen der Bank

Geschäftsmodell der Bank

Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit starkem regionalen Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Dieses Geschäftsmodell ist die Basis für die sehr stabile, positive Geschäfts- und Ertragsentwicklung der letzten Jahre.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Bank hat ihre Sitze in Frankfurt am Main und Erfurt und ist mit Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York vertreten. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstandes, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland weiter zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit, mit einer konsolidierten Verbundrechnung und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden umfangreiche Kooperationsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Vereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Vereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg

ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100 %-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Daher verfügt die WIBank bei S&P über ein „AA“-Rating für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäftssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertrag-Verhältnisses von 60 %. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert. Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert. Die Zielquoten der Bank berücksichtigen die gestärkte Kapitalbasis sowie die regulatorisch getriebenen Kostenbelastungen der nächsten Jahre.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsmäßig verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige Verbundquote im Zielkorridor von 60 % bis 80 %.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate,

die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist auch das Vergütungssystem. In der Vergütungsstrategie und den Vergütungsgrundsätzen hat die Bank den Zusammenhang zwischen Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Vergütungsstrategie geregelt. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Ermittlung eines Gesamtbankbudgets und der Zuordnung der Budgets für die variable Vergütung auf Bereichsebene. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Mit ihren Nachhaltigkeitsleitsätzen bekennt sich die Helaba nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit zu ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung. Die Nachhaltigkeitsleitsätze enthalten Kernaussagen und Verhaltensmaßstäbe zu den Themen Geschäftstätigkeit, Geschäftsbetrieb (betrieblicher Umweltschutz, Corporate Governance und Compliance), Mitarbeiter sowie gesellschaftliches Engagement. Ihre Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft hat die Helaba darüber hinaus in verbindliche Vorgaben in ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach fließen die Identifizierung und Bewertung von Umweltrisiken und von sozialen und ethischen Gesichtspunkten in die Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse der Helaba ein. Die Helaba prüft die Erstellung und Installierung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung von Umweltrisiken sowie sozialen und ethischen Gesichtspunkten bei der Entscheidung über die Vergabe einschlägiger Kredite. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäften mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investment-Produkten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verord-

nung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs-

und Emissionswerten. Helaba und Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Comprehensive Assessment (CA) der EZB

Die Helaba-Institutsguppe hat sich im Comprehensive Assessment – Asset Quality Review (AQR) mit anschließendem Stresstest von Europäischer Zentralbank (EZB) und European Banking Authority (EBA) – erwartungsgemäß als sehr solide und belastbar erwiesen. Die konzernweite harte Kernkapitalquote (CET 1), die zum Jahresende 2013 mit 12,5 % ausgewiesen wurde, reduzierte sich als Ergebnis des AQR leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 12,2 %.

Die EZB hat die von der Helaba angewandten Bilanzierungsmethoden (accounting policies) vollumfänglich bestätigt. Mit ihren von der IFRS-Rechnungslegung abweichenden Ansätzen (prudential valuation) ermittelte die EZB im AQR eine Wertkorrektur auf die Geschäftsportfolios von 195 Mio. €. Dabei hat die EZB im Abschluss der Helaba zum 31. Dezember 2013 gebuchte Portfoliowertberichtigungen für Engagements, für die keine akuten Ausfallrisiken vorliegen, in Höhe von rund 150 Mio. € nicht berücksichtigt. Auch unter Zugrundelegung der vorsichtigen Bewertungsansätze der EZB liegt im AQR die CET 1-Quote der Helaba mit 12,2 % deutlich über den geforderten 8,0 %. Unter Berücksichtigung der 150 Mio. € würde die CET 1-Quote 12,4 % betragen.

Im Rahmen des regulären Risikovororgeprozesses der Helaba wird die Angemessenheit der Risikovororge regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die hierbei im Laufe des Jahres 2014 gewonnenen neuen Erkenntnisse, etwa aus aktuellen Wertgutachten, hat die Helaba in der Risikovororge zum 31. Dezember 2014 berücksichtigt. Auch für im AQR geprüfte Engagements wurden im Rahmen dieser Prozesse Wertberichtigungen gebildet oder fortgeschrieben.

In der kombinierten Betrachtung von AQR, Stresstest und Join-up ergibt sich für die Helaba im Baseline-Szenario eine CET 1-Quote von 11,4 %, deutlich über den geforderten 8 %. Im adversen Szenario weist die Helaba eine CET 1-Quote von 8,2 % auf. Diese liegt ebenfalls deutlich über den geforderten 5,5 % und spiegelt das gute Risikoprofil der Helaba wider.

Die Leverage Ratio sinkt im AQR nur unwesentlich von 3,9 % auf 3,8 %. Damit übertrifft die Bank bereits heute die zukünftig geforderten aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland

Die deutsche Volkswirtschaft startete mit Dynamik ins Jahr 2014. Der extrem milde Winter stimulierte insbesondere die Bautätigkeit. Danach ließ die Schrittfolge allerdings deutlich nach. Schwache Schwellenländer, Probleme in der Eurozone und der Konflikt mit Russland belasteten die deutsche Industrie. Trotz alledem wurde im Gesamtjahr noch ein Wirtschaftswachstum von 1,6 % erreicht und damit mehr als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Der Außenbeitrag lieferte hiervon 0,4 Prozentpunkte, während vom privaten und öffentlichen Konsum 0,8 Prozentpunkte kamen. Beschäftigungszuwächse, höhere Lohnabschlüsse bei einer gleichzeitig sehr niedrigen Inflation von nur 0,8 % ließen die Realeinkommen steigen. Hiervon profitierten die Konsumenten.

Enttäuschend verlief dagegen die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die Unsicherheiten beim Export machten sich hier bemerkbar, obwohl niedrige Kapitalmarktzinsen und eine durchschnittliche Kapazitätsauslastung eigentlich für mehr Investitionen gesprochen hätten. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn die Dynamik im Laufe des Jahres nachgelassen hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand lassen diesen Bereich expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und die Maßnahmen zur Umsetzung der europäischen Bankenunion geprägt. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Firmenkunden- und Immobilienkreditgeschäft, verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen.

Bei den aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- **EZB-Aufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM)**
Mit Wirkung zum 4. November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) die direkte Aufsichtsfunktion über die 120 größten Banken im Euroraum übernommen. Die Helaba-Gruppe mit den verbundenen Tochterinstituten Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG gehört zu den als „bedeutend“ eingestuften Instituten, die unter der direkten Aufsicht der EZB stehen.

- **Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)**
Durch die CRD IV/CRR verschärfen sich die Anforderungen an die Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Zum Abschlussstichtag beträgt die harte Kernkapitalquote der Helaba (Einzelinstitut) 12,4 % (phased-in) beziehungsweise 12,0 % (fully loaded) und die Gesamtkapitalquote 18,9 % (phased-in). Die Helaba verfügt damit über eine komfortable Eigenmittelausstattung und erfüllt alle derzeit bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Dies beinhaltet auch die mit Bescheid der EZB vom Februar 2015 kommunizierten aufsichtlichen Anforderungen.

Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von nominal 953 Mio. €.

Die europaweit einheitlichen Liquiditätsdeckungsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio – LCR) werden ab Oktober 2015 bindend. Die geforderte Erfüllungsquote wird schrittweise von 60 % im Jahr 2015 auf 100 % im Jahr 2018 angehoben. Die Helaba erfüllt die ab Ende 2015 geforderte Liquiditätsdeckungsanforderung bereits heute mit einem deutlichen Puffer zur geforderten Mindestquote. Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR) legte der Baseler Ausschuss am 31. Oktober 2014 überarbeitete Anforderungen vor. Ob und wie die Kennzahl in Europa eingeführt wird, muss die EU-Kommission bis Ende 2016 entscheiden. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die neuen Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.

Die Verschuldungsquote („Leverage Ratio“) misst das Verhältnis des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Die EU-Kommission hat am 10. Oktober 2014 einen delegierten

Rechtsakt mit Konkretisierungen der Berechnungsmethodik vorgelegt. Über die finale Definition soll frühestens Ende 2016 entschieden werden. Davon losgelöst hat die EZB bereits im Rahmen der Veröffentlichung der Stresstestergebnisse die Leverage Ratio zum 31. Dezember 2013 offengelegt. Zum 31. Dezember 2014 beträgt die Leverage Ratio der Helaba 3,8 % (phased-in).

- **Sicherungseinrichtungen**
Mitte November 2014 hat die Bundesregierung den Entwurf des Einlagensicherungsgesetzes verabschiedet, das eine verbindliche EU-Richtlinie in deutsches Recht umsetzt und am 3. Juli 2015 in Kraft treten wird. Institutssichernde Systeme, wie der bestehende Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, können auch in Zukunft – nach rechtlicher und finanzieller Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anerkennung – als Einlagensicherungssysteme fortbestehen.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2014 geprägt von einem mit 1,6 % moderaten realen Wirtschaftswachstum in Deutschland und einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld, in dem neue historische Tiefstände verzeichnet wurden.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) erneut um 6 % auf 17,2 Mrd. € (2013: 16,3 Mrd. €) gesteigert werden. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 81 Mrd. €. Bei den Kundenforderungen stehen Zuwächsen im gewerblichen Immobilienkreditgeschäft Bestandsverringerungen gegenüber den öffentlichen Gebietskörperschaften und sonstigen Kunden gegenüber. Die Forderungen an angeschlossene Sparkassen betragen zum Jahresende rund 10 Mrd. € (2013: 11 Mrd. €). Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, liegt bei 60 % (2013: 57 %).

Aufgrund ihres hohen Marktstandings und des insgesamt positiven Marktumfelds konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (4,4 Mrd. €) sowie die öffentlichen (4,4 Mrd. €) und die Hypothekendarlehen (1,9 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (4,0 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,5 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förder-

institute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden bundesweit die Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Die Helaba ist Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen-Thüringen konnte im Jahr 2014 auf sehr hohem Niveau weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearingstelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2014 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Ihre Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank in der Geschäftsstrategie verankert. Mit Maßnahmen zur Emissionsver-

ringerung der Dienstfahrzeuge sowie durch die weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen wurde dieser Verpflichtung Rechnung getragen. Die Helaba ergreift Maßnahmen zur weiteren Begrenzung der CO₂-Emissionen ihrer Betriebsstätten. Als Nutzer des Gebäudekomplexes „Sparkassen-Finanzzentrum Erfurt“ nahm die Helaba 2014 zusammen mit weiteren Nutzern an dem Ökologischen Projekt für integrierte Umwelttechnik („Ökoprotit“) der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt teil. Ziel dieses Kooperationsprojekts ist es, Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und dadurch betriebliche Kosten wie auch ökologische Folgekosten zu senken.

Auch im Geschäftsjahr 2014 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte und stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals sowie den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Das Kosten-Ertrag-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2014 bei 63,7 % und damit leicht oberhalb des Zielkorridors (< 60 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2014

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Geschäftsvolumen	175.521	183.210	-7.689	-4,2
Bilanzsumme	150.973	161.823	-10.850	-6,7
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	484	684	-200	-29,2
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-98	-304	206	-67,8
Jahresüberschuss	240	210	30	14,3

Die Bank berücksichtigt wie in den Vorjahren den Aufwand für die Bedienung ihrer stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage nicht. Der Zinsüberschuss und damit auch das Betriebsergebnis sind in der Ertragslage daher um 65 Mio. € (2013: 65 Mio. €) höher ausgewiesen als in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Ertragslage

Dem Rückgang des operativen Ergebnisses von -262 Mio. € stehen ebenfalls verringerte Verwaltungsaufwendungen sowie reduzierte Aufwendungen für die Risikovorsorge gegenüber. Im Saldo lag der Jahresüberschuss bei 240 Mio. €.

Ertragslage

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Zinsüberschuss	1.134	1.167	-33	-2,8
Provisionsüberschuss	166	154	12	7,8
Nettoertrag des Handelsbestands	161	303	-142	-46,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-127	-28	-99	353,6
Operatives Ergebnis	1.334	1.596	-262	-16,4
Verwaltungsaufwendungen	-850	-912	62	-6,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	484	684	-200	-29,2
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-98	-304	206	-67,8
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§ 340f HGB)	0	-6	6	-100,0
Außerordentliches Ergebnis	-13	-13	0	0,0
Betriebsergebnis vor Steuern	373	361	12	3,3
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-132	-101	-31	30,7
Zuführung Fonds für allgemeine Bankenrisiken (§ 340g HGB)	0	-50	50	-100,0
Jahresüberschuss	240	210	30	14,3

Der Zinsüberschuss als wesentliche Erfolgskomponente für die Helaba liegt bei 1.134 Mio. € nach 1.167 Mio. € im Vorjahr. Zu dem Rückgang haben insbesondere höhere Belastungen aus der vorzeitigen Schließung von Derivatepositionen (Closeout-Zahlungen) beigetragen, denen wirtschaftlich Einlösungsgewinne im Bewertungsergebnis gegenüberstehen. Der Ergebnisbeitrag aus Fonds- und Beteiligungsausschüttungen blieb in der Summe stabil, obwohl ein Einmaleffekt in Höhe von 30 Mio. € aus dem Vorjahr weggefallen ist.

Der Provisionsüberschuss (166 Mio. €) liegt mit einem Anstieg von 12 Mio. € um 7,8 % über dem Niveau des Vorjahrs. Die Steigerung des Provisionsüberschusses geht vor allem auf Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, dem Kredit- und Avalgeschäft sowie dem Cash Management zurück.

Im Nettoertrag des Handelsbestands werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisbeiträge der Handelsgeschäfte ausgewiesen. Der Nettoertrag 2014 hat sich erwartungsgemäß auf 161 Mio. € (im Vorjahr 303 Mio. €) normalisiert. Die leicht fallenden Credit Spreads hatten, anders als in den Vorjahren, nur einen geringen Einfluss auf das Ergebnis. Somit war das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft der wesentliche Treiber dieses Ergebnisses. Das niedrige Zinsniveau führte bei den über Plan liegenden Ergebnisbeiträgen zu zusätzlichen und im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Bewertungsabschlägen bei den Derivaten. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung zum Sonderposten nach § 340e HGB vorgenommen.

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei -127 Mio. € (2013: -28 Mio. €). Während Erträge und Aufwendungen aus Gebäuden in der Berichtsperiode nur leicht rückläufig gewesen sind, haben sich die Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen aufgrund des niedrigen

Zinsniveaus deutlich erhöht. Insbesondere ist der in dieser Position gezeigte Aufwand für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen infolge des auf 4,54 % gesunkenen Abzinsungszinssatzes gestiegen. Außerdem wurden einige Rückstellungen, darunter die Rückstellung für Restrukturierungsaufwendungen (Projekt PRO), deutlich erhöht.

Die Verwaltungsaufwendungen sind um 62 Mio. € auf -850 Mio. € gesunken. Diese setzen sich aus Personalaufwendungen in Höhe von -367 Mio. € (2013: -366 Mio. €), Sachaufwendungen in Höhe von -464 Mio. € (2013: -516 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von -19 Mio. € (2013: -30 Mio. €) zusammen. Die Personalaufwendungen konnten trotz zwischenzeitlicher Tarifierhöhung konstant gehalten werden. Zum Rückgang der Sachaufwendungen haben geringere Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Übernahme- und Integrationsprojekt sowie Umsetzungsprojekten aufsichtsrechtlicher Anforderungen beigetragen. Die Servicierungsgebühr für das noch auf der IT-Plattform der Portigon AG betriebene Verbundbank-Geschäft hat sich im Gesamtjahr 2014 auf -34 Mio. € halbiert, da die Servicierung nur bis zum 30. Juni 2014 bezogen worden ist. Die Bankenabgabe hat mit -36 Mio. € (nach -47 Mio. € in 2013) ebenfalls zur Entlastung der Sachaufwendungen beigetragen. Die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds sind leicht angestiegen. Am Jahresende waren 3.525 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2013: 3.511) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl erhöhte sich leicht von 3.511 auf 3.519.

Das operative Ergebnis von 1.334 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von -850 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 484 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um -200 Mio. € oder -29,2 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Ergebnis des Kreditgeschäfts	-167	-321	154	-48,0
Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts	-2	-23	21	-91,3
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	71	40	31	77,5
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-98	-304	206	-67,8

Der Aufwand für die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft ist im Jahr 2014 deutlich gesunken. Er beläuft sich im Saldo auf -167 Mio. € und liegt damit signifikant unter dem Vorjahreswert. Zu dem Rückgang haben geringere Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (im Saldo -159 Mio. € nach -213 Mio. € in 2013) geführt. Außerdem sind die Aufwendungen für pauschalierte Risikovorsorgen (Länderwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen) rückläufig gewesen.

Das Ergebnis des Beteiligungsgeschäfts liegt bei -2 Mio. € gegenüber -23 Mio. € im Vorjahr.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, aus Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Einlösungsergebnis aus Wertpapieren des Anlagevermögens und dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten resultiert ein Ergebnisbeitrag von 71 Mio. €. Der Anstieg um 31 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert von 40 Mio. € resultiert aus höheren Veräußerungserlösen. Gegenläufige Er-

gebnisauswirkungen aus der Auflösung von Derivaten sind im Zinsergebnis verarbeitet.

Die Vorsorgereserven nach § 340f HGB blieben unverändert, so dass sich das Betriebsergebnis nach Bewertung auf insgesamt 386 Mio. € beläuft (2013: 374 Mio. €). Aus der Umstellung auf BilMoG resultiert für das Jahr 2014 wie in den Vorjahren ein außerordentlicher Aufwand von -13 Mio. € aufgrund des über mehrere Perioden gestreckten Anteils für die Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen auf das durch das BilMoG vorgegebene Bemessungsverfahren.

Somit beläuft sich das Betriebsergebnis vor Steuern auf 373 Mio. € gegenüber 361 Mio. € im Vorjahr, was einem Anstieg von 3,3 % entspricht.

Mit einem Steueraufwand von -132 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 240 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel und der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	17.070	24.360	-7.290	-29,9
Forderungen an Kunden	80.802	80.796	6	0,0
Schuldverschreibungen und Aktien	19.575	17.423	2.152	12,4
Handelsbestand (Aktiv)	28.320	33.342	-5.022	-15,1
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	1.880	2.111	-231	-10,9
Übrige Aktivbestände	3.326	3.791	-465	-12,3
Bilanzsumme	150.973	161.823	-10.850	-6,7
Geschäftsvolumen	175.521	183.210	-7.689	-4,2

Die Bilanzsumme der Helaba hat sich im Geschäftsjahr 2014 von 161,8 Mrd. € auf 151,0 Mrd. € deutlich verringert. Der Rückgang resultiert zum überwiegenden Teil aus der erstmals vorgenommenen Saldierung von Derivaten durch Verrechnung mit den entsprechenden gestellten Sicherheiten.

Die Forderungen an Kreditinstitute inklusive der Barreserve verringerten sich um 7,3 Mrd. € auf 17,1 Mrd. €. Die Verminderung ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der gestellten Barsicherheiten um 5,3 Mrd. €, nach Saldierung mit Derivaten des Handelsbestands, sowie auf den Abbau des Liquiditätsüber-

schusses in der Barreserve (2014: 0,7 Mrd. €, 2013: 1,4 Mrd. €) zurückzuführen. Die Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden, sind ebenfalls leicht gesunken.

Die Forderungen an Kunden sind im Saldo nahezu unverändert geblieben (2014: 80,8 Mrd. €, 2013: 80,8 Mrd. €). Während die Kommunaldarlehen um 0,8 Mrd. € sowie die anderen Forderungen um 0,7 Mrd. € zurückgegangen sind, stiegen die Hypothekendarlehen um 1,9 Mrd. € an. Die Baudarlehen der Bausparkasse blieben nahezu konstant. Auch in den Forderungen an Kunden wirkt sich die Saldierung von gestellten Barsicherheiten mit Derivaten des Handelsbestands durch einen Rückgang um 0,5 Mrd. € aus.

Das Volumen der Schuldverschreibungen und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 2,2 Mrd. € auf 19,6 Mrd. € erhöht. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 17,1 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2013: 15,1 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 2,4 Mrd. € (2013: 2,5 Mrd. €) ausgewiesen.

Der Handelsbestand (Aktiv) ist in der Berichtsperiode um 5,0 Mrd. € auf 28,3 Mrd. € zurückgegangen. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden im

Jahresverlauf weiter abgebaut, so dass zum 31. Dezember 2014 ein Volumen von noch 17,0 Mrd. € resultiert, nach 21,3 Mrd. € im Vorjahr. Die Derivate im Handelsbestand (Aktiv) sind mit 9,2 Mrd. € ausgewiesen (2013: 8,6 Mrd. €). Bei leicht erhöhten Nominalvolumen wird der Anstieg von Bewertungseffekten infolge des niedrigen Zinsniveaus nicht vollständig durch den Rückgang aufgrund der vorgenommenen Saldierung kompensiert. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,1 Mrd. € (2013: 0,2 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels liegen mit 2,0 Mrd. € unter dem Wert des Vorjahrs (3,3 Mrd. €).

Der Anstieg der Buchwerte der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf eine nachträgliche Kaufpreisanpassung zurückzuführen.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, sank um 7,7 Mrd. € auf 175,5 Mrd. €. Der Rückgang fällt damit weniger ausgeprägt als der der Bilanzsumme aus. Kompensierend wirkten die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen, die um 2,9 Mrd. € auf 18,9 Mrd. € anstiegen. Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien erhöhten sich ebenfalls von 5,4 Mrd. € auf 5,7 Mrd. €. Hier sind mit 0,6 Mrd. € (2013: 0,7 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Entwicklung der Passiva

	2014	2013	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	37.585	36.136	1.449	4,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.493	27.749	744	2,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	47.830	48.618	-788	-1,6
Handelsbestand (Passiv)	20.241	33.820	-13.579	-40,2
Eigene Mittel	11.588	11.117	471	4,2
Übrige Passivbestände	5.236	4.383	853	19,5
Bilanzsumme	150.973	161.823	-10.850	-6,7

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr auf 37,6 Mrd. € (2013: 36,1 Mrd. €). Der Anstieg entfällt sowohl auf Verbindlichkeiten gegenüber Banken (1,1 Mrd. €) als auch auf solche gegenüber angeschlossenen Sparkassen (0,8 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 0,7 Mrd. € auf 28,5 Mrd. €. In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Bauspareinlagen in Höhe von 4,1 Mrd. € (2013: 3,8 Mrd. €) enthalten.

Die verbrieften Verbindlichkeiten reduzierten sich leicht um 0,8 Mrd. €. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen

betrug 45,6 Mrd. € (2013: 47,2 Mrd. €). Innerhalb der verbrieften Verbindlichkeiten beträgt die Position Andere verbrieftete Verbindlichkeiten, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, 2,3 Mrd. € (2013: 1,4 Mrd. €).

Der Handelsbestand (Passiv) ist um 13,6 Mrd. € auf 20,2 Mrd. € zurückgegangen. Maßgeblicher Bestandteil sind die Verbindlichkeiten des Handels mit 16,5 Mrd. € (2013: 24,2 Mrd. €). Die Derivate im Handelsbestand sind nach Saldierung noch mit 3,7 Mrd. € ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen im Handelsbestand sind auf 1,3 Mrd. € nach 1,1 Mrd. € im Vorjahr angestiegen.

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel der Bank (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn, einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten) betragen zum 31. Dezember 2014 11,6 Mrd. €. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Emission von nachrangigen Verbindlichkeiten.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2014 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inklusive –144 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen des Jahresendes 2013 – auf 9,4 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital in Höhe von 6,9 Mrd. €. Die dem harten Kernkapital zuzurechnenden Kapitaleinlagen betragen 1,9 Mrd. € und die dem zusätzlichen Kernkapital zurechenbaren stillen Einlagen betragen 843 Mio. €.

Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss
Nettoertrag des Handelsbestands
Sonstiges betriebliches Ergebnis
Personalkosten
Sachaufwand
Risikovorsorge
Ergebnis vor Steuern
Cost-Income-Ratio
Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft

Die Geschäftsentwicklung der Helaba verlief weitgehend im Rahmen der Prognose. Die wesentlichen Abweichungen werden im Folgenden erläutert.

Die gute Geschäftsentwicklung im Immobilienkreditgeschäft hat dazu beigetragen, dass die Risikovorsorge noch stärker als prognostiziert zurückgegangen ist und das Abschlussvolumen oberhalb der Prognose liegt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt unter der Prognose. Zum einen spiegeln sich hier die Aufwendungen für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen wider, die durch den weiteren Zinsrückgang deutlich angestiegen sind. Zum anderen haben die Zuführungen zu der Restrukturierungsrückstellung „Helaba PRO“ sowie zu den anderen Rückstellungen das Ergebnis stärker belastet als geplant.

Ertragslage nach Geschäftsfeldern

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % auf 9,5 Mrd. € und lag damit über dem

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß CRR in Verbindung mit der Solvabilitätsverordnung betragen 4,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2014. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 18,9 %; die Kernkapitalquote beträgt 13,9 %; die harte Kernkapitalquote beträgt 12,4 %.

Die nach der CRR in Verbindung mit der Solvabilitätsverordnung geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2014 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Vergleich mit der Vorjahresprognose

Die folgende Tabelle vergleicht für das abgelaufene Geschäftsjahr die Ist-Werte der von der Helaba verwendeten Kennzahlen mit der ursprünglichen Prognose:

Prognose 2013 für 2014	Ergebnisse 2014
leicht unter dem Vorjahresniveau	-2,8 %
10 % über Vorjahreswert	+7,8 %
deutlich geringer	-46,9 %
unter dem Vorjahreswert	≥100 %
leicht rückläufig	+0,5 %
rund 9 % unter Vorjahreswert	-9,9 %
Rückgang um 30 %	-48,0 %
auf Vorjahresniveau	+3,3 %
60,0 %	63,7 %
15,4 Mrd. €	17,2 Mrd. €

Planwert. Bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Bei höheren Kundenforderungen stiegen die Erträge insgesamt um rund 9 % gegenüber dem Vorjahr. Damit lag die Entwicklung im Immobilienkreditgeschäft in 2014 über den Erwartungen.

Im Bereich Corporate Finance lag das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft trotz einer intensiven Wettbewerbssituation mit 4,6 Mrd. € um rund 7 % über dem Vorjahresniveau und damit leicht über dem Planwert. Die Kundenforderungen entwickelten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag aufgrund von außerplanmäßigen Tilgungen leicht rückläufig. Die Erträge erreichten insgesamt das Vorjahresniveau und lagen leicht unter Plan.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft verlief in 2014 mit einem Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 1,2 Mrd. € im Rahmen der Planung. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2014 nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt.

Das Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft 2014 hat sich erwartungsgemäß normalisiert. Die leicht fallenden Credit Spreads hatten, anders als in den Vorjahren, nur einen geringen Einfluss auf das Ergebnis. Somit war das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft der wesentliche Treiber dieses Ergebnisses, welches unterhalb des Jahresergebnisses 2013, aber auf Plan-niveau liegt. Vor allem konnte das Primärmarktgeschäft weiter ausgebaut werden. Auch konnte das Aktien- und Rentengeschäft im Zuge der Helaba-Verwahrstellenfunktion gesteigert werden.

Im Verbundgeschäft stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 14 %. Der erwartete Anstieg resultierte insbesondere aus der Intensivierung der Geschäftstätigkeit mit den Sparkassen in NRW und wurde über die gesamte Produktpalette erzielt.

Das Neugeschäft der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen entwickelte sich in 2014 zufriedenstellend. Die Erträge blieben aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus in Verbindung

mit einer geringen Nachfrage nach Finanzierungen auf dem Vorjahresniveau.

Mit der WIBank nimmt die Helaba im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben wahr. Die Entwicklung in 2014 wurde neben der Abwicklung der verschiedenen Förderprogramme durch die Administration des Kommunalen Schutzschirms Hessen geprägt. Das Geschäftsvolumen stieg dadurch leicht an. Die systemtechnischen Umstellungen auf die neue EU-Förderperiode und die höhere Fördertätigkeit schlugen sich in höheren Kosten nieder, deren Erstattung durch das Land Hessen entsprechend zu gestiegenen Erträgen führte.

Im Cash Management standen in 2014 die SEPA-Umstellung sowie der Abschluss der technischen Integration aus der Übernahme von Geschäftsaktivitäten der NRW-Verbundbank im Mittelpunkt. Der Anstieg der Erträge lag mit 8 % leicht unter den Erwartungen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2014 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen

ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen seit 2014 nach den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR).

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig, gegebenenfalls auch anlassbezogen, überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe und des Helaba-Einzelinstituts wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden für die Helaba-Gruppe und das Helaba-Einzelinstitut (mit Ausnahme des Immobilienrisikos) identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Residualrisiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.

- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Residualrisiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unangewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelles Risiko umfasst auch das Rechtsrisiko, das wie folgt definiert ist: Risiko von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder in sonstigen Verhältnissen zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden.
- Unter dem Immobilienrisiko werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intrakonzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Interkonzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikoartenübergreifenden Stress-Szenarien der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

Im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft und das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen. Daneben führt auch die jährlich durchzuführende beziehungsweise anlassbezogene Risikoinventur in der Helaba-Gruppe dazu, dass bisher unbekannte Risiken identifiziert und im Falle der Wesentlichkeit in den Risikomanagementprozess aufgenommen werden.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz. Das aus dem Einsatz von Modellen resultierende und im Rahmen von Validierungen sich bestätigende Modellrisiko deckt die Bank über entsprechende Auf beziehungsweise Abschlüsse ab.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanage-

ment. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Überwachung der Marktpreisrisiken einschließlich der dazugehörigen Limitauslastung sowie die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden im residualen Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikosteuerung beziehungsweise die Risikoüberwachung verantwortlich.

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiko inklusive Beteiligungsrisiko	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung (Kommunalkredite)	Risikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiko	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Liquiditätsrisiko	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling
Operationelles Risiko	Alle Bereiche	Risikocontrolling, Recht (Rechtsrisiko)
Geschäftsrisiko	Marktbereiche	Risikocontrolling
Immobilienrisiko	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Risikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei.

Interne Revision

Die interne Revision ist direkt dem Vorstand unterstellt und prüft und beurteilt weisungsunabhängig die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind dabei besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung werden nach einheitlichen Standards dokumentiert. Der Vorstand sowie die Verantwortlichen der geprüften Bereiche erhalten aussagekräftige Prüfungsberichte. Die interne Revision berichtet dem Verwaltungsrat quartalsweise über wesentliche Prüfungsergebnisse.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, MaRisk-Compliance sowie Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung, der MaRisk-Compliance und des Datenschutzbeauftragten eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle

Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt als zentrale Stelle im Sinne des § 25h KWG interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen. Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung verantwortet außerdem die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit (FATCA).

Die MaRisk-Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Umsetzung und Einhaltung der unter Risikogesichtspunkten identifizierten wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben hin und führt Kontrollhandlungen durch.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale quantifiziert sowie der regulatorische

Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung der regulatorischen Eigenmittel Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit werden in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgrößen ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Analog zur Umstellung der regulatorischen Meldung auf die Anforderungen der CRR/CRD IV wurde der Fortführungsansatz der Helaba-Risikotragfähigkeitsrechnung zum 1. Januar 2014 angepasst, so dass die neuen regulatorischen Vorgaben für Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen angemessen berücksichtigt werden. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0%-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9%) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Konzern-Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regula-

torischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen der Eigenkapitalquoten. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2014 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba. Dies gilt analog für die Risikotragfähigkeitsrechnung des Helaba-Einzelinstituts.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,3 Mrd. € (2013: 3,2 Mrd. €). Im Liquidationsansatz für den Konzern besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 6,1 Mrd. € (2013: 7,3 Mrd. €).

Die im Rahmen der simulierten Stress-Szenarien erreichten Kapitalquoten liegen deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher

Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutssichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Institutssichernde Systeme können auch unter dem neuen Einlagensicherungsgesetz, das im Juli 2015 in Kraft treten wird, fortbestehen, sofern eine aufsichtliche Anerkennung vorliegt. Es ist vorgesehen, die Anerkennung zu beantragen.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2014 insgesamt 508 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) haben jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel III/CRR

Seit dem 1. Januar 2014 ist die neue EU-Verordnung der Capital Requirements Regulation (CRR) auf Basis von Basel III in Kraft getreten. Die CRR regelt in Ablösung der Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU-Capital Requirements Directive, SolvV) die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß Art. 389f der CRR, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften sowie Kontokorrent-Intraday-Risiken werden als direkte wirtschaftliche Risiken bewilligt und in voller Höhe auf separate Limite angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der CRR ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

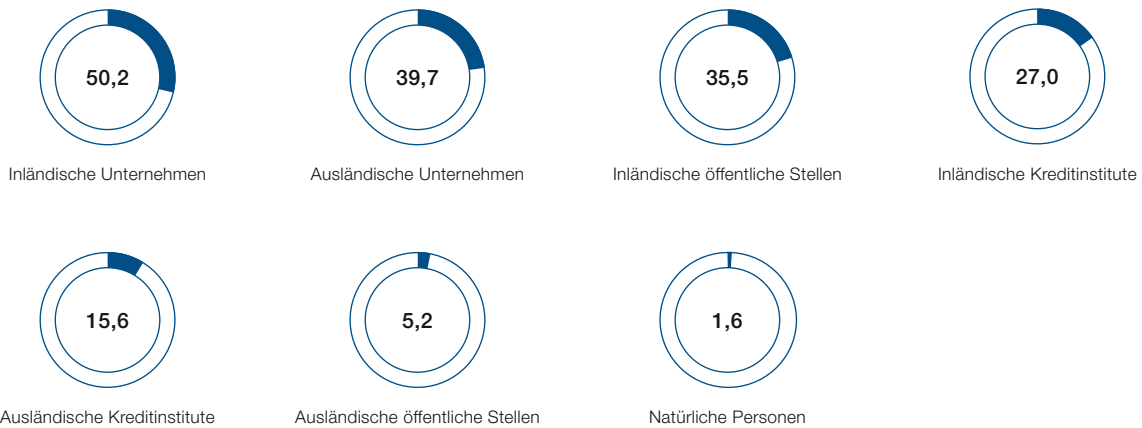
Ergänzend werden als indirekte wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien sowie Lastschriftreicher-Risiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2014, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 174,8 Mrd. € (2013: 172,3 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (Helaba-Einzelinstitut)

Grafik 1

in Mrd. €



Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktions-spezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde

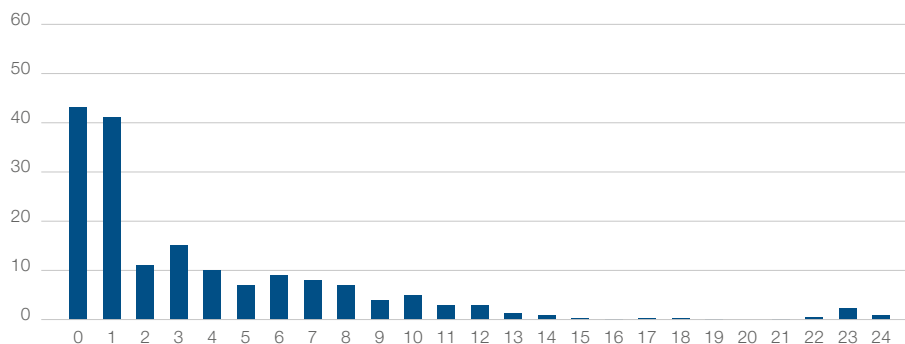
beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 174,8 Mrd. € (2013: 172,3 Mrd. €) nach dem Risiko-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen

Grafik 2

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des turnusmäßigen oder anlassbezogenen Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach CRR ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kredit-sicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutgruppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2014 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transfer-risikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz,

Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich vom Bereich Volkswirtschaft/Research ermittelt und vom Bereich Credit Risk Management final festgelegt. Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, von den für Auslandsgeschäfte zuständigen Geschäftseinheiten Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management einen abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandels-geschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen des Helaba-Einzelinstituts an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 41,1 Mrd. € (2013: 41,1 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (82,2 %) und Nordamerika (14,7 %). Sie sind per 31. Dezember 2014 zu 91,0 % (2013: 91,6 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 7,9 % (2013: 6,8 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,2 % (2013: 0,3 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten

Per 31. Dezember 2014 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 4,4 Mrd. € (2013: 5,2 Mrd. €). Es teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Land					
	Griechenland		Irland		Italien	
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014
Länderrating intern (LCR)	23	20	8	7	11	10
Länderrating extern (S&P/Moody's)	B-/Caa3	B/Caa1	BBB+/Ba1	A/Baa1	BBB/Baa2	BBB-/Baa2
Sektor						
Staat	0	0	0	0	260	70
Banken/sonstige Finanzunternehmen	3	1	15	2	886	680
Corporates	177	177	274	258	213	208
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	4	5	34	30
Direktes Bruttoexposure	180	178	294	265	1.393	988
Abzgl. Sicherheiten	-177	-177	-121	-122	-71	-76
Direktes Nettoexposure	3	1	173	144	1.322	912

in Mio. €

	Land			
	Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014
Länderrating intern (LCR)	14	13	11	10
Länderrating extern (S&P/Moody's)	BB/Ba3	BB/Ba1	BBB-/Baa3	BBB/Baa2
Sektor				
Staat	3	0	1.059	749
Banken/sonstige Finanzunternehmen	22	4	1.308	1.445
Corporates	34	19	1.256	1.193
Sonstige (inkl. nat. Personen)	4	3	111	103
Direktes Bruttoexposure	63	26	3.734	3.490
Abzgl. Sicherheiten	0	0	-67	-149
Direktes Nettoexposure	63	26	3.667	3.341

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Russische Föderation, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2014 insgesamt 0,5 Mrd. €, davon Russische Föderation und Slowakei jeweils 0,2 Mrd. € (2013: 0,4 Mrd. €, davon Russische Föderation 0,2 Mrd. €, Slowakei 0,1 Mrd. €). Gegenüber Kreditnehmern in der Ukraine bestand zum 31. Dezember 2014 kein Nettoexposure.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen wer-

den. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener Loss-Given-Defaults (LGD). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß CRR vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine differenziertere Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Im Basisszenario der Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Adressenausfallrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial von 750 Mio. € (2013: 806 Mio. €). Der Rückgang in 2014 ist im Wesentlichen die Folge methodischer Anpassungen bei einzelnen Portfolios.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach CRR der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios ist im Vergleich zum Jahresende 2013 nahezu unverändert. Im Basis-szenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Beteiligungsrisiken für den Konzern ein gegenüber dem Jahresende 2013 geringeres ökonomisches Risikopotenzial von 11 Mio. € (2013: 30 Mio. €). Das geringere Risikopotenzial ist unter anderem auf Rating-Verbesserungen und Veräußerungen von Beteiligungen zurückzuführen.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis der Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den zum Handelsbuch gehörenden Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Risikoausschuss über den Dispositions-ausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den

Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und der Gruppe sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller

Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresresultimo 2014 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche ratingabhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung eingesetzt. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 70 % (2013: 83 %) auf Positionen in Euro und 22 % (2013: 11 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, japanischen Yen und britischen Pfund. Das im Jahr 2013 eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 23 Mio. € (2013: 27 Mio. €). Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 192 Mio. € (2013: 171 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für die Gruppe ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 273 Mio. € (2013: 350 Mio. €). Der Rückgang hier und im linearen Zinsänderungsrisiko ist im Wesentlichen auf das gesunkene Euro-Zinsniveau zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

Grafik 3

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Gesamt	45	83	30	65	1	2	14	16
Handelsbuch	11	28	10	26	0	0	1	1
Bankbuch	36	66	22	48	1	2	13	15

Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere wird insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen eingesetzt. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht. Durch die vollständige Migration der Positionen aus der Übernahme der NRW-Verbundbank auf die Helaba-Systeme wurde die temporäre Verwendung der Risikomesssysteme der Portigon AG im zweiten Quartal 2014 wie geplant eingestellt.

Internes Modell gemäß Capital Requirements

Regulation (CRR)

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes internes Modell

gemäß CRR, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut) für das Geschäftsjahr 2014 dargestellt. Im Gesamtjahr 2014 betrug das durchschnittliche MaR 18 Mio. € (2013: 33 Mio. €), der maximale Wert 32 Mio. € (2013: 44 Mio. €) und der minimale Wert 11 Mio. € (2013: 26 Mio. €). Der Risikorückgang gegenüber 2013 ist im Wesentlichen auf das in 2014 weiterhin gesunkene Zinsniveau zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2014

Grafik 4



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden

Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch.

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2014

Grafik 5

ø MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Zinsänderungsrisiko	25	29	17	28	13	36	12	27	17	30
Währungsrisiko	0	1	0	2	0	1	0	0	0	1
Aktienrisiko	1	2	1	2	1	1	1	1	1	2
Gesamtrisiko	26	32	18	32	15	38	13	28	18	33

Anzahl der Handelstage: 249 (2013: 249)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2013: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2013: 0 Mio. €).

Backtesting

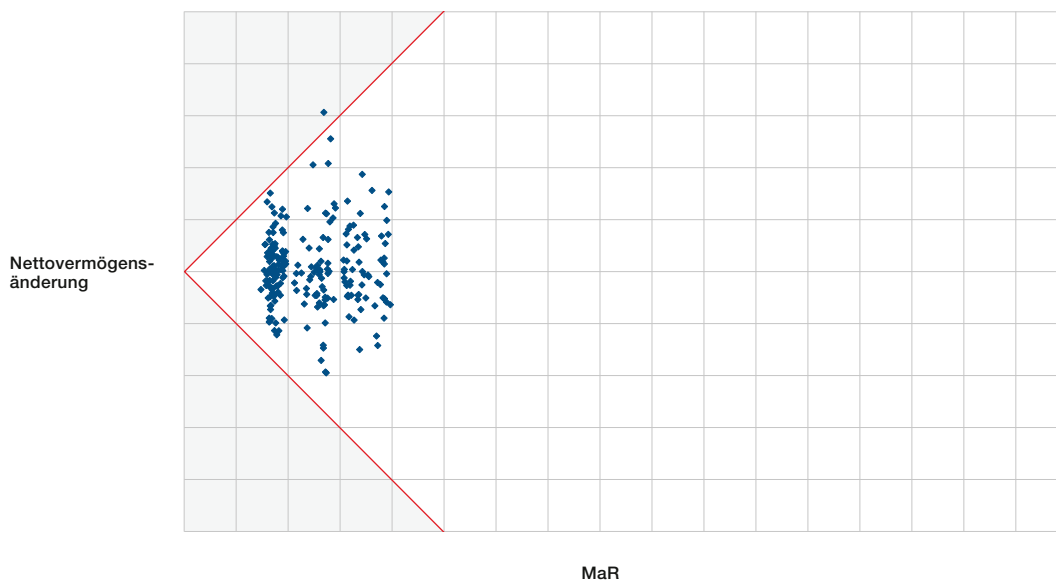
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Halte-dauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum

von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2014 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2013: keine negativen Ausreißer).

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2014

Grafik 6



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2014 keine negativen Ausreißer auf (2013: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2013: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Täglich erstellte Fristenablaufbilanzen, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist, ergänzen dabei die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikokennzahlen. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für die Helaba-Gruppe zum Jahresresultimo 2014 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 234 Mio. € führen (2013: 252 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 215 Mio. € (2013: 233 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2013: 19 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2014 jederzeit vollumfänglich gesichert.

In der Helaba-Gruppe existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Die Kostenverrechnung ist durch ein Liquiditätstransferpreissystem geregelt.

Der Bereich Risikocontrolling berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die mögliche

Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stress-tests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währung im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Die Helaba verfügt über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Rest-Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank von der Portigon AG serviert wurden, kam bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba im zweiten Quartal 2014 das Standardverfahren der Liquiditätsverordnung, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen hat die Helaba im Geschäftsjahr 2014 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 22 % (2013: 30 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 29 % (2013: 37 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2014 bei 34 % (2013: 41 %).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2014 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR fortgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (Liquidity Coverage Ratio – LCR – und Net Stable Funding Ratio – NSFR) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements. Die LCR lag für alle monatlichen Stichtage über der ab 1. Oktober 2015 aufsichtsrechtlich relevanten Mindestgröße von 60 %.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Darin sind auch die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform sowie das US-Public-Finance-Geschäft einbezogen. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,2 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Rückgang um 0,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2013) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba, das im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung umfasst. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 6,6 Mrd. € bei einem Limit von 12,5 Mrd. € (2013: 0,9 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Passivmittel sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge, werden sie temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenario-rechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2014 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit den Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als das „Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den regulatorischen Anforderungen verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Risikocontrolling angesiedelt.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch sind ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten und deren Steuerung auf Basis von Maßnahmen möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird. Die Quantifizierungsmethodik wurde 2014 deutlich ausgebaut. Sie basiert jetzt vollständig auf einem Modellierungsansatz, der interne und externe Schadensfälle sowie von den Geschäftseinheiten erstellte und vom Bereich Risikocontrolling plausibilisierte Risikoszenarien umfasst.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

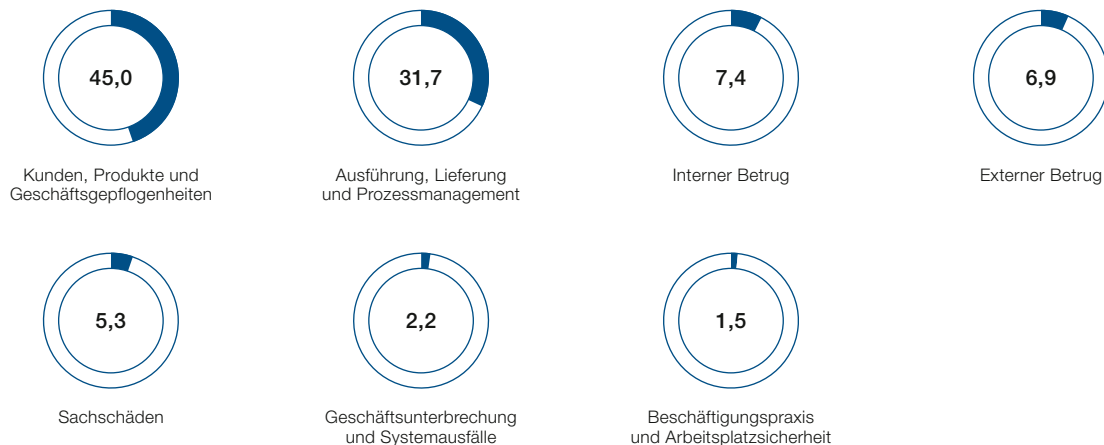
In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2014.

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2014 nach Verlustereignissen

Grafik 7

in %



Der erwartete Verlust per 31. Dezember 2014 betrug 36 Mio. € (2013: 28 Mio. €) und resultiert aus einer angepassten Risikobewertung.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde 2014 abgeschlossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus operationellen Risiken für den Konzern ein unerwarteter Verlust (ökonomisches Risikopotenzial) in Höhe von 97 Mio. € (2013: 138 Mio. €). Der Rückgang resultiert aus einer methodischen Anpassung des Quantifizierungsmodells.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Anforderungen. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen

Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Organisation und Informatik hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Informationssicherheit, IT-Risikomanagement und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der Informationssicherheit sind die Basis für ein angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Das Niveau sowie die Angemessenheit der Informationssicherheit werden im Rahmen eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) kontinuierlich überwacht und angepasst. Zusätzlich werden im Rahmen von Monitoring-Tätigkeiten wesentliche Systeme kontinuierlich überwacht. Auch werden wichtige Prozesse und Verfahren sowie wesentliche Auslagerungen im Rahmen von regelmäßigen Informationssicherheits-Audits überprüft.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende Informationssicherheits-Richtlinien (IS-Richtlinien) und Sicherheitskonzepte haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominimierung definiert und umgesetzt werden. Diese Dokumente werden kontinuierlich weiterentwickelt. Ferner erfolgt ein aktives Management der IT-Risiken (als Teil der operationellen Risiken). Die IT-Risiken, wie auch die zugehörigen Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen, werden periodisch

und anlassbezogen überprüft, überwacht, gesteuert und berichtet. Damit sind die drei Aspekte der Informationssicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Geschäftsfortführungspläne werden regelmäßig aktualisiert, weiterentwickelt und ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Hierdurch werden sowohl der Wiederanlauf und die Durchführung des angemessenen Notbetriebs als auch die Rückführung in den Normalbetrieb sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess der Helaba sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Einzelabschluss nach HGB erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise der Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusssausagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB-/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Der Regelungsumfang umfasst neben den Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen

mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Die Steuern der ausländischen Niederlassungen sowie der übrigen Einheiten im Konzern werden dezentral betreut. Wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse finden Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung zur zentralen Abschlusserstellung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Geschäftsrisiken

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Der Bereich Risikocontrolling analysiert die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2013 um 13 Mio. € auf 156 Mio. € erhöht.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt sowie Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit insbesondere bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten insbesondere in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – in den jeweiligen gruppenangehörigen Unternehmen durch die Geschäftsführung
- strategisch – durch die Aufsichtsgremien der gruppenangehörigen Unternehmen und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt und indirekt gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Risikocontrolling und Immobilienmanagement vorgenommen.

Zur Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation

und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Risiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Risikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus Bestandsimmobilien und aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen gruppenangehörigen Unternehmen dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2014 auf 31 Mio. € (2013: 19 Mio. €) im Wesentlichen aufgrund neuer Projektentwicklungen angestiegen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Jahr 2015 werden die maßgeblichen Impulse wie schon 2014 von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die bereits spürbar an Fahrt aufgenommen hat. Chinas Wachstumstrend schwächt sich weiter ab und in Russland sowie anderen ölexportierenden Ländern bleibt die Lage schwierig. Der Euroraum kann dank des schwachen Euro und

niedriger Energiepreise endlich etwas an Dynamik gewinnen. Mehr als eine moderate Besserung ist allerdings nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum wird in etwa wie im Vorjahr um 3 % liegen.

Deutschland dürfte 2015 im Vergleich zum Euroraum erneut überdurchschnittlich wachsen. Die Vorjahresrate von 1,6 %

dürfte annähernd wieder erreicht werden. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen allmählich an Schwung und die Bautätigkeit nimmt zu. Realeinkommen und Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel profitiert vom schwächeren Euro. Die staatlichen Haushalte sollten auch 2015 schwarze Zahlen schreiben, nachdem schon 2014 ein kleiner Budgetüberschuss erreicht wurde. Die Steuereinnahmen nehmen weiter zu. In der Eurozone bleiben die Wachstumsunterschiede groß. In Irland und in Spanien, Beispielen für eine gelungene Strukturpolitik, dürfte das Wirtschaftswachstum überdurchschnittlich zulegen. Frankreich und Italien dagegen haben spät und mit geringem Tempo mit Reformen begonnen. Beide Länder werden daher in diesem Jahr nur unterdurchschnittlich wachsen.

Das weiterhin moderate Wachstum bei sehr niedriger Inflation ermöglicht es vielen Notenbanken, die extrem expansive Geldpolitik fortzusetzen. Die US-Notenbank hat hingegen ihre Anleihekäufe bereits eingestellt und steuert auf eine erste Leitzinserhöhung Mitte 2015 zu. Die EZB startet im März erstmals ein umfangreiches Anleihekaufprogramm mit einem Volumen von mehr als einer Billion Euro bis voraussichtlich September 2016. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren nicht nur die Belastungen aus der Krise aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen, sondern auch ihre Ergebnisse kontinuierlich steigern. Auf der Grundlage der erzielten guten Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retailgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr steigern.

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings (Fitch), Standard & Poor's und Moody's Investors Service wird die Helaba bei langfristigen unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit

„A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F-1+“, „A-1“ und „P-1“ eingestuft. Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Aufgrund des anhaltenden Wettbewerbs- und Ertragsdrucks ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba ist aufgrund ihrer Trägerstruktur (88 % der Anteile werden von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten) und ihrer Zentralbankfunktion für 40 % der bundesdeutschen Sparkassen nachhaltig in der Sparkassenorganisation verankert. Hierdurch ergeben sich bei zukünftigen Veränderungen im Sektor zahlreiche strategische Chancen. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Das Immobiliengeschäft ist ein strategisches Kerngeschäftsfeld der Helaba. Entlang der Wertschöpfungskette werden fast alle Produkte und Dienstleistungen von der Strukturierung über die Finanzierung bis hin zum Portfoliomanagement angeboten. Langfristige Kundenbeziehungen sowie eine nachhaltige Geschäftspolitik in den gewählten in- und ausländischen Zielmärkten sind die Grundlage der positiven Entwicklung des Neugeschäfts der letzten Jahre. Auch in Phasen des zunehmenden Wettbewerbs- und Margendrucks sieht die Helaba gute Chancen, aufgrund ihrer langjährigen Verankerung in den Märkten und ihrer Produktexpertise, ihre Marktposition im Immobilienkreditgeschäft weiter zu stärken.

Exportorientierte Firmenkunden erwarten von ihrer Partnerbank Produktangebote zur Begleitung der Kunden im Ausland. Die institutionelle Verankerung in der Sparkassenorganisation und die erweiterte Kundenbasis ermöglichen es der Helaba, sich als führende Adresse in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Hierzu wurden verschiedene regionale Fokusregionen definiert. Die Eröffnung einer neuen Repräsentanz in Singapur ist für das erste Halbjahr 2015 geplant.

Gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen ist die Helaba der zweitgrößte Zahlungsverkehrs-Clearer in Deutschland. Auch im Kartengeschäft nimmt die Bank eine führende Rolle im Geschäft mit Sparkassen, Handelskunden und Netzbetreibern ein. Diese Marktposition ermöglicht es der Helaba, die erforderlichen Weichenstellungen für die Zukunft mitzugestalten. Im neuen, stark wachsenden Geschäftsfeld E- und M-Commerce ist die Helaba eingebettet in der Gesamtstrategie der Sparkassen-Finanzgruppe und arbeitet an Projekten zu Bezahlverfahren im Internet und Sparkassen-S-Wallet mit. Speziell bei geplanten Mehrwertdiensten und möglichen Absatzfinanzierungen sieht die Helaba gute Chancen, sich neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Insgesamt ist die Helaba mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft zur Stärkung der Kapitalbasis und die Mehrung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Sie sind ausgerichtet an den Zielen

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und britisches Pfund,
- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung,
- eines moderaten geschäftsbedingten Anstiegs der Risikoaktiva, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Ziel-Kapitalquoten.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Mit der starken regionalen Verankerung des Geschäftsmodells bilden die volkswirtschaftlichen Prognosen für Deutschland

und Westeuropa die maßgeblichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung in 2015. Gleichwohl ist das stark kundenorientierte Geschäftsmodell die Grundlage, auch bei niedrigem Zinsniveau und volatilen Wechselkursen stabile operative Erträge zu erzielen.

Im inländischen Immobilienkreditgeschäft erwartet die Helaba auch in 2015 ein stabiles Marktumfeld, begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf stabile und umsatzstarke Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 mit 7,5 Mrd. € um rund 20 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Dieses Neugeschäft führt unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen zu einer leichten Erhöhung der Kundenforderungen, so dass die Erträge um 2 % höher erwartet werden.

Im Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belebung für 2015 mit einer weiterhin verhaltenen Kreditnachfrage bei einer hohen Wettbewerbsintensität gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 daher mit 3,9 Mrd. € um rund 14 % unter dem Niveau des Vorjahrs geplant. Unter Berücksichtigung der erwarteten Tilgungen wird eine leichte Erhöhung der Kundenforderungen erwartet. Aus diesem Bestandsaufbau und der Intensivierung des Außenhandelsgeschäfts mit Firmenkunden werden die Erträge um 4 % steigen.

Das inländische Kommunalkreditgeschäft wird auch in 2015 durch die Diskussion über die Verschuldung öffentlicher Haushalte geprägt. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2015 mit 1,0 Mrd. € auf dem Niveau des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird in 2015 weiterhin nur selektiv betrieben. Das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2015 mit 0,3 Mrd. € geplant. Bei hohen Fälligkeiten wird für 2015 ein Rückgang der Forderungen erwartet. Die Erträge entwickeln sich aufgrund steigender Durchschnittsmargen seitwärts.

In 2015 wird mit einer weiteren Normalisierung des Ergebnisses im Kapitalmarktgeschäft in Verbindung mit einem Rückgang der Handelsaktiva gerechnet. Trotz des niedrigen Zinsumfelds soll das Ergebnis durch die weitere Ausweitung der kundengetriebenen Kapitalmarktaktivitäten getragen werden. Dabei sollen in allen Kundensegmenten Marktanteile gewonnen werden. Gleichzeitig wird das Primärmarktgeschäft als wesentlicher Treiber weiter gestärkt.

In der Sparte Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Kerngeschäftsbereich Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzepts kontinuierlich fortgesetzt. Die Zusammenarbeit in der Region Nordrhein-Westfalen, aber auch überregional, wird durch die kontinuierliche Verbesse-

rung im Produktangebot sowie über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter intensiviert. Für 2015 wird der Ausbau des Angebots im Auslandsgeschäft für die Sparkassen fortgesetzt. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Auf dieser Basis wird im Verbundgeschäft auch in 2015 insgesamt ein Anstieg der Erträge um mehr als 10 % erwartet.

Im Bereich Cash Management werden die aufgrund des niedrigen Zinsniveaus geringen Zinserträge bereits weitgehend durch höhere Provisionen kompensiert. Durch den Ausbau der Marktposition wird in 2015 ein Anstieg der Erträge um rund 12 % erwartet.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Entwicklung in 2015 wird durch den weiteren Ausbau des Fördergeschäfts und die neue EU-Förderperiode, insbesondere im Hinblick auf die systemtechnischen Umstellungen, geprägt sein. Für das Neugeschäft im Jahr 2015 wird von einer Größenordnung von 1,5 Mrd. € an Krediten nach 1,4 Mrd. € im Jahr 2014 und einem konstanten Niveau von 0,7 Mrd. € an Treuhandzuschüssen ausgegangen. Die Erträge werden in 2015 voraussichtlich durch das steigende Geschäftsvolumen leicht zunehmen, jedoch werden ihnen auch höhere Verwaltungsaufwendungen gegenüberstehen. Insgesamt ist von einem moderaten Anstieg des Gesamtergebnisses der WIBank auszugehen.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wird in 2015 mit 15,0 Mrd. € um rund 13 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Unter Einrechnung der erwarteten Fälligkeiten und eines seitwärts verlaufenden Neugeschäfts im kurzfristigen Laufzeitbereich wird für 2015 mit einem Anstieg der Kundenforderungen um rund 3 % gerechnet. Bei seitwärts geplanten Zinserträgen aus Beteiligungen und weiteren Ergebniskomponenten führt dies zu einem leichten Anstieg des Zinsüberschusses.

Der Provisionsüberschuss wird durch den kontinuierlichen Ausbau des Kundengeschäfts im Cash Management sowie in der Verbundbank um rund 15 % höher geplant.

Das Nettoergebnis des Handelsbestands wird auch in 2015 wesentlich durch das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft geprägt. Mit weiter zusammenlaufenden Credit Spreads sowie belastenden Bewertungsabschlägen bei den Derivaten durch das niedrige Zinsniveau wird für 2015 nicht gerechnet. Insgesamt steigt das Nettoergebnis des Handelsbestands gegenüber dem Vorjahr um 8 %.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis werden die operativen Gebäudeerträge und Aufwendungen in Höhe des Vorjahrs geplant. Da auch in 2015 durch ein Absinken des Bewertungszinses mit überdurchschnittlichen Aufwendungen für die Aufzinsung der Pensionsrückstellungen gerechnet wird, wird das sonstige betriebliche Ergebnis weiterhin deutlich negativ erwartet. Rückstellungen für das Restrukturierungsprojekt Helaba-PRO und andere Sachverhalte werden für 2015 nur in einer Höhe von rund 5 Mio. €, und damit deutlich unter dem Vorjahreswert, geplant.

Der Personalbestand wird in 2015 weitgehend konstant geplant. Einem selektiven Aufbau an ausgewählten Stellen stehen erste Abbaumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms gegenüber. Wesentliche Effekte aus diesem Programm werden erst ab 2016 erwartet. Der Personalaufwand steigt in 2015 aufgrund der Tarifsteigerung um rund 2 %.

Der geplante Sachaufwand im Jahr 2015 reduziert sich gegenüber 2014 deutlich um 44 Mio. €. Dabei werden sich auch in 2015 anhaltend hohe Projektkosten zur Sicherstellung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und Bankstrukturkosten im Sachaufwand niederschlagen. Dazu gehören auch steigende Umlagen und die Berücksichtigung einer höheren Bankabgabe. Gegenläufig wirkt sich der Wegfall der Serviciergebühr für das bis zum 30. Juni 2014 auf der IT-Plattform der Portigon betriebene Verbundbank-Geschäft aus.

Die Cost-Income-Ratio wird für 2015 rückläufig, bei unter 60 %, erwartet.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2015 wie auch in 2014 durch die Entwicklung in einigen Marktsegmenten beziehungsweise Einzelengagements geprägt (Schifffahrt, regenerative Energie, Immobilien). Für 2015 wird vor diesem Hintergrund eine Risikovorsorge im Kreditgeschäft auf dem Niveau des Jahres 2014 erwartet. In 2015 werden keine systematischen Ergebnisbeiträge aus dem Verkauf von Wertpapieren geplant.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2015 mit einem Ergebnis vor Steuern deutlich über dem Niveau des Vorjahrs.

Für 2016 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kunden erträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mittelfristig mit einem Anstieg des Ergebnisniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus der anhaltend hohen Verschuldung nationaler und internationaler Gebietskörperschaften. Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Die Bank

geht von einer anhaltenden Niedrigzinsphase und einem schwachen Euro aus. Risiken bestehen dann, wenn sich das Zinsniveau oder der Außenwert des Euro noch deutlicher in den Negativbereich bewegen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der steigenden Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar. Ein Risiko besteht insbesondere dann, wenn durch die Konkretisierung der verschiedenen aufsichtsrechtlichen Maßnahmen die Kosten über die in der Planung erwartete Höhe steigen.

Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Helaba das Ergebnis vor Steuern um 12 Mio. € beziehungsweise 3,3 % auf nunmehr 373 Mio. € steigern. Maßgeblich für diese Ergebnisentwicklung waren Zuwächse im Provisionsüberschuss und die Rückgänge in der Risikovorsorge und – nach Abschluss der Integration der

NRW-Verbundbank – im Verwaltungsaufwand, die die marktbedingte Reduktion des Nettoertrags des Handelsbestands mehr als kompensieren konnten.

Trotz der Vielzahl an regulatorischen Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbands ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Verbund- und Kundengeschäfts sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die Absicherung der nachhaltigen Ertragskraft und die Stabilisierung des Unternehmenswerts bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2014

Aktivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Barreserve					
a) Kassenbestand			6.935		8.025
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			699.093		1.421.549
				706.028	1.429.574
Darunter: Bei der Deutschen Bundesbank	196.198				(313.963)
Forderungen an Kreditinstitute (2), (32), (43)					
a) Hypothekendarlehen			–		2.064
b) Kommunalkredite			12.080.513		13.610.117
c) Andere Forderungen			4.283.604		9.318.727
				16.364.117	22.930.908
Darunter:					
Täglich fällig	1.170.835				6.372.027
Gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
Darunter: Baudarlehen der Bausparkasse:					
Bauspardarlehen	–				–
Forderungen an Kunden (3), (32), (43)				80.801.893	80.795.564
a) Hypothekendarlehen			16.885.466		14.937.628
b) Kommunalkredite			24.149.672		25.416.404
c) Andere Forderungen			38.917.677		39.569.921
Darunter: Gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
d) Baudarlehen der Bausparkasse					
da) Aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		306.388			368.671
db) Zur Vor- und Zwischenfinanzierung		537.977			497.979
dc) Sonstige		4.713			4.962
			849.078		871.611
Darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	530.250				(554.863)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (4)					
a) Geldmarktpapiere					
aa) Von öffentlichen Emittenten			–		–
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
ab) Von anderen Emittenten		691.204	691.204		–
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) Von öffentlichen Emittenten		5.723.435			6.003.695
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.557.246				(5.917.174)
bb) Von anderen Emittenten		10.728.800			9.067.971
			16.452.235		15.071.666
Darunter:					
Beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	8.856.517				(8.474.170)
c) Eigene Schuldverschreibungen			–		–
				17.143.439	15.071.666
Nennbetrag	–				–
Übertrag:				115.015.477	120.227.712

Passivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (15), (18), (43)					
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			10.775		37.477
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			1.156.539		1.213.045
c) Andere Verbindlichkeiten			36.389.724		34.862.157
Darunter: Täglich fällig	6.181.832				(7.975.220)
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				
Öffentliche Namenspfandbriefe	–				
d) Bauspareinlagen			28.078		23.261
Darunter: Auf zugeteilte Verträge	5.172			37.585.116	36.135.940
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (19), (43)					
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			2.051.360		2.127.400
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe			5.135.399		5.476.522
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen					
ca) Bauspareinlagen		4.098.182			3.837.737
Darunter:					
Auf gekündigte Verträge	38.090				(30.582)
Auf zugeteilte Verträge	78.674				(76.735)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			–		–
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			0		0
d) Andere Verbindlichkeiten			4.098.182		3.837.737
Darunter: Täglich fällig	7.518.209		17.208.224		16.307.207
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				(6.435.205)
Öffentliche Namenspfandbriefe	–				
Verbriefte Verbindlichkeiten (20), (31)					
a) Begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe		4.110.577			3.389.409
ab) Öffentliche Pfandbriefe		14.578.500			11.850.517
ac) Sonstige Schuldverschreibungen		26.885.051			31.989.129
b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten			45.574.127		47.229.056
Darunter: Geldmarktpapiere	2.255.508		2.255.508		1.389.012
Handelsbestand (21), (34), (43)				47.829.635	48.618.068
Treuhandverbindlichkeiten (22)				20.240.860	33.819.529
Darunter: Treuhandkredite	602.290			877.475	884.795
Sonstige Verbindlichkeiten (23)				1.718.656	671.602
Übertrag:				136.744.907	147.878.800

Aktivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Übertrag:				115.015.477	120.227.712
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (5)				2.432.014	2.351.893
Handelsbestand (6), (14), (34), (43)				28.319.624	33.342.342
Beteiligungen (7), (17), (43)				92.485	237.878
Darunter:					
An Kreditinstituten	49.967				(55.019)
An Finanzdienstleistungsinstituten	16.215				(16.215)
Anteile an verbundenen Unternehmen (8), (17), (43)				1.788.291	1.872.572
Darunter:					
An Kreditinstituten	855.465				(836.312)
An Finanzdienstleistungsinstituten	-				-
Treuhandvermögen (9)				877.475	884.795
Darunter: Treuhandkredite	602.290				(608.120)
Immaterielle Anlagewerte (10), (17)					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			26.365		29.265
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			3.436		171
				29.801	29.436
Sachanlagen (11), (17)				55.233	60.073
Sonstige Vermögensgegenstände (12)				1.324.582	1.433.770
Rechnungsabgrenzungsposten (13)					
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			1.010.097		1.353.726
b) Andere			28.191		29.212
				1.038.288	1.382.938
Summe der Aktiva				150.973.270	161.823.409

Passivseite

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Übertrag:				136.744.907	147.878.800
Rechnungsabgrenzungsposten (24)					
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			1.071.657		1.476.756
b) Andere			189.400		154.887
				1.261.056	1.631.644
Rückstellungen (25)					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			780.589		693.690
b) Steuerrückstellungen			103.435		65.572
c) Andere Rückstellungen			376.012		328.020
				1.260.036	1.087.282
Fonds zur bauspartechischen Absicherung				9.020	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten (26)				3.618.829	3.082.009
Genusssrechtskapital (28)				678.000	708.804
Darunter: Vor Ablauf von zwei Jahren fällig		-			(30.804)
Fonds für allgemeine Bankrisiken (28)				593.925	593.925
Davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	119.000				(119.000)
Eigenkapital (28)					
a) Gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital		588.889			588.889
ab) Kapitaleinlage		1.920.000			1.920.000
ac) Einlagen stiller Gesellschafter		953.337			1.053.337
			3.462.226		3.562.226
b) Kapitalrücklage			1.546.412		1.546.412
c) Gewinnrücklagen			1.688.859		1.623.287
d) Bilanzgewinn			110.000		100.000
				6.807.497	6.831.925
Summe der Passiva				150.973.270	161.823.409
Eventualverbindlichkeiten (29)					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				5.656.220	5.382.105
Andere Verpflichtungen (30)					
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			2.102.871		1.909.621
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			16.789.051		14.095.588
				18.891.922	16.005.209

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Zinserträge aus (36)					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.176.273			3.229.521
Darunter: Zinserträge der Bausparkasse:					
aa) Aus Bauspardarlehen	14.326				(17.984)
ab) Aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	19.403				(19.579)
ac) Aus sonstigen Baudarlehen	176				(218)
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		234.176			253.729
			3.410.449		3.483.250
Zinsaufwendungen			2.530.251		2.569.341
Darunter: Für Bauspareinlagen	76.802				(75.244)
				880.198	913.909
Laufende Erträge aus (36)					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			52.945		26.347
b) Beteiligungen			2.938		20.412
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			50.345		76.374
				106.228	123.133
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				82.594	64.810
Provisionserträge (36), (37)			230.741		218.438
Darunter: Provisionserträge der Bausparkasse:					
a) Aus Vertragsabschluss und -vermittlung	23.592				(22.591)
b) Aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	384				(1.714)
c) Aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	8				(2)
Provisionsaufwendungen			64.666		63.810
Darunter: Für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse	32.829				(31.038)
				166.075	154.628
Nettoertrag des Handelsbestands (36)				161.133	303.035
Sonstige betriebliche Erträge (36), (38)				85.293	92.051
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		303.778			295.336
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		63.786			70.460
Darunter: Für Altersversorgung	17.796		367.564		365.796
b) Andere Verwaltungsaufwendungen			464.424		515.487
				831.988	881.283
Übertrag:				2.313.509	2.532.849

in Tsd. €

Siehe Anhang Ziffer				2014	2013
Übertrag:				2.313.509	2.532.849
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				18.627	30.447
Sonstige betriebliche Aufwendungen (38)				210.662	119.012
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (39)				101.455	301.535
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				–	–
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				–	1.873
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				3.277	–
Aufwendungen aus Verlustübernahme				4	6.851
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				–	50.000
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				322.062	260.565
Außerordentliche Erträge			–		–
Außerordentliche Aufwendungen			13.236		13.429
Außerordentliches Ergebnis (40)				13.236	13.429
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (41)			131.838		100.732
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen			1.416		1.210
				133.254	101.942
Jahresüberschuss				175.572	145.194
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				0	17
Einstellung in Gewinnrücklagen				65.572	45.211
Bilanzgewinn				110.000	100.000

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale,

Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2014

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Anstalt des öffentlichen Rechts, Frankfurt am Main, wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) aufgestellt.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) enthalten.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet.

Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 werden grundsätzlich die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss des Vorjahrs angewendet. Änderungen werden jeweils nachfolgend erläutert, sollten sich diese ergeben haben.

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Außerhalb des Handelsbestands und außerhalb der Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Negative Zinsen (Zinserträge aus Verbindlichkeiten oder Zinsaufwendungen aus Krediten und Forderungen) werden im Zinsaufwand beziehungsweise Zinsertrag ausgewiesen, da negative Zinsen die Kosten für die Geldaufnahme beziehungsweise den Ertrag aus den Geldanlagen reduzieren. Die Bank hat einen Betrag in Höhe von 1 Mio. € vereinnahmt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB – Pauschalwertberichtigungen, länderrisiko-spezifische Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Wertpapiere

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind – mit Ausnahme von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB sowie des Anlagevermögens – nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestands zum Bilanzierungstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Das Anlagevermögen umfasst Restbestände von Wertpapieren, die im Jahr 2008 umgewidmet wurden, die im Jahr 2010 von der Tochtergesellschaft Helaba Dublin übernommen wurden sowie Wertpapierbestände, die durch die Übernahme der Verbundbank der ehemaligen WestLB zugegangen sind. Das Anlagevermögen enthält auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen nach § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen nach § 1 KAGB.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwerts, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Handelsbestand

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die institutsinternen festge-

legten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand haben sich im Geschäftsjahr nicht geändert. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftszugeordnet. Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoaufschlags für Handelspassiva bewertet. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme, als Basis für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads beeinflusst. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände. Die Methodik zur Ermittlung des Risikoabschlags orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie an den Vorgaben des Art. 365 Capital Requirements Regulation (CRR). Der Risikoabschlag wird dabei in Form eines Money-at-Risk (MaR) mit einem Konfidenzniveau von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr errechnet. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen.

Fremde Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von OTC-Derivaten werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das eigene Bonitätsrisiko findet durch die Bildung eines Debit Valuation Adjustments (DVA) Berücksichtigung. CVA und DVA werden an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gestellten beziehungsweise erhaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands erreicht oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands vorgenommen wird. Die Zuführung erfolgt zulasten der Nettoerträge des Handelsbestands. Die Bank hat im Berichtsjahr keine Zuführung vorgenommen.

Die Bank hat in diesem Geschäftsjahr erstmals Derivate des aktiven und passiven Handelsbestands, die unter Rahmenverträgen je Kontrahent mit einem Credit Support Annex und

täglicher Besicherungsermittlung abgeschlossen wurden, gegeneinander verrechnet. Hierbei wurden die Buchwerte der Derivate und die Sicherheitsleistung je Kontrahent in der Verrechnung berücksichtigt. Die Verrechnung umfasst auch Derivate und Sicherheitsleistungen, die über einen zentralen Kontrahenten abgeschlossen wurden.

Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte

Gegenstände des Sachanlagevermögens und immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen hat die Bank verzichtet.

Rückstellungen

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrags der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Bei der Ermittlung der Veränderung durch Aufzinsung wird unterstellt, dass eine Veränderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Effekte aus der Aufzinsung werden im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2014	31.12.2013
Zinssatz	4,54 %	4,90 %
Gehaltstrend	2,25 %	2,25 %
Rententrend	1,0–2,25 %	1,0–2,25 %
Fluktuationsrate	3,0 %	3,0 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögensgegenstände (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen

(Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 S. 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögensgegenstände und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus der Annäherung an den Erfüllungszeitpunkt und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Ermittlung von Zeitwerten

Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise. Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle zu berücksichtigenden Daten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und aus externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten, zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet. In den Fällen, bei denen nicht alle zu berücksichtigenden Parameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Spread-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht deri-

vativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden sogenannte Arranger-Preise herangezogen. Die Bewertung von nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Parametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen.

Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte erfolgt gemäß den Grundsätzen in den §§ 256a HGB und 340h HGB und sie werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften des Handelsbestands erfolgt eine Abgrenzung der Swap-Stellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Derivate

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swap-Vereinbarungen) werden bei Geschäftsabschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Derivate außerhalb des Handelsbestands und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestands werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko nach den Grundsätzen des IDW BFA 3 eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätisch bewertet, sondern in einem Refinanzierungsverbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war – unter Anwendung einer periodischen (GuV-orientierten) Betrachtungsweise – im Berichtsjahr nicht gegeben.

Laufende Erträge aus Swap-Geschäften des Nichthandelsbestands werden zeitanteilig abgegrenzt und die Abgrenzung unter den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Bewertungseinheiten

Die Helaba hat im Bankbuch Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zinsswaps zusammensetzen („Asset Swaps“). Die Bewertungseinheiten bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikro-Bewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt überwiegend unter Verwendung der Regressionsanalyse, in Einzelfällen kommt die Critical-Term-Match-Methode zur Anwendung. Die gegenläufigen Wert- und Zahlungsstromänderungen haben sich am Bilanzstichtag weitestgehend ausgeglichen und werden sich voraussichtlich auch weiterhin

ausgleichen. Bis zum vorgesehenen Ende der Bewertungseinheiten (Zeitpunkt der Fälligkeit von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument) werden sich die Wertänderungen aus den abgesicherten Risiken vollständig ausgleichen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus temporären Differenzen aus steuerlich nicht nachvollzogenen Risikovorsorgen, Pensionsrückstellungen, aus Anteilen an Spezialfonds sowie aus Abgrenzungsposten und sonstigen Rückstellungen. Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze herangezogen. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 452 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,7%. Latente Steuern in den ausländischen Berichtseinheiten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet.

(2) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	10.077	11.106
Forderungen an verbundene Unternehmen	6.174	6.138
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23	4
Der Unterposten – Andere Forderungen – enthält:		
Nachrangige Forderungen	50	50
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1
Täglich fällig	1.171	6.372
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	9.205	8.835
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.868	1.034
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.904	4.995
Mehr als fünf Jahre	1.217	1.695
Als Deckung verwendet	2.453	3.499

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang des Ausweises von hinterlegten Sicherheitsleistungen um 5,3 Mrd. €, die im Zuge der Saldierung von Derivatepositionen aufgerechnet wurden.

(3) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	784	1.208
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.233	1.051
Nachrangige Forderungen	647	610
Davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17	20
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	4.584	6.114
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	9.428	10.319
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	36.404	34.749
Mehr als fünf Jahre	26.838	26.291
Mit unbestimmter Laufzeit	3.547	3.323
Als Deckung verwendet	19.002	19.551

(4) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Verbriefte Forderungen:		
An verbundene Unternehmen	–	–
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	683	687
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	14.900	14.794
Nicht börsennotiert	839	334
Restlaufzeiten:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	3.653	3.381
Nachrangige Vermögensgegenstände	27	72
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	2.250	–
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	148	299
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	151	292
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	1	11

Die Bank schätzt die Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand als nicht dauerhaft ein und rechnet daher mit einer vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit.

(5) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind:		
Börsennotiert	0	0
Nicht börsennotiert	25	43

Der Posten beinhaltet Anteile an acht ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds beziehungsweise reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 2,3 Mrd. €. Im Rahmen der langfristigen Inves-

titionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere. Weitere Anteile entfallen auf 19,68 % eines Publikumsfonds (Buchwert 10,8 Mio. €) mit einer weltweit und an Aktienmärkten orientierten Anlage-

strategie. Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen in 2014 betragen insgesamt 45 Mio. €.

Entsprechend § 17 RechKredV in Verbindung mit der Definition von Investmentvermögen gemäß § 1 KAGB enthält dieser Posten auch Anteile an inländischen geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften und vergleichbaren ausländischen Strukturen in Höhe von 104,0 Mio. €. Im Vorjahr entfielen auf solche Investmentvermögen 144,5 Mio. € und wurden im Posten Beteiligungen ausgewiesen.

(6) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Derivative Finanzinstrumente	9.248	8.534
Forderungen	1.964	3.270
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.968	21.347
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	140	191
Nachrangige Vermögensgegenstände	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-

Der Rückgang des Handelsbestands (aktiv) resultiert im Wesentlichen aus dem planmäßigen Abbau des Bestands an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Daneben ist eine Saldierung von Derivaten des

Handelsbestands (passiv) sowie zugehöriger Sicherheitsleistungen berücksichtigt, die zu einer Verrechnung in Höhe von 4,7 Mrd. € führt.

(7) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	19	19
Börsennotiert	-	-

(8) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Von den Wertpapieren sind:		
Börsenfähig	104	111
Börsennotiert	-	-

(9) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Kreditinstitute	136	89
Forderungen an Kunden	466	519
Beteiligungen	61	63
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	-	203
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	203	-
Sonstige Vermögensgegenstände	11	11

(10) Immaterielle Anlagewerte

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Erworbene standardisierte Software	26	30

(11) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	13	17
Betriebs- und Geschäftsausstattung	35	37

(12) Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Wesentliche Posten sind:		
Zinsforderungen aus Swap-Vereinbarungen	744	835
Sonstige	581	599

(13) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		
In diesem Posten sind enthalten:		
Agien aus Forderungen	334	394
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	676	960

(14) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestands	945	300
In Pension gegebene Vermögensgegenstände der Liquiditätsreserve	503	35

(15) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.333 ¹⁾	4.092 ¹⁾
Handelsspassiva	7.676 ¹⁾	4.322 ¹⁾

¹⁾ Einschließlich 1.479 Mio. € (2013: 18 Mio. €) entliehener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(16) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
	27.245	23.175

(17) Anlagenspiegel

in Mio. €

Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten 1.1.2014	124	148	299	286	1.950	2.807
Zugänge	12	5	–	8	20	45
Abgänge	1	10	151	73	110	345
Wechselkursveränderungen	1	2	–	6	6	15
Umgliederung			104	–104		
Kumulierte Abschreibungen	107	89	–	30	78	304
Bilanzwert am 31.12.2014	29	56	252	93	1.788	2.218
Bilanzwert Vorjahr	29	60	299	238	1.873	2.499
Abschreibungen 2014	11	7	–	–	–	18

(18) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	10.741	10.070
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.600	4.280
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	9
Täglich fällig	6.182	7.975
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	3.185	1.771
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.693	2.150
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.144	13.568
Mehr als fünf Jahre	10.354	10.648

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	365	889
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	48	36
Täglich fällig	7.518	6.435
Restlaufzeiten:		
Bis drei Monate	1.713	1.266
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.909	1.034
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.392	4.678
Mehr als fünf Jahre	8.863	10.497

(20) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Restlaufzeiten des Unterpostens – Begebene Schuldverschreibungen:		
Im Folgejahr fällig werdende Beträge	14.290	9.011
Restlaufzeiten des Unterpostens – Andere verbrieftete Verbindlichkeiten:		
Bis drei Monate	1.592	1.124
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	663	265
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
Mehr als fünf Jahre	–	–

(21) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Derivative Finanzinstrumente	3.728	9.570
Verbindlichkeiten	16.501	24.222
Risikoaufschlag	12	28

Der Rückgang des Handelsbestands (passiv) resultiert im Wesentlichen aus dem Verrechnungseffekt von Derivaten des Handelsbestands mit Derivaten des Handelsbestands (aktiv)

und mit hinterlegten Sicherheitsleistungen. Der Verrechnungseffekt in diesem Posten beträgt im Geschäftsjahr insgesamt 10,2 Mrd. €.

(22) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	803	808
Sonstige Verbindlichkeiten	72	74

(23) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swap-Vereinbarungen des Nichthandelsbestands	378	464
Zinsen für Genussrechte und stille Einlagen	101	101
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	1.163	9
Erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestands	6	6

(24) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	31.12.2014	31.12.2013
Der Posten enthält im Wesentlichen:		
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	507	627
Agien aus Verbindlichkeiten	565	850

(25) Rückstellungen

Aufgrund der Anwendung von Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 132 Mio. € (2013: 145 Mio. €).

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 25 Mio. € (2013: 24 Mio. €), der beizulegende Zeitwert 28 Mio. € (2013: 25 Mio. €). Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 31 Mio. € (2013: 29 Mio. €). In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögens-

gegenständen in Höhe von 2,4 Mio. € (2013: 1,5 Mio. €) mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 3,1 Mio. € (2013: 1,4 Mio. €) verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte und für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Rückstellungen für Prozessrisiken werden gebildet, wenn eine Inanspruchnahme wahrscheinlich ist. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(26) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio.	Währung	Aktueller Zinssatz %	Fällig in	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
500	EUR	5,50	2015	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die anrechenbaren Eigenmittel. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 27 Mio. € (2013: 19 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 121 Mio. € (2013: 88 Mio. €).

(27) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
	14.868	8.980

(28) Eigene Mittel

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gezeichnetes Kapital	3.462	3.562
a) Stammkapital	589	589
b) Kapitaleinlage	1.920	1.920
c) Einlagen stiller Gesellschafter	953	1.053
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	1.689	1.623
Einschließlich des Genussrechtskapitals, des Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	678 594 3.619	709 594 3.082
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	11.588	11.117

Der auf den Sonderposten nach § 340e HGB entfallende und damit einer faktischen Ausschüttungssperre unterliegende Anteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 119 Mio. €.

(29) Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Kreditbürgschaften	2.389	2.419
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen	3.267	2.963

Die Helaba schätzt das Risiko, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und mit Inanspruchnahmen zu rechnen ist, als gering ein. Avalkredite unterliegen dem Risikovorsorgeprozess der Bank. In einzelnen Fällen, in denen

ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, hat die Helaba entsprechende Rückstellungen gebildet.

(30) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
In diesem Posten sind enthalten:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.103	1.910
Unwiderruffliche Kreditzusagen für Buchkredite	16.789	14.096

Aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen geht die Helaba davon aus, dass die Kreditnehmer ihren Verpflichtungen nachkommen und somit nicht mit Inanspruchnahmen zu rechnen

ist. In einzelnen Fällen, in denen ein Verlust aus der zu erwartenden Inanspruchnahme wahrscheinlich ist, wurden Rückstellungen gebildet.

(31) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Hypothekendarfandbriefe				
Deckungsmasse	9.874	9.179	10.572	9.730
Pfandbriefumlauf	5.867	5.493	6.309	5.815
Überdeckung	4.007	3.686	4.263	3.915
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	4.183	3.809
Öffentliche Pfandbriefe				
Deckungsmasse	24.568	24.996	27.332	26.848
Pfandbriefumlauf	21.365	18.821	23.747	20.424
Überdeckung	3.202	6.175	3.585	6.424
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	-	-	3.497	6.094

Zum Geschäftsjahresende befindet sich kein Derivat in Deckung. Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation

von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen; die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekendarfandbriefe				
Bis 1 Jahr	2.585	2.421	111	1.481
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	1.210	1.698	365	111
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.706	1.296	2.222	365
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.499	1.612	1.396	1.560
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.056	654	1.014	396
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	1.753	1.444	339	1.105
Über 10 Jahre	66	54	421	475
Öffentliche Pfandbriefe				
Bis 1 Jahr	6.085	4.057	2.375	1.853
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	2.996	5.353	4.130	2.373
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.114	2.621	2.985	4.127
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	2.469	1.960	2.077	1.982
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.647	2.233	3.181	2.075
Mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	5.952	5.784	3.777	3.770
Über 10 Jahre	3.306	2.988	2.841	2.641

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2014	31.12.2013
Hypothekendarfandbriefe		
Deckungsmasse	9.874	9.179
Davon: Weitere Deckung	190	534
Öffentliche Darfandbriefe		
Deckungsmasse	24.568	24.996
Davon: Weitere Deckung	174	127

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarfandbriefe nach Nutzungsart

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gewerblich	8.120	7.001
Wohnwirtschaftlich	1.564	1.643
Weitere Deckung	190	534

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarfandbriefe nach Nutzungsart und Land

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

Land	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze und Rohbauten		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	45	53	57	68	1.462	1.522	0	0	1.564	1.643

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze/Rohbauten		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	3.022	2.923	2.858	2.436	195	201	255	275	7	13	6.337	5.848
Belgien	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-
Frankreich	452	419	108	108	-	-	0	-	-	-	560	527
Luxemburg	71	73	-	-	-	-	-	-	-	-	71	73
Schweden	30	-	155	44	-	-	-	-	-	-	185	44
Niederlande	205	217	-	9	-	-	-	-	-	-	205	226
Österreich	-	-	72	-	-	-	-	-	-	-	72	-
Polen	135	-	100	31	54	-	-	-	-	-	289	31
Tschechien	-	-	51	-	-	-	-	-	-	-	51	-
Großbritannien	129	69	-	-	-	-	-	-	-	-	129	69
USA	208	183	-	-	-	-	-	-	-	-	208	183
Gesamt	4.266	3.884	3.344	2.628	249	201	255	275	7	13	8.121	7.001

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bis 0,3 Mio. €	220	245
Größer 0,3 Mio. € bis 1 Mio. €	188	231
Größer 1 Mio. € bis 10 Mio. €	1.629	1.750
Größer 10 Mio. €	7.648	6.419
Weitere Deckung	190	534

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0,0 Mio. € (2013: 0,0 Mio. €) und betraf inländische Schuldner. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangs-

versteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Gewerblich	0	0
Wohnwirtschaftlich	0	0
Gesamtbetrag	0	0

Aufgliederung der Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Deutschland	682	763	2.576	3.183	12.341	11.584	7.489	7.972	23.088	23.502
Dänemark	-	-	-	-	-	-	42	-	42	-
Frankreich inkl. Monaco	-	-	230	103	22	-	-	-	252	103
Großbritannien/Nordirland	309	321	-	-	-	-	-	-	309	321
Luxemburg	8	8	-	-	-	-	-	-	8	8
Niederlande	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Spanien	-	-	595	821	-	-	-	-	595	821
Österreich	-	-	31	-	-	-	-	-	31	-
Schweiz	-	-	-	-	-	-	242	241	242	241
Gesamt	999	1.092	3.432	4.107	12.363	11.584	7.773	8.213	24.567	24.996

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (2013: 0 Tsd. €).

(32) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestands

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestands erfolgt entsprechend den Publizitäts-

anforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB i. V. m. § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung beziehungsweise zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestands hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 % erhöht.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Zinsrisiken				
Zinsswaps	108.098	103.902	6.581	3.138
Forward Rate Agreements	–	–	–	–
Zinsoptionen	7.684	8.259	21	1.646
Käufe	440	358	21	0
Verkäufe	7.244	7.901	0	1.646
Caps, Floors	10.478	11.365	202	7
Börsenkontrakte	8.084	11.696	0	7
Sonst. Zinstermingeschäfte	–	–	–	–
Zinsrisiken – insgesamt –	134.344	135.222	6.804	4.798
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	6.487	2.915	74	22
Währungsswaps/Zins-Währungs-Swaps	14.182	12.563	27	1.168
Devisenoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Währungsrisiken – insgesamt –	20.669	15.478	101	1.190
Aktien- und sonst. Preisrisiken				
Aktienoptionen	–	–	–	–
Käufe	–	–	–	–
Verkäufe	–	–	–	–
Börsenkontrakte	–	–	–	–
Aktien-, sonst. Preisrisiken – insgesamt –	–	–	–	–
Kreditderivate				
Käufe	22	246	0	0
Verkäufe	599	702	0	5
Kreditderivate – insgesamt –	621	948	0	5
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	–	–	–	–
Rohwarenrisiken – insgesamt –	–	–	–	–
Gesamtsumme	155.634	151.648	6.905	5.993

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden in dieser Darstellung keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 4,4 % des Nominalwerts (2013: 3,2 %). Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrundeliegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen zum Teil noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten sowie aktiven/passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen sind.

Dabei beläuft sich der Betrag der insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva auf 1.339 Mio.€, der im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva auf 1.987 Mio.€.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:						
Bis drei Monate	14.626	12.027	6.440	3.347	-	-
Bis ein Jahr	13.709	17.182	952	1.218	-	-
Bis fünf Jahre	63.532	66.546	10.033	8.688	-	-
Über fünf Jahre	42.477	39.467	3.244	2.225	-	-
Summe	134.344	135.222	20.669	15.478	-	-

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:				
Bis drei Monate	-	-	-	-
Bis ein Jahr	12	215	-	-
Bis fünf Jahre	609	733	-	-
Über fünf Jahre	-	-	-	-
Summe	621	948	-	-

Bei den Zinsgeschäften ist das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht zurückgegangen, im langfristigen Laufzeitbereich leicht angestiegen. Beim Zinsgeschäft beträgt

der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 21,1 % (2013: 21,6 %).

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestands – Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Banken in der OECD	84.255	95.122	4.859	4.820
Banken außerhalb der OECD	17	17	0	3
Öffentliche Stellen in der OECD	26.761	31.578	1.251	502
Sonstige Kontrahenten	44.601	24.931	795	668
Summe	155.634	151.648	6.905	5.993

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte vorwiegend mit OECD-Banken ab.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 97,5 %.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

(33) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB i. V. m. § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % erhöht. Der moderate Anstieg beruht größtenteils auf kurzfristigen börsengehandelten Zinstermin- und -optionskontrakten sowie Devisentermingeschäften. Das Volumen der Kreditderivate wurde weiter zurückgeführt.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Darstellung der Volumina

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Zinsrisiken				
Zinsswaps	260.385	261.131	10.524	11.182
Forward Rate Agreements	20.274	27.107	7	12
Zinsoptionen	25.688	23.907	2.004	1.509
Käufe	11.750	12.000	1.954	12
Verkäufe	13.938	11.907	50	1.497
Caps, Floors	12.648	17.825	100	66
Börsenkontrakte	41.543	28.932	6	17
Sonstige Zinstermingeschäfte	58	282	0	9
Zinsrisiken – insgesamt –	360.596	359.184	12.641	12.795
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	27.870	21.943	671	546
Währungsswaps/Zins-Währungs-Swaps	9.480	10.716	449	430
Devisenoptionen	803	775	17	18
Käufe	399	385	17	0
Verkäufe	404	390	0	18
Währungsrisiken – insgesamt –	38.153	33.434	1.137	994
Aktien- und sonst. Preisrisiken				
Aktienoptionen	2.200	2.104	111	88
Käufe	1.289	1.220	111	0
Verkäufe	911	884	0	88
Börsenkontrakte	798	867	16	29
Aktien-, sonst. Preisrisiken – insgesamt –	2.998	2.971	127	117
Kreditderivate				
Käufe	1.653	2.575	1	25
Verkäufe	1.605	2.548	26	1
Kreditderivate – insgesamt –	3.258	5.123	27	26
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	44	233	5	5
Rohwarenoptionen	112	182	2	2
Rohwarenrisiken – insgesamt –	156	415	7	7
Gesamtsumme	405.161	401.127	13.939	13.939

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateralvereinbarungen finden in dieser Darstellung keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 3,4 % des Nominalwerts (2013: 2,1 %).

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonst. Preisrisiken	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:						
Bis drei Monate	60.677	60.562	13.514	11.935	416	422
Bis ein Jahr	73.555	70.276	12.065	9.526	819	767
Bis fünf Jahre	117.212	119.225	9.480	9.424	1.698	1.663
Über fünf Jahre	109.152	109.121	3.094	2.549	65	119
Summe	360.596	359.184	38.153	33.434	2.998	2.971

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Fristengliederung

in Mio. €

Nominalwerte	Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Restlaufzeiten:				
Bis drei Monate	182	200	50	53
Bis ein Jahr	431	408	15	172
Bis fünf Jahre	2.640	4.460	91	125
Über fünf Jahre	5	55	0	65
Summe	3.258	5.123	156	415

Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereichs (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 37,2 % (2013: 36,4 %). Bei den

währungsbezogenen Geschäften wurde das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich leicht gesteigert.

Derivative Geschäfte des Handelsbestands – Kontrahentengliederung

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2014
Banken in der OECD	151.373	182.814	5.671	9.698
Öffentliche Stellen in der OECD	34.174	38.579	3.825	1.969
Sonstige Kontrahenten	219.614	179.734	4.445	2.272
Summe	405.161	401.127	13.941	13.939

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken und öffentliche Stellen in der OECD.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte sowie OTC-Transaktionen über zentrale Clearing-Stellen; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 75,6 %.

Der Anteil der Derivate des Handelsbestands am gesamten Derivatevolumen ist gegenüber dem Vorjahr mit 72,2 % leicht zurückgegangen (2013: 72,6 %).

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen 72,9 % des Gesamtbestands auf den Handelsbestand (2013: 72,6 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 64,9 %, bei den Kreditderivaten 84,0 % der Kontrakte den Handelsbestand.

(34) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv		Passiv		Nettoertrag des Handelsbestands	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Derivative Finanzinstrumente						
Zinshandel	12.641	7.556	12.795	8.539	-484	81
Aktienhandel	127	116	117	98	19	18
Devisenhandel	1.137	811	994	885	9	30
Kreditderivate	27	43	26	40	-6	-6
Rohwaren	7	8	7	8	4	9
Forderungen/Verbindlichkeiten						
Schuldscheindarlehen	1.610	1.897	-	-	151	2
Tages- und Termingelder	39	779	12.315	20.905	-55	-37
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	124	396	1.879	254	1	0
Begebene Geldmarktpapiere/Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	1.889	2.603	-5	-12
Begebene Aktien/Indexzertifikate			139	161	-5	0
Sonstiges	191	198	168	105	16	-4
Schuldverschreibungen u. a. festverzinsliche Wertpapiere	16.968	21.347	123	222	557	294
Aktien u. a. nicht festverzinsliche Wertpapiere	140	191	-	-	-12	-5
Sonstiges						
Provisionen					-29	-33
Fonds für allg. Bankrisiken gemäß 340e HGB					-	-34
Summe	33.011	33.342	30.452	33.820	161	303

In der Bilanz sind derivative Finanzinstrumente in Höhe von 4,7 Mrd. € bei den Handelsaktiva sowie 10,2 Mrd. € bei den Handelspassiva mit Sicherheitsleistungen saldiert worden.

(35) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Per 31. Dezember 2014 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 8.839 Mio. €.

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wird eine Abschreibung vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Bonitätsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere	-1	15
Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	-3	-1

(36) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Be-

teiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestands sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Inland	3.827	3.698
Europäische Union ohne Deutschland	147	360
Übriges Ausland	173	163

(37) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien sowie aus dem Zahlungsverkehr. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(40) Außerordentliches Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis resultiert ausschließlich aus Rückstellungszuführungen, analog dem Vorjahr, in Höhe von 13 Mio. €. Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, im Jahr 2014 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrags aus der geänderten Rückstellungsbewertung aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG zuzuführen.

(38) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 27 Mio. € (2013: 30 Mio. €) und Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 20 Mio. € (2013: 13 Mio. €) ausgewiesen.

(41) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in Deutschland sowie in den USA (Niederlassung New York) steuerpflichtigen Ergebnisse.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 94 Mio. € (2013: 64 Mio. €). Die Aufwendungen für nicht eigen genutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 16 Mio. € (2013: 10 Mio. €).

(42) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 22 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 47 Mio. €. Hiervon entfallen 8 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Der Posten enthält periodenfremde Erträge sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 28 Mio. € und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 2 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

(39) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

Aus der Anwachsung der Tochterunternehmen hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Verpflichtungen der Tochterunternehmen übernommen.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet. Die Träger der DekaBank am 18. Juli

2005 haften für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehender Verbindlichkeiten der DekaBank. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten gilt dies nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Bezüglich der Helaba Asset Services (vormals: Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International) sowie der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die jeweilige Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 5.744 Mio. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 3.795 Mio. €. Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 1.260 Mio. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH (beides verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- beziehungsweise Kündigungsfristen von 1,5 bis zu 12,5 Jahren genutzten Immobilien sind für 2015 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 44,3 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Serviceverträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in der OPUSALPHA Purchaser Limited, einer der drei Ankaufsgesellschaften des Programms, ein ABS-Portfolio (verbrieftete Forderungen mit einem beizulegenden Zeitwert von 70,5 Mio. € (2013: 87,3 Mio. €), das nach IFRS 10 im Konzernabschluss konsolidiert wird. Ebenfalls vollkonsolidiert wird die Emissionsgesellschaft OPUSALPHA Funding Limited.

Die für das OPUSALPHA-Programm insgesamt bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1.998 Mio. € (2013: 2.375 Mio. €), davon sind am 31.12.2014 1.156 Mio. € (2013: 1.914 Mio. €) in Anspruch genommen.

Für die OPUSALPHA-Gesellschaften agiert die Helaba als Dienstleister und ist Zusagen zur Liquiditätsversorgung bis maximal zur Höhe bestehender Ankaufszusagen eingegangen und nachrangigen Haftungen ausgesetzt, wenn die seitens Dritter getragenen Risiken, zum Beispiel in Form von Ankaufschlägen oder Garantien, nicht ausreichen sollten.

Zum 31.12.2014 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 65 Mio. € (2013: 91 Mio. €).

Die Bank hat sich gegenüber mehreren Tochtergesellschaften mittels Freistellungserklärungen verpflichtet, diese aus Risiken aus bestimmten Rechtsgeschäften freizustellen.

Bei einem ausländischen Pensionsfonds für Pensionszusagen einer ausländischen Niederlassung besteht nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung, für die entsprechende Vorsorge getroffen wurde. Die Unterdeckung ist ab 2015 durch Einzahlungen in das korrespondierende Planvermögen zu begleichen; dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter. Nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften beläuft sich der Verpflichtungsumfang der mittelbaren Pensionsverpflichtung (vor Berücksichtigung des bestehenden Planvermögens) auf 55 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zins-Währungs-Swaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanzswaps und Optionen darauf, Zinsfutures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- beziehungsweise Währungsseite.

(43) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Über Geschäftsbeziehungen der Helaba zu nahestehenden Unternehmen und Personen ist nach § 285 Nr. 21 HGB zu berichten. Diese Geschäftsbeziehungen erfolgen zu marktüblichen Bedingungen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen nach Maßgabe internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS 24). Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen einschließlich deren naher Familienangehöriger sowie von diesen Personen beherrschter Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	1.390	2.081
Verbundene Unternehmen	1.390	1.997
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	4
Gesellschafter der Helaba	0	80
Sonstige nahestehende Personen		
Forderungen an Kunden	2.703	3.024
Verbundene Unternehmen	1.000	1.176
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	1.176	619
Gesellschafter der Helaba	465	1.140
Sonstige nahestehende Personen	62	89
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.432	2.545
Verbundene Unternehmen	1.150	2.294
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		2
Gesellschafter der Helaba	282	249
Sonstige nahestehende Personen		-
Handelsaktiva	704	977
Verbundene Unternehmen		0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		-
Gesellschafter der Helaba	704	977
Sonstige nahestehende Personen		
Beteiligungen	36	31
Verbundene Unternehmen		-
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	36	31
Gesellschafter der Helaba		-
Sonstige nahestehende Personen		-

in Mio. €

	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.739	1.832
Verbundene Unternehmen	1.739	1.832
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		–
Gesellschafter der Helaba		–
Sonstige nahestehende Personen		–
Sonstige Aktivposten	0	2
Verbundene Unternehmen		0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	0	2
Gesellschafter der Helaba		–
Sonstige nahestehende Personen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.778	4.522
Verbundene Unternehmen	4.581	4.278
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		0
Gesellschafter der Helaba	197	244
Sonstige nahestehende Personen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.620	1.938
Verbundene Unternehmen	660	917
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	56	287
Gesellschafter der Helaba	900	730
Sonstige nahestehende Personen	4	4
Handelspassiva	1	3
Verbundene Unternehmen		0
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	1	3
Gesellschafter der Helaba		–
Sonstige nahestehende Personen		
Sonstige Passivposten	0	1
Verbundene Unternehmen	0	1
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen		
Gesellschafter der Helaba		
Sonstige nahestehende Personen		
Eventualverbindlichkeiten	212	383
Verbundene Unternehmen	120	78
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	89	199
Gesellschafter der Helaba	–	37
Sonstige nahestehende Personen	3	69

Auf Forderungen an Tochtergesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 69 Mio. € (2013: 60 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,1 Mio. € (2013: 0,1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 0,5 Mio. € (2013: 1,5 Mio. €).

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstands beliefen sich auf 4,6 Mio. € (2013: 4,6 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2013: 0,9 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus werden an die Mitglieder des Verwaltungsrats als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 2,7 Mio. € (2013: 2,6 Mio. €) ge-

zahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 3,0 Mio. € (2013: 3,0 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 49,2 Mio. € (2013: 47,7 Mio. €) zurückgestellt.

(44) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Gesamt
Bank	1.183	1.635	2.818
Landesbausparkasse	167	124	291
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	235	175	410
Gesamtbank	1.585	1.934	3.519

(45) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
 Sparkassen- und Giroverband
 Hessen-Thüringen
 Frankfurt am Main/Erfurt
 – Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
 Landkreis Eichsfeld
 Heiligenstadt
 – Erster stellvertretender
 Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
 Hessisches Ministerium
 der Finanzen
 Wiesbaden
 – Zweiter stellvertretender
 Vorsitzender –

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
 Sparkasse Essen
 Essen
 – Dritter stellvertretender
 Vorsitzender –

Dr. Alfons Lauer

Präsident
 Sparkassenverband Saar
 Saarbrücken
 – seit 9. Januar 2014 –
 – Fünfter stellvertretender
 Vorsitzender –
 – seit 1. April 2014 –

Prof. Dr. h. c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrats
 B. Braun Melsungen AG
 Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
 Kasseler Sparkasse
 Kassel

Dirk Diedrichs

Staatssekretär a. D.
 Erfurt

Georg Fahrenschon

Präsident
 Deutscher Sparkassen-
 und Giroverband e. V.
 Berlin

Peter Feldmann

Oberbürgermeister
 Stadt Frankfurt am Main
 Frankfurt am Main

Robert Fischbach

Landrat
 Kreis Marburg-Biedenkopf
 Marburg
 – bis 31. Januar 2014 –

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
 Sparkasse Bochum
 Bochum
 – bis 30. Juni 2014 –

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
 Kyffhäusersparkasse
 Artern-Sondershausen
 Sondershausen

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
 Stadt Kassel
 Kassel

Dr. Christoph Krämer

Vorsitzender des Vorstands
 Sparkasse Iserlohn
 Iserlohn
 – seit 1. Dezember 2014 –

Stefan Lauer

Idstein

Christoph Matschie

Mitglied des Thüringer Landtages
 Erfurt

Manfred Michel

Landrat
 Landkreis Limburg-Weilburg
 Limburg an der Lahn
 – seit 1. Dezember 2014 –

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
 Stadt Fulda
 Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
 Sparkasse Werra-Meißner
 Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des
 Hessischen Landtages
 Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
 Werra-Meißner-Kreis
 Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des
 Hessischen Landtages
 Wiesbaden

Wolfgang Schuster

Landrat
 Lahn-Dill-Kreis
 Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
 Sparkasse Bensheim
 Bensheim

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
 Kreissparkasse Saalfeld-
 Rudolstadt
 Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
 Nassauische Sparkasse
 Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
 Sparkasse Grünberg
 Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
 Software AG
 Darmstadt

Von der Belegschaft entsandt

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne
Stellvertretende
Abteilungsleiterin
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Düsseldorf

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Susanne Schmiedebach
Bankprokuristin
Düsseldorf

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

Vorstand

Hans-Dieter Brenner
– Vorsitzender –

Jürgen Fenk

Thomas Groß

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Klaus-Jörg Mulfinger
(ab 1. Januar 2015)

Dr. Norbert Schraad

(46) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a

Abs. 4 Nr. 2 HGB

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €	
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0	1)
2	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-56	
3	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	
4	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	-5	
5	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
6	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0	1)
7	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	8,8	788	
8	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	0,9	129	
9	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00	50,00	1,5	178	
10	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00	0,00	0,21	-0,6	3	
11	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,2	646	
12	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	8	
13	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	8	
14	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0	
15	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			0,0	-1	
16	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			70,4	-2	
17	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			0,7	664	
18	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	9	
19	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			0,0	4	
20	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9,8	47	
21	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		105,1	3.138	
22	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		790,7	60.000	
23	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0	1)

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €	
24	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0	1)
25	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0	1)
26	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1)
27	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	2	
28	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,1	42	
29	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-14	
30	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	303	
31	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		65,7	4.819	1)
32	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	0	1)
33	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0	1)
34	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363,9	55.402	
35	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	-538	
36	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-100	
37	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,8	353	
38	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		145,6	-10.889	
39	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0	1)
40	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0	1)
41	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	-118	
42	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		35,5	792	
43	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	848	
44	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	17	
45	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	6	
46	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,3	299	
47	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	2	
48	Kalypso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1	
49	Komplementarselskabet Logistica CPH ApS, Kopenhagen K, Dänemark	100,00	100,00		0,0	k. A.	
50	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	1	
51	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
52	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-3,3	-1.183	
53	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
54	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
55	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			9,1	1.209	

AB-72

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamt- kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis	
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €	
56	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,4	183	
57	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,4	332	
58	LHT Power Three, LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		50,3	407	
59	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			20,9	1.268	
60	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			19,3	472	
61	Logistica CPH K/S, Kopenhagen K, Dänemark	100,00	100,00		0,0	k. A.	
62	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0	1)
63	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-2,6	-317	
64	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		14,6	282	
65	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-69	
66	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			0,3	-60	
67	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			0,0	0	
68	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,3	463	
69	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0	1)
70	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			28,3	1.410	
71	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	2	
72	Projekt Hirschgarten MK8 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			25,0	k. A.	
73	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-131	
74	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden Wohnen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
75	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			-0,2	-357	
76	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-5	
77	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2	
78	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	1)
79	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	23	
80	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-12	
81	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	101	
82	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	7	
83	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,2	-217	
84	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0	
85	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	103	
86	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0	1)
87	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-51	
88	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1	
89	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			0,0	-3	
90	Zweite OFB PE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.	
91	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4,8	325	

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
92	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00		-9,4	1.654
93	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	94,90			19,6	1.058
94	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.974
95	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			-0,7	-714
96	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-0,7	-191
97	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	2
98	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	0
99	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9,4	-125
100	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67		0,6	53
101	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00		0,4	13
102	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Oberursel	50,00	50,00		-2,3	-192
103	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
104	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	33,33	0,7	86
105	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	33,33	0,4	51
106	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,3	-108
107	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-1,0	158
108	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-65
109	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	-192
110	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
111	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	10
112	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	-4
113	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-2
114	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			1,0	311
115	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
116	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	2
117	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,1	0
118	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,6	364
119	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
120	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		3,8	4.363
121	Horus AWG GmbH, Pöcking	50,00			0,0	0

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
122	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	33,33	2,3	396
123	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	4
124	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,4	68
125	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	76
126	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-11
127	Multi Park Verwaltungs GmbH, Langen (Hessen)	50,00			0,0	-1
128	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
129	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			-0,7	-729
130	OFB & Procom Rüdesheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-5
131	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	2
132	Sparkassen-Marktservice GmbH, Darmstadt	50,00			5,1	215
133	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5,3	-214
134	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklung-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,2	-41
135	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-38
136	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22,6	0
137	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	4
138	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Frankfurt am Main	47,00			-2,6	-396
139	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		20,7	884
140	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
141	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		58,0	5.373
142	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	33,33	1,4	223
143	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,7	-122
144	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	33,33	1,5	126
145	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		9,4	1.255
146	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,2	145
147	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2,8	-467
148	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		22,5	1.248
149	Intelligent Crop Forecasting GmbH in Insolvenz, Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.
150	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,6	-509
151	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6,3	3.507

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
152	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			2,7	1.409
153	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		16,2	1.313

Anteilsbesitz an großen Kapitalgesellschaften größer 5 %
Kapitalanteil

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Gesamtkapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Tsd. €	Tsd. €
154	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart	5,41	5,41		122,3	12.332

¹⁾ Die Gesellschaft führt ihr Jahresergebnis aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags ab. k. A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

**(47) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien
 gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB**

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Vorsitzender Präsident Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart	Mitglied Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Stellv. Vorsitzender Erster stellv. Vorsitzender Mitglied
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellv. Vorsitzender Mitglied Stellv. Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann
 Krick Mulfinger Dr. Schraad

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und

die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 27. Februar 2015

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner Fenk Groß Dr. Hosemann

Krick Mulfinger Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie

die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt	Peter Flick
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Anhang B

Finanzangaben der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale 2013 auf Konzernebene

Konzernlagebericht

2	Grundlagen des Konzerns
6	Wirtschaftsbericht
12	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
23	Nachtragsbericht
23	Risikobericht
57	Prognose- und Chancenbericht

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell des Konzerns

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) weist in den letzten Jahren eine sehr stabile Geschäfts- und Ertragsentwicklung auf. Als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut verfügt die Helaba über das langfristig angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalem Fokus, ausgewählter internationaler Präsenz und enger Integration in die Sparkassenorganisation. Neben dem Geschäftsmodell sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba:

- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft und eine enge Verzahnung mit der Realwirtschaft,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Von zentraler Bedeutung für das Geschäftsmodell der Helaba sind ihre öffentlich-rechtliche Rechtsform, der hohe Trägeranteil der Sparkassenorganisation sowie die Beibehaltung und der Ausbau ihrer Aktivitäten im Verbund- und öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäft. Das strategische Geschäftsmodell der Helaba basiert auf den drei Unternehmenssparten Großkundengeschäft, Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft sowie öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft. Die Geschäftsaktivitäten erfolgen aus den beiden Bankzentralen in Frankfurt am Main und Erfurt sowie den Niederlassungen in Düsseldorf und Kassel sowie Paris, London und New York. Hinzu kommen Repräsentanzen und Vertriebsbüros sowie Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Aufbauorganisatorisch und in der Geschäftssteuerung gilt mit Ausnahme des Tochterinstituts Frankfurter Sparkasse das Prinzip der konzernweiten Divisionalisierung, das heißt, es erfolgt konzernweit eine einheitliche Steuerung aller Produkt-, Kunden- und Servicebereiche.

Die Helaba konzentriert ihre Geschäftsaktivitäten in der Unternehmenssparte Großkundengeschäft auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Finanzinstitutionen und ausländische Gebietskörperschaften, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Im Vertrieb verfolgt die Helaba zwei verschiedene Ansätze, zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden im Bereich von Großunternehmen und des gehobenen Mittelstands, institutionellen Kunden sowie inländischen öffentlichen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba das strategische Ziel, ihre Position als führende Sparkassenverbundbank in Deutschland zu stärken. In Hessen-Thüringen bilden die Helaba und die Verbundsparkassen die Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen mit dem Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit und einem gemeinsamen Verbund-Rating. In Nordrhein-Westfalen wurden mit den Sparkassen und ihren Verbänden im Sommer 2012 umfangreiche Kooperations- und Geschäftsvereinbarungen getroffen. Mit den Sparkassen in Brandenburg bestehen ebenfalls Kooperationsvereinbarungen zur vertrieblichen Zusammenarbeit. Die Kooperationsvereinbarungen mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen

und Brandenburg ergänzen das Verbundkonzept der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, das unverändert fortbesteht. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen ist die Helaba in beiden Bundesländern einer der Marktführer im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, eine 100%ige und vollkonsolidierte Tochtergesellschaft der Helaba in öffentlicher Rechtsform, ist mit über 800.000 Kunden die führende Retail-Bank in der Region Frankfurt am Main und mit der 1822direkt im nationalen Direktbankgeschäft tätig. Durch die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und deren 100%-Tochter Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG deckt die Helaba ihr Angebot für Sparkassen im Segment Private Banking, Wealth Management und Vermögensverwaltung ab.

In der Unternehmenssparte öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft ist die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) – als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Helaba – mit der Verwaltung öffentlicher Förderprogramme des Landes Hessen betraut. Für die WIBank, die von der Körperschaft- und Gewerbesteuer befreit ist, besteht in Übereinstimmung mit EU-Recht eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen. Die Helaba ist darüber hinaus an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen, insbesondere an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, beteiligt. Der Thüringer Aufbaubank hat die Helaba ein Nachrangdarlehen in Höhe von 40 Mio. € gewährt.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Seit Mitte 2012 sind neben dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und den beiden Ländern Hessen und Thüringen mit dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe sowie zwei Treuhandgesellschaften der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen beziehungsweise der regionalen Sparkassenstützungsfonds der deutschen Sparkassen vier weitere Träger im Trägerkreis der Helaba. Das Stammkapital der Helaba in Höhe von 589 Mio. € wird mehrheitlich von Trägern aus der Sparkassenorganisation gehalten (88%). Die beiden Bundesländer Hessen und Thüringen halten Anteile von zusammen 12%.

Trägerstruktur der Helaba zum 31. Dezember 2013

Zusammensetzung Stammkapital	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), Fitch Ratings (Fitch) und Standard & Poor's (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 15. März 2014):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	A2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	–
Hypothekendarlehen	–	AAA	–
Finanzkraft- / Viability-Rating	D+	a+*	–

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen in Hessen und Thüringen von Fitch und S&P vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen. Die Helaba gehört im Marktvergleich bei den drei Rating-Agenturen unverändert zu den deutschen Kreditinstituten mit den höchsten Bonitätseinstufungen.

Die teilrechtsfähige, im öffentlichen Fördergeschäft tätige WIBank, für die gesetzlich die Gewährträgerhaftung des Landes Hessen gilt, verfügt bei S&P über ein „AA“-Rating für langfristige unbesicherte Verbindlichkeiten.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung. Die Steuerung beinhaltet dabei sowohl die Steuerung der absoluten Erträge und Kosten als auch die integrierte Steuerung der Deckungsbeiträge. Zielsetzung ist das Erreichen eines Kosten-Ertrag-Verhältnisses von 60 %. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitragsschema werden regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.


Eine wesentliche Kennzahl zur Steuerung der Bestände ist das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr). Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Das Eigenkapital wird über die Allokation regulatorischer und ökonomischer Limite sowie über die Eigenmittelquote gesteuert (bis 2013 Solvabilitätsverordnung (SolvV)/ab 2014 Capital Requirements Regulation (CRR)). Die Rentabilitätsziele werden über die bilanzielle und regulatorische Eigenkapitalrentabilität gesteuert.

Die Geschäftsaktivitäten der Helaba sind auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet. Die Bank ist Produkt- und Dienstleistungslieferant für ein breites Spektrum unterschiedlicher Kundengruppen. Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind eng mit der Realwirtschaft verzahnt. Den Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft zeigt der Anteil der Kundengeschäfte an der Gesamtbilanz.

Bei ihrer Refinanzierung nutzt die Helaba unterschiedliche Refinanzierungsquellen und -produkte. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf den sich durch die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund ergebenden Anker-Refinanzierungsquellen durch direktes und indirektes Sparkassengeschäft (Depot A und Depot B). Hinzu kommen die über die WIBank aufgenommenen Fördermittel sowie die Pfandbriefemissionen als kosteneffizienter Bestandteil der stabilen Funding-Basis.

In der Unternehmenssparte Verbund-, Privatkunden- und Mittelstandsgeschäft verfolgt die Helaba die Stoßrichtung, ihre Position als führende Verbundbank der deutschen Sparkassenorganisation weiter auszubauen. Mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen ist die Helaba über das satzungsrechtlich verankerte Verbundkonzept verbunden. Mit den Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bestehen umfangreiche vertragliche Kooperationsvereinbarungen. Ziel beider Vereinbarungen ist insbesondere die Intensivierung der Zusammenarbeit der angeschlossenen Sparkassen mit der Helaba-Verbundbank. Angestrebt wird eine durchgängige **Verbundquote** im Zielkorridor von 60 % bis 80 %. Als Verbundquote wird dabei der Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Sparkassen angesehen.

 [Siehe Glossar S. 206](#)

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagementsystems werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass rund die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie definieren die Handlungsspielräume für die Beschäftigten. Daran ausgerichtet ist das Vergütungssystem für die außertariflich Beschäftigten. Die Vergütungsstrategie berücksichtigt die Erfüllung der Zielvorgaben aus der operativen Planung bei der Zuordnung des Budgets für die variable Vergütung. Der Bezug zwischen Vergütungsstrategie und strategischen Zielen der Geschäftsbereiche ist somit sichergestellt. Bei den Corporate-Center-Bereichen orientiert sich die Zuordnung von Bereichsbudgets am Ergebnis der Gesamtbank und an der Erreichung qualitativer Ziele. Durch dieses Vorgehen wird ausgeschlossen, dass bei einzelnen Beschäftigten Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken entstehen. Die Festgehälter orientieren sich an den Markterfordernissen.

Als Kreditinstitut mit öffentlicher Rechtsform und gemeinwohlorientiertem Auftrag übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche und ökologische Verantwortung. Diese Verantwortung hat die Helaba in verbindliche Vorgaben im Rahmen ihrer Geschäftsstrategie umgesetzt. Danach ist die Identifizierung von Umweltrisiken und

sozialen Risiken Bestandteil der Risikobeurteilungs- und Risikomanagementprozesse. Die Helaba wird einen Regelprozess zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der Kreditvergabeentscheidung installieren. Herstellung und Handel kontroverser Waffenarten werden von der Helaba nicht finanziert. Auf Spekulationsgeschäfte mit Agrarrohstoffen verzichtet die Helaba ebenso wie auf die Entwicklung von Investment-Produkten mit Bezug zu Agrarrohstoffen. Einen Beitrag zum Klimaschutz leistet die Helaba durch Maßnahmen zur betrieblichen Energieeinsparung. Dem MAIN TOWER, dem Hauptgebäude der Helaba am Standort Frankfurt am Main, wurde nach den Standards von „Leadership in Energy and Environmental Design (LEED)“ im Jahr 2011 die Auszeichnung „LEED Gold“ als umweltfreundliches, ressourcenschonendes und nachhaltiges Gebäude verliehen. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Durch die jährliche Ermittlung von Umweltkennzahlen und deren Veröffentlichung im Internet macht die Helaba wesentliche Elemente ihres ökologischen Profils transparent und schafft Anreize für die weitere Verringerung von Verbrauchs- und Emissionswerten. Helaba und Frankfurter Sparkasse gehören zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen zu einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur. Die Helaba ist direkt beziehungsweise über die Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert zahlreiche Einrichtungen und Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen in Deutschland


Die deutsche Volkswirtschaft startete verhalten ins Jahr 2013. Im weiteren Jahresverlauf hat sich allerdings wieder Wachstum eingestellt. Aufgrund des schwachen ersten Quartals blieb das Wirtschaftswachstum für das Gesamtjahr aber mit real 0,5 % gering. Leicht negativ war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, da die Ausfuhren kaum zulegten und die Importe etwas schneller stiegen. Die Exporttätigkeit litt vor allem unter der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den europäischen Krisenstaaten. Allerdings zeigten sich dort erste Besserungstendenzen. Dagegen legte der deutsche Konsum überdurchschnittlich zu. Die Verbraucher profitierten von steigenden Real-einkommen sowie einer günstigeren Beschäftigung und verringerten ihre Spartätigkeit. In der zweiten Jahreshälfte belebten sich auch die Ausrüstungsinvestitionen. Die Unternehmen haben nach dem Abklingen der europäischen Schuldenkrise wieder mehr Vertrauen in das Fortbestehen des Währungsraums. Niedrige Kapitalmarktzinsen und eine steigende Kapazitätsauslastung verbesserten zudem die Rahmenbedingungen für die Kapitalbildung. Der Wohnungsbau weist schon seit einiger Zeit eine Sonderkonjunktur auf, auch wenn der lange Winter die Aktivitäten in diesem Sektor gebremst hat. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum in Großstädten, sehr niedrige Hypothekenzinsen, der Mangel an Anlagealternativen sowie mehr Investitionen in den Bestand ließen den Wohnungsbau expandieren.

Das Wettbewerbsumfeld der deutschen Kreditwirtschaft ist durch ein anhaltendes historisches Niedrigzinsniveau und ein sich weiterhin signifikant veränderndes regulatorisches Umfeld geprägt. Hinzu kommen die erforderlichen Harmonisierungs- und Anpassungsprozesse auf dem Weg zur europäischen Bankenunion. In einigen Geschäftsfeldern, insbesondere im Retail Banking sowie im Mittelstandsgeschäft, verschärft sich der Wettbewerbsdruck deutlich. Dennoch ergeben sich für Kreditinstitute mit stabilen Refinanzierungsstrukturen und Fokussierung auf einzelne Kerngeschäftsfelder Möglichkeiten zur Stärkung und zum Ausbau von Marktpositionen. Die Veränderungen in den regulatorischen Rahmenbedingungen führen strukturell zu einer Absenkung der Rentabilität des gesamten Bankensektors und damit der Rücknahme von Rentabilitätszielen.

Zu den wesentlichen Herausforderungen der Bankenregulierung gehören:

■ **Eigenkapital und Liquidität (Basel III/CRD IV/CRR)**

Die seit 2010 vorliegenden Vorschläge des Baseler Ausschusses zu künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen („Basel III“) wurden 2013 in der EU durch ein Änderungspaket zur Banken- und Kapitaladäquanz-Richtlinie (CRD IV) und eine entsprechende Verordnung (CRR) mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2014 umgesetzt. Mit dem CRD IV-Umsetzungsgesetz vom 28. August 2013 hat der Gesetzgeber die Vorgaben der EU-Richtlinie in deutsches Recht übertragen.

 [Siehe Glossar S. 206](#)
[Siehe Glossar S. 206](#)

Inhaltlich verschärfen sich die Anforderungen an die zukünftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten qualitativ und quantitativ deutlich. Die neuen Eigenmittelquoten werden stufenweise bis zum Jahr 2019 eingeführt. Insgesamt erfüllt die Helaba bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Für Kapitalinstrumente, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital (CET 1-Kapital) aber nicht mehr erfüllen, sieht die CRD IV eine Übergangsfrist bis Ende 2021 vor. Dies betrifft bei der Helaba stille Einlagen in Höhe von 953 Mio. €. Inwieweit seitens der Aufsichtsbehörden in Deutschland zusätzliche Kapitalaufschläge für national systemrelevante Kreditinstitute sowie anti-zyklische Kapitalpuffer in den nächsten Jahren eingeführt werden, ist zurzeit noch offen.

Bereits im Jahr 2010 hat der Baseler Ausschuss die Einführung einer kurzfristigen Liquiditätskennziffer (Liquidity Coverage Ratio – LCR) ab 2015 beschlossen. Die Vorgaben wurden im Laufe des Jahres konkretisiert. Die Kennziffer wird jetzt bis 2019 stufenweise eingeführt. Gleichzeitig wurde der Kreis der als Liquiditätspuffer ansetzbaren Vermögensgegenstände erweitert und die Bedingungen des anzunehmenden Krisenszenarios modifiziert. Die Offenlegungsvorschriften zur LCR sind ab 2015 einzuhalten.

Für die zweite Liquiditätskennziffer (Net Stable Funding Ratio – NSFR), deren Einführung frühestens ab 2018 vorgesehen ist, wurde im Januar 2014 ein überarbeitetes Konsultationspapier veröffentlicht. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf wurde die Zuordnung zu den verschiedenen Anrechnungskategorien verändert und die Möglichkeit geschaffen, auch Anleihen mit einer Laufzeit von unter zwölf Monaten in Anrechnung zu bringen. Beide Kennziffern werden grundsätzlich zu einer Erhöhung der Kosten für das Liquiditätsmanagement und damit zu Rentabilitätsbelastungen führen. Die Helaba hat sich frühzeitig auf die sich mit Basel III ändernden Anforderungen an das Liquiditätsmanagement eingestellt und sieht sich gut gerüstet, die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend zu erfüllen.



Siehe Glossar S. 206

Vorgesehen ist ferner die aufsichtsrechtliche Einführung einer Höchstverschuldungsquote („Leverage Ratio“) im Sinne eines Mindestverhältnisses des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Positionen. Im Januar 2014 hat der Baseler Ausschuss Änderungen am Regelwerk vorgenommen, wonach bestimmte außerbilanzielle Geschäfte, zum Beispiel Handelsfinanzierungen, nur noch zum Teil berücksichtigt werden müssen und im Derivategeschäft bestimmte Verrechnungen („Netting“) zugelassen werden. Frühestens 2018 soll die Leverage Ratio verbindlich gelten und vorerst als zusätzliches, nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde anzuwendendes Entscheidungsmerkmal eingeführt werden. Negative Auswirkungen dieses Instruments auf das mittel- und langfristige Kreditgeschäft sind nicht auszuschließen. Die Bank wird sich im Rahmen der weiteren Optimierung ihrer Geschäftsportfolios und ihrer Margenanforderungen frühzeitig auf die entsprechenden Marktveränderungen einstellen.

■ Europäische Bankenaufsicht

Im November 2013 ist der Single Supervisory Mechanism (SSM) zur Errichtung einer europäischen Bankaufsichtsbehörde in Kraft getreten. Danach wird die Europäische Zentralbank („EZB“) die Aufsicht über die 128 größten Banken der Eurozone übernehmen. Betroffen sind Banken mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd. € oder deren Bilanzsumme 20 % des Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Landes übersteigt. Der Helaba-Konzern gehört aufgrund seiner Größe zu den von der EZB beaufsichtigten Instituten. Das neue Aufsichtsregime soll im vierten Quartal 2014 greifen.

Aktuell führt die EZB einen dreistufigen Überprüfungsprozess (Comprehensive Assessment) der zukünftig von ihr beaufsichtigten Banken durch. Der erste Schritt war eine Risikoanalyse. Darauf aufbauend folgt als zweiter Schritt die Bilanzprüfung ausgewählter Portfolios, die institutsspezifisch von der EZB festgelegt wurden. Nach Vorliegen der Ergebnisse der zweiten Stufe wird als drittes Element ein Stresstest angeschlossen, dessen Ergebnisse im Herbst 2014 vorliegen sollen.

■ Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Im Juni 2013 wurde das Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen verabschiedet („Trennbankengesetz“). Das Gesetz besteht aus vier Artikeln. Artikel 1 behandelt die Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten. Danach sollen Kreditinstitute, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als potenziell systemgefährdend eingestuft werden, einen Sanierungsplan erstellen, der Maßnahmen festlegt, die das Kreditinstitut ergreifen kann, um im Fall einer signifikanten Verschlechterung seiner Finanzlage seine finanzielle Stabilität wiederherzustellen. Ergänzt wird das Gesetz durch die im Entwurf vorliegenden Mindestanforderungen an die Erstellung von Sanierungsplänen (MaSan). Die BaFin hat die Helaba bereits im November 2012 aufgefordert, bis zum Ende des Jahres 2013 einen Sanierungsplan zu erstellen. Der im Laufe des Jahres 2013 erarbeitete Sanierungsplan wurde im November 2013 bei der BaFin eingereicht.

In den USA hat die Helaba im Jahr 2013 einen Abwicklungsplan gemäß § 165 (d) Dodd-Frank Act erstellt.

Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2012 in der Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD) ihre Pläne zur Sanierung und Abwicklung von Banken veröffentlicht. Die BRRD befindet sich aktuell in der Trilogabstimmung zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission, die bis März 2014 abgeschlossen sein soll. Zur Umsetzung der BRRD bedarf es nationaler Umsetzungsgesetze. Im Juli 2013 hat die EU-Kommission einen

Verordnungsvorschlag für einen EU-weit einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) vorgelegt, wonach eine zentrale EU-Abwicklungsbehörde und ein einheitlicher Abwicklungsfonds eingeführt werden sollen. Bei Inkrafttreten erhält die Verordnung unmittelbare Wirkung in den EU-Ländern. Auch der SRM-Verordnungsentwurf wird im ersten Quartal 2014 Gegenstand der Trilogverhandlungen von EU-Kommission, Europäischem Rat und Europäischem Parlament sein.

■ **Abschirmung von Risiken: Trennbankensystem**

Im Artikel 2 des Trennbankengesetzes werden deutschen Banken bestimmte Geschäfte, insbesondere Eigengeschäfte sowie Kredit- und Garantiegeschäfte mit Hedgefonds, verboten, soweit bestimmte Schwellenwerte überschritten werden. Diese Geschäfte dürfen nur noch nach Überführung in rechtlich eigenständige Gesellschaften betrieben werden. Die Helaba überschreitet diese Schwellenwerte. Allerdings geht die Helaba davon aus, dass die Geschäfte, die die Bank betreibt, nicht als verboten einzustufen sind.

Die EU-Kommission hat Ende Januar 2014 den Entwurf einer EU-Trennbankenverordnung vorgelegt, der Gegenstand weiterer Verhandlungen auf EU-Ebene im laufenden Jahr sein wird. Es ist davon auszugehen, dass sich im Zuge dieser Verhandlungen noch Änderungen gegenüber der jetzt vorliegenden Entwurfsfassung ergeben werden.

■ **Sicherungseinrichtungen**

Bei der seit Mitte 2010 auf EU-Ebene geführten Diskussion zur Einführung von europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystemen zum Schutz von Kundeneinlagen konnten im Dezember 2013 die Trilogverhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission abgeschlossen werden, wobei die formelle Zustimmung durch Ministerrat und Europäisches Parlament noch aussteht. Demnach soll das Zielvolumen der Einlagensicherungssysteme EU-weit einheitlich 0,8 % der abgesicherten Einlagen betragen. Institutssichernde Systeme, wie zum Beispiel der bestehende Haftungsverbund in der deutschen Sparkassen- und Landesbankenorganisation, können auch in Zukunft als vollwertige Alternative zur Einlagensicherung fortbestehen. Das Dotierungsvolumen der Sicherungsreserve ist entsprechend den neuen Vorgaben anzupassen.

■ **Bankenabgabe in Deutschland**

Seit 2011 ist die deutsche Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten („Bankenabgabe“) verpflichtet. Der von einem Kreditinstitut jährlich zu leistende Beitrag wird auf Grundlage seiner beitrags erheblichen Passiva (Abzugsposten sind unter anderem Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Eigenkapital) und seiner beitrags erheblichen Derivate ermittelt. Die Bankenabgabe belastet infolge ihrer Rentabilitätsauswirkungen die deutsche Kreditwirtschaft im Wettbewerb mit ausländischen Kreditinstituten, insbesondere in der EU. Die vom Helaba-Konzern im Jahr 2013 geleistete Abgabebetrag betrug – 48 Mio. €.

■ **Finanztransaktionssteuer in der EU**

Am 14. Februar 2013 hat die EU-Kommission einen Richtlinienentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Die Umsetzung soll im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ innerhalb der teilnehmenden elf Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, erfolgen. Wesentliche Details und der genauere Zeitplan über die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer sind jedoch noch offen.

- **European Market Infrastructure Regulation (EMIR)**

Im Juli 2012 wurde eine EU-Verordnung zur stärkeren Regulierung des Derivatemarkts erlassen (nachfolgend EMIR-Verordnung). Im Wesentlichen fordert die EMIR-Verordnung die Clearingpflicht für OTC-Derivate für finanzielle und nicht finanzielle Gegenparteien, die Meldung aller Derivategeschäfte an ein Transaktionsregister sowie die Einführung von Risikominimierungsverfahren für nicht dem Clearing unterliegende Derivate. Bereits 2012 wurde ein Projekt zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen in der Helaba aufgesetzt. Darüber hinaus hat die Helaba sowohl im Clearing als auch bei der Transaktionsregistrierung Prozesse zur Übernahme der Verpflichtungen für ihre Kunden etabliert.

Geschäftsverlauf

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2013 geprägt von dem mit 0,5 % nur geringen realen Wirtschaftswachstum in Deutschland, der weiterhin anhaltenden Niedrigzinsphase und der sich fortsetzenden Stabilisierung der Finanzmärkte in der Eurozone.

In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Im Kreditgeschäft mit Kunden konnte das Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Neugeschäft (größer ein Jahr) um 15 % auf 17,2 Mrd. € (2012: 15,0 Mrd. €) gesteigert werden. Trotz des Anstiegs des Abschlussvolumens gelang es, die durchschnittliche Neugeschäftsmarge gegenüber dem Vorjahr weiter zu erhöhen. Durch das hohe Neugeschäftsvolumen konnten Fälligkeiten und Sondertilgungen vollständig kompensiert werden. Die Forderungen an Kunden betragen wie im Vorjahr 91 Mrd. €. Hinzu kommen 12 Mrd. € Forderungen an angeschlossene Sparkassen. Die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner entspricht der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der Helaba. Der Grad der Verzahnung mit der Realwirtschaft, das heißt der Anteil der Kundengeschäfte an der Konzernbilanz, konnte im Jahr 2013 auf 57,9 % (2012: 51,3 %) gesteigert werden. Ursächlich hierfür war neben dem hohen Neugeschäftsvolumen auch der Rückgang der Bilanzsumme durch den konsequenten Abbau des nicht kundengetriebenen Geschäfts.

Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung ihres Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei den mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind die ungedeckten Bankschuldverschreibungen (3,9 Mrd. €) sowie die öffentlichen (2,5 Mrd. €) und die Hypothekendarlehen (0,8 Mrd. €) sowie Schuldscheine und andere Darlehen (1,8 Mrd. €) die wesentlichen Mittel. Hinzu kommen Nachrangmittel (0,8 Mrd. €) und zweckgebundene Mittel der Förderinstitute. Neben in- und ausländischen institutionellen Investoren bilden bundesweit die Sparkassen und ihre Kunden einen wesentlichen Bestandteil der Investorenbasis der Helaba.

Seit Mitte 2012 ist die Helaba Verbundbank für 166 Sparkassen in vier Bundesländern und damit für rund 40 % der bundesdeutschen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Sparkassen in Hessen-Thüringen konnte im Jahr 2013 auf sehr hohem Niveau weiter gesteigert werden und liegt aktuell am oberen Ende des Zielkorridors. Die Erhebung einheitlich ermittelter Verbundquoten für alle Regionen, in denen die Helaba die Funktion der Sparkassenzentralbank innehat, wird mit der Errichtung einer gemeinsamen Clearingstelle angestrebt.

Aufgrund diverser Projektarbeiten und Reorganisationen änderten sich im abgelaufenen Jahr 2013 die Aufgabenschwerpunkte und Stellenanforderungen vieler Mitarbeiter. Durch ein strukturiertes Weiterbildungsmanagement wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diese neuen Aufgaben vorbereitet.

Die Geschäfts- und Risikostrategie definiert den Handlungsspielraum für die Beschäftigten. Im Jahr 2013 hat die Helaba das Vergütungssystem für außertariflich Beschäftigte weiter geschärft und verfeinerte Leitplanken für die Zuordnung von Budgets für die variable Vergütung festgelegt.

Zur Umsetzung der in der Geschäftsstrategie festgelegten Vorgabe zur Identifizierung von Umwelt- und sozialen Risiken hat die Helaba konzeptionelle Überlegungen zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung eines Regelprozesses zur angemessenen Berücksichtigung entsprechender Risiken bei der Kreditvergabeentscheidung angestellt.

Ihrer ebenfalls in der Geschäftsstrategie verankerten Verpflichtung zum Klimaschutz hat die Bank unter anderem durch Maßnahmen zur Emissionsverringerung ihrer Dienstfahrzeuge (Änderung der Dienstwagenverordnung, Anschaffung eines Elektrofahrzeugs) sowie durch die weiterhin erfolgte Ermittlung ihrer Verbrauchs- und Emissionskennzahlen Rechnung getragen.

Auch im Geschäftsjahr 2013 erzielte die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklage zur Stärkung des Kernkapitals sowie den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2013 von 12,8 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 17,4 % (jeweils gemäß SolvV) verfügt die Helaba über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Das Kosten-Ertrag-Verhältnis liegt zum Stichtag 31. Dezember 2013 bei 61,6 % und damit leicht oberhalb des Zielkorridors (<60 %). Die Eigenkapitalrentabilität reduzierte sich auf 7,4 % (2012: 8,4 %).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Veränderung des Konsolidierungskreises

Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr 2013 hatte keinen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Sie betrifft überwiegend Objektgesellschaften aus der Immobilienprojektentwicklung.

Ertragslage des Konzerns

	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	1.205	1.155	50	4,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-281	-238	-43	-18,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	924	917	7	0,8
Provisionsüberschuss	300	259	41	15,8
Handelsergebnis	339	415	-76	-18,3
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	-20	-124	104	83,9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	19	3	16	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen	2	-13	15	>100,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	217	236	-19	-8,1
Verwaltungsaufwand	-1.271	-1.181	-90	-7,6
Ergebnis vor Steuern	510	512	-2	-0,4
Ertragsteuern	-156	-194	38	19,6
Konzernjahresergebnis	354	318	36	11,3

Durch die Einbeziehung der NRW-Verbundbank zum 1. Juli 2012 hat sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Helaba-Konzerns deutlich verändert. Die NRW-Verbundbank trug im Geschäftsjahr 2013 erstmals für eine vollständige Jahresperiode zum Ergebnis bei. Auf die hierdurch bedingten Veränderungen wird in der Ertragslage nach Segmenten gesondert eingegangen.

Die Helaba hat im Geschäftsjahr 2013 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 510 Mio. € erzielt und konnte damit das sehr hohe Vorjahresniveau von 512 Mio. € halten. Nach Steuern wird ein um 11,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegenes Konzernjahresergebnis von 354 Mio. € (2012: 318 Mio. €) ausgewiesen. Ursächlich hierfür war die positive Entwicklung des operativen Geschäfts, das sich insbesondere in steigenden Zins- und Provisionsüberschüssen niederschlug. Das Handelsergebnis ist geprägt von stabilen Kundenbeiträgen und einer erneuten Einengung der Credit Spreads. Obwohl das außerordentlich gute Handelsergebnis des Vorjahrs nicht erreicht wurde, liegt es dennoch deutlich über Plan. Der Risikovorsorgebedarf fiel höher aus als im Vorjahr und bewegt sich oberhalb der Planwerte. Belastend wirkten sich die erhöhten Verwaltungsaufwendungen auf die Ergebnisentwicklung aus. Sie sind geprägt durch hohe Einmalaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie zahlreiche regulatorische Umsetzungsprojekte. Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Der Zinsüberschuss beträgt 1.205 Mio. € und konnte damit gegenüber dem Vorjahr um 4 % gesteigert werden (2012: 1.155 Mio. €). Sowohl eine moderate Erhöhung der Zinsmarge bei Neugeschäftsabschlüssen als auch das ganzjährig enthaltene Verbundbankgeschäft führten zu diesem Anstieg. Belastend wirkte sich das niedrige Zinsniveau im Bauspargeschäft sowie bei der Frankfurter Sparkasse aus. Über ein Viertel des Zinsüberschusses entfällt auf das Retail-Geschäft der Frankfurter Sparkasse.

Der Aufwand für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beträgt –281 Mio. € (2012: –238 Mio. €). Auf Einzelwertberichtigungen und pauschalierte Einzelwertberichtigungen entfiel eine Nettozuführung von –271 Mio. € (2012: –241 Mio. €). Die für nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildete Portfoliowertberichtigung wurde gegenüber dem Vorjahr um 27 Mio. € aufgelöst (2012: 29 Mio. €). Der Saldo aus Direktabschreibungen, Zuführungen zu Rückstellungen für Risiken aus dem außerbilanziellen Kreditgeschäft und Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen beträgt –36 Mio. € (2012: –26 Mio. €). Nach Risikovorsorge ist der Zinsüberschuss von 917 Mio. € auf 924 Mio. € gestiegen.

Der Provisionsüberschuss konnte mit 300 Mio. € (2012: 259 Mio. €) deutlich erhöht werden. Der Provisionsüberschuss wird im Wesentlichen von der Helaba, der Frankfurter Sparkasse und der Helaba Invest generiert. Dabei entwickelten sich insbesondere die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr und dem Wertpapier- und Depotgeschäft der Helaba sowie der Vermögensverwaltung der Helaba Invest positiv. Die Beiträge der Frankfurter Sparkasse bewegten sich leicht über dem Vorjahresniveau.

Das Handelsergebnis beläuft sich auf 339 Mio. € (2012: 415 Mio. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung des zinsbezogenen Geschäfts auf 314 Mio. € (2012: 375 Mio. €) sowie des Ergebnisses aus Kreditderivaten auf –6 Mio. € (2012: 27 Mio. €). Belastend wirkten hier Einmal-effekte im Geschäftsjahr im Zusammenhang mit der Anwendung des neuen Standards IFRS 13. Zum einen hat die Helaba die Parametrisierung des Bewertungsmodells zur Ermittlung von Credit Value Adjustments (CVA) verfeinert sowie ein Debit Value Adjustment eingeführt; zum anderen wurde eine Anpassung der Bewertung von OTC-Derivaten vorgenommen. Insgesamt führte dies zu einer Belastung des Handelsergebnisses in Höhe von –63 Mio. €. Positiv wirkte sich dagegen eine erneute Einengung der Credit Spreads aus, allerdings nicht in dem sehr hohen Maße des Vorjahrs. Die Handelsaktivitäten wurden im Wesentlichen vom Einzelinstitut getätigt.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ist von –124 Mio. € im Vorjahr auf –20 Mio. € im Geschäftsjahr 2013 gestiegen. Die Berücksichtigung der Liquiditätskomponente von Fremdwährungen (Cross Currency Basis Spread) im Rahmen der Derivatebewertung hatte im Vorjahr zu einer signifikanten Belastung geführt. Unter Berücksichtigung dieser Liquiditätskomponente beträgt das Bewertungsergebnis der zur Zinssteuerung eingesetzten Bankbuchderivate –41 Mio. € nach –166 Mio. € im Jahr 2012. Positiv ausgewirkt hat sich die erstmalige Anwendung des neuen Standards IFRS 13 für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (28 Mio. €). Das im Vorjahr durch Wertaufholungseffekte geprägte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der konsolidierten Spezial- und Publikumsfonds, das neben unrealisierten Bewertungseffekten auch realisierte Verkaufserlöse umfasst, entwickelte sich hingegen negativ und wird mit –2 Mio. € (2012: 56 Mio. €) ausgewiesen. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, in dem der ineffektive Teil von Mikro-Hedges ausgewiesen wird, beträgt 19 Mio. € (2012: 3 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich auf 4 Mio. € (2012: –1 Mio. €) verbessert. Die realisierten Veräußerungsgewinne und -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available-for-Sale liegen bei 28 Mio. € (2012: 20 Mio. €) und wurden überwiegend durch den Verkauf von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erzielt. Ergebnismindernd wirkten sich Wertminderungen mit –24 Mio. € (2012: –23 Mio. €) aus. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit –15 Mio. € (2012: –15 Mio. €) die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für die Landesbank Berlin Holding AG und mit –8 Mio. € Schuldverschreibungen der IVG Immobilien AG. Aus assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden, resultiert ein Ergebnisbeitrag von –2 Mio. € (2012: –12 Mio. €).

Das sonstige betriebliche Ergebnis hat sich von 236 Mio. € auf 217 Mio. € vermindert. Dies ist im Wesentlichen auf ein im Jahr 2012 enthaltenes Ergebnis aus dem Abgang einer selbst genutzten Immobilie und auf eine Restrukturierungsrückstellung zurückzuführen. Die Restrukturierungsrückstellung hat das Ergebnis mit –18 Mio. € belastet und betrifft das im Geschäftsjahr 2013 gestartete Programm „Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung zum Ziel hat. Das ebenfalls im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesene Ergebnis aus Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, wird überwiegend von der GWH-Gruppe erwirtschaftet und beträgt 151 Mio. € (2012: 142 Mio. €). Es setzt sich zusammen aus dem Saldo aus Mieterträgen, Abgangsergebnissen, Betriebskosten und Abschreibungen.

Der Verwaltungsaufwand ist um –90 Mio. € auf –1.271 Mio. € angestiegen. Dieser setzt sich aus dem Personalaufwand von –592 Mio. € (2012: –563 Mio. €), anderen Sachaufwendungen von –643 Mio. € (2012: –531 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte von –36 Mio. € (2012: –87 Mio. €) zusammen. Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den übernommenen Mitarbeitern der NRW-Verbundbank sowie aus einer Tarifanpassung im Jahr 2013. Im Jahresdurchschnitt wurden im Konzern 6.293 Mitarbeiter beschäftigt, gegenüber 6.075 im Jahr 2012. Zum Anstieg der Sachaufwendungen haben Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie Kosten zur Bewältigung regulatorischer Vorgaben beigetragen. Die Beiträge zum Restrukturierungsfonds („Bankenabgabe“) haben mit –48 Mio. € (2012: –27 Mio. €) belastet. Die Aufwendungen für die Serviceleistungen der Portigon AG sind von –31 Mio. € im Jahr 2012 auf –69 Mio. € im laufenden Jahr gestiegen, während die Aufwendungen für Verbandsumlagen und Reservefonds nur leicht gestiegen sind. Ursächlich für die Reduktion der Abschreibungen ist die im Vorjahr erfolgte außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von –51 Mio. € auf vier Schiffsobjekte, die im Rahmen von Operating-Leasingverhältnissen vermietet wurden.

Den Verwaltungsaufwendungen stehen operative Erträge in Höhe von 2.062 Mio. € (2012: 1.931 Mio. €) gegenüber, so dass sich eine Cost Income Ratio von 61,6 % (2012: 61,2 %) ergibt. In die operativen Erträge sind der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge, der Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, die Ergebnisse aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen sowie das sonstige betriebliche Ergebnis einbezogen. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern hat sich von 8,4 % auf 7,4 % vermindert.

Der Ertragsteueraufwand beträgt –156 Mio. € (2012: –194 Mio. €). Der gesunkene Steueraufwand ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr außerordentliche Effekte, im Wesentlichen die aufwandswirksame Auflösung von aktivierten latenten Steuern auf Verlustvorträge der Helaba im Inland, zu berücksichtigen waren. Im Übrigen waren im Vorjahr geringere steuerfreie Erträge zu verzeichnen. Das Ergebnis nach Steuern beziehungsweise das Konzernjahresergebnis ist deshalb – trotz eines geringfügig niedrigeren Konzernergebnisses vor Steuern – um 11 % auf 354 Mio. € gestiegen.

Von dem Konzernjahresergebnis entfallen auf konzernfremde Anteilseigner von konsolidierten Tochtergesellschaften 2 Mio. € (2012: 1 Mio. €), so dass den Gesellschaftern des Mutterunternehmens 352 Mio. € (2012: 317 Mio. €) zuzurechnen sind. Hiervon sind ein Betrag von 32 Mio. € zur Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen Kapitaleinlagen des Landes Hessen und ein Betrag von 68 Mio. € zur Ausschüttung an die Anteilseigner vorgesehen.

Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2013 ist von 374 Mio. € auf 359 Mio. € gesunken. Neben dem Konzernjahresergebnis, wie es in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird, gehen hier als sonstiges Ergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Ergebnisse der Periode ein. Das sonstige Ergebnis beträgt 5 Mio. € (2012: 56 Mio. €). Positiv ausgewirkt hat sich die Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen bedingt durch die leichte Erhöhung des Diskontierungzinssatzes mit 23 Mio. € vor Steuern (2012: –266 Mio. €). Zur Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde ein Zinssatz von durchschnittlich 3,7 % (2012: 3,5 %) zugrunde gelegt. Aus Finanzinstrumenten der Kategorie AFS wurde in 2013 ein erfolgsneutrales Periodenergebnis von –24 Mio. € vor Steuern erzielt, während dies im Vorjahr bedingt durch Wertaufholungen 369 Mio. € betragen hatte.

Bilanz**Aktiva**

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve	23.146	32.161	-9.015	-28,0
Forderungen an Kunden	90.747	90.821	-74	-0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	-1.228	-1.205	-23	-1,9
Handelsaktiva	32.273	37.954	-5.681	-15,0
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.691	6.992	-2.301	-32,9
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	24.292	28.003	-3.711	-13,3
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien, Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	2.873	2.882	-9	-0,3
Ertragsteueransprüche	347	753	-406	-53,9
Sonstige Aktiva	942	940	2	0,2
Summe Aktiva	178.083	199.301	-21.218	-10,6

Passiva

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.106	39.275	-5.169	-13,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.895	47.611	-3.716	-7,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.245	57.168	-8.923	-15,6
Handelspassiva	33.742	36.148	-2.406	-6,7
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.489	4.982	-1.493	-30,0
Rückstellungen	1.630	1.644	-14	-0,9
Ertragsteuerverpflichtungen	121	637	-516	-81,0
Sonstige Passiva	695	656	39	5,9
Nachrangkapital	5.073	4.363	710	16,3
Eigenkapital	7.087	6.817	270	4,0
Summe Passiva	178.083	199.301	-21.218	-10,6

Die Konzernbilanzsumme der Helaba nahm im Geschäftsjahr 2013 um 10,6% beziehungsweise 21,2 Mrd. € auf 178,1 Mrd. € ab. Der Rückgang der Bilanzsumme ist maßgeblich auf die Reduzierung der Forderungen an Kreditinstitute inklusive Barreserve sowie den bewertungsbedingten Abbau der Handelsaktiva zurückzuführen. Das Geschäftsvolumen, in das zusätzlich zu den Aktiva auch außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft und Treuhandgeschäfte eingehen, nahm um 10,1% auf 200,2 Mrd. € (2012: 222,7 Mrd. €) ab.

Die Forderungen an Kreditinstitute sind um 7,9% auf 21,4 Mrd. € (2012: 23,2 Mrd. €) gesunken, was insbesondere auf die Reduzierung der Tages- und Termingelder um 1,1 Mrd. € auf 4,2 Mrd. € sowie der gestellten Barsicherheiten um 1,4 Mrd. € auf 4,0 Mrd. € zurückzuführen ist. Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 11,9 Mrd. € (2012: 11,4 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den

Sparkassen in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Barreserve, bei der es sich im Wesentlichen um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank handelt, beträgt zum Bilanzstichtag 1,7 Mrd. € (2012: 8,9 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden verringerten sich geringfügig auf 90,7 Mrd. € (2012: 90,8 Mrd. €). Damit beträgt der Anteil an der Bilanzsumme 51,0 % (2012: 45,6 %). Von den Forderungen an Kunden betreffen 0,4 Mrd. € (2012: 0,7 Mrd. €) Wertpapiere, deren Ausweis im Zuge der Umkategorisierung im Geschäftsjahr 2008 geändert wurde (siehe hierzu Anhangangabe (67)). Auf gewerbliche Immobilienkredite entfallen 31,5 Mrd. € (2012: 30,7 Mrd. €).

Der Bestand an Wertberichtigungen auf Forderungen ist mit 1,2 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr unverändert. Von diesem Betrag entfallen 266 Mio. € (2012: 292 Mio. €) auf Portfoliowertberichtigungen, die auf nicht akut ausfallgefährdete Kreditengagements gebildet wurden.

Die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Handelsaktiva verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7 Mrd. € auf 32,3 Mrd. €. Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden, beträgt 20,3 Mrd. € (2012: 19,6 Mrd. €). Die Forderungen des Handelsbestands sind hingegen um 2,1 Mrd. € auf 3,3 Mrd. € und die positiven Marktwerte der zu Handelszwecken gehaltenen Derivate um 4,4 Mrd. € auf 8,5 Mrd. € gesunken.

Die Finanzanlagen, die zu 97 % aus Schuldverschreibungen bestehen, reduzierten sich um 3,8 Mrd. € auf 24,2 Mrd. €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 5,2 Mrd. € auf 34,1 Mrd. € gesunken. Auf Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie Nordrhein-Westfalen und Brandenburg entfallen 5,9 Mrd. € (2012: 8,4 Mrd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden mit 43,9 Mrd. € (2012: 47,6 Mrd. €) ausgewiesen. Hier haben sich insbesondere die Tages- und Termingelder und die aufgenommenen Schuldscheindarlehen verringert. Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen unverändert gegenüber dem Vorjahr 14,5 Mrd. € auf die Frankfurter Sparkasse. Die Bauspareinlagen haben sich leicht auf 3,8 Mrd. € (2012: 3,6 Mrd. €) erhöht.

Die verbrieften Verbindlichkeiten haben sich um 8,9 Mrd. € auf 48,2 Mrd. € reduziert. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen begründet, die zum Stichtag 31,5 Mrd. € (2012: 39,9 Mrd. €) betragen.

Die Handelspassiva sind von 36,1 Mrd. € im Vorjahr auf 33,7 Mrd. € zurückgegangen. Der Bestand an Verbindlichkeiten des Handelsbestands, die den Schwerpunkt der Handelspassiva bilden, beträgt 21,5 Mrd. € (2012: 17,9 Mrd. €). Die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sind hingegen um 4,3 Mrd. € auf 9,5 Mrd. € und die begebenen Geldmarktpapiere um 1,6 Mrd. € auf 2,6 Mrd. € gesunken.

Das Nachrangkapital beträgt 5,1 Mrd. € (2012: 4,4 Mrd. €).

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2013 beträgt das Eigenkapital des Konzerns 7,1 Mrd. € (2012: 6,8 Mrd. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf dem Gesamtergebnis von 359 Mio. € (2012: 374 Mio. €). In den Gewinnrücklagen sind kumulierte erfolgsneutral erfasste versicherungsmathematische Verluste aus Pensionsverpflichtungen nach latenten Steuern in Höhe von –152 Mio. € (2012: –169 Mio. €) enthalten. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Diskontierungszinssatzes zurückzuführen. Die erfolgsneutrale Neubewertungsrücklage nach latenten Steuern veränderte sich von 162 Mio. € auf 148 Mio. €. Zur Verminderung der Neubewertungsrücklage haben im Wesentlichen Bewertungsverluste beigetragen. Die Rücklage aus der Währungsumrechnung trägt mit –1 Mio. € (2012: 4 Mio. €) und die Rücklage aus Cashflow Hedges mit –17 Mio. € (2012: –23 Mio. €) zum Eigenkapital bei.

Ertragslage der Segmente

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Zum Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 510 Mio. € (2012: 512 Mio. €) trugen die einzelnen Segmente wie folgt bei:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2013	2012
Immobilien	261	312
Corporate Finance	160	61
Financial Markets	213	180
Asset Management	10	19
Verbundgeschäft	19	9
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	21	17
Frankfurter Sparkasse	120	155
Sonstige	–337	–215
Konsolidierung/Überleitung	43	–26
Konzern	510	512

Segment Immobilien

Im Segment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Diesem Geschäftssegment sind auch die immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen (OFB-Gruppe sowie GWH-Gruppe) zugeordnet.

Im Immobilienkreditgeschäft erhöhte sich im Geschäftsjahr 2013 das Abschlussvolumen im mittel-/ langfristigen Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um rund 20 % bei zufriedenstellenden Neugeschäftsmargen. Dadurch konnte die Zinsmarge im Bestand gegenüber dem Vorjahr leicht ausgeweitet werden. Durch die höhere Neugeschäftstätigkeit konnten zudem höhere transaktionsbedingte Erträge erzielt werden. Der in diesem Segment dominierende Zinsüberschuss stieg dadurch gegenüber dem Vorjahr um 12 % auf 390 Mio. € (2012: 348 Mio. €).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit –165 Mio. € im Wesentlichen bedingt durch die Vorsorge für ein Einzelengagement über dem Vorjahresniveau.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ist gegenüber dem Vorjahr um 16 Mio. € gestiegen. Hierin enthalten ist ein positiver Beitrag aus Zinssicherungsmaßnahmen der Immobilienöchter. Das sonstige betriebliche Ergebnis, in dem sich wesentlich der Ergebnisbeitrag der immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen niederschlägt, sank um 44 Mio. € auf 182 Mio. €, da 2012 ein Einmaleffekt aus dem Abgang einer Immobilie enthalten war. Der Verwaltungsaufwand in Höhe von –181 Mio. € liegt leicht unter dem Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments beträgt 261 Mio. € und liegt durch die höhere Risikovorsorge um 16 % unter dem in 2012 (312 Mio. €).

Segment Corporate Finance

Im Segment Corporate Finance werden die Ergebnisse des Geschäftsbereichs Corporate Finance, die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING auf Basis der At-Equity-Bilanzierung sowie weitere konsolidierte Beteiligungen gezeigt.

Der Zinsüberschuss im Segment Corporate Finance wird wesentlich durch Unternehmensfinanzierungen erzielt. Im Geschäftsbereich Corporate Finance entwickelte sich das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Neugeschäft insbesondere im vierten Quartal erfreulich, so dass gegenüber 2012 mit 4,3 Mrd. € insgesamt eine Steigerung von 6 % erreicht wurde. Der Zinsüberschuss stieg um 9 % von 279 Mio. € auf 305 Mio. €. Dazu trug auch die Übernahme von Forderungen gegenüber kommunalnahmen und Firmenkunden der WestLB/Portigon bei, die aufgrund des Zugangs zum Stichtag 1. Juli 2012 im Vorjahr nur zeitanteilig ergebniswirksam waren.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit –121 Mio. € um 11 % über dem Vorjahreswert (2012: –108 Mio. €).

Die Ergebnisse aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO, aus Finanzanlagen, aus at Equity bewerteten Unternehmen und das sonstige betriebliche Ergebnis werden von der HANNOVER LEASING sowie weiteren Beteiligungen geprägt. Der Ergebnisbeitrag dieser Positionen stieg gegenüber 2012 um 39 Mio. € an.

Der Verwaltungsaufwand sank gegenüber 2012 deutlich um 46 Mio. €. Dies lag wesentlich an dem Wegfall der in 2012 enthaltenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen konsolidierter Objektgesellschaften.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 160 Mio. € deutlich oberhalb dem in 2012 (61 Mio. €).

Segment Financial Markets

Das Geschäftssegment Financial Markets enthält die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance.

Der Zinsüberschuss im Segment resultiert wesentlich aus dem Kreditgeschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften sowie dem Geldhandel mit Kunden. Das inländische Kommunal-kreditgeschäft verlief im Geschäftsjahr 2013 mit einem Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft in Höhe von 1,5 Mrd. € dynamisch. Mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wurden in 2013 dagegen nur selektiv Neugeschäftsabschlüsse getätigt. Der Zinsüberschuss entwickelte sich daher leicht rückläufig.

Im Kapitalmarktgeschäft wurden die Kundenerträge gegenüber 2012 um rund 25 % ausgebaut. Dazu trugen unter anderem auch die Primärmarktaktivitäten mit Firmenkunden und Kommunen bei. Auch in 2013 trugen zusammenlaufende Spreads zum Ergebnis bei, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß als in 2012. Das Handelsergebnis reduzierte sich gegenüber 2012 (398 Mio. €) um 86 Mio. €, liegt mit 312 Mio. € aber auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Das Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO verbesserte sich um 140 Mio. € auf –49 Mio. €. 2012 wurde das Ergebnis stark durch Marktwertveränderungen aus Cross Currency Swaps belastet. Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beträgt 19 Mio. €.

Der Verwaltungsaufwand im Segment Financial Markets stieg um –30 Mio. € auf –165 Mio. € (2012: –135 Mio. €). Dieser relativ starke Kostenanstieg steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Übernahme von Beständen der NRW-Verbundbank. Der Anstieg des Verwaltungsaufwands wurde getrieben durch den Zugang von Personal für die Kundenbetreuung im Kapitalmarkt- und im Kommunal-kreditgeschäft, die kostenintensive IT-Integration von Handels- und bestandsführenden Systemen sowie Kosten für die Umsetzung der Anforderungen des zentralen Derivate-Clearings (CCP).



Siehe Glossar S. 206

Das Ergebnis vor Steuern des Segments liegt mit 213 Mio. € um rund 18 % über dem in 2012.

Segment Asset Management

Im Segment Asset Management werden die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Frankfurter Bankgesellschaft Gruppe (FBG) abgebildet.

Der Zinsüberschuss im Segment Asset Management reduzierte sich um rund 45 % auf 13 Mio. € (2012: 24 Mio. €). Der Rückgang resultierte aus dem geplanten Abbau von Kreditfinanzierungen mit Privatkunden in der Frankfurter Bankgesellschaft sowie einem reduzierten Zinsertrag aus Passivgeschäften aufgrund des niedrigen Zinsniveaus. Der Ausbau des Kundengeschäfts im Private Banking und Wealth Management schlug sich in der Frankfurter Bankgesellschaft mit einem leichten Anstieg der Provisionen (+2 Mio. €) nieder.

Im Asset Management der Helaba Invest konnten die Assets under Control um rund 7 % ausgedehnt werden und trugen somit zu höheren Provisionsbeiträgen (+1 Mio. €) bei.

Der Verwaltungsaufwand blieb im Segment trotz erhöhter Mitarbeiterzahlen (Helaba Invest) sowie Abschreibungen auf IT-Investitionen (FBG) auf dem Vorjahresniveau (–69 Mio. €).

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt aufgrund des rückläufigen Zinsergebnisses mit 10 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2012: 19 Mio. €).

Segment Verbundgeschäft

Im Segment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) erfasst.

Mit der Integration der NRW-Verbundbank und der Übernahme der Sparkassenzentralfunktion für alle Sparkassen in Nordrhein-Westfalen und Brandenburg werden in der Verbundbank ab dem 1. Juli 2012 Erträge aus übernommenen sowie aus neuen Geschäften mit dieser Kundengruppe abgebildet. So stieg der Zinsüberschuss der Verbundbank wesentlich durch das Metakreditgeschäft und das Zertifikatengeschäft um rund 16 % auf 41 Mio. € (2012: 35 Mio. €). Trotz Ausdehnung des Metakreditgeschäfts blieb die Risikovorsorge zum Stichtag 31. Dezember 2013 mit rund –5 Mio. € auf dem Vorjahresniveau von –5 Mio. €. Der Provisionsüberschuss im Segment stieg wesentlich durch die Übernahme des Zahlungsverkehrs auf 35 Mio. € (2012: 18 Mio. €). Das Handelsergebnis (Kundenergebnisse mit Sparkassen) liegt mit 23 Mio. € ebenfalls über dem Vorjahresniveau (2012: 16 Mio. €).

Der Verwaltungsaufwand der Verbundbank stieg durch die Übernahme der diesem Segment zugeordneten Mitarbeiter (+177) der NRW-Verbundbank sowie zugehöriger Sach- und Systemkosten um 15 % auf –95 Mio. € an (2012: –83 Mio. €).

Das Bruttoneugeschäft der LBS Hessen-Thüringen entwickelte sich im Berichtszeitraum nach der Einführung einer neuen Tarifgeneration erwartungsgemäß verhaltener. Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahresendwert um 6,0 % an. Der Zinsüberschuss ging aufgrund der historisch niedrigen Anlagerenditen um 9 % auf 61 Mio. € (2012: 67 Mio. €) zurück. Durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenreduzierung blieb der Verwaltungsaufwand der LBS mit –42 Mio. € (2012: –43 Mio. €) leicht unter Vorjahresniveau.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Verbundgeschäft liegt mit 19 Mio. € oberhalb des Vorjahresergebnisses (2012: 9 Mio. €).

Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft

Im Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) dargestellt.

Der Zinsüberschuss im Segment stieg durch die Ausweitung der Infrastruktur-, Wohnraum- und Wirtschaftsförderung gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 47 Mio. € (2012: 43 Mio. €). Der Anstieg des Provisionsüberschusses um 2 Mio. € auf 34 Mio. € (2012: 32 Mio. €) resultierte aus der Übernahme neuer Tätigkeiten im Rahmen der Landwirtschaftsförderung und des Regionalfonds Fluglärmenschutz. In 2013 unterstützte die WIBank – neben der konsequenten Fortsetzung der bestehenden Programme – das Land Hessen bei der Umsetzung des kommunalen Schutzschilds zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften.

Der Verwaltungsaufwand lag zum Jahresultimo leicht über dem in 2012 bei –60 Mio. €.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 21 Mio. € über dem Vorjahresergebnis (2012: 17 Mio. €).

Segment Frankfurter Sparkasse

Das Segment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstituts als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab.

Der Zinsüberschuss im Segment Frankfurter Sparkasse reduzierte sich um 3 % auf 293 Mio. € (2012: 303 Mio. €). Ursächlich dafür waren Ertragsrückgänge bei den Treasury-Positionen infolge des niedrigen Zinsniveaus.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von –10 Mio. € liegt deutlich unterhalb des geplanten Werts. Im Vergleichszeitraum 2012 fiel keine Risikovorsorge an.

Der Provisionsüberschuss liegt mit 70 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau (2012: 68 Mio. €). Das Ergebnis aus Finanzanlagen enthält Abschreibungen auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für die Landesbank Berlin Holding AG. In 2013 wurden diese allerdings nahezu vollständig durch Einlösungsgewinne aus Wertpapierverkäufen kompensiert.

Der Verwaltungsaufwand stieg leicht auf –248 Mio. € (2012: –247 Mio. €).

Das Ergebnis vor Steuern im Segment liegt mit 120 Mio. € unterhalb des Vorjahresergebnisses (2012: 155 Mio. €).

Segment Sonstige

In dem Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können.

In der Eigenmittelanlage wurde durch das niedrige Zinsniveau ein deutlich geringerer Zinsertrag als 2012 erzielt.

Im Verwaltungsaufwand belasteten rund –11 Mio. € höhere Personalkosten aus übernommenen Verbundbankmitarbeitern des Cash Managements, des Depotservices sowie der Corporate-Center-Funktionen. In diesen Bereichen fielen darüber hinaus hohe Kosten für die projekthafte Integration der Verbundbank an.

Im Segment Sonstige werden neben den Kosten der Corporate Center auch weitere zentrale Strukturkosten abgebildet, die nicht auf die Geschäftsbereiche verteilt werden. Dazu gehört die für die Übergangphase bis Mitte 2014 vereinbarte Servicierungspauschale an die Portigon mit –68 Mio. € (–38 Mio. € gegenüber der zeitanteiligen Berücksichtigung im Vorjahr). Im Segment wurde ferner die Bankenabgabe mit –47 Mio. € (2012: –26 Mio. €) abgebildet. Ebenfalls zentral abgebildet wurde der Aufwand für regulatorisch getriebene Großprojekte (MaSan, IFRS 9).

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis waren zum Stichtag ein Impairment auf den Goodwill der NRW-Verbundbank in Höhe von –16 Mio. € sowie eine Rückstellungsaufwendung für das laufende Kostensenkungsprogramm in Höhe von –18 Mio. € enthalten.

Das Ergebnis des Segments liegt somit bei – 337 Mio. € (2012: – 215 Mio. €) und wird damit gegenüber dem Vorjahr wesentlich durch das niedrige Zinsniveau, Effekte aus der Übernahme der NRW-Verbundbank zum Stichtag 1. Juli 2012 sowie zentrale Strukturkosten geprägt.

Segment Konsolidierung/Überleitung

Unter dem Segment Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls in diesem Segment berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Das Ergebnis des Segments liegt bei 43 Mio. € (2012: – 26 Mio. €).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2013 nicht ergeben.

Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken, die Ziele der Risikosteuerung und die Maßnahmen zur Zielerreichung in der Helaba und den in das gruppenweite Risikomanagement eingebundenen Unternehmen fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Das Risikomanagementsystem ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausge-reifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen, wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen, wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiter-entwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Ge-
schäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite
Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der
Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der
Einschätzung der damit verbundenen, im Rahmen der Risikoinventur festgelegten wesentlichen
Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrate-
gie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba-Gruppe. Bei den Tochterunternehmen
werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tat-
sächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert. Darüber hinaus werden die Konzern-Unternehmen
unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und der gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten in das
Controllinginstrumentarium der einzelnen Risikoarten eingebunden. Damit wird ein gruppenweites
Risikocontrolling sichergestellt.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung
der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei
bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen
bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmecha-
nismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings
sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße ge-
gen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwi-
schen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser
Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass das angemessene Verhältnis
laufend überwacht und bei bestehenden beziehungsweise möglichen Diskrepanzen dem entspre-
chenden Kompetenzträger aufgezeigt wird.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit
von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort
zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Regelungen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die regulatorische Kapitalunterlegung der Helaba sowie die Ermittlung des regulatorischen Kapitals erfolgen seit 2007 nach den Regelungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Ab 2014 wird die Capital Requirements Regulation (CRR) für die regulatorische Kapitalunterlegung und Kapitalermittlung maßgeblich sein.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängen von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit. Im Rahmen der strukturierten Risikoinventur wird regelmäßig (und gegebenenfalls anlassbezogen) überprüft, welche Risiken die Vermögenslage (inklusive Kapitalausstattung), die Ertragslage oder die Liquiditätslage der Helaba-Gruppe wesentlich beeinträchtigen können. Folgende wesentliche Risikoarten wurden identifiziert:

- Das Adressenausfallrisiko beziehungsweise Kreditrisiko ist das ökonomische Verlustpotenzial aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern (klassisches Kreditgeschäft), Emittenten, Kontrahenten oder Beteiligungen sowie aufgrund von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder Leistungsverkehrs (Länderrisiko). Die Bestimmung des ökonomischen Verlustpotenzials erfolgt auf Basis interner oder externer Bonitätsbeurteilungen sowie von der Helaba selbst geschätzter beziehungsweise aufsichtsrechtlich vorgegebener Risikoparameter. Bonitätsrisiken, die im Marktpreisrisiko unter dem Credit-Spread-Risiko und dem inkrementellen Risiko abgebildet werden, sind nicht Bestandteil des Adressenausfallrisikos.
- Unter das Adressenausfallrisiko fällt auch das Beteiligungsrisiko (Residualrisikoart) als ökonomisches Verlustpotenzial, das sich aus einem Ausfall oder einer Bonitätsverschlechterung einer Beteiligung ergibt, die nicht auf Ebene der Einzelrisikoarten gesteuert wird. In der Folge kann es zu einem Rückgang des Anteilswerts, zu ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, zu Verlustübernahmen oder zu Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen kommen.
- Das Marktpreisrisiko ist das wirtschaftliche Verlustpotenzial, das aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze, der Devisenkurse, der Aktienkurse und der Rohwarenpreise sowie ihrer Volatilitäten resultiert. Dabei führen Veränderungen des Zinsniveaus eines Marktsegments zu allgemeinen Zinsänderungsrisiken, spezifische Zinssatzveränderungen (zum Beispiel eines Emittenten) zu Credit-Spread-Risiken und Preisveränderungen bonitätsbehafteter Wertpapiere aus Rating-Veränderungen (inklusive Default) zu inkrementellen Risiken.
- Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich aus einem unausgewogenen Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur und einer ungünstigen Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Vermögensgegenständen, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird definiert als die Gefahr von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Operationelle Risiken umfassen auch Rechtsrisiken, die wie folgt definiert sind: Risiken von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen sowie rechtlich nicht durchsetzbarer Ansprüche. Hierzu gehört auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte Verluste zu erleiden.
- Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.
- Unter dem Immobilienrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt oder Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen können innerhalb einer und zwischen verschiedenen Risikoarten entstehen. Das Management der Risikokonzentrationen – das heißt die Identifizierung, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung – sowie die Berichterstattung über identifizierte Risikokonzentrationen erfolgen in der Helaba von den risikoüberwachenden Bereichen gemäß ihren Zuständigkeiten für wesentliche Risikoarten, Risikotragfähigkeit und Stresstests.

Sowohl Konzentrationen innerhalb einer Risikoart (Intra-Konzentrationen) als auch zwischen den Risikoarten (Inter-Konzentrationen) werden analysiert und sind in die Berichts- und Entscheidungsprozesse des Risikomanagements integriert. Für Risikokonzentrationen aus Adressenausfallrisiken wird, zusätzlich zur Limitsteuerung, in der Risikotragfähigkeitsrechnung ein Kapitalpuffer bereitgehalten. Zwischen den Risikoarten werden keine risikomindernden Diversifikationseffekte in der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt. Ferner werden durch die Ausgestaltung des risikartenübergreifenden Stress-Szenarios der extremen Marktverwerfungen die für die Helaba wesentlichen Risikokonzentrationen zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba beziehungsweise die in das Risikomanagement auf Gruppenebene eingebundenen Gesellschaften bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung für die einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Sie umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfallrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der operationellen Risiken, der Geschäftsrisiken und der Immobilienrisiken. Zielsetzung sind die frühestmögliche Erkennung von Risiken in der Helaba-Gruppe, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie zum Beispiel Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstands beziehungsweise des Verwaltungsrats oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikomanagement der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Einbindung von gruppenangehörigen Unternehmen in das Risikomanagement auf Gruppenebene erfolgt unter Berücksichtigung der Risiken, die im Rahmen der jährlichen oder auch einer anlassbezogenen Risikoinventur ermittelt werden. Die Identifikation der Risiken im Rahmen der Risikoinventur findet dabei auf Ebene der direkten Beteiligungen der Helaba statt, das heißt, diese gruppenangehörigen Unternehmen bewerten das Risiko gesamthaft, also auch für die jeweils eigenen Beteiligungen. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Einbeziehungskreises sind alle handelsrechtlichen direkten Beteiligungen des Einzelinstituts sowie Zweckgesellschaften und Sondervermögen. Der Einbeziehungskreis für die Durchführung der regelmäßigen Risikoinventur ergibt sich aus gruppenangehörigen Unternehmen, für die eine wirtschaftliche, juristische oder ökonomische Notwendigkeit zur Einbeziehung besteht. Die Festlegung des Einbeziehungskreises erfolgt hierbei anhand eines Kriterienkatalogs. Nicht in die Risikoinventur einbezogene gruppenangehörige Gesellschaften werden im residualen Beteiligungsrisiko eingebunden.

Als Ergebnis der Wesentlichkeitsbewertung der Risikoinventur wird bestimmt, welche gruppenangehörigen Gesellschaften mit welchen Risikoarten in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden sind und welche gruppenangehörigen Gesellschaften über das residuale Beteiligungsrisiko eingebunden werden. Werden die Risikopotenziale einer gruppenangehörigen Gesellschaft als wesentlich eingestuft, ist die gruppenangehörige Gesellschaft entsprechend klaren und verbindlichen Standards und Vorgaben in das Risikomanagement auf Gruppenebene einzubinden.

Des Weiteren hat das gruppenangehörige Unternehmen für seine eigenen Risiken, die der Risikoart auf Gruppenebene zugeordnet sind, einen geeigneten Risikomanagementprozess einzurichten. Die Art und Weise der Einbindung wird durch die jeweiligen Risikoarten- und Methodenverantwortlichen festgelegt. Dabei gestaltet sich die Einbindung in die Methoden des Risikomanagementprozesses je nach Risikoart unterschiedlich.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und Risikosteuerung ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken inklusive Beteiligungsrisiken	Marktbereiche, Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisikocontrolling (Portfolioebene), Credit Risk Management (Einzelengagementebene), Vorstandsstab und Konzernstrategie (residuales Beteiligungsrisiko)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel), Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisikocontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Geschäftsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisikocontrolling, Risikocontrolling Handel
Immobilienrisiken	Immobilienmanagement, gruppenangehörige Unternehmen mit Immobilienrisiken	Kreditrisikocontrolling, Immobilienmanagement

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision

Die interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank sowie von Tochtergesellschaften. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der internen Revision.

Kapitalmarkt-Compliance, Compliance Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung sowie Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle Kapitalmarkt, des Datenschutzes und der Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung eingerichtet.

Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt berät die operativen Bereiche, überwacht und bewertet die Grundsätze, Prozesse und Verfahrensweisen insbesondere im Hinblick auf die Anforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung (WpDVerOV) und der WpHG-Mitarbeiteranzeige-Verordnung (WpHGMAAnzV), Verlautbarungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie einschlägige Verlautbarungen der European Securities and Markets Authority (ESMA). Darüber hinaus bewertet die Compliance-Stelle Kapitalmarkt inhärente Risiken und kontrolliert die Einhaltung der relevanten aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Compliance-Stelle Kapitalmarkt führt die Überwachungshandlungen regelmäßig und risikoorientiert auf Basis eines Überwachungsplans durch, der auf einer zuvor vorgenommenen Risikoanalyse basiert. Sie überwacht dabei insbesondere das Verbot von Insidergeschäften und identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit Risikopotenzialen.

Die Compliance-Stelle Geldwäsche- und Betrugsbekämpfung entwickelt interne Grundsätze sowie angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Als Grundlage für die zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen dienen unter anderem die Gefährdungsanalyse des Konzerns (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung sowie Betrugsbekämpfung) sowie die Group Policy, die die allgemeinen Rahmenbedingungen des Konzerns wiedergibt, die den nationalen und internationalen aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen. Mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software erfolgt eine kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehungen.

Die Datenschutzbeauftragte wirkt auf die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze hin und nimmt die Überwachungs-, Beratungs-, Koordinations-, Vorschlags- und Berichtsfunktion wahr.

Diese unabhängigen Funktionen sind unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass alle wesentlichen Risiken im Helaba-Konzern jederzeit durch Risikodeckungsmasse abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. In 2013 wurden wesentliche Weiterentwicklungen der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba vorgenommen.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Geschäfts- sowie Immobilienrisiken ein. Dabei werden im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung Risikopotenziale sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als weitere Ergebnisgrößen ausgewiesen.

Die Darstellung der Risikotragfähigkeit basiert auf einem Zeithorizont von einem Jahr. Sowohl Risikopotenziale als auch Risikodeckungsmassen sind für diesen Zeitraum konzipiert und quantifiziert.

Zusätzlich zu einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Dabei werden ein makroökonomisches Stress-Szenario und ein Szenario extremer Marktverwerfungen, dessen Basis beobachtete Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden, betrachtet. Darüber hinaus werden inverse Stresstests durchgeführt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung der Helaba werden zwei unterschiedliche Steuerungskreise abgebildet, die der aufsichtsrechtlichen Unterscheidung in einen Fortführungsansatz (auch Going Concern-Ansatz genannt) und einen Liquidationsansatz (auch Gone Concern-Ansatz genannt) entsprechen.

Im Fortführungsansatz erfolgt der Nachweis, dass die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen auch bei schlagend werdenden erwarteten und unerwarteten Verlusten eingehalten werden können. Die Quantifizierung der Risikopotenziale erfolgt hier zu einem 95,0 %-Konfidenzniveau. Im Liquidationsansatz der Risikotragfähigkeit wird nachgewiesen, dass selbst im unwahrscheinlichen Fall schlagend werdender seltener und schwerer Verlustausprägungen (erwartete sowie unerwartete Verluste zu einem Konfidenzniveau von 99,9 %) das Kapital des Helaba-Konzerns ausreicht, um die Gläubiger in voller Höhe zu befriedigen.

 [Siehe Glossar S. 206](#)

Im Rahmen des Fortführungsansatzes werden die gesamten ökonomischen Risikopotenziale der Risikotragfähigkeitsrechnung einem nachhaltigen Ergebnis vor Risiken, dem Aufwand zur Bedienung der nicht gehärteten stillen Einlage sowie den regulatorisch nicht gebundenen Eigenmitteln (je nach Szenario abzüglich eines intern definierten Risikopuffers) gegenübergestellt. Zur Analyse der Auswirkungen auf die regulatorischen Kapitalquoten werden im Fortführungsansatz auch die Auswirkungen der Stress-Szenarien auf den regulatorischen Kapitalbedarf sowie auf die regulatorischen Eigenmittel quantifiziert.

Der Fortführungsansatz, der als Ergebnisgröße die regulatorischen Kapitalquoten betrachtet, ist eng mit der Kapitalallokation in der Helaba verzahnt. Die Allokation des regulatorischen Kapitals auf Geschäftsbereiche und Konzerneinheiten der Helaba erfolgt unter Berücksichtigung der damit verbundenen erwarteten Entwicklungen von Gesamt- und Kernkapitalquote. Hiermit wird die Konsistenz zwischen der Kapitalallokation bei Annahme einer Vollauslastung der Limite und der sich hieraus ergebenden Ergebnisgröße der Risikotragfähigkeitsrechnung sichergestellt. Zusätzlich erfolgt eine Limitierung der ökonomischen Risikopotenziale, so dass bei gleichzeitiger Auslastung der regulatorischen Allokation und auch der ökonomischen Risikopotenziale sichergestellt ist, dass die intern vorgegebenen Mindestkapitalanforderungen selbst bei schlagenden ökonomischen Risiken nicht unterschritten werden.



Siehe Glossar S. 206

Im Liquidationsansatz wird eine auf dem IFRS-Rechnungslegungswerk basierende ökonomische Deckungsmasse zur Abdeckung des internen Kapitalbedarfs herangezogen. Komponenten sind das zum Berichtsstichtag aufgelaufene Konzernergebnis, das Eigenkapital sowie das Nachrangkapital nach IFRS. Zusätzlich erfolgt eine ökonomisch bedingte Korrektur von Deckungsmassenbestandteilen. Stille Reserven werden im Liquidationsansatz nicht als Deckungsmassenkomponente angesetzt.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2013 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario des Fortführungsansatzes besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen, nach Berücksichtigung eines internen Risikopuffers, ein Kapitalpuffer in Höhe von 3,2 Mrd. €. Im Liquidationsansatz besteht gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen ein Kapitalpuffer in Höhe von 7,3 Mrd. € (2012: 6,8 Mrd. €).

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 beträgt die regulatorische Gesamtkapitalquote 17,4 % (2012: 15,9 %) und die Kernkapitalquote 12,8 % (2012: 11,2 %) im Helaba-Konzern. Auch bei einem simulierten Eintritt der Stress-Szenarien liegen die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Darüber hinaus führt die Helaba zwei inverse Stresstests durch, um zu untersuchen, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährden könnten. Dabei werden in den Szenarien „Unterschreitung der Mindestkapitalanforderungen“ sowie „Illiquidität“ die Auswirkungen diverser wirtschaftlicher Ereignisse untersucht, die zur Nichteinhaltung der regulatorischen Gesamtkapitalquote beziehungsweise zum vollständigen Verbrauch der Liquiditätsreserven führen könnten. Derzeit bestehen keinerlei Anzeichen für einen Eintritt dieser Szenarien.

Weitere Sicherungsmechanismen

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutsichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbeson-

dere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoring-System zur Früherkennung besonderer Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse und die Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, ein Tochterunternehmen der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Im Dezember 2013 haben sich Europäisches Parlament, Europäischer Rat und EU-Kommission auf die Inhalte der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie geeinigt. Die Sicherheitsreserve der Landesbanken und Girozentralen sowie die weiteren institutssichernden Einrichtungen des bundesweiten Haftungsverbands können, nach Durchführung erforderlicher Änderungen, auch unter der künftigen EU-Einlagensicherungsrichtlinie erhalten bleiben.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute (Helaba, Sparkassen) ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 % der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute und beträgt Ende 2013 insgesamt 514 Mio. €. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Im Zuge ihrer Mitte 2012 erfolgten Beteiligung am Stammkapital der Helaba (jeweils 4,75 %) haben auch der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) und der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband (SVWL) jeweils einen zusätzlichen regionalen Reservefonds einseitig für die Helaba geschaffen.

Für das Förderinstitut WIBank, das als rechtlich unselbstständige Anstalt in der Landesbank Hessen-Thüringen organisiert ist, besteht gesetzlich geregelt und in Übereinstimmung mit den EU-beihilferechtlichen Anforderungen eine unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfelds als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete, einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) verbindlich festgelegt wurde. In der Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Teilrisikostrategie Adressenausfallrisiken wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kreditportfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt.

Basel II/Basel III

Die Regelung zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Säule 1 von Basel II/EU-Capital Requirements Directive), mit der weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt und mit der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in Deutschland umgesetzt wurden, läuft mit Ende des Jahres 2013 aus. Ab dem 1. Januar 2014 tritt die neue EU-Verordnung der Capital Requirements Regulation (CRR) auf Basis von Basel III in Kraft. Die CRR regelt zukünftig die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und -unterlegung der Institute, die bislang durch die SolvV geregelt wurden. Mit der Einführung der CRR gehen ergänzende und verschärfte Regelungen von Eigenkapitalausstattung und -unterlegung einher.

Aktuell wendet die Helaba den Basisansatz für interne Ratings an. Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risikodatenpool sind die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen nach Basel II/SolvV beziehungsweise künftig Basel III/CRR in den Verfahren und Systemen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzernebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Geschäftsbereiche alloziert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

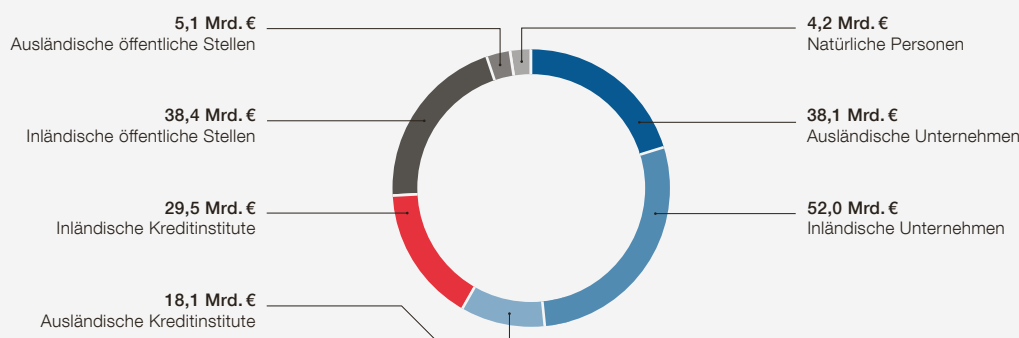
Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (zum Beispiel Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter sonstige wirtschaftliche Risiken Sekundärrisiken, zum Beispiel aus Leasingengagements (Leasingnehmer) oder aus erhaltenen Bürgschaften und Garantien, beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2013, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Helaba Asset Services¹⁾, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) in Höhe von 185,4 Mrd. € (2012: 207,4 Mrd. €), aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt. Der Rückgang des Gesamtkreditvolumens in 2013 resultiert vorwiegend aus der Reduktion von Überschussliquidität der Bank.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen (enger Konzernkreis)

(Grafik 1)



Entsprechend dem Geschäftsmodell liegt der Schwerpunkt der Kreditaktivitäten der Helaba zum 31. Dezember 2013 in den Branchen Kreditgewerbe, öffentliche Stellen sowie Grundstücks- und Wohnungswesen.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bank verfügt über 15 in Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) beziehungsweise anderen Landesbanken entwickelte Rating-Verfahren sowie drei selbstentwickelte Rating-Verfahren. Diese Verfahren basieren auf statistischen Modellen und ordnen die Kreditengagements unabhängig von der Kunden- oder Objektgruppe kardinal über eine 25-stufige Ausfall-Rating-Skala einer festen Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default – PD) zu.

Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäfts ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäfts (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Helaba hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss – EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

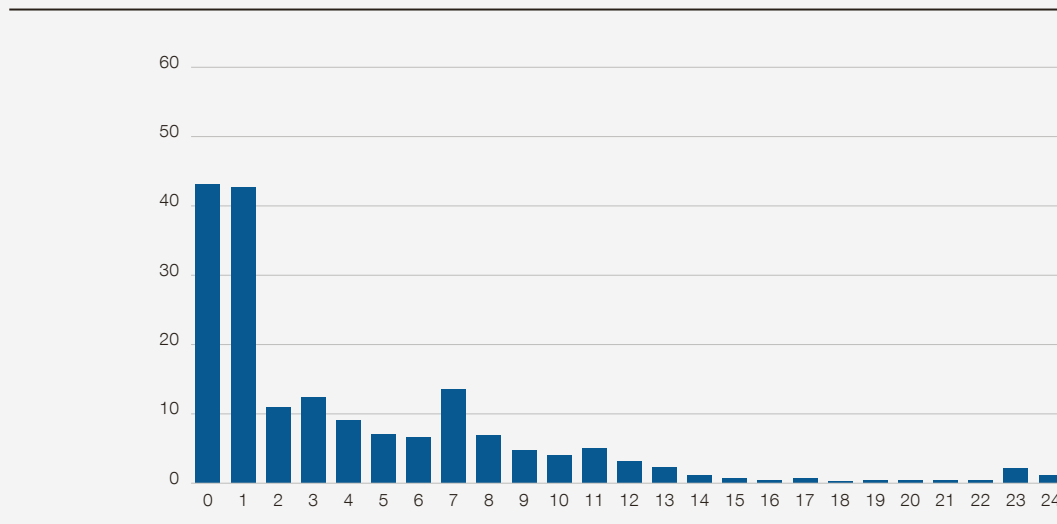
¹⁾ Helaba Asset Services firmierte bis zur Rückgabe der irischen Banklizenz im Dezember 2013 als Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International.

Im engen Konzernkreis (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG) teilt sich das Gesamtkreditvolumen in Höhe von 185,4 Mrd. € nach Risiko-Rating-Klassen wie in Grafik 2 dargestellt auf.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen (enger Konzernkreis)

(Grafik 2)

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risikodatenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (zum Beispiel Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung, das heißt, dass das zunächst nach dem strengen Domizilprinzip dem Sitzland des Kreditnehmers zugeordnete Risiko unter bestimmten Voraussetzungen

auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cashflow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen wird.

Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Asset Services, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2013 belief sich auf weniger als das Dreifache des haftenden Eigenkapitals.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme weniger Länder der Eurozone und weiterer insbesondere unter Transferrisikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der vorstandsunmittelbaren Abteilung Volkswirtschaft überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Credit Risk Management das Zweitvotum als abschließenden Limitvorschlag für den VS-KA abgibt. Der VS-KA setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Die Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken aus Ausleihungen der Helaba im engen Konzernkreis an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland in Höhe von 42,9 Mrd. € (2012: 44,4 Mrd. €) konzentrieren sich regional vorwiegend auf Europa (82,7 %) und Nordamerika (14,4 %). Sie sind per 31. Dezember 2013 zu 91,7 % (2012: 92,8 %) den Länder-Rating-Klassen 0 und 1 zugeordnet. Weitere 6,8 % (2012: 5,7 %) werden in den Rating-Klassen 2–9 generiert. Lediglich 0,3 % (2012: 0,1 %) sind mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Engagement in ausgewählten europäischen Staaten

Per 31. Dezember 2013 betrug das Nettoexposure der Helaba im engen Konzernkreis gegenüber Kreditnehmern in den GIIPS-Staaten 5,2 Mrd. € (2012: 6,7 Mrd. €). Es teilt sich wie folgt auf:

in Mio. €

	Griechenland		Irland		Italien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Länder-Rating intern (LCR)	23	23	8	8	11	9
Länder-Rating extern (S&P/Moody's)	B-/Caa3	SD/C	BBB/Ba1	BBB+/Ba1	BBB/Baa2	BBB+/Baa2
Sektor						
Staat	0	0	0	38	260	266
Banken	3	3	15	48	872	1.297
sonstige Finanzunternehmen	0	0	0	19	14	23
Corporates	177	0	275	216	213	332
Sonstige (inkl. nat. Personen)	0	0	4	7	34	44
Direktes Bruttoexposure	180	3	294	328	1.393	1.962
abzgl. Sicherheiten	-177	0	-121	-120	-71	-160
Direktes Nettoexposure	3	3	173	208	1.322	1.802

in Mio. €

	Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Länder-Rating intern (LCR)	14	14	11	9
Länder-Rating extern (S&P/Moody's)	BB/Ba3	BB/Ba3	BBB-/Baa3	BBB-/Baa3
Sektor				
Staat	3	25	1.060	1.207
Banken	22	20	762	1.016
sonstige Finanzunternehmen	0	0	545	894
Corporates	34	31	1.256	1.434
Sonstige (inkl. nat. Personen)	4	7	111	135
Direktes Bruttoexposure	63	83	3.734	4.686
abzgl. Sicherheiten	0	17	-67	-93
Direktes Nettoexposure	63	100	3.667	4.593

Gegenüber Kreditnehmern in den Staaten Malta, Slowakei, Slowenien und Zypern betrug das Nettoexposure per 31. Dezember 2013 insgesamt 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. € (2012: 0,2 Mrd. €, davon Slowakei 0,1 Mrd. €).

Genehmigungsverfahren

Das Genehmigungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrats beziehungsweise eines seiner Aus-

schüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risikobeurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend den MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Markt-bereich sowie den zuständigen Credit-Risk-Management-Bereich.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klasse der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung erwarteter und unerwarteter Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risikodatenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des Expected Loss einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung für regulatorische Zwecke erfolgt auf Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorisch vorgegebener LGDs (LGD – Loss-Given-Default). Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV (künftig: CRR) vorzuhaltende Eigenkapital ebenfalls einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung verwendet. Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stress-situationen aufzuzeigen.

Adressenausfallrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz (HGB) der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 806 Mio. € quantifiziert (2012: 948 Mio. €). Der Rückgang in 2013 ist Folge methodischer Anpassungen sowie des Abbaus des Portfoliovolumens.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäfts sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstands und den Verwaltungsrat-Risiko- und Kreditausschuss (bis 31. Dezember 2013: Verwaltungsrat-Kreditausschuss) berichtet.

Der Gesamtbuchwert des Beteiligungsportfolios ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Beteiligungsrisiken sind per 31. Dezember 2013 im Fortführungsansatz der Risikotragfähigkeitsrechnung mit einem ökonomischen Risikopotenzial von 31 Mio. € quantifiziert (2012: 34 Mio. €).

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für ihre effektive Begrenzung und Steuerung. Auf Basis einer Risikoinventur werden in Abhängigkeit von der Geschäftstätigkeit die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen. Schwerpunkte bilden die Tochtergesellschaften Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services. Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt nach den Methoden der Helaba.

Der strategische Schwerpunkt der Handelsaktivitäten liegt auf dem kundengetriebenen Geschäft, das durch ein bedarfsorientiertes Produktangebot unterstützt wird. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuchs liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung der Refinanzierung sowie das Management der Zins- und Liquiditätsrisiken des Bankbuchs. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen. Diese Zuständigkeiten gelten analog für die Mitte des Jahres 2012 übernommenen Geschäfte der früheren WestLB.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrats eingebunden. Er genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits alloziert der Risikoausschuss über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. Darüber hinaus werden in den Handelsbereichen eigenständig Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch der Bank und des Konzerns sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme sowie eine intensive Datenpflege tragen wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Im Berichtsjahr wurde die Abbildung von Credit-Spread-Risiken weiter ausgebaut. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produkts setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und das Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests, die Messung von Residualrisiken und Sensitivitätsanalysen für Credit-Spread-Risiken sowie durch die Betrachtung inkrementeller Risiken für das Handelsbuch ergänzt wird. Das **Money-at-Risk (MaR)** gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle er-

mittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolios) zum Jahresultimo 2013 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Hier wurde im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung zum Jahresanfang 2013 die Anzahl der zur Bewertung eingesetzten rating- und sektorabhängigen Zinskurven erhöht. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 83 % (2012: 84 %) auf Positionen in Euro und 11 % (2012: 9 %) auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund. Die Credit-Spread-Sensitivität im Handelsbuch beträgt 6 Mio. € (2012: 5 Mio. €), im Bankbuch 8 Mio. € (2012: 11 Mio. €). Das neu eingeführte Residualrisiko beläuft sich für den Konzern auf 27 Mio. €. Das inkrementelle Risiko im Handelsbuch beträgt bei einem Betrachtungshorizont von einem Jahr und einem 99,9 %-Konfidenzniveau 171 Mio. € (2012: 247 Mio. €). Im Basisszenario des Fortführungsansatzes für die Risikotragfähigkeitsrechnung ergibt sich aus Marktpreisrisiken für den Konzern ein ökonomisches Risikopotenzial in Höhe von 350 Mio. € (2012: 286 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf Modelländerungen aufgrund aufsichtsrechtlicher Anforderungen zurückzuführen.

Konzern-MaR nach Risikoarten

(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt	83	62	65	47	2	2	16	13
Handelsbuch	28	16	26	13	0	2	1	1
Bankbuch	66	50	48	36	2	0	15	14

Für die restlichen Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommen bis voraussichtlich im zweiten Quartal 2014 die Risikomesssysteme der Portigon AG zum Einsatz. Allen Risikomesssystemen liegen ein modifizierter **Varianz-Kovarianz-Ansatz** oder eine **Monte-Carlo-Simulation** zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.



Siehe Glossar S. 206

Siehe Glossar S. 206

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes **internes Modell** gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich unterschiedliche rating-abhängige Government-, Financials- und Corporate-Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.



Siehe Glossar S. 206

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangehenden Handelstags und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuchs (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Im Gesamtjahr 2013 betrug das durchschnittliche MaR 33 Mio. € (2012: 17 Mio. €), der maximale Wert 44 Mio. € (2012: 22 Mio. €) und der minimale Wert 26 Mio. € (2012: 13 Mio. €). Der Risikoanstieg gegenüber 2012 ist im Wesentlichen auf die Erweiterung des Zinskurvenspektrums (Einführung zusätzlicher rating- und sektorabhängiger Risikofaktoren) in der Risikobemessung zum Jahresanfang 2013 zurückzuführen.

Tägliches MaR des Handelsbuchs im Geschäftsjahr 2013

(Grafik 4)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft Helaba Asset Services, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung in den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013

(Grafik 5)

o MaR in Mio. €

	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinsänderungsrisiko	29	15	28	18	36	13	27	13	30	15
Währungsrisiko	1	1	2	1	1	2	0	2	1	2
Aktienrisiko	2	1	2	1	1	1	1	2	2	1
Gesamtrisiko	32	16	32	19	38	16	28	16	33	17

Anzahl der Handelstage: 249 (2012: 250)

Für die Frankfurter Sparkasse ergibt sich im Handelsbuch im Jahresdurchschnitt ein MaR von 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €). Das durchschnittliche MaR des Handelsbuchs der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG beläuft sich auf 0 Mio. € (2012: 0 Mio. €).

Backtesting

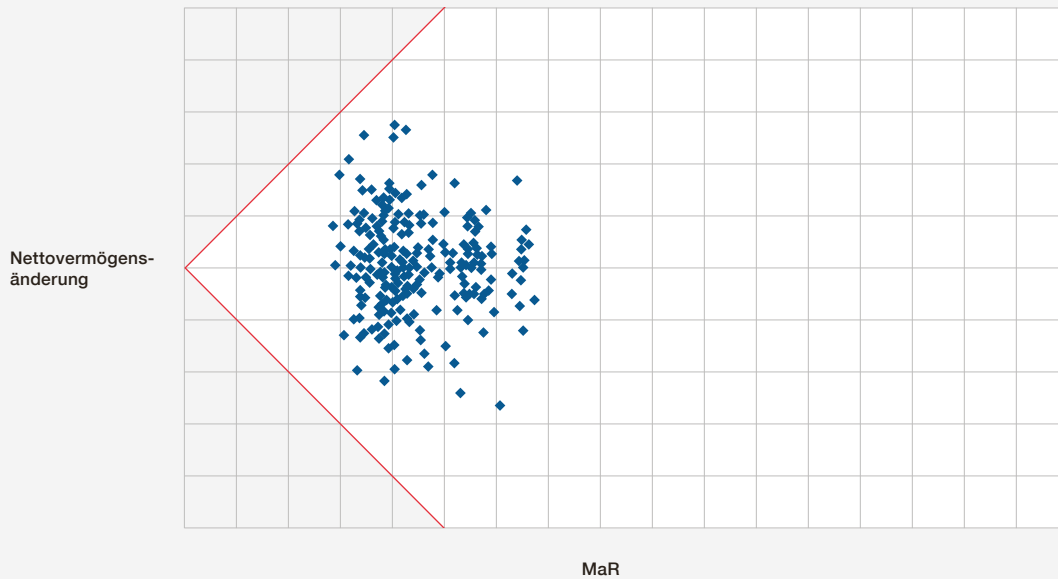
Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Marktpreisrisikoarten ein Clean **Backtesting** durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting der Helaba-Risikomodelle für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut zuzüglich Tochtergesellschaft Helaba Asset Services) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2013 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer).



Siehe Glossar S. 206

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2013
 (Grafik 6)



Im internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten $MaRC^2$ und ELLI besteht, traten im Jahr 2013 keine negativen Ausreißer auf (2012: keine negativen Ausreißer). Für das ebenfalls täglich durchgeführte Dirty Backtesting, bei dem der prognostizierte Risikobetrag der tatsächlichen Wertänderung gegenübergestellt wird, traten ebenso keine Ausreißer auf (2012: keine Ausreißer).

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spread-Änderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des Financial Sector Assessment Program (FSAP) des Internationalen

Währungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba und inverse Stresstests ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Abbildung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil regulatorischer Anforderungen. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Dabei werden gemäß den Festlegungen der Bankenaufsicht ein Zinsanstieg und eine Zinssenkung um 200 Basispunkte untersucht. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2013 im ungünstigen Fall zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 252 Mio. € führen (2012: 96 Mio. €). Dabei entfallen auf die Heimatwährung 233 Mio. € (2012: 79 Mio. €) und auf Fremdwährungen 19 Mio. € (2012: 17 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba höchste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und der daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2013 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Im Helaba-Konzern existiert ein dezentrales Steuerungs- und Überwachungskonzept für Liquiditätsrisiken, das heißt, jede Gesellschaft ist selbst für die Sicherstellung ihrer Zahlungsfähigkeit verantwortlich. Die Rahmenbedingungen hierfür werden mit der Helaba abgestimmt. Im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements berichten die Tochtergesellschaften des engen Konzernkreises regelmäßig ihre Liquiditätsrisiken an die Helaba. Die dabei angewendeten Methoden sind an das Helaba-Verfahren angelehnt.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich

Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäfts unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten sowohl für die Zwecke des aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers zur Erfüllung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) als auch für das Collateral Management erfolgt ebenfalls durch den Bereich Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stress-Szenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stress-Szenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird anhand eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität sind für die Helaba in erster Linie Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Seit Februar 2011 verfügt die Helaba über die Zulassung für ein institutseigenes Liquiditätsrisikomess- und -steuerungsverfahren gemäß § 10 der Liquiditätsverordnung (LiqV) durch die BaFin. Damit darf die Helaba anstelle der monatlichen Meldung nach dem LiqV-Standardverfahren ihr eigenes Verfahren zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsstatus für die aufsichtsrechtliche Meldung verwenden. Für Rest-Positionen, die im Rahmen der Übernahme der NRW-Verbundbank aktuell noch von der Portigon AG serviciert werden, kommt bis zum Übergang auf die IT-Systeme der Helaba das Standardverfahren der Liquiditätsverordnung, ergänzt um zusätzliche Stresstests, zum Einsatz. Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2013 immer voll erfüllt.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Stress-Szenarien abgebildet werden. Dabei wird der kumulierte Liquiditätssaldo (Liquiditätsbedarf) der verfügbaren Liquidität gegenübergestellt. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz (Zahlungsfähigkeit) beträgt zum Bilanzstichtag 30 % (2012: 41 %). Bei Einbeziehung der Frankfurter Sparkasse ergeben sich 37 % (2012: 50 %). Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2013 bei 41 % (2012: 16 %). Die Liquiditätsrisikokennziffer des NRW-Verbundbank-Portfolios beträgt 3,56 zum 31. Dezember 2013 (2012: 8,53).

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Fazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Parallel zur internen Steuerung der Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr 2013 ein Projekt zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III beziehungsweise CRR an die Liquidität durchgeführt. Die Ermittlung der Kennzahlen (Liquidity Coverage Ratio und Net Stable Funding Ratio) erfolgt im Rahmen des Liquiditätsmanagements.

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,8 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Bilanzstichtag (unverändert zum Jahresende 2012) kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor.

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für den Konzern kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäfts der Helaba. Es umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestands sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cashflow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Zum Jahresende zeigt die Liquiditätsablaufbilanz über alle Währungen und Lokationen einen kumulierten Refinanzierungsbedarf von 0,9 Mrd. € bei einem Limit von 10 Mrd. € (2012: 2,6 Mrd. €). Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung mittel- und langfristiger Passivmittel sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Ergeben sich Liquiditätsunterdeckungen oder -überhänge, werden diese temporär kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Das skalierte MaR impliziert zum 31. Dezember 2013 kein signifikantes Marktliquiditätsrisiko. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorratung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management operationeller Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Bereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisikocontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbands öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit sind die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement operationeller Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung operationeller Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung operationeller Risiken erfolgt auf Basis des Risikomodells der Helaba. Das Risikomodell der Helaba basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

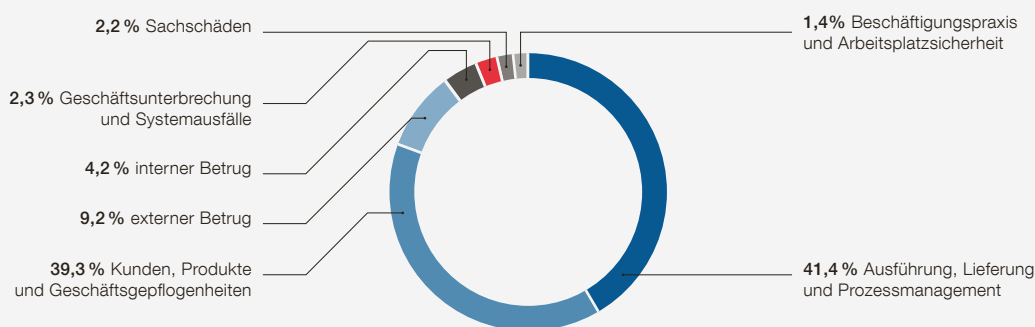
Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Bereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2013:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2013 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust betrug per 31. Dezember 2013 28 Mio. € (2012: 37 Mio. €). Risiken aus der Integration der NRW-Verbundbank sind darin enthalten.

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt. Die Integration der Verbundbank wurde sowohl hinsichtlich der Risiken aus der Übernahme des Geschäfts als auch hinsichtlich der Migrations- und Servicierungsrisiken untersucht. Im Rahmen der Steuerung operationeller Risiken sind Risikoszenarien bezüglich der Migration, der Servicierung durch die Portigon AG, des Bestandsgeschäfts und der Übernahme neuer Produkte gebildet worden. Die quantifizierten Risiken sind in die Risikotragfähigkeit per 31. Dezember 2013 und die Risiko-berichterstattung eingeflossen.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Meldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VöB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung operationeller Risiken auf Basis der quantitativen Risikoeinschätzung der Bereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen. Der unerwartete Verlust im Fortführungsansatz betrug per 31. Dezember 2013 138 Mio. € (2012: 137 Mio. €).

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach den MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Abteilung Bankorganisation unterstützt.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereichs Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Wesentliche Vorhaben werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls beim Bereich Recht.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung des Bereichs Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen, die Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie durch institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Auslagerungen

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Bereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Risiken aus Auslagerungen die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und die Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

IT-Sicherheit und Business Continuity Management

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhalten IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben zum Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche und Niederlassungen der Helaba haben für die kritischen Geschäftsprozesse im Rahmen der Notfallvorsorge Ausfall- und Geschäftsfortführungspläne erstellt. Diese Notfallvorsorge wird regelmäßig aktualisiert und weiterentwickelt sowie ihre Wirksamkeit mittels Tests und Übungen überprüft. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebs bei Geschäftsunterbrechungen wird hierdurch sichergestellt.

Für die an externe Dienstleister (Finanz Informatik und Finanz Informatik Technologie Service für Anwendungs- und Rechenzentrumsbetrieb sowie HP für Desktop Services) ausgelagerten IT-Dienstleistungen bestehen Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebs beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Beteiligt am Rechnungslegungsprozess des Helaba-Konzerns sind einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale (Teil-)Abschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS, die WIBank sowie alle konsolidierten und at Equity bewerteten Gesellschaften oder Teilkonzerne. Eine zusätzliche Meldestelle besteht übergangsweise für die Bestände und den Buchungskreis des übernommenen NRW-Verbundbank-Portfolios. Diese wird durch einen externen Dienstleister serviciert. Die Bestände des NRW-Verbundbank-Portfolios werden sukzessive bis Mitte 2014 auf die Systeme der Helaba migriert.

Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Konzernabschluss nach IFRS erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine regelmäßige Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden im Rahmen eines definierten Prozesses angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) beziehungsweise der Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Helaba primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlussaussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Damit werden unter anderem Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder HGB/IFRS-Konsistenzprüfungen durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich interne Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren, sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. Auch konzernrechnungslegungsbezogene Vorgaben, die insbesondere von der Konzernmutter und den einbezogenen Teilkonzernen zu beachten sind, sind hier geregelt. Der Regelungsumfang umfasst neben den konzerneinheitlichen Vorschriften zu Ansatz, Bewertung, Ausweis und Angabepflichten auch organisatorische Aspekte und den Erstellungsprozess. Von den einzelnen Meldestellen werden in eigener Verantwortung und in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen bei der eigenen Erstellung der Abschlüsse in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahrs auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus werden die Abschlusszahlen mit Planungen, Erwartungen sowie Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf ihre Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Hierzu sind für jede Meldestelle und für jede Notes-Angabe auf Konzernebene Verantwortliche und deren Stellvertreter festgelegt. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Geschäftsrisiken

Unter dem Geschäftsrisiko wird das wirtschaftliche Verlustpotenzial verstanden, das auf mögliche Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen im Marktumfeld ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann. Ursache für das veränderte Kundenverhalten kann auch ein Reputationsverlust der Helaba sein.

Als Reputationsrisiko wird die Verschlechterung des aus Wahrnehmungen der in einem Geschäfts- oder sonstigen Verhältnis zur Bank stehenden Individuen resultierenden öffentlichen Rufs der Helaba bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit bezeichnet. Die materiellen Auswirkungen von Reputationsrisiken schlagen sich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko nieder, weshalb sie in diesen beiden Risikoarten berücksichtigt werden. Über das Geschäftsrisiko werden die notwendigen Kapitalbedarfe für die Risikotragfähigkeitsrechnung vorgehalten. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko berücksichtigt etwaige Liquiditätsengpässe aus Reputationsverlusten.

Die operative und strategische Risikosteuerung wird durch die Marktbereiche der Bank und die Geschäftsführung der jeweiligen Beteiligungen vorgenommen. Die Bereiche Kreditrisikocontrolling sowie Risikocontrolling Handel analysieren die Entwicklung der Geschäftsrisiken und übernehmen die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 haben sich die Geschäftsrisiken gegenüber dem Jahresende 2012 um 48 Mio. € auf 143 Mio. € erhöht. Die Erhöhung resultiert aus Modellanpassungen und der Einbindung gruppenangehöriger Unternehmen (38 Mio. €) sowie dem Aufsatz auf der operativen Planung 2013 (10 Mio. €).

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit ihr eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Immobilienrisiken

Unter den Immobilienrisiken werden das Immobilienbestandsrisiko als wirtschaftliches Verlustpotenzial aus Wertschwankungen eigener Immobilien sowie das Immobilienprojektierungsrisiko aus dem Projektentwicklungsgeschäft erfasst. Hierzu gehören nicht Risiken aus der Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital für das jeweilige Projekt oder Risiken aus Immobilienfinanzierungen.

Risiken aus Wertschwankungen des Marktwerts treten derzeit vorrangig bei den Bestandsimmobilien der GWH-Gruppe (GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) und den eigenen Immobilien der Helaba auf. Risiken aus dem Projektentwicklungsgeschäft ergeben sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken und treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (im Rahmen des Bauträgergeschäfts) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf zwei Stufen:

- operativ – dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- strategisch – zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement. Darüber hinaus übernimmt der Bereich Immobilienmanagement die Risikosteuerung bankeigener Bestandsimmobilien. Die Risikoüberwachung wird durch die Bereiche Immobilienmanagement (für Tochtergesellschaften) und Kreditrisikocontrolling vorgenommen.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Projektierungsrisiken dient die quartalsweise erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben. Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument für die Steuerung der Risiken aus Bestandsimmobilien dienen regelmäßig in Auftrag gegebene Wertgutachten zu den Bestandsimmobilien sowie die laufende Beobachtung von Wertänderungsrenditen in den relevanten Märkten, abgegrenzt nach Regionen und Nutzungsarten.

Der Bereich Kreditrisikocontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und aus den Bestandsimmobilien und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstands. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken aus Immobilienprojekten und Immobilienbeständen sind in 2013 leicht auf 19 Mio. € (2012: 23 Mio. €) zurückgegangen. Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Prognose- und Chancenbericht

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der weltwirtschaftliche Aufschwung wird sich 2014 fortsetzen. Dabei werden die maßgeblichen Impulse von den Industrieländern ausgehen. Schrittmacher bleibt die US-Wirtschaft, die spürbar an Fahrt aufnimmt. Für die Schwellenländer zeichnet sich zwar eine leichte Belebung ab, jedoch ohne größere Wirkung auf das globale Wachstum. Im Euroraum ist die konjunkturelle Wende endlich geschafft, doch mehr als eine moderate Besserung ist nicht zu erwarten. Das weltweite Wirtschaftswachstum kann sich damit 2014 insgesamt gegenüber dem Vorjahr um etwa einen halben Prozentpunkt auf preisbereinigt mehr als 3 % verstärken.

Innerhalb des Euroraums bleibt Deutschland vorne. Hier sind die Rahmenbedingungen derzeit so gut, dass 2014 ein Wirtschaftswachstum von real rund 2 % möglich ist. Dazu sollte insbesondere die Binnennachfrage beitragen: Die Investitionen gewinnen an Schwung und der Wohnungsbau profitiert von nach wie vor hohen Genehmigungszahlen. Einkommen sowie Beschäftigung werden sich weiter positiv entwickeln, so dass der Konsum einen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten kann. Der Außenhandel dürfte vom lebhafteren Welthandel profitieren. Nachdem das Budgetdefizit bereits 2013 abgebaut wurde, ist auch für 2014 mindestens mit einem ausgeglichenen öffentlichen Haushalt zu rechnen. Die europäischen Problemstaaten wie Italien und Spanien sollten erstmals nach einer langen Rezession für das Gesamtjahr ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen. Frankreich dürfte 2014 im Vergleich zur Eurozone nur unterdurchschnittlich wachsen, da die Wettbewerbsfähigkeit des Landes immer noch schwach ist.

Das moderate Wachstum bei geringen Inflationsrisiken ermöglicht es den führenden Notenbanken, an ihrer expansiven Geldpolitik festzuhalten und nur sehr vorsichtig umzusteuern. Die US-Notenbank hat Anfang 2014 begonnen, die Anleihekäufe zurückzufahren, und wird diese bis Jahresende einstellen. Eine erste Leitzinserhöhung ist aber erst für 2015 zu erwarten. Im Euroraum hingegen wird die EZB den Leitzins fixieren und mit zusätzlichen Liquiditätsspritzen versuchen, die Kreditversorgung in der Peripherie anzukurbeln. Damit bleiben die langfristigen Zinsen in Deutschland zwar niedrig, unter dem Einfluss des US-Rentenmarkts dürfte es aber trotzdem bis Jahresende zu einem leichten Anstieg kommen.

Chancenbericht

Die Helaba verfügt seit Jahren über ein stabiles und zukunftsfähiges strategisches Geschäftsmodell. Die Bank konnte deshalb in den letzten Jahren die Belastungen aus der Finanz- und Wirtschaftssowie der staatlichen Schuldenkrise in der Eurozone aus eigener Kraft bewältigen und ihre Marktposition in den Kerngeschäftsfeldern festigen. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stillen Einlagen vollumfänglich bedient sowie regelmäßige Dividendenzahlungen vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweit geltende strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region, einem engen Verbund mit den Sparkassen sowie einer soliden Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung. Trotz der lang andauernden Niedrigzinsphase in Verbindung mit deutlich gestiegenen Bankstrukturkosten infolge national und international veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen konnte die Helaba ihr operatives Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr steigern. Aufgrund gesteigener Verwaltungsaufwendungen liegt der Jahresüberschuss jedoch unter dem Niveau des Vorjahrs.

Von den Rating-Agenturen Fitch Ratings, Standard & Poor's und Moody's Investors Service wird die Helaba bei langfristigen unbesicherten erstrangigen Verbindlichkeiten mit „A+“, „A“ und „A2“, bei den kurzfristigen Verbindlichkeiten mit „F-1+“, „A-1“ und „P-1“ eingestuft (jeweils mit stabilem Ausblick). Die Ratings von Fitch und Standard & Poor's basieren auf einem gemeinsamen Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen. Die strategisch bedeutsamen Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen weisen „AAA“-Ratings auf. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren und ihrer diversifizierten Produktpalette stand der Helaba auch in den letzten Jahren trotz krisenbedingter Belastungen an den Finanzmärkten der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen. Die Zugehörigkeit zu einem starken Verbund stärkt die nachhaltige Refinanzierungsfähigkeit der Helaba an den Geld- und Kapitalmärkten weiter.

Im Zentrum der Eigenkapitalstrategie steht bei der Helaba infolge der mit Basel III beziehungsweise CRD IV/CRR quantitativ und qualitativ deutlich zunehmenden Kapitalanforderungen die Stärkung der Ausstattung mit hartem Kernkapital („CET 1“). Die Helaba erfüllt bereits heute die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen und ist insoweit gut aufgestellt, um sich bietende Geschäftschancen zu ergreifen.

Im deutschen Bankenmarkt führen bei wesentlichen Wettbewerbern die Prozesse zur Anpassung an EU-beihilferechtliche Auflagen und die sich ändernden regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem Rückzug aus für die Helaba wesentlichen Geschäftsfeldern. Hier sieht die Helaba unter Beibehaltung ihrer konservativen Risikostandards und in Anpassung an neue aufsichtsrechtliche Vorgaben grundsätzlich gute Chancen zur Stärkung ihres Geschäfts- und Ertragspotenzials.

Zugleich ermöglicht die Mitte 2012 vollzogene Übernahme des Verbundgeschäfts und des Zahlungsverkehrs der früheren WestLB eine deutliche Stärkung der Marktposition der Helaba in diesen Geschäftssegmenten. Im wachstumsstarken Geschäftsfeld Zahlungsverkehr ist die Helaba mittlerweile die Nummer zwei im deutschen Markt, gemessen am abgewickelten Zahlungsverkehrsvolumen. Neben Skalenvorteilen auf der Kostenseite eröffnet diese Marktposition neue Ertragspotenziale bei Händlern und Netzbetreibern, aber auch internationalen Clearinghäusern und Zahlungsdienst-

leisten. Infolge ihrer Trägerstruktur hat sich auch die institutionelle Verankerung der Bank in der deutschen Sparkassenorganisation weiter intensiviert. Dies ermöglicht es der Helaba, sich als eine der führenden Adressen in der Außenhandelsfinanzierung und im Auslandszahlungsverkehr in der Sparkassen-Finanzgruppe zu etablieren und das Geschäftsvolumen und die Erträge in diesem Segment zu steigern. Auch im Immobiliengeschäft, einem Kerngeschäftsfeld, in dem die Helaba entlang der gesamten Wertschöpfungskette hohe Expertise besitzt, ergeben sich weitere Chancen zur Steigerung der Zusammenarbeit mit den Sparkassen im gesamten Bundesgebiet.

Es ist davon auszugehen, dass sich in den nächsten Jahren der Konsolidierungsprozess im Landesbankensektor weiter fortsetzen wird. Die Helaba verfolgt strategisch das Ziel, ihre Stellung als führende Verbundbank der deutschen Sparkassen weiter auszubauen. Der durch den Wettbewerb im Retail Banking begründete und durch die Niedrigzinsphase verstärkte Rentabilitätsdruck wird zu einer weiteren Intensivierung der Arbeitsteilung im Verbund führen.

Die Helaba ist mit ihrem strategischen Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäfts, des Verbundgeschäfts, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba ist unter Berücksichtigung geänderter regulatorischer Rahmenbedingungen und merklich gestiegener Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter konservativer Berücksichtigung ihrer Risikotragfähigkeit.

In ihrer mittelfristigen Geschäfts- und Ertragsplanung strebt die Helaba deshalb zur Schärfung und Fokussierung ihres strategischen Geschäftsmodells und zur Stabilisierung der Ertragsentwicklung in den nächsten Jahren Portfolioanpassungen in ihren Kerngeschäftsfeldern an. Diese sind ausgerichtet an den Zielen

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf das Kunden- und Verbundgeschäft und damit auf die realwirtschaftliche Verankerung,
- einer starken regionalen Fokussierung auf Deutschland und angrenzende europäische Kernländer bei Aufrechterhaltung der Niederlassungen in London, New York und Paris zur Absicherung der Leistungstiefe für das Kunden- und Verbundgeschäft und zur Sicherung des Zugangs zu den Refinanzierungsmärkten, insbesondere auch für die Währungen US-Dollar und Britisches Pfund,
- einer umfassenden Prozess- und Ressourcenoptimierung zur Kompensation der unter anderem durch gestiegene Bankstrukturkosten erhöhten Kostenposition (hierzu hat die Helaba im Jahr 2013 ein internes Projekt aufgesetzt),
- eines moderaten geschäftsbedingten Anstiegs der Risikoaktiva, der jedoch teilweise durch das planmäßige Abschmelzen von übernommenen Aktiva der NRW-Verbundbank kompensiert wird, unter Einhaltung der in der Eigenkapitalstrategie formulierten Ziel-Kapitalquoten.

Zielsetzung der fortgeschriebenen Rentabilitätsstrategie sind unter Berücksichtigung veränderter aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswerts unter Beachtung der risikostategischen Vorgaben und der Vermeidung von Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns

Die globale Konjunktur gewann nach einer Schwächephase Anfang 2013 in den beiden letzten Quartalen wieder an Schwung. Die Entwicklung im Euroraum und auch in Deutschland verlief vergleichbar. Für 2014 wird im Euroraum und insbesondere in Deutschland mit einer Fortsetzung dieser Belebung gerechnet. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren für 2014 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % für Deutschland. Die volkswirtschaftlichen Analysen der Helaba gehen für 2014 ebenfalls von vergleichbaren Wachstumsraten für Deutschland (2,0 %) aus.

Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba auch 2014 aufgrund ihres bewährten und weiterentwickelten Geschäftsmodells eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau der Vorjahre.

Im inländischen Immobilienkreditgeschäft erwartet die Helaba auch in 2014 ein stabiles Marktumfeld begleitet von einem intensiven Wettbewerb. Im Ausland fokussiert sich die Helaba weiterhin auf liquide Märkte. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2014 mit 7,7 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Bei leicht rückläufigen, aber zufriedenstellenden Margen im Neugeschäft werden die Erträge aufgrund einer Bestandsausweitung leicht oberhalb des Niveaus des Vorjahrs erwartet. Die Erträge aus den immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen werden für 2014 auf unverändertem Niveau geplant. Das Ergebnis vor Steuern des Segments wird 2014 aufgrund einer rückläufigen Risikovorsorge um rund 20 % oberhalb des Vorjahreswerts erwartet.

Im Segment Corporate Finance wird trotz der konjunkturellen Belebung für 2014 mit einer verhaltenen Kreditnachfrage gerechnet. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft wird in 2014 daher mit 4,1 Mrd. € auf dem Niveau des Jahrs 2013 geplant. Bei insgesamt leicht steigenden Beständen werden die Erträge leicht oberhalb des Vorjahrs geplant. Zusätzlich wird eine rückläufige Risikovorsorge erwartet, so dass das Ergebnis vor Steuern in 2014 um rund 25 % oberhalb des Vorjahreswerts erwartet wird.

Im Segment Financial Markets ist das zinsbezogene Geschäft mit in- und ausländischen Gebietskörperschaften enthalten. Das inländische Kommunalkreditgeschäft wird auch in 2014 durch die Diskussion über die Verschuldung öffentlicher Haushalte geprägt. Das Abschlussvolumen im mittel-/langfristigen Kreditgeschäft mit dieser Kundengruppe wird für 2014 mit 1,3 Mrd. € um rund 10 % unterhalb des Vorjahrs geplant. Das Geschäft mit ausländischen Finanzinstitutionen und Gebietskörperschaften wird in 2014 weiterhin nur selektiv betrieben.

Im Kapitalmarktgeschäft wird für 2014 die Ausweitung der Marktanteile in allen Kundengruppen angestrebt. Im Primärmarktgeschäft wird eine Größenordnung von 13 Mrd. € angestrebt. Die Erträge im Kundengeschäft sollen für 2014 um rund 15 % gesteigert werden. Zu dem hohen Ergebnis in 2013 haben auch die Erträge aus sich einengenden Credit Spreads beigetragen. Eine Fortsetzung dieser Spread-Entwicklung in 2014 wird nicht erwartet. Demzufolge wird ein gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigeres, aber nachhaltig erzielbares Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft erwartet.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Financial Markets wird 2014 aufgrund dieser Entwicklung deutlich unterhalb des Vorjahreswerts geplant.

Im Segment Asset Management werden die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Frankfurter Bankgesellschaft Gruppe abgebildet. Im Asset Management wird eine moderate Steigerung der Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäfts erwartet. Neugeschäft konzentriert sich auf einfache Spezialfondsmandate sowie auf den Absatz eigengemanagter Publikumsfonds. Das Geschäft der Frankfurter Bankgesellschaft wird auch in 2014 durch das niedrige Zinsniveau belastet. Die Erträge sowie das Ergebnis des Segments werden in 2014 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahrs erwartet.

Im Segment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) abgebildet. Im Verbundgeschäft wird die Zusammenarbeit mit den Sparkassen in den Kernregionen Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzepts kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird in 2014 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Nachdem das Jahr 2013 insbesondere durch die Integration der Verbundbankaktivitäten in den Kernregionen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg geprägt war, wird für 2014 mit einem deutlichen Anstieg der Erträge gerechnet. Die Verbundquote wird auch für 2014 am oberen Ende des Zielkorridors zwischen 60–80 % erwartet.

Für 2014 ist unter anderem die Intensivierung des Angebots im Auslandsgeschäft für die Sparkassen vorgesehen. Im Metakreditgeschäft mit den Sparkassen soll das bilanzielle und außerbilanzielle Neugeschäft auf Basis verbesserter Prozesse in 2014 deutlich erhöht werden. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG. Das geplante Ertragswachstum geht mit einer bedarfsorientierten Schärfung der Angebotspalette für das Eigengeschäft der Sparkassen einher. Im Geschäft für Privatkunden wird nach der Steigerung des Jahres 2013 ein weiterer Anstieg des Absatzvolumens für Zertifikate in Höhe von 3,1 Mrd. € auf 3,7 Mrd. € erwartet. Die Intensivierung des Produktangebots führt in 2014 zu steigenden Kosten.

Die LBS Hessen-Thüringen geht bei dem anhaltend niedrigen Zinsniveau für 2014 von einer Seitwärtsentwicklung der Erträge aus. Insgesamt wird im Segment Verbundgeschäft ein Ergebnis vor Steuern auf dem Niveau des Vorjahrs erwartet.

Im Segment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft nimmt die Helaba über die WIBank im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt wahr. Die Entwicklung in 2014 wird geprägt durch die weitere Abwicklung und Auszahlung des kommunalen Schutzschirms sowie der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Für das Neugeschäft im Jahr 2014 gehen wir von einer Größenordnung von 1,7 Mrd. € an Krediten nach 3,3 Mrd. € im Jahr 2013 aus. Die Erträge werden in 2014 durch das steigende Geschäftsvolumen leicht steigen. Die Ausdehnung der Förderprogramme induziert insbesondere einen erhöhten IT-Aufwand. Dieser resultiert schwerpunktmäßig aus der Optimierung bestehender und der Implementierung neuer Prozesse. Von großer Bedeutung im Jahr 2014 sind die Produktivsetzung der optimierten Landwirtschaftsförderung und die aus der neuen EU-Förderperiode resultierenden Anpassungen für die Förderprogramme, die die WIBank für das Land Hessen betreut. Das Ergebnis für 2014 wird leicht unter dem Niveau des Jahres 2013 erwartet.

Im Segment Frankfurter Sparkasse wird aufgrund des niedrigen Zinsniveaus für 2014 keine Steigerung des Zinsergebnisses erwartet. Die Risikovorsorge wird gegenüber dem niedrigen Niveau des Vorjahrs leicht steigend geplant. Der Verwaltungsaufwand steigt tarifbedingt sowie durch einen anstehenden Austausch von Karten um rund 5 % an. Insgesamt wird das Ergebnis im Segment für 2014 daher um rund 25 % unter dem des Vorjahrs erwartet.

Im Segment Sonstige wird für 2014 von einem deutlichen Rückgang der Kosten ausgegangen. Dies resultiert aus der anstehenden erfolgreichen Beendigung der Migration der NRW-Verbundbank von den Systemen der Portigon auf die Helaba und führt zu einem Anstieg des Ergebnisses vor Steuern in diesem Segment. Belastend auf die Eigenmittelanlage wirkt in diesem Segment das niedrige Zinsniveau.

Das gesamte Abschlussvolumen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft (inklusive Frankfurter Sparkasse) wird in 2014 mit 16,6 Mrd. € geplant. Für die Entwicklung der Bilanzsumme wird in 2014 mit einem leichten Anstieg um 4 Mrd. € auf 182 Mrd. € gerechnet. Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme soll in 2014 weiter steigen.

Der Zinsüberschuss im Konzern wird für 2014 insgesamt um rund 2 % unter dem Vorjahreswert erwartet. Dabei stehen steigenden Kundenbeiträgen Belastungen aus dem niedrigen Zinsniveau und der Aufnahme von Ergänzungskapital gegenüber. Einmalerträge aus Vorfälligkeiten, wie in 2013 angefallen, werden für 2014 nicht eingeplant.

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird in 2014 ein deutlicher Rückgang erwartet.

Der Provisionsüberschuss wird, getragen durch das Kundengeschäft, um rund 10 % über dem Vorjahr geplant.

Durch die in 2014 nicht mehr erwarteten Ergebnisbeiträge aus zusammenlaufenden Spreads wird das Nettoergebnis des Handelsbestands gegenüber 2013 auf einem deutlich geringeren, aber nachhaltigen Niveau geplant.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wird 2014 um rund 10 % unter dem Vorjahresergebnis erwartet.

Im Personalbestand der Helaba wird für 2014 nur an wenigen Stellen ein Personalaufbau geplant. Durch die Umsetzung eines Effizienzsteigerungs- und Ressourcenoptimierungsprogramms werden im Personalbestand Transformationen stattfinden, die sich insgesamt in einem Rückgang des Personalbestands niederschlagen. Die Personalkosten entwickeln sich in 2014 trotz tarifbedingter Steigerung daher leicht rückläufig.

Im Sachaufwand wirkt sich die Mitte 2014 anstehende Beendigung der Migration der NRW-Verbundbank entlastend aus, so dass der Verwaltungsaufwand insgesamt um rund 2 % sinkt.

Das für 2014 geplante Konzernergebnis liegt somit rund 50 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Die Cost Income Ratio wird für 2014 bei 64,7 % erwartet. Die bilanzielle Eigenkapitalrendite wird für 2014 bei 6,5 % erwartet. Die weitere Entwicklung wird durch die Eigenmittelanforderungen bestimmt.

Für 2015 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern mit einem systematischen Ausbau der Kundenerträge angestrebt. Durch die Umsetzung des Kostensenkungsprogramms steht dem eine nachhaltige Kostenreduktion gegenüber. Insgesamt plant die Helaba mit einem mittelfristigen Anstieg des Ergebnismniveaus.

Risiken für die Ergebnisentwicklung der Bank resultieren aus der anhaltend hohen Verschuldung nationaler und internationaler Gebietskörperschaften. Trotz einer insgesamt robusten konjunkturellen Entwicklung sind Negativentwicklungen in einzelnen Marktsegmenten nicht auszuschließen. Auf der Aufwandsseite stellt die Umsetzung des Kostenmanagements zur Beherrschung der hohen Bankstrukturkosten die größte Herausforderung dar.

Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2013 konnte die Helaba trotz eines 10%igen Abbaus von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme mit 510 Mio. € ein Konzernergebnis vor Steuern auf dem Rekordniveau des Vorjahrs (512 Mio. €) erzielen. Das Konzernergebnis verzeichnet mit 354 Mio. € im Vorjahresvergleich einen Anstieg von 36 Mio. € (+11 %). Maßgeblich für diese Ergebnisentwicklung war der weitere Ausbau des operativen Kundengeschäfts einschließlich des Verbundgeschäfts mit Sparkassen. Hierzu beigetragen hat auch die Mitte des Vorjahrs übernommene NRW-Verbundbank, deren vollständige Integration im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden konnte. Als Sparkassenzentralbank für 40 % aller deutschen Sparkassen fungiert die Helaba mit einer breiten Produkt- und Dienstleistungspalette als führende Verbundbank in der deutschen Sparkassenorganisation.

Trotz der Vielzahl an regulatorischen Anforderungen ist die Helaba mit ihrem strategischen, an den Anforderungen der Realwirtschaft und des Sparkassenverbands ausgerichteten Geschäftsmodell für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Verbund- und Kundengeschäfts sowie des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts. Zielsetzung der Rentabilitätsstrategie der Helaba sind unter Berücksichtigung der regulatorisch steigenden Bankstrukturkosten die weitere Verbesserung der nachhaltigen Ertragskraft und die Mehrung des Unternehmenswertes bei Wahrung der Risikotragfähigkeit.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 18. März 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Konzernabschluss

66	Gewinn- und Verlustrechnung		
67	Gesamtergebnisrechnung		
68	Bilanz		
70	Eigenkapitalveränderungsrechnung		
71	Kapitalflussrechnung		
	Anhang (Notes)		
	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden		
73	(1) Allgemeine Angaben	97	(21) Zinsüberschuss
79	(2) Konsolidierungskreis	98	(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft
81	(3) Konsolidierungsgrundsätze	99	(23) Provisionsüberschuss
82	(4) Finanzinstrumente	99	(24) Handelsergebnis
85	(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	100	(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
87	(6) Strukturierte Produkte	100	(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
87	(7) Finanzgarantien	101	(27) Ergebnis aus Finanzanlagen
87	(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe	101	(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen
88	(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen	102	(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis
89	(10) Währungsumrechnung	103	(30) Verwaltungsaufwand
90	(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	104	(31) Ertragsteuern
91	(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	106	(32) Segmentberichterstattung
92	(13) Sachanlagen		
93	(14) Immaterielle Vermögenswerte		
93	(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsguppen		
94	(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva		
94	(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
95	(18) Andere Rückstellungen		
96	(19) Ertragsteuern		
96	(20) Nachrangkapital		
			Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
			Erläuterungen zur Bilanz
		111	(33) Barreserve
		111	(34) Forderungen an Kreditinstitute
		112	(35) Forderungen an Kunden
		113	(36) Risikovorsorge
		114	(37) Handelsaktiva
		115	(38) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
		115	(39) Finanzanlagen
		118	(40) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen
		119	(41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
		122	(42) Sachanlagen
		123	(43) Immaterielle Vermögenswerte
		124	(44) Ertragsteueransprüche
		125	(45) Sonstige Aktiva
		126	(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

127	(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
127	(48) Verbriefte Verbindlichkeiten
128	(49) Handelsspassiva
128	(50) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten
129	(51) Rückstellungen
137	(52) Ertragsteuerverpflichtungen
138	(53) Sonstige Passiva
139	(54) Nachrangkapital
139	(55) Eigenkapital

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

141	(56) Sicherheitsleistungen
142	(57) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung
143	(58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung
143	(59) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten
145	(60) Nachrangige Vermögenswerte
145	(61) Fremdwährungsvolumina
146	(62) Restlaufzeitengliederung
147	(63) Derivative Geschäfte
149	(64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien
152	(65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten
158	(66) Verbriefungstransaktionen
159	(67) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte
160	(68) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option
161	(69) Angaben zur Emissionstätigkeit
161	(70) Angaben zum Risikomanagement
162	(71) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

166	(72) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen
167	(73) Patronatserklärungen
168	(74) Volumen der verwalteten Fonds
168	(75) Treuhandgeschäfte

Sonstige Angaben

169	(76) Angaben zum Leasinggeschäft
171	(77) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen
172	(78) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen
175	(79) Honorare des Abschlussprüfers
175	(80) Angaben zu Arbeitnehmern
176	(81) Mitglieder des Verwaltungsrats
178	(82) Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats
179	(83) Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats
179	(84) Mitglieder des Vorstands
180	(85) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien
182	(86) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß § 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

190 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

191 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Notes	2013	2012 ¹⁾	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Zinserträge		4.860	5.496	-636	-11,6
Zinsaufwendungen		-3.655	-4.341	686	15,8
Zinsüberschuss	(4), (21)	1.205	1.155	50	4,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (22)	-281	-238	-43	-18,1
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		924	917	7	0,8
Provisionserträge		496	430	66	15,3
Provisionsaufwendungen		-196	-171	-25	-14,6
Provisionsüberschuss	(23)	300	259	41	15,8
Handelsergebnis	(4), (24)	339	415	-76	-18,3
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	(4), (5), (25)	-20	-124	104	83,9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	(5), (26)	19	3	16	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(4), (27)	4	-1	5	>100,0
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (28)	-2	-12	10	83,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(12), (29)	217	236	-19	-8,1
Verwaltungsaufwand	(30)	-1.271	-1.181	-90	-7,6
Ergebnis vor Steuern		510	512	-2	-0,4
Ertragsteuern	(19), (31)	-156	-194	38	19,6
Konzernjahresergebnis		354	318	36	11,3
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis		2	1	1	100,0
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis		352	317	35	11,0

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst, siehe Anhangangabe (1).

Gesamtergebnisrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Notes	2013	2012	Veränderungen	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Konzernergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	354	318	36	11,3
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen (51)	23	-266	289	>100,0
Ertragsteuern auf nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten	-6	78	-84	>-100,0
Zwischensumme	17	-188	205	>100,0
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:				
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-34	375	-409	>-100,0
bei Abgang oder Wertminderung in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste (+)	10	-6	16	>100,0
Veränderung aus der Währungsumrechnung				
Gewinne (+)/Verluste (-) aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	-5	-1	-4	>-100,0
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows				
Bewertungsgewinne (+)/-verluste (-) aus Sicherungsinstrumenten in Cashflow Hedges	8	-7	15	>100,0
Ertragsteuern auf in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedernde Posten (31)	9	-117	126	>100,0
Zwischensumme	-12	244	-256	>-100,0
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	5	56	-51	-91,1
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	359	374	-15	-4,0
davon: konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	3	-	3	-
davon: den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Ergebnis	356	374	-18	-4,8

Bilanz

zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	Notes	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Barreserve	(33)	1.750	8.925	-7.175	-80,4
Forderungen an Kreditinstitute	(4), (34)	21.396	23.236	-1.840	-7,9
Forderungen an Kunden	(4), (35)	90.747	90.821	-74	-0,1
Wertberichtigungen auf Forderungen	(11), (36)	-1.228	-1.205	-23	-1,9
Handelsaktiva	(4), (37)	32.273	37.954	-5.681	-15,0
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (38)	4.691	6.992	-2.301	-32,9
Finanzanlagen	(4), (39)	24.200	27.937	-3.737	-13,4
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	(3), (40)	92	66	26	39,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(12), (41)	2.426	2.423	3	0,1
Sachanlagen	(13), (42)	265	266	-1	-0,4
Immaterielle Vermögenswerte	(14), (43)	182	193	-11	-5,7
Ertragsteueransprüche	(19), (44)	347	753	-406	-53,9
Sonstige Aktiva	(16), (45)	942	940	2	0,2
Summe Aktiva		178.083	199.301	-21.218	-10,6

Passiva

	Notes	31.12.2013	31.12.2012	Veränderungen	
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(4), (46)	34.106	39.275	-5.169	-13,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(4), (47)	43.895	47.611	-3.716	-7,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	(4), (48)	48.245	57.168	-8.923	-15,6
Handelspassiva	(4), (49)	33.742	36.148	-2.406	-6,7
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	(4), (5), (50)	3.489	4.982	-1.493	-30,0
Rückstellungen	(17), (18), (51)	1.630	1.644	-14	-0,9
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (52)	121	637	-516	-81,0
Sonstige Passiva	(16), (53)	695	656	39	5,9
Nachrangkapital	(20), (54)	5.073	4.363	710	16,3
Eigenkapital	(55)	7.087	6.817	270	4,0
gezeichnetes Kapital		2.509	2.509	-	-
Kapitalrücklage		1.546	1.546	-	-
Gewinnrücklagen		2.921	2.642	279	10,6
Neubewertungsrücklage		148	162	-14	-8,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-1	4	-5	>-100,0
Rücklage aus Cashflow Hedges		-17	-23	6	26,1
auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital		-19	-23	4	17,4
Summe Passiva		178.083	199.301	-21.218	-10,6

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in Mio. €

	Den Gesellschaftern des Mutterunternehmens zustehendes Eigenkapital							Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	Summe Eigenkapital
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neue-wertungs-rücklage	Rücklage aus der Währungs-umrechnung	Rücklage für Be-wertungs-ergeb-nisse aus Cashflow Hedges	Zwischen-summe		
Eigenkapital zum 1.1.2012	2.397	658	2.554	-88	5	-19	5.507	-13	5.494
Veränderungen im Konsolidierungskreis			-3				-3	-10	-13
Kapitalerhöhung	112	888					1.000		1.000
Dividendenzahlung			-38				-38		-38
Gesamtergebnis der Berichtsperiode	-	-	129	250	-1	-4	374	-	374
Eigenkapital zum 1.1.2013	2.509	1.546	2.642	162	4	-23	6.840	-23	6.817
Veränderungen im Konsolidierungskreis			-				-	1	1
Kapitalerhöhung							-		-
Dividendenzahlung			-90				-90		-90
Gesamtergebnis der Berichtsperiode			369	-14	-5	6	356	3	359
Eigenkapital zum 31.12.2013	2.509	1.546	2.921	148	-1	-17	7.106	-19	7.087

Die Veränderung der Gewinnrücklagen in 2013 beinhaltet die Veränderungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 17 Mio. € (2012: -188 Mio. €) nach Steuern.

Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

in Mio. €

	2013	2012
Jahresüberschuss	354	318
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Anlagevermögen	597	302
Zuführung/Auflösung von Rückstellungen	195	244
andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-870	-303
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-45	-74
sonstige Anpassungen	-1.053	-979
Zwischensumme	-822	-492
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.813	-4.076
Forderungen an Kunden	-40	13.660
Handelsaktiva/-passiva	4.025	2.008
andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	538	303
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-5.153	-733
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-3.628	-164
verbriefte Verbindlichkeiten	-8.378	-4.523
andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-169	-30
erhaltene Zinsen und Dividenden	4.809	5.477
gezahlte Zinsen	-4.039	-5.630
Ertragsteuerzahlungen	-265	-69
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-11.309	5.731
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	9.088	6.459
Sachanlagevermögen	1	142
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	50	44
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-5.613	-4.554
Sachanlagevermögen	-18	-14
als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-42	-63
immateriellen Vermögenswerten	-23	-25
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises:		
Auszahlungen aus dem Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen	-12	-18
Einzahlungen aus dem Verkauf von Tochter- und assoziierten Unternehmen	-	3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	3.431	1.974

in Mio. €

	2013	2012
Einzahlungen aus Kapitalerhöhung	–	1.000
Dividendenzahlungen	–90	–38
Bedienung stille Einlagen	–	–28
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Nachrangkapital)	757	–84
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	667	850
Zahlungsmittelbestand zum 1.1.	8.925	351
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	–11.309	5.731
Cashflow aus Investitionstätigkeit	3.431	1.974
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	667	850
Effekte aus Wechselkursänderungen, Bewertungsänderungen und Änderungen des Konsolidierungskreises	36	19
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	1.750	8.925
davon:		
Kassenbestand	81	78
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.669	8.847

Die Kapitalflussrechnung zeigt Zusammensetzung und Veränderungen des Zahlungsmittelbestands des Geschäftsjahres. Die Veränderung des Zahlungsmittelbestands ergibt sich aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit umfasst Zahlungsvorgänge (Zu- und Abflüsse) aus Forderungen, Verbindlichkeiten, Handelsaktiva/-passiva und anderen Aktiva beziehungsweise Passiva. Die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen werden separat ausgewiesen. Die sonstigen Anpassungen umfassen den Zinsüberschuss und den Steuer- aufwand vom Einkommen und Ertrag ohne latente Steuern.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen, Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und immaterielle Vermögenswerte sowie Ein- und Auszahlungen für den Verkauf beziehungsweise Erwerb von Tochter- und assoziierten Unternehmen. Weitere Angaben zu den konsolidierten erworbenen oder verkauften Unternehmen sind der Anhang- angabe (2) zu entnehmen.

Als Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen für Nachrangkapital aus- gewiesen. Die im Geschäftsjahr ausgeschütteten Dividenden und die Bedienung der im Eigenkapital ausgewiesenen stillen Einlagen werden ebenfalls hier gezeigt.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammensetzt.


Anhang (Notes)

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Allgemeine Angaben

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der Helaba zum 31. Dezember 2013 wurde gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den **International Financial Reporting Standards (IFRS)**, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und durch die Europäische Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden, aufgestellt.

 [Siehe Glossar S. 206](#)

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und den Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt innerhalb des Anhangs. Der Lagebericht des Konzerns gemäß § 315 HGB enthält einen separaten Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Chancen- und Risikobericht), in dem auch das Risikomanagement erläutert wird.

Die Berichtswährung des Konzernabschlusses ist Euro (€). Die Beträge sind in der Regel auf volle Mio. € gerundet.

Die zum 31. Dezember 2013 gültigen Standards und Interpretationen wurden vollumfänglich angewendet. Zusätzlich sind die nach § 315a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften berücksichtigt.

Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Im Geschäftsjahr 2013 waren erstmals die folgenden Standards und Interpretationen, die von der EU übernommen sind und für die Helaba von Bedeutung sind, verpflichtend anzuwenden:

- IFRS 13: „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“,
- Änderungen an IAS 19: „Leistungen an Arbeitnehmer“,
- Änderungen an IFRS 7: „Finanzinstrumente: Angaben“ – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten,
- Änderungen an IAS 12: „Ertragsteuern“ – latente Steuern: Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte,
- Jährliche Verbesserungen der International Financial Reporting Standards – Zyklus 2009 – 2011.

Die Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ – Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses, die ebenfalls im Geschäftsjahr 2013 erstmals verpflichtend anzuwenden waren, wurden von der Helaba bereits im Vorjahr freiwillig angewendet. Die Änderung erfordert von Unternehmen eine Gruppierung der Posten in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen danach, ob diese Posten zukünftig noch einmal in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können oder nicht. Zudem wurde bestätigt, dass es weiterhin zulässig ist, die Bestandteile der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und der Gewinn- und Verlustrechnung in einer einzelnen oder in zwei separaten Aufstellungen dazustellen.

Die Anwendung der neuen beziehungsweise geänderten Standards hatte mit Ausnahme von IFRS 13 keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Durch den neuen, prospektiv anzuwendenden IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ wurde die Definition des beizulegenden Zeitwerts verfeinert und es werden Hinweise gegeben, wie zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten ist, sofern ein anderer IFRS die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorschreibt oder erlaubt oder Angaben über die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert verlangt werden. Zudem wurden die entsprechenden Anhangangaben harmonisiert und erweitert. In den Anhangangaben (41) und (65) sind entsprechende Ergänzungen vorgenommen worden.

Der beizulegende Zeitwert ist nunmehr definiert als der Preis, den unabhängige Marktteilnehmer unter marktüblichen Bedingungen zum Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts vereinnahmen beziehungsweise bei der Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen würden (Abgangs- oder „Exit“-Preis). Der Standard betont, dass der beizulegende Zeitwert eine markt- und keine unternehmensspezifische Bewertungsgröße ist. Für die Bewertung ist wie bisher auch die dreistufige Fair Value-Hierarchie nach IFRS 7 anzuwenden.

Im Zusammenhang mit der erstmaligen Anwendung des Standards hat die Helaba die Parametrisierung des Bewertungsmodells zur Ermittlung von Credit Value Adjustments (CVA) verfeinert sowie ein Debit Value Adjustment (DVA) eingeführt. Die Umsetzung der Bewertungsvorschriften des IFRS 13 zum 1. Januar 2013 führte zu einer Erhöhung der CVA-Abschläge um –61 Mio. €, die aufwandswirksam im Handelsergebnis berücksichtigt wurde, sowie zur erstmaligen Feststellung eines DVA-Abschlags in Höhe von 37 Mio. €, der ertragswirksam im Handelsergebnis berücksichtigt wurde. In der Bilanz führte die Umsetzung zu einer Verringerung der Handelsaktiva um 60 Mio. €, der Positiven Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten um 1 Mio. €, der Handelspassiva um 34 Mio. € sowie der Negativen Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten um 3 Mio. €.

Sofern für einen zum Fair Value zu bewertenden Vermögenswert oder eine zum Fair Value zu bewertende Verbindlichkeit Geld- und Briefkurse vorliegen, ist nach IFRS 13 der Preis innerhalb der Geld-Brief-Spanne für die Fair Value-Ermittlung zu verwenden, der den Fair Value unter den herrschenden Rahmenbedingungen am besten widerspiegelt. Dies gilt für alle Ebenen der Fair Value-Hierarchie. Die Heranziehung von Geldkursen für Vermögenswerte und von Briefkursen für Verbindlichkeiten ist zulässig, aber nicht verpflichtend. Nicht ausgeschlossen wird auch die Verwendung von Mittelkursen der Geld-Brief-Spanne (Mid-Market Pricing), die von Marktteilnehmern aus Vereinfachungsgründen zur Fair Value-Ermittlung genutzt werden kann. Die Helaba bewertet derivative Finanzinstrumente grundsätzlich zu Mittelkursen. Wertpapierbestände (Handelsaktiva und AfS-Bestände) werden vom Handel zu Preisen angesetzt, die eine Veräußerung der Positionen gewährleisten. Dies führt grundsätzlich zu einer Bewertung zu Geldkursen. Eine handelsunabhängige Prüfung erfolgt durch das Risikocontrolling. Soweit der Bewertungskurs eines Wertpapiers oberhalb des Geldkurses lag, hat die Bank bis Ende 2012 einen Abschlag vorgenommen, der eine Bewertung aller Positionen zu Geldkursen sicherstellte. Diesen Abschlag hat die Bank im Jahr 2013 nicht mehr vorgenommen. Die Umstellung des Verfahrens führte am Tag der Umstellung zu positiven Ergebniseffekten von 28 Mio. € im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option und von 8 Mio. € im Handelsergebnis sowie zu einer Erhöhung der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital von 15 Mio. €. In der Bilanz erhöhten sich entsprechend die Handelsaktiva um 8 Mio. € und die Finanzanlagen um 15 Mio. €, während sich die Verbrieften Verbindlichkeiten um 28 Mio. € reduzierten.

Mit dem überarbeiteten, retrospektiv anzuwendenden Standard IAS 19 wurde das bisherige Wahlrecht bezüglich der Darstellung der Neubewertungen aus Pensionsverpflichtungen, die aus der Abweichung zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Jahresbeginn und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie der Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende resultieren, abgeschafft. Sie sind nunmehr zwingend vollständig und unmittelbar bei Entstehung erfolgsneutral im Eigenkapital auszuweisen. Dies entspricht der bereits angewendeten Vorgehensweise der Helaba, so dass diesbezüglich keine Anpassung erforderlich war.

Darüber hinaus ersetzt der neue Standard den Zinsaufwand aus leistungsorientierten Verpflichtungen sowie die erwarteten Erträge aus Planvermögen durch einen Nettozinsaufwand beziehungsweise -ertrag. Dieser ist durch Verzinsung der Nettoschuld beziehungsweise des Nettovermögens (leistungsorientierte Verpflichtung abzüglich Planvermögen) mit einem einheitlichen Diskontierungszins zu ermitteln. Der sich hieraus für 2012 ergebende Mehrertrag wurde aufgrund eines vorhandenen Asset Ceilings nahezu vollständig kompensiert, so dass auf eine Anpassung der Vorjahreswerte verzichtet wurde. Die im Vorjahr unter den Zinserträgen ausgewiesenen erwarteten Erträge aus Planvermögen in Höhe von 10 Mio. € wurden zwecks Nettoausweis zu den Zinsaufwendungen umgegliedert (siehe Anhangangabe (21)).

Eine weitere Änderung durch den neuen Standard betrifft die Rückstellungen für Aufstockungsleistungen im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen. Diese sind nicht mehr als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu klassifizieren und unmittelbar mit Abschluss der Vereinbarung vollständig zurückzustellen, sondern gemäß IAS 19 rätierlich über den Erdienungszeitraum, in der Regel bis zum Ende der Aktivphase, anzusammeln. Die Effekte aus dieser Änderung lagen unter 1 Mio. €, so dass auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet wurde.

Mit den Änderungen an IFRS 7: „Finanzinstrumente: Angaben“ – Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten – werden zusätzliche Anhangangaben gefordert, die Investoren einen besseren Vergleich zwischen IFRS-Abschlüssen und US GAAP-Abschlüssen ermöglichen sollen. Die zusätzlichen Angaben werden in Anhangangabe (59) bereitgestellt.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Folgende Standards wären nach den Vorschriften des Standardsetzers ebenfalls erstmals im Geschäftsjahr 2013 anzuwenden gewesen; die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verschoben. Die Helaba hat diese Standards im Geschäftsjahr 2013 nicht angewendet.

- IFRS 10: „Konzernabschlüsse“,
- IFRS 11: „Gemeinsame Vereinbarungen“,
- IFRS 12: „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“,
- Änderungen an IAS 27: „Einzelabschlüsse“,
- Änderungen an IAS 28: „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“,
- Änderungen an IFRS 10: „Konzernabschlüsse“, IFRS 11: „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12: „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ – Übergangleitlinien.

Das IASB hat am 12. Mai 2011 IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ und IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ herausgegeben. IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ ist das Ergebnis des Konsolidierungsprojekts des IASB und ersetzt die Konsolidierungsleitlinien im bisherigen IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ und SIC 12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“. Die neuen Standards waren nach den Vorschriften des Standardsetzers erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, anzuwenden. Die EU hat jedoch im Rahmen der Übernahme die verpflichtende Erstanwendung auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verschoben. Nach den Vorschriften des IFRS 10 beherrscht ein Investor ein Beteiligungsunternehmen, wenn er die relevanten Tätigkeiten bestimmt, variablen Rückflüssen aus der Verbindung mit dem Beteiligungsunternehmen ausgesetzt ist und die Möglichkeit hat, diese Rückflüsse durch seine Beherrschungsmöglichkeit an dem Beteiligungsunternehmen zu beeinflussen. Die Beherrschung ist auf der Grundlage aller gegenwärtigen Tatsachen und Umstände festzustellen und bei Änderungen der Gegebenheiten zu überprüfen. Bei der Erstanwendung werden einerseits für einzelne nach dem derzeitigen SIC 12 konsolidierungspflichtige Gesellschaften, bei denen die überwiegenden Chancen und Risiken aus Finanzierungen beim Helaba-Konzern liegen, nicht mehr im Konsolidierungskreis enthalten sein. Andererseits führen bei bislang nicht nach SIC 12 konsolidierungspflichtigen Gesellschaften Einflussmöglichkeiten aus vertraglichen Regelungen und eine Beurteilung von Principal-Agent-Beziehungen zu Konsolidierungspflichten. Die Auswirkungen auf die Konzernbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung können erst nach Vorliegen der Konzernzumeldungen konkret beziffert werden. Insgesamt ist ein positiver Eigenkapitaleffekt zu erwarten. Nach derzeitigem Stand der Analyse scheiden 14 Zweckgesellschaften beziehungsweise diese vermittelnde Holdinggesellschaften aus dem Konsolidierungskreis aus und sind 22 Objektgesellschaften beziehungsweise diese vermittelnde Holdinggesellschaften sowie eine Funding-Gesellschaft eines Verbriefungsvehikels erstmalig zu konsolidieren.

Die Änderungen an IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten“ – Angaben zum erzielbaren Betrag bei nicht finanziellen Vermögenswerten –, die erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen, verpflichtend anzuwenden sind und die von der EU bereits übernommen worden sind, wurden von der Helaba vorzeitig angewendet. Die Änderungen korrigieren die durch IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ eingeführte Angabevorschrift, den erzielbaren Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit anzugeben, der ein bedeutender Geschäfts- oder Firmenwert oder bedeutende immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer zugeordnet sind. Durch diese Änderungen soll zum einen klargestellt werden, dass diese Angabe nur für solche zahlungsmittelgenerierende Einheiten anzugeben ist, für die in der laufenden Berichtsperiode eine Wertminderung oder Wertaufholung erfasst wurde. Zum anderen führt der Änderungsstandard neue Abgabepflichten ein, die zu erfüllen sind, wenn eine Wertminderung oder Wertaufholung eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit vorliegt und der erzielbare Betrag auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung bestimmt wurde.

Die übrigen vom IASB beziehungsweise IFRIC verabschiedeten Standards und Interpretationen, die erst zum Teil von der EU übernommen worden sind und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Eine vorzeitige Anwendung ist auch nicht beabsichtigt. Sie werden mit Ausnahme von IFRS 9 „Finanzinstrumente“ voraussichtlich keine oder nur unwesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Das IASB hat am 12. November 2009 einen neuen International Financial Reporting Standard (IFRS 9) zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben und am 28. Oktober 2010 um Vorschriften zur Bilanzierung finanzieller Verbindlichkeiten ergänzt. Am 19. November 2013 hat das IASB die Vorschriften des IFRS 9 um ein neues Modell für die allgemeine Sicherungsbilanzierung ergänzt. Die Veröffentlichungen stellen den Abschluss von Phase 1 (Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten) und Phase 3 (Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen) eines dreiphasigen Projekts zur Ersetzung von IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ durch einen neuen Standard dar. Das IASB beabsichtigt, IFRS 9 um neue Vorschriften für Wertminderungen (Phase 2) zu ergänzen. Zusätzlich sind begrenzte Änderungen der Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten (Phase 1) geplant. In der Sitzung des IASB im Februar 2014 wurde vorläufig entschieden, den Erstanwendungszeitpunkt auf Geschäftsjahre beginnend am oder nach dem 1. Januar 2018 festzulegen.

Ausweis- und Schätzungsänderungen, Fehlerkorrekturen

Um den aktuellen Marktentwicklungen Rechnung zu tragen, wurde die Diskontierung von OTC-Derivaten auf die Overnight-Index-Swap-Kurve (OIS) umgestellt. Für die unbesicherten Derivate wurden zudem die Finanzierungskosten (Funding) in der Bewertung berücksichtigt. Hinsichtlich der Finanzierungskosten wurde dabei die Bewertungsdifferenz zwischen einer Diskontierung auf Basis der 3er-Interbankenswapkurve und der jeweiligen OIS-Kurve angesetzt. Die Verfeinerung der Bewertung schlägt sich in einem Ergebniseffekt von – 39 Mio. € im Handelsergebnis nieder sowie in einer Reduzierung der Handelsaktiva in gleicher Höhe. Technisch erfolgte die Umstellung in zwei Schritten, weshalb im Halbjahresabschluss 2013 noch kein signifikanter Umstellungseffekt aufgetreten war.

Aufgrund veränderter Volumina hat die Bank den Ausweis von Ausgleichszahlungen aus Zinsbegrenzungsvereinbarungen (Caps/Floors) einschließlich der hierauf entfallenden Zinsabgrenzungen angepasst, um den engen wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Grundgeschäften mit Zinsbegrenzungsvereinbarungen und korrespondierenden Sicherungsgeschäften mit Zinsbegrenzungsvereinbarungen zu dokumentieren. In Vorjahren wurde das Grundgeschäft im Zinsergebnis erfasst, während die Ausgleichszahlung sowie die Zinsabgrenzung aus dem Sicherungsgeschäft im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option gezeigt wurden. Im Geschäftsjahr 2013 werden die Ausgleichszahlungen sowie die Zinsabgrenzung aus dem Sicherungsgeschäft erstmals im Zinsergebnis ausgewiesen. Der Ausweis im Vorjahr wurde entsprechend angepasst (siehe Anhangangaben (21), (25), (32) und (64)).

Im Vorjahr wurden im Provisionsüberschuss 4 Mio. € Ertrag ausgewiesen, die in das Handelsergebnis umgliedert wurden (siehe Anhangangaben (23), (24), (32) und (64)).

Aus den oben genannten Anpassungen von Vorjahreszahlen ergaben sich keine Auswirkungen auf das Konzernergebnis und auf das Eigenkapital. Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

in Mio. €

	2012 korrigiert	Anpassung	2012 berichtet
Zinserträge	5.496	–	5.496
Zinsaufwendungen	–4.341	10	–4.351
Zinsüberschuss	1.155	10	1.145
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–238	–	–238
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	917	10	907
Provisionserträge	430	–4	434
Provisionsaufwendungen	–171	–	–171
Provisionsüberschuss	259	–4	263
Handelsergebnis	415	4	411
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option	–124	–10	–114
Ergebnis vor Steuern	512	–	512

Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern). Die im Rahmen der Vollkonsolidierung und Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen haben grundsätzlich ebenso wie die Helaba ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31. Dezember 2013 aufgestellt. Auch in den überwiegend Investmentvermögen betreffenden Ausnahmen erfolgte eine Einbeziehung mit den Werten vom 31. Dezember 2013. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden konzerneinheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewendet, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Ausübung von Wahlrechten wird in den folgenden Anhangangaben erläutert.

Ein Vermögenswert wird in der Bilanz angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass der künftige wirtschaftliche Nutzen dem Unternehmen zufließen wird und wenn eine verlässliche Bewertung möglich ist. Eine Schuld wird angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass eine gegenwärtige Verpflichtung künftig zu einem Abfluss von wirtschaftlichen Ressourcen führt, und wenn der Erfüllungsbetrag verlässlich bewertet werden kann. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern nicht ein anderer Wert vorgeschrieben ist. Erträge und Aufwendungen werden abgegrenzt und somit der Periode zugerechnet, der sie wirtschaftlich zuzuordnen sind.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, wie Planungen, Erwartungen oder Prognosen zukünftiger Ereignisse. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Wertminderungen von Vermögenswerten inklusive Geschäfts- oder Firmenwerten und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, der Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlich-

keiten, dem Ansatz von aktiven latenten Steuern sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Diese Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode.

Die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Folgenden dargestellt.

(2) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis des Helaba-Konzerns umfasst neben der Helaba als Mutterunternehmen insgesamt 123 (2012: 118) Unternehmen. Es werden 91 (2012: 91) Gesellschaften durch Vollkonsolidierung und 32 (2012: 27) Gesellschaften im Wege der At-Equity-Bewertung in den Konzern einbezogen. Bei den vollkonsolidierten Gesellschaften handelt es sich um Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, darunter auch Investmentvermögen.

Bei 51 Tochterunternehmen, 19 gemeinschaftlich geleiteten und 15 assoziierten Unternehmen, die für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Helaba-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf eine Einbeziehung in den Konzernabschluss verzichtet. Die Anteile an diesen Unternehmen werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind in Anhangangabe (86) aufgeführt. Diese Aufstellung enthält auch Erläuterungen hinsichtlich einer im Vergleich zu einer von den Stimmrechten indizierten abweichenden Klassifizierung als Tochter-, Gemeinschafts- beziehungsweise assoziiertes Unternehmen.

Die Veränderungen im Konsolidierungskreis während des Geschäftsjahres resultieren überwiegend aus neuen Tochtergesellschaften der Bank.

Veränderungen im Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen

Zugänge

Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr gegründete Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Juni 2013 nicht mehr unwesentlich.
HI-HTNW Fonds, Frankfurt am Main	Auflegung des Wertpapiersondervermögens im März 2013
HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Konsolidierung der in Vorjahren erworbenen Gesellschaft nach dem Erwerb von Anteilen an der Montindu S.A./N.V., Brüssel
Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	Anteilserwerb im Juni 2013
Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr erworbene Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Juni 2013 nicht mehr unwesentlich.
Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	Erwerb der Gesellschaft im Juni 2013
Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Die im Vorjahr gegründete Gesellschaft ist nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit im September 2013 nicht mehr unwesentlich.

Die erstmaligen Konsolidierungen der Gesellschaften HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und Montindu S.A./N.V., Brüssel, im zweiten Quartal sind durch den Erwerb der Anteile an der Immobiliengesellschaft Montindu S.A./N.V., Brüssel, durch die Bank (99,97 %) und die HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (0,03 %) bedingt. Vor dem Anteilserwerb war die HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH wegen nur untergeordneter Bedeutung nicht in den Konsolidierungskreis einzubeziehen. Bei den übrigen Gesellschaften handelt es sich um Immobilienprojektgesellschaften.

Abgänge

AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
Arosa Finance Limited, Dublin, Irland	Verminderung des Geschäftsbetriebs im Juli 2013
BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	Anwachsung der Gesellschaft auf die Helaba im Dezember 2013
Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie
Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Eintritt der Unwesentlichkeit nach Abwicklung der Veräußerung der projektierten Immobilie

Aus der Entkonsolidierung der vorgenannten Gesellschaften ergab sich ein negatives Entkonsolidierungsergebnis von weniger als 1 Mio. €.

Veränderungen im Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen

Zugänge

Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im April 2013
Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Erwerb im August 2013
GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Eschborn	Zugang durch Verschmelzung der GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG im August 2013
Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im September 2013
Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im September 2013
Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im September 2013
OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	Erwerb im Juni 2013
Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	Erwerb im Dezember 2013
Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	Gründung im April 2013

Abgänge

BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	Entkonsolidierung der Gesellschaft wegen Unwesentlichkeit
G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Entkonsolidierung der Gesellschaft wegen Unwesentlichkeit
gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	Entkonsolidierung der Gesellschaft wegen Unwesentlichkeit
GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	Verschmelzung auf die GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG im August 2013

Die Abgangserfolge aus der Entkonsolidierung betragen weniger als 1 Mio. € und werden im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss der Helaba erfolgt bei allen einbezogenen Unternehmen nach konzerneinheitlichen Vorgaben. In den Konzernabschluss sind alle wesentlichen Tochterunternehmen und sonstigen Unternehmen, die von der Helaba mittel- oder unmittelbar beherrscht werden oder bei denen nach den Vorschriften des IAS 27 und SIC 12 eine Zurechnung zum Helaba-Konzern vorzunehmen war, im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Für die wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen und die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen erfolgt eine Bewertung at Equity gemäß IAS 28. In Einzelfällen, die einzeln und insgesamt betrachtet im Vergleich zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind, wurde von einer Konsolidierung beziehungsweise Bewertung at Equity abgesehen. In diesen Fällen erfolgt der Ausweis der Anteile unter den Finanzanlagen.

Die Jahresabschlüsse der konsolidierten beziehungsweise at Equity bewerteten Unternehmen werden grundsätzlich auf den Stichtag des Jahres- und Konzernabschlusses der Helaba aufgestellt. Nur in wenigen unbedeutenden Ausnahmefällen, die Investmentvermögen betreffen, liegen abweichende Abschlussstichtage vor. Auch in diesen Fällen erfolgte die Berücksichtigung mit Werten zum 31. Dezember 2013.

Die Erstkonsolidierungen erfolgen nach der Erwerbsmethode auf den Stichtag des Anteilserwerbs. Die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt mit den beizulegenden Zeitwerten auf diesen Erstkonsolidierungszeitpunkt. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden als Geschäfts- oder Firmenwert in der Konzernbilanz unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen und mindestens jährlich einem Werthaltigkeitstest unterzogen (siehe Anhangangabe (14)). Aus der Erstkonsolidierung resultierende negative Unterschiedsbeträge sind nach Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte erfolgswirksam zu vereinnahmen.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Gesamtergebnisrechnung als auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital beziehungsweise konzernfremden Gesellschaftern zustehendes Ergebnis ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden bei Zugang auf Grundlage der Zeitwerte der ihnen zugeordneten Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Im Fall eines sukzessiven Anteilserwerbs wird die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung vollkonsolidiert. Die Anteile, die vor Erlangung der Beherrschung erworben wurden (Altanteile), werden zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und der Kapitalkonsolidierung zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem Buchwert der Altanteile und dem beizulegenden Zeitwert ist, gegebenenfalls nach Recycling erfolgsneutraler Buchwertbestandteile aus der Fortschreibung eines Equity-Werts oder der bisher erfolgsneutralen Bewertung aufgrund der Zuordnung zur Bewertungskategorie AfS, erfolgswirksam zu erfassen.

Entfällt eine Einbeziehungspflicht für bislang konsolidierte beziehungsweise at Equity bewertete Unternehmen, so erfolgt auf den Stichtag, an dem die konsolidierungspflichtigen Anteile abgehen beziehungsweise der Beherrschungstatbestand entfällt, eine erfolgswirksame Entkonsolidierung. Der Ansatz der verbliebenen Anteile nach IAS 39 oder im Rahmen einer Bewertung at Equity erfolgt dabei zum beizulegenden Zeitwert.

Sind Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- oder assoziierten Unternehmen zum kurzfristigen Verkauf bestimmt und liegen die sonstigen Voraussetzungen vor, so erfolgt eine Bewertung nach IFRS 5 und der Ausweis der Vermögenswerte, Schulden und Erfolgsbeiträge in separaten Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung.

Zwischen konsolidierten Unternehmen bestehende konzerninterne Salden sowie entstandene Erträge und Aufwendungen werden im Wege der Schulden- beziehungsweise Erfolgskonsolidierung eliminiert. Zwischenerfolge aus Transaktionen zwischen einbezogenen Unternehmen werden ebenfalls eliminiert.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen werden vom Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Vorliegen der gemeinschaftlichen Führung zu den Anschaffungskosten des Konzerns in der Konzernbilanz angesetzt. Der bilanzierte Equity-Wert wird in den Folgejahren unter Berücksichtigung der Amortisierung von identifizierten stillen Reserven und Lasten um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens wird als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Liegt der erzielbare Betrag der Anteile an einem at Equity bewerteten Unternehmen unter dem bisherigen Bilanzansatz, werden sie abgeschrieben. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung durch Zuschreibungen bis maximal zur Höhe des fortgeführten Equity-Werts (ohne Geschäfts- oder Firmenwert). Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erfasst.

(4) Finanzinstrumente

Gemäß IAS 39 sind alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente in der Bilanz anzusetzen. Die Erstbewertung erfolgt zu Anschaffungskosten, die dem Gegenwert der hingegebenen beziehungsweise erhaltenen Vermögenswerte zum Zeitpunkt des Erwerbs entsprechen. Transaktionskosten werden grundsätzlich als Anschaffungsnebenkosten berücksichtigt. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind, beziehungsweise wenn die Kontrolle oder Verfügungsmacht übertragen wurde. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden:

Kredite und Forderungen (LaR)

Als Kredite und Forderungen (LaR) werden alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte kategorisiert, die mit festen oder bestimmaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV), designiert. Auch Wertpapiere mit festen oder bestimmaren Zahlungen, für die kein aktiver Markt besteht, können als LaR kategorisiert werden.

Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bestehende Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Die Buchwerte von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR werden in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Aktiva gezeigt.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Forderungen, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

Bezüglich der Berücksichtigung von Risiken aus dem Kreditgeschäft wird auf Anhangangabe (11) verwiesen.

Finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (aFV)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder zu Handelszwecken gehalten werden (HfT) oder für die im Zugangszeitpunkt unwiderruflich von der Fair Value-Option (FVO) Gebrauch gemacht wird. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente designiert werden, sind immer der Bewertungskategorie HfT zugeordnet.

Bei den zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten besteht die Absicht, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Sie werden unter den Handelsaktiva oder Handelspassiva ausgewiesen. Die Aufwendungen und Erträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten werden vollständig im Handelsergebnis ausgewiesen. Nicht zu Handelszwecken gehaltene derivative Finanzinstrumente werden als positive oder negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen.

Die FVO wird überwiegend für wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen der Hedge-Management-Strategie angewendet, für die keine Mikro-Hedge-Beziehung gemäß IAS 39 dokumentiert ist. Die FVO wird auch für Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten genutzt. Darüber hinaus designiert die Helaba finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die als Einheit (Portfolio) im Rahmen einer dokumentierten Risikomanagementstrategie zum beizulegenden Zeitwert gesteuert werden. Der Ausweis nicht derivativer Finanzinstrumente, für die die FVO ausgeübt wird, erfolgt in dem jeweiligen Bilanzposten, der auch ohne Designation genutzt worden wäre. Zinsen (inklusive amortisierter Agien beziehungsweise Disagien) und Dividenden der designierten Finanzinstrumente sind im Zinsüberschuss enthalten. Das Bewertungs- und das Veräußerungsergebnis werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option ausgewiesen.

Bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten können Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem beizulegenden Zeitwert (Day-One Profit or Loss) auftreten. Der Day-One Profit or Loss wird im Regelfall sofort ergebniswirksam vereinnahmt. Sofern die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf nicht beobachtbaren Bewertungsparametern beruht, ist der Day-One Profit or Loss über die Laufzeit in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (HtM)

Eine Einstufung in die Kategorie HtM erfordert feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit der nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte. Des Weiteren müssen diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Im Helaba-Konzern sind keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zugeordnet.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (AfS)

Die Kategorie AfS beinhaltet alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte, die nicht bereits einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Bei der Helaba handelt es sich insbesondere um Schuldverschreibungen, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie um Beteiligungen. Finanzinstrumente der Kategorie AfS werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern dieser bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen. Dies ist dann der Fall, wenn weder Preise von aktiven Märkten vorliegen noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind. Bei angekauften Ansprüchen aus Kapitallebensversicherungsverträgen erfolgt eine Bewertung auf Basis des von der Versicherungsgesellschaft mitgeteilten Rückkaufswerts, der um Einzahlungen und andere Wertänderungen bis zum Bilanzstichtag fortgeschrieben wird.

Das Ergebnis aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert wird – nach Berücksichtigung latenter Steuern – erfolgsneutral in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen. Bei Anwendung von Hedge Accounting wird der Teil des Bewertungsergebnisses, der auf das abgesicherte Risiko entfällt, im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment), die dazu führen, dass der beizulegende Zeitwert voraussichtlich dauerhaft unter den fortgeführten Anschaffungskosten liegen wird, wird die Neubewertungsrücklage um den Wertminderungsbetrag angepasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen berücksichtigt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden erfolgswirksam, Wertaufholungen bei zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten hingegen

erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Zuschreibungen auf zu Anschaffungskosten bewertete Eigenkapitalinstrumente werden nicht vorgenommen. Die Kriterien für das Vorliegen einer Wertminderung bestehen aus einer Zeit- und einer Wertveränderungskomponente.

Die Zinserträge aus Wertpapieren einschließlich amortisierter Agien und Disagien sowie Dividenden-erträge aus Aktien oder Beteiligungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Bei einer Veräuße- rung eines finanziellen Vermögenswerts wird das in der Neubewertungsrücklage bilanzierte kumu- lierte Bewertungsergebnis aufgelöst und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Finanzielle Verbindlichkeiten (OL)

Diese Kategorie beinhaltet finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien beziehungsweise Disagien werden effektivzinskonstant über die Restlaufzeit verteilt (Amortisation) und erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Der Ausweis der Buchwerte erfolgt in den Bilanzposten Verbindlich- keiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlich- keiten sowie Nachrangkapital. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden unter den sonstigen Passiva ausgewiesen.

Im Rahmen des Hedge Accounting werden die Buchwerte von Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte von Mikro Fair Value Hedges sind, um die dem abgesicherten Risiko entsprechenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte angepasst.

(5) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

IAS 39 beinhaltet umfassende Regelungen für die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammen- hängen, das heißt für die Bilanzierung von Sicherungsinstrumenten (insbesondere Derivaten) und den durch sie abgesicherten Grundgeschäften.

Der Helaba-Konzern schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Werden Derivate nachweislich zur Absicherung von Risiken aus Nichthandelsgeschäften, die nicht der Kategorie aFV zugeordnet sind, eingesetzt, lässt IAS 39 unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung spezieller Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) zu.

Zu Beginn der Sicherungsbeziehung sind sowohl die Sicherungsbeziehung als auch die Risikoma- nagementziele und -strategien des Konzerns sowie die Methode zur prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessung im Hinblick auf die Sicherungsbeziehung zu dokumentieren. Insbesondere sind das abzusichernde Grundgeschäft, das abzusichernde Risiko und das Sicherungsinstrument eindeutig zu benennen.

Darüber hinaus verlangt IAS 39 einen effektiven Sicherungszusammenhang. Hierzu wird die Effek- tivität der Sicherungsbeziehungen regelmäßig überwacht. Eine Sicherungsbeziehung wird als effektiv betrachtet, wenn sowohl im Zeitpunkt der Designation als auch während der Laufzeit der Sicherungsbeziehung die Wertänderungen des Grundgeschäfts durch die des Sicherungsinstru- mentes in hohem Maße kompensiert werden (prospektiver Effektivitätstest oder Effektivitätsver- mutung) und sich die aktuellen Bewertungsergebnisse in einer Spannbreite zwischen 80 % und 125 % bewegen (retrospektiver Effektivitätstest). Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv,

wird sie aufgelöst. Verbleibt nach Beendigung einer Sicherungsbeziehung das Grundgeschäft in der Bilanz, erfolgt eine Amortisation der während der Sicherung vorgenommenen Buchwertanpassungen des zinstragenden Grundgeschäfts über dessen verbleibende Restlaufzeit im Zinsergebnis.

Der Helaba-Konzern nutzt das Mikro Fair Value Hedge Accounting, um zinsinduzierte Marktpreisänderungen der gesicherten Grundgeschäfte durch Wertänderungen aus Sicherungsderivaten auszugleichen. Einem solchen zinsinduzierten Marktpreisrisiko unterliegen insbesondere die Emissions- und Kreditgeschäfte des Konzerns und die Wertpapiere des Liquiditätsanlageportfolios, sofern es sich um festverzinsliche Titel handelt. Als Sicherungsinstrumente werden ausschließlich Zinsswaps und Zinswährungsswaps genutzt, die den Anforderungen des Hedge Accounting genügen.

Gemäß den Regelungen des Fair Value Hedge Accounting werden die zur Absicherung eingesetzten derivativen Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und unter den Bilanzposten Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten ausgewiesen. Bei Grundgeschäften, die ohne Hedge Accounting zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bilanzieren wären, führen die Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zu einer entsprechenden Buchwertanpassung. Diese auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäftes wird zusammen mit der gegenläufigen Änderung des Sicherungsinstruments erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Cashflow Hedges werden nur von einer vollkonsolidierten Zweckgesellschaft und einem assoziierten Unternehmen genutzt, die beide im Immobiliensektor tätig sind. Durch den Einsatz von Zinsswaps erfolgt die Absicherung gegen Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme, die aus der Zinsanpassung von Verbindlichkeiten resultieren können. Der effektive Teil der Fair Value-Änderung des Sicherungsinstruments wird dabei erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst; der ineffektive Teil wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Absicherung von Fremdwährungsrisiken erfolgt mittels nicht derivativer Finanzinstrumente für Beteiligungen der Kategorie AfS und für eine Nettoinvestition in eine ausländische Teileinheit. Der Gewinn beziehungsweise Verlust aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts wird erfolgsneutral behandelt und in der Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Positive und negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

Unter diesem Posten werden im Helaba-Konzern Derivate ausgewiesen, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden. Hierunter fallen auch Derivate, die als Sicherungsinstrumente für einen Mikro Fair Value Hedge designiert sind. Darüber hinaus werden in diesem Posten derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nach IAS 39 nicht dokumentiert ist (ökonomische Hedges). Positive Marktwerte werden auf der Aktivseite und negative Marktwerte werden auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertungsergebnisse der Derivate, die nicht zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden in Abhängigkeit von ihrer Verwendung im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) oder im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option erfasst. Die laufenden Erträge und Aufwendungen aus diesen Derivaten werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

(6) Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Verträge bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Ein eingebettetes Derivat ist integraler Bestandteil des strukturierten Produkts und kann nicht separat gehandelt werden.

IAS 39 sieht unter bestimmten Voraussetzungen vor, eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke aus den zugehörigen Basisverträgen herauszulösen und als freistehende Derivate zu behandeln, soweit nicht das gesamte strukturierte Produkt erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird.

Im Helaba-Konzern werden trennungspflichtige Finanzinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, jeweils separat bilanziert oder es wird die FVO für das strukturierte Produkt genutzt.

(7) Finanzgarantien

Eine Finanzgarantie ist ein Vertrag, bei dem der Garantiegeber zur Leistung einer bestimmten Zahlung verpflichtet ist, die den Garantiennehmer für einen Verlust entschädigt, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seine vertraglichen Zahlungsverpflichtungen eines Schuldinstruments nicht vertragsgemäß erfüllt. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Verpflichtung aus einer Finanzgarantie erfasst. Dabei erfolgt der Ansatz einer Finanzgarantie bei der Helaba (Garantiegeber) zum beizulegenden Zeitwert, der bei Ausgeglichenheit der zu erwartenden Leistungen (Verpflichtungsbarwert) und Gegenleistungen in Form von ratierlichen, nachschüssigen und marktgerechten Prämienzahlungen (Prämienbarwert) dem Wert null entspricht. Im Rahmen der Folgebewertung wird für drohende Verluste aus einer Inanspruchnahme aus der Finanzgarantie eine Rückstellung gebildet.

Darüber hinaus werden Finanzgarantien, für die im Zugangszeitpunkt die FVO ausgeübt wurde, sowohl im Rahmen der Zugangsbewertung als auch im Rahmen der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO ausgewiesen.

(8) Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

Der Helaba-Konzern tritt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften sowohl als Pensionsgeber (**Repo-Geschäfte**) als auch als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) auf.

 [Siehe Glossar S. 206](#)

Repo-Geschäfte sind Verträge, bei denen ein Pensionsgeber ihm gehörende Wertpapiere an einen Pensionsnehmer gegen Zahlung eines bestimmten Betrags überträgt. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Pensionsnehmer die an ihn übertragenen oder gleichartige Wertpapiere zu einem festgelegten späteren Zeitpunkt gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Entgelts an den Pensionsgeber zurückübertragen muss.

Aufgrund der unbedingten Verpflichtung zur Rückübertragung der Wertpapiere durch den Pensionsnehmer kommt es zu keinem bilanziellen Abgang der Wertpapiere beim Pensionsgeber und die Wertpapiere werden weiterhin in der Konzernbilanz entsprechend ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 bewertet und unter den Handelsaktiva oder innerhalb des Finanzanlagebestands ausgewiesen. Entsprechend werden die im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften vom Helaba-Konzern in Pension genommenen Wertpapiere nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen, da es wirtschaftlich zu keinem Zugang kommt.

Sofern Repo-Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen werden, wird die zufließende Liquidität als Verbindlichkeit unter den Handelspassiva ausgewiesen und zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei wird der Unterschiedsbetrag zwischen erhaltener Zahlung und Rückzahlungsverpflichtung als Bestandteil des Bewertungsergebnisses im Handelsergebnis erfasst. Offenmarktgeschäfte, bei denen die Liquiditätssteuerung im Vordergrund steht, werden als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bilanziert. Die vereinbarten Zinszahlungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Im umgekehrten Fall werden Liquiditätsabflüsse aus Reverse-Repo-Geschäften, sofern sie mit Handelsabsicht getätigt werden, als Forderungen innerhalb der Handelsaktiva bilanziert und entsprechend bewertet. Die Bewertungsergebnisse werden, wie bei den Repo-Geschäften, entsprechend der Zweckbestimmung im Handelsergebnis erfasst.

Von den echten Wertpapierpensionsgeschäften sind Wertpapierleihegeschäfte abzugrenzen, bei denen der Helaba-Konzern sowohl als Verleiher als auch als Entleiher von Wertpapieren auftritt.

Hierbei werden Wertpapiere für einen begrenzten Zeitraum verliehen, wobei sich der Entleiher verpflichtet, mit Fristablauf Wertpapiere gleicher Art, Güte und Menge an den Verleiher zurückzuübertragen. Es handelt sich mithin um ein Sachdarlehen gemäß § 607 BGB. Während verliehene Wertpapiere beim Verleiher weiterhin im Wertpapierbestand (Handelsaktiva, Finanzanlagen) ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet werden, erfolgt keine Bilanzierung und Bewertung entliehener Wertpapiere beim Entleiher.

Für Wertpapierleihegeschäfte gestellte Barsicherheiten werden unter den Forderungen, erhaltene Barsicherheiten unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Vom Helaba-Konzern gestellte Wertpapier-sicherheiten werden weiterhin nach der ursprünglich gewählten Bilanzierungsmethode bilanziert.

Erträge und Aufwendungen aus Wertpapierleihegeschäften werden, sofern sie zu Handelszwecken abgeschlossen werden, im Handelsergebnis ausgewiesen. Ansonsten erfolgt der Ausweis im Zinsergebnis.

Aus Leerverkäufen von entliehenen Wertpapieren resultierende Verbindlichkeiten werden unter den Handelspassiva zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

(9) Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Ein Leasinggeschäft wird als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand bei dem Leasinggeber liegen. Demgegenüber sind solche Leasinggeschäfte, bei denen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken auf den Leasingnehmer übertragen werden, als Finanzierungsleasing einzustufen.

Der Konzern als Leasinggeber

Soweit im Helaba-Konzern Operating-Leasinggeschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände werden in der Konzernbilanz unter den Sachanlagen und, im Fall von Grundstücken und Gebäuden, unter den als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt nach den dort beschriebenen Grundsätzen. Die Leasingerlöse werden, sofern in Einzelfällen nicht eine andere Verteilung geboten ist, linear über die Vertragslaufzeit vereinnahmt und in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Wenn der Leasingvertrag als Finanzierungsleasing klassifiziert ist, wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden oder Forderungen gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Der Zinsanteil wird im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Der Konzern als Leasingnehmer

Die gezahlten Leasingraten aus Operating-Leasingverhältnissen werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Vertragliche Vereinbarungen, die als Finanzierungsleasing zu klassifizieren sind, bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(10) Währungsumrechnung

Die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften in den Abschlüssen der einbezogenen Unternehmen sowie die Umrechnung der Abschlüsse von ausländischen Geschäftsbetrieben mit einer von der Berichtswährung abweichenden funktionalen Währung erfolgen nach den Regelungen des IAS 21.

Sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente (Aktien, Beteiligungen) in Fremdwährung werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Posten (zum Beispiel Sachanlagen) werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden, mit Ausnahme der aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten resultierenden Differenzen, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Umrechnung von in Fremdwährung aufgestellten Abschlüssen einbezogener Geschäftsbetriebe (Tochterunternehmen, Niederlassungen) wird zunächst mittels der Zeitbezugsmethode von der Fremdwährung in die funktionale Währung umgerechnet, sofern diese Währungen voneinander abweichen. Anschließend erfolgt die Umrechnung in die Berichtswährung (Euro) gemäß der modifizierten Stichtagskursmethode. Hierbei werden sämtliche monetären und nicht monetären Vermögenswerte und Schulden unter Verwendung des EZB-Referenzkurses des Bilanzstichtags in die Berichtswährung umgerechnet. Erträge und Aufwendungen der Berichtsperiode werden zum Periodendurchschnittskurs umgerechnet. Alle sich hieraus ergebenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden bis zum Abgang oder zur Einstellung des ausländischen Geschäftsbetriebs in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Rücklage aus der Währungsumrechnung) ausgewiesen.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch Bildung von Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Im Helaba-Konzern wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten der Kategorie LaR, die unter den Forderungen ausgewiesen werden, vorgenommen. Dabei unterliegen alle signifikanten Forderungen einer Einzelfallbetrachtung. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, erfolgt eine Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs.

Wesentliche Hinweise für das Vorliegen einer Wertminderung sind beispielsweise:

- Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen,
- unregelmäßige Überziehung für mehr als 90 Tage,
- bonitätsbedingte Restrukturierung,
- Zwangsvollstreckungsmaßnahmen,
- Vorliegen der Voraussetzung auf Antrag oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Vorliegen von Stundungsmaßnahmen.

Die Bildung einer Wertberichtigung ist erforderlich, wenn es wahrscheinlich ist, dass nicht alle vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsleistungen erbracht werden können. Die Höhe der Einzelwertberichtigung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem erzielbaren Betrag der Forderung. Der erzielbare Betrag entspricht dem Barwert der erwarteten Cashflows, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verwertung von Sicherheiten. Zur Diskontierung der erwarteten Cashflows wird der ursprüngliche Effektivzinssatz der Forderung herangezogen; bei Forderungen mit variablen Zinssätzen wird der aktuelle Zinssatz verwendet.

Bei unveränderten Zahlungserwartungen ergibt sich durch Zeitablauf eine Barwertänderung (Unwinding). Das Unwinding ist Bestandteil des Zinsertrags. Eine Zuführung oder Auflösung einer Einzelwertberichtigung wird als Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Sie resultiert aus seit dem letzten Bilanzstichtag eingetretenen Cashflows, die in ihrer Höhe von den erwarteten Beträgen abweichen, veränderten Erwartungen über zukünftige Cashflows sowie der Änderung von variablen Zinssätzen. Wechselkursveränderungen werden ebenfalls erfolgswirksam berücksichtigt.

Nicht signifikante Forderungen mit Hinweis auf eine Wertminderung werden in eng abgegrenzten Portfolios mit ähnlichen Risikostrukturen zusammengeführt und nach einheitlicher Methodik bewertet. In die Berechnung der pauschalierten Einzelwertberichtigungen gehen Daten aus der Kreditrisikomessung ein, insbesondere die ausfallgefährdeten Beträge, Sicherheiten und historische Ausfallwahrscheinlichkeiten. Länderrisiken sind dabei implizit berücksichtigt. Auf Basis dieser Methodik werden auch Portfoliowertberichtigungen gebildet, und zwar für Forderungen, bei denen keine objektiven Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen oder bei denen im Rahmen der Einzelermittlung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde. Die Portfoliowertberichtigung dient der Abdeckung eingetretener, aber noch nicht identifizierter Wertminderungen. Hierzu werden erwartete Verluste mit Faktoren multipliziert, die den Zeitraum zwischen Eintritt und Identifizierung einer Wertminderung widerspiegeln.

Die Risikovorsorge für bilanzielle Forderungen wird offen von den Forderungen an Kreditinstitute und den Forderungen an Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft (Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe entspricht weitgehend den Verfahren für das bilanzielle Kreditgeschäft. Zusätzlich wird jedoch die Ziehungswahrscheinlichkeit berücksichtigt.

Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien sind Immobilien, die der langfristigen Erzielung von Mieterträgen beziehungsweise Wertsteigerungen dienen.

Bei der Zuordnung von gemischt genutzten Immobilien, das heißt Immobilien, die zum Teil vermietet und zum Teil selbst genutzt werden, wird zunächst geprüft, ob die einzelnen Teile gesondert veräußert oder vermietet werden können beziehungsweise ob ein aktiver Markt für die Immobilienteile vorhanden ist. Für den Fall, dass eine Aufteilung der Immobilie nicht möglich ist, wird eine Klassifizierung als als Finanzinvestition gehaltene Immobilie nur dann vorgenommen, wenn der Anteil der Eigennutzung am Gesamtobjekt unwesentlich ist. Immobilien, deren selbst genutzter Anteil aus Konzernsicht wesentlich ist, werden gemäß IAS 16 bilanziert und unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sind zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst. Fremdkapitalkosten werden unter den Bedingungen des IAS 23 als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Gebäude werden planmäßig linear über ihre geschätzte wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Komponentenansatz kommt zur Anwendung, wenn sich wesentliche Bestandteile deutlich in ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer unterscheiden.

Die Bandbreiten der zugrunde gelegten Nutzungsdauern bewegen sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsart der Immobilie in folgendem Rahmen:

- | | |
|--|-------------|
| ▪ Wohn- und Geschäftshäuser | 60–80 Jahre |
| ▪ Bürogebäude, Büro- und Geschäftshäuser | 40–60 Jahre |
| ▪ Spezialimmobilien | 20–60 Jahre |

Darüber hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn der Grund für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen ist.

Der Ausweis von Mieterträgen, Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie Abschreibungen und sonstigen direkt den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurechenbaren Aufwendungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Für die in Anhangangabe (41) angegebenen Marktwerte der Immobilien besteht hinsichtlich der Ermittlung eine je nach Objektgröße differenzierte Vorgehensweise. Bei mittleren und großen Immobilien erfolgt mindestens alle drei bis fünf Jahre eine Bewertung durch externe Gutachter, die in der Zwischenzeit jährlich durch interne Sachverständige überprüft und angepasst wird. Die jährliche Bewertung kleinerer Objekte wird grundsätzlich intern vorgenommen.

Die Bewertung der Immobilien erfolgt nach dem Ertragswertverfahren.

(13) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen sind selbst genutzte Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien im Bau (sofern sie nicht für die zukünftige Nutzung als Finanzinvestition erstellt oder entwickelt werden) sowie Leasinggegenstände, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften vermietet werden, ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Diese umfassen den Kaufpreis sowie alle direkt zurechenbaren Kosten, die anfallen, um den Vermögenswert in betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur aktiviert, wenn daraus ein zusätzlicher wirtschaftlicher Nutzen entsteht. Kosten für die Erhaltung von Sachanlagen werden hingegen sofort aufwandswirksam erfasst.

Abnutzbare Vermögenswerte des Sachanlagevermögens werden planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden geringwertige Wirtschaftsgüter, die bereits im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben werden.

Die Bandbreite der erwarteten Nutzungsdauern stellt sich wie folgt dar:

- | | |
|--------------------------------------|---------------|
| ▪ Gebäude | 40 – 80 Jahre |
| ▪ Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2 – 25 Jahre |
| ▪ Leasinggegenstände | 5 – 25 Jahre |

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert einer Sachanlage den höheren Wert aus Nettoveräußerungspreis und Nutzungswert überschreitet. Fallen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung in Folgejahren weg, erfolgt eine Zuschreibung höchstens bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sind im Verwaltungsaufwand, Gewinne und Verluste aus Anlageabgängen sind in dem sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten sind im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte aus der Kapitalkonsolidierung, Software sowie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens jährlich und anlassbezogen bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Der Werthaltigkeitstest erfolgt für jede zahlungsmittelgenerierende Einheit, der ein Geschäfts- oder Firmenwert zugeordnet wurde. Die Zuordnung erfolgt zu den jeweils identifizierbaren Gruppen von Mittelzuflüssen erzeugenden Vermögenswerten, die weitgehend unabhängig von Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Ermittlung, ob ein Vermögenswert oder eine Gruppe von Vermögenswerten größtenteils von anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten unabhängige Mittelzuflüsse erzeugen, fließen diverse Faktoren ein, einschließlich der Art der Steuerung der Unternehmenstätigkeit durch das Management. Beim Werthaltigkeitstest wird der so genannte erzielbare Betrag mit dem Nettobuchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit inklusive Buchwerten der zugeordneten Geschäfts- oder Firmenwerte verglichen. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert von Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Sofern keine zeitnahen vergleichbaren Transaktionen oder beobachtbaren Marktpreise vorliegen, erfolgt im Regelfall eine Wertermittlung nach einem ertragswertorientierten Modell, das die erwarteten künftigen Ertragsüberschüsse barwertig bewertet. Die Ertragsersparungen werden aus Planungsrechnungen und individuellen Annahmen über Wachstumstrends von Erlösen und Kosten abgeleitet. Die Barwertberechnung erfolgt durch den Ansatz aktueller langfristiger lokaler Marktinzinsen und die Berücksichtigung eines Risikozuschlags, der sich aus einer Marktrisikoprämie und einem Beta-Faktor ergibt. Sofern der Geschäfts- oder Firmenwert aus einer Objektgesellschaft resultiert, kann eine Zeitwertermittlung auch objektbezogen erfolgen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit den erzielbaren Betrag übersteigt. Dann wird eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe der Differenz vorgenommen, die im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Software wird zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und planmäßig über einen Zeitraum von überwiegend drei Jahren abgeschrieben. Die Abschreibung der erworbenen Auftragsbestände erfolgt entsprechend ihrer vertraglichen Laufzeit. Abschreibungen auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte sind im Verwaltungsaufwand enthalten. Abgangsergebnisse werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis gezeigt.

(15) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Abgangsgruppen

Langfristige Vermögenswerte, die zur Veräußerung gehalten werden, sowie bereits mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen werden ebenso wie Abgangsgruppen nach IFRS 5 und die mit diesen Vermögenswerten in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten in gesonderten Bilanzposten ausgewiesen. In der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt für mit Weiterveräußerungsabsicht erworbene Tochterunternehmen ein Ausweis der Erträge und Aufwendungen einschließlich der Veränderungen latenter Steuern im Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen.

Voraussetzung für die Bilanzierung nach IFRS 5 ist eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine tatsächliche Veräußerung innerhalb von zwölf Monaten.

Bis zum Vorliegen der Voraussetzungen werden die Vermögenswerte nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften bewertet. Sobald die Voraussetzungen nach IFRS 5 erfüllt sind, erfolgt ab diesem Zeitpunkt eine Bewertung mit dem niedrigeren Wert aus dem Vergleich des Buchwerts und des erzielbaren Nettoveräußerungswerts.

(16) Sonstige Aktiva und sonstige Passiva

Die sonstigen Aktiva enthalten Immobilien des Vorratsvermögens, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmt sind. Sie umfassen sowohl fertiggestellte Immobilien als auch im Bau befindliche Objekte, die selbst entwickelt und vermarktet werden. Die Bewertung der Immobilien erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert, das heißt dem geschätzten erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der noch erwarteten Kosten für die Fertigstellung und den Verkauf. Fremdkapitalzinsen werden aktiviert, sofern die Bedingungen dafür erfüllt sind. Erträge und Aufwendungen aus Immobilien des Vorratsvermögens werden im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

In den sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva werden ferner Vermögenswerte beziehungsweise Schulden ausgewiesen, die für sich betrachtet von untergeordneter Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

(17) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die betriebliche Altersversorgung im Helaba-Konzern umfasst verschiedene Arten von Versorgungsplänen. Es bestehen sowohl Beitragszusagen (Defined Contribution Plans) als auch Leistungszusagen (Defined Benefit Plans).

Für Beitragszusagen werden festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger entrichtet. Da für den Konzern keine weiteren Zahlungsverpflichtungen bestehen, werden für diese Zusagen grundsätzlich keine Rückstellungen gebildet. Die laufenden Beiträge für Beitragszusagen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Im Rahmen der Leistungszusagen bestehen sowohl Gesamtversorgungszusagen als auch Endgehaltspläne und Rentenbausteinsysteme. Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die gemäß IAS 19 Planvermögen darstellen und mit den Pensionsverpflichtungen verrechnet werden. Ergibt sich dadurch eine Vermögensüberdeckung, ist der Ansatz des Nettovermögenswerts begrenzt auf den Barwert der damit verbundenen wirtschaftlichen Vorteile, über die der Konzern während der Laufzeit des Versorgungsplans oder nach deren Erfüllung verfügen kann (Asset Ceiling). Wirtschaftliche Vorteile können beispielsweise in Form von Rückerstattungen oder der Minderung von Beitragszahlungen bestehen.

Die Pensionsverpflichtungen aus Leistungszusagen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen

sowie ein aktueller Marktzins zugrunde gelegt werden. Dieser Diskontierungszinssatz orientiert sich an der Verzinsung währungskongruenter erstklassiger Industrieanleihen mit einer der gewichteten durchschnittlichen Laufzeit der Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Fristigkeit. Dabei wird im Inland ein Referenzzinssatz verwendet, der eine breite Anzahl von AA-eingestuften Anleihen berücksichtigt und um statistische Ausreißer bereinigt ist. Bei der Festlegung dieses Zinssatzes orientiert sich die Helaba im Wesentlichen an der Zinsempfehlung von Mercer.

Gemäß IAS 19 wird der in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassende Pensionsaufwand für Leistungszusagen bereits maßgeblich zu Beginn eines Geschäftsjahres bestimmt. Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen die Nettozinskomponente und den laufenden Dienstzeitaufwand.

Die Nettozinskomponente umfasst sowohl den Aufwand aus der Aufzinsung des Barwerts der Pensionsverpflichtung als auch den rechnerischen Zinsertrag aus dem Planvermögen. Sie wird durch Multiplikation der Nettoschuld (Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich Planvermögen) zu Beginn der Periode mit dem dann gültigen Diskontierungszinssatz ermittelt, wobei erwartete unterjährige Beiträge und Rentenzahlungen berücksichtigt werden. Die Nettozinskomponente umfasst im Fall einer Planüberdeckung auch das Zinsergebnis aus einer etwaigen Begrenzung des Planvermögensüberhangs. Der Nettozinsaufwand ist im Zinsüberschuss enthalten.

Der laufende Dienstzeitaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Ändert sich der Barwert einer leistungsorientierten Zusage aufgrund einer Planänderung oder einer Plankürzung, werden die daraus resultierenden Effekte als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand in dem Zeitpunkt erfolgswirksam im Verwaltungsaufwand erfasst, in dem die Planänderung oder Plankürzung eintritt. Etwaige Gewinne oder Verluste aus einer Abgeltung von leistungsorientierten Versorgungszusagen werden ebenso behandelt.

Abweichungen zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn der Periode und der tatsächlichen Entwicklung während des Geschäftsjahres sowie die Aktualisierung der Bewertungsparameter zum Geschäftsjahresende führen zu Neubewertungseffekten, die erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Ist der Helaba-Konzern an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber beteiligt, für die keine hinreichend verlässlichen Informationen zur Verfügung stehen, um sie als solche zu bilanzieren, werden sie wie beitragsorientierte Pläne behandelt und ergänzende Informationen bereitgestellt.

(18) Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden gemäß IAS 37 gebildet, sofern dem Helaba-Konzern aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung erwachsen ist, die wahrscheinlich zu einem Ressourcenabfluss führen wird und zuverlässig geschätzt werden kann. Die betragliche Höhe beziehungsweise der Fälligkeitstermin der Verpflichtung sind dabei ungewiss. Der als Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgabe, die

zur Begleichung der Verpflichtung am Bilanzstichtag erforderlich ist. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Barwert ausgewiesen, sofern der Effekt der Abzinsung wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen und risikoadäquaten Zinssatz.

In den anderen Rückstellungen sind darüber hinaus Rückstellungen für den Personalbereich enthalten, die nach IAS 19 bewertet werden.

(19) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, die zum Zeitpunkt der Entstehung der jeweiligen Steuer zur Anwendung kommen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden grundsätzlich auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes auf temporäre Differenzen zwischen den Buchwerten von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und dem entsprechenden Steuerwert gebildet. Sie werden mit den Steuersätzen bewertet, die zum Berichtsstichtag beschlossen und für den Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuern maßgeblich sind. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern nur dann angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit von einer zukünftigen Nutzung ausgegangen werden kann. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden unter der Voraussetzung gleicher Steuerart und Steuerbehörde saldiert. Eine Abzinsung erfolgt nicht. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst. Die tatsächlichen und latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden in den Anhangangaben zu den Posten Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen gesondert ausgewiesen.

(20) Nachrangkapital

Als Nachrangkapital werden Genussrechtsemissionen, verbriefte und unbrieftete nachrangige Verbindlichkeiten sowie stille Einlagen, die aufgrund in IAS 32 definierter Abgrenzungskriterien als Fremdkapital klassifiziert werden müssen, ausgewiesen.

Die unter dem Nachrangkapital ausgewiesenen Finanzinstrumente sind grundsätzlich der Kategorie finanzielle Verbindlichkeiten (OL) zugeordnet und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zur Vermeidung von Bewertungsinkongruenzen werden für Teile des Nachrangkapitals Mikro Fair Value Hedges oder die FVO genutzt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(21) Zinsüberschuss

in Mio. €

	2013	2012 ¹⁾
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.094	3.476
festverzinslichen Wertpapieren	328	381
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	261	409
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1.059	1.094
Finanzinstrumenten der FVO	47	61
Bauspargeschäft	38	44
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5	4
Anteilen an verbundenen Unternehmen	4	12
Beteiligungen	24	15
Zinserträge	4.860	5.496
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-1.531	-1.796
verbrieften Verbindlichkeiten	-450	-638
Nachrangkapital	-138	-145
Sicherungsderivaten des Hedge Accounting	-310	-434
nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-820	-866
Finanzinstrumenten der FVO	-283	-337
Bauspargeschäft	-75	-72
Rückstellungen	-48	-53
Zinsaufwendungen	-3.655	-4.341
Gesamt	1.205	1.155

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung der Planvermögenserträge gemäß IAS 19 von den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in die Zinsaufwendungen aus Rückstellungen in Höhe von 10 Mio. €. Außerdem wurde aufgrund einer Ausweisänderung eine Umgliederung von 10 Mio. € aus dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten in die Zinserträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten vorgenommen.

Der Anteil der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten beläuft sich auf 3.488 Mio. € (2012: 3.928 Mio. €) beziehungsweise -2.194 Mio. € (2012: -2.651 Mio. €).

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten Zinsen in Höhe von 11 Mio. € (2012: 15 Mio. €) aus in die Kategorie LaR umkategorisierten finanziellen Vermögenswerten.

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind so genannte Unwinding-Effekte, die sich aus der Aufzinsung von wertgeminderten Forderungen bei sonst unveränderten Zahlungserwartungen ergeben, in Höhe von 44 Mio. € (2012: 40 Mio. €) enthalten.

Die Zinserträge aus dem Bauspargeschäft resultieren aus Baudarlehen, die von der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS Hessen-Thüringen) vergeben wurden. Die Aufwendungen der LBS Hessen-Thüringen für Bauspareinlagen finden sich entsprechend unter den Zinsaufwendungen.

In den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind Dividenden und Ausschüttungen aus Finanzinstrumenten der Fair Value-Option in Höhe von 4 Mio. € (2012: 3 Mio. €) enthalten.

In den laufenden Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind neben Dividenden auch Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ausgewiesen.

Unter den Zinsaufwendungen aus Rückstellungen sind Nettozinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen in Höhe von –44 Mio. € (2012: –47 Mio. €) enthalten.

(22) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	in Mio. €	
	2013	2012
Zuführungen	–367	–352
Wertberichtigungen auf Forderungen	–347	–321
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	–20	–31
Auflösungen	126	132
Wertberichtigungen auf Forderungen	102	109
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	24	23
Direktabschreibungen auf Forderungen	–47	–28
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	7	10
Gesamt	–281	–238

Im aktuellen Geschäftsjahr sind in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft für im Jahr 2008 in die Bewertungskategorie LaR umkategorisierte finanzielle Vermögenswerte Direktabschreibungen in Höhe von –1 Mio. € (2012: –1 Mio. €) sowie Zuschreibungen in Höhe von 2 Mio. € (2012: 0 Mio. €) enthalten.

(23) Provisionsüberschuss

in Mio. €

	2013	2012 ¹⁾
Kredit- und Avalgeschäft	28	26
Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft	104	82
Vermögensverwaltung und Fondskonzeption	66	58
Wertpapier- und Depotgeschäft	50	38
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	19	20
Verwaltung öffentlicher Zuschuss- und Förderprogramme	31	30
Bauspargeschäft	-11	-10
Treuhandgeschäft	4	4
Sonstiges	9	11
Gesamt	300	259

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Zahlungsverkehr und Außenhandelsgeschäft wurden 4 Mio. € Ertrag ausgewiesen, die in das Handelsergebnis umgegliedert wurden.

Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften werden innerhalb des Handelsergebnisses ausgewiesen.

(24) Handelsergebnis

in Mio. €

	2013	2012 ¹⁾
Kursbezogenes Geschäft	12	4
Aktien	26	-70
Aktienderivate	18	16
begebene Aktien-/Indexzertifikate	-32	58
Zinsbezogenes Geschäft	314	375
originäres zinsbezogenes Geschäft	263	640
Zinsderivate	51	-265
Währungsbezogenes Geschäft	43	34
Devisen	121	124
FX-Derivate	-78	-90
Ergebnis aus Kreditderivaten	-6	27
Warenbezogenes Geschäft	9	4
Provisionsergebnis	-33	-29
Gesamt	339	415

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Provisionsüberschuss wurden Erträge in Höhe von 4 Mio. € ausgewiesen, die in das Handelsergebnis aus währungsbezogenem Geschäft (Devisen) sowie warenbezogenem Geschäft mit jeweils 2 Mio. € umgegliedert wurden. Zudem werden Erträge aus begebenen Aktien-/Indexzertifikaten jetzt separat ausgewiesen, die im Vorjahr unter den Aktien ausgewiesen wurden.

Das Handelsergebnis umfasst neben Veräußerungs- und Bewertungsergebnissen aus mit Handelsabsicht gehaltenen derivativen und nicht derivativen Finanzinstrumenten auch die aus Handelsbeständen resultierenden laufenden Zinsen und Dividenden sowie Provisionen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften.

Das Ergebnis aus dem originären zinsbezogenen Geschäft setzt sich vor allem aus den Ergebnisbeiträgen von festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Geldhandelsgeschäften sowie begebenen Geldmarktpapieren zusammen.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft enthält Fremdwährungsumrechnungsdifferenzen in Höhe von 3 Mio. € (2012: 4 Mio. €).

Das Ergebnis aus dem warenbezogenen Geschäft resultiert aus bei der Bank gebuchten Absicherungsgeschäften für die Edelmetallbestände der Verbundbank.

(25) Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

in Mio. €

	2013	2012 ¹⁾
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	-273	135
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der FVO	253	-259
Gesamt	-20	-124

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von 10 Mio. € aus dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten in die Zinserträge aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten aufgrund einer Ausweisänderung.

Dieser Posten enthält die Ergebnisse aus ökonomischen Hedges (Grundgeschäfte und Derivate). Darüber hinaus werden hier die realisierten und unrealisierten Ergebnisse weiterer freiwillig zum beizulegenden Zeitwert designierter Finanzinstrumente erfasst. Zins- und Dividendenerträge aus Finanzinstrumenten der FVO sind im Zinsüberschuss erfasst. Von dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten entfallen 18 Mio. € (2012: 39 Mio. €) auf Kreditderivate. Der Ergebnisanteil aus durch konsolidierte Spezial- und Publikumsfonds gehaltenen Finanzinstrumenten der FVO und Nichthandelsderivaten beläuft sich auf -2 Mio. € (2011: 56 Mio. €).

(26) Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen enthält die Bewertungsergebnisse der abgesicherten Grundgeschäfte und der Sicherungsinstrumente des Hedge Accounting.

in Mio. €

	2013	2012
Bewertungsergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-72	210
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	91	-207
Gesamt	19	3

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ausgewiesen.

in Mio. €

	2013	2012
Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	28	20
Beteiligungen	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24	18
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2	1
angekaufte Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen	1	-
Bewertungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS	-24	-21
Wertminderungen	-24	-23
Zuschreibungen	-	2
Gesamt	4	-1

Die Wertminderungen entfallen mit – 8 Mio. € (2012: – 6 Mio. €) auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und mit – 16 Mio. € (2012: – 17 Mio. €) auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.

(28) Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst sämtliche ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden.

in Mio. €

	2013	2012
Ergebnis aus at Equity bewerteten Gemeinschaftsunternehmen	8	9
Ergebnis aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-10	-24
Veräußerungsgewinne aus at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen	-	3
Gesamt	-2	-12

Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch die Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst.

Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthält Aufwendungen aus Wertminderungen in Höhe von – 6 Mio. € (2012: 0 Mio. €).

(29) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €

	2013	2012
Sonstige betriebliche Erträge	522	503
Miet- und Leasingerträge (Operating Lease)	379	358
Erträge aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	26	62
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	13	8
Erträge aus nicht bankgeschäftlichen Dienstleistungen	31	31
Zuschreibungen zu nicht finanziellen Vermögenswerten	6	-
Erträge aus der Vereinnahmung passivischer Unterschiedsbeträge	-	1
Erträge aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	-	3
übrige sonstige betriebliche Erträge	67	40
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-305	-267
Betriebskosten von nicht selbst genutzten Immobilien	-155	-148
Aufwendungen aus dem Abgang von nicht finanziellen Vermögenswerten	-	-1
Abschreibungen auf nicht finanzielle Vermögenswerte	-43	-44
Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte	-16	-
Aufwendungen aus der Entkonsolidierung von Tochterunternehmen	-	-1
Restrukturierungsaufwendungen	-18	-
übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-73	-73
Gesamt	217	236

Die wesentlichen Komponenten des sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge und Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien sowie Leasingerträge.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen entfallen folgende Beträge auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien:

in Mio. €

	2013	2012
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	347	332
Mieterträge	330	317
Erträge aus dem Abgang	17	15
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-196	-190
Betriebskosten von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-153	-146
davon: aus vermieteten Immobilien	-153	-146
Abschreibungen	-42	-44
übrige Aufwendungen	-1	-
Gesamt	151	142

Auf Vorratsimmobilien waren im Geschäftsjahr keine Abschreibungen erforderlich (2012: 1 Mio. €).

(30) Verwaltungsaufwand

in Mio. €

	2013	2012 ¹⁾
Personalaufwand	-592	-563
Löhne und Gehälter	-486	-465
soziale Abgaben	-67	-64
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-39	-34
Andere Verwaltungsaufwendungen	-643	-531
Gebäude- und Raumaufwendungen	-79	-80
IT-Aufwendungen	-167	-134
Pflichtbeiträge, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen	-207	-170
Aufwendungen für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-40	-39
Aufwendungen des Geschäftsbetriebs	-150	-108
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-36	-87
auf Sachanlagen	-19	-73
auf Software und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-17	-14
Gesamt	-1.271	-1.181

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umgliederung von -3 Mio. € von den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, die den Löhnen und Gehältern zuzuordnen waren.

Die Pflichtbeiträge enthalten die Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute in Höhe von -48 Mio. € (2012: -27 Mio. €).

Der Anstieg des Personalaufwands ist überwiegend auf die Übernahme der Mitarbeiter der NRW-Verbundbank zurückzuführen, die im Vorjahr nur anteilig enthalten waren, sowie auf eine Tarifanpassung. Der Zuwachs der anderen Verwaltungsaufwendungen ist in Beratungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Integration der NRW-Verbundbank sowie in Kosten für Umsetzungsprojekte zur Bewältigung regulatorischer Vorgaben begründet.

Der Rückgang bei den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen resultiert im Wesentlichen aus den im Vorjahr enthaltenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf Schiffsleasingobjekte von vier vollkonsolidierten Schiffsobjektgesellschaften.

(31) Ertragsteuern

in Mio. €

	2013	2012
Tatsächliche Steuern	-152	-166
Latente Steuern	-4	-28
Gesamt	-156	-194

Der im Berichtsjahr angefallene tatsächliche Steueraufwand resultiert im Wesentlichen aus der Bank Inland (52 Mio. €), der Niederlassung New York (47 Mio. €) und der Frankfurter Sparkasse (41 Mio. €). Er beinhaltet Erträge für Vorjahre von 12 Mio. € (2012: 14 Mio. €).

Der tatsächliche Steueraufwand des Berichtsjahres wurde aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste um 3 Mio. € (2012: 15 Mio. €) gemindert.

Der latente Steueraufwand des Berichtsjahres resultiert im Wesentlichen aus der Entstehung beziehungsweise Realisierung temporärer Differenzen (Steueraufwand 4 Mio. €) sowie aus der Nutzung beziehungsweise Entstehung steuerlicher Verlustvorträge (Steueraufwand saldiert 2 Mio. €). Aus Steuersatzänderungen ergaben sich im Berichtsjahr Steuererträge von 2 Mio. €.

Für Zwecke der Überleitungsrechnung stellt die Helaba auf den anzuwendenden Steuersatz des Mutterunternehmens ab und verwendet den gerundeten tariflichen Ertragsteuersatz der Helaba Bank Inland in Höhe von 32 %. Im Vorjahr wurde dieser Steuersatz pauschal mit 30 % berücksichtigt.

in Mio. €

	2013	2012
Ergebnis vor Steuern	510	512
Anzuwendender Konzernertragsteuersatz in %	32	30
Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	-163	-154
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze	-	-19
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	2	-1
Im Geschäftsjahr erfasste Steuern aus Vorjahren	4	6
Nicht anrechenbare Ertragsteuern	-1	-
Steuerfreie Erträge	14	9
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-22	-15
Gewerbsteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	2	4
Wertberichtigungen und Ansatzkorrekturen	11	-17
Sonstige Auswirkungen	-3	-7
Ertragsteueraufwand	-156	-194

Neben den erfolgswirksam erfassten Ertragsteuern werden weitere latente Steuern auf die einzelnen Bestandteile des sonstigen Ergebnisses gebildet. Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der erfolgsneutral erfassten Gewinne und Verluste und der auf sie entfallenden latenten Steuern.

in Mio. €

	Vor Steuern		Steuern		Nach Steuern	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Posten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	23	-266	-6	78	17	-188
Posten, die anschließend in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden:						
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-24	369	10	-119	-14	250
Veränderung aus der Währungsumrechnung	-5	-1	-	-	-5	-1
Gewinne und Verluste aus der Absicherung von Cashflows	8	-7	-1	2	7	-5
Gesamt	2	95	3	-39	5	56

(32) Segmentberichterstattung

in Mio. €

	Immobilien		Corporate Finance		Financial Markets		Asset Management		Verbundgeschäft	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012 ¹⁾	2013	2012	2013	2012
Zinsüberschuss	390	348	305	279	70	75	13	24	102	102
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-165	-93	-121	-108	-	-6	-1	-	-5	-5
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	225	255	184	171	70	69	12	24	97	97
Provisionsüberschuss	20	18	18	19	26	25	62	59	35	18
Handelsergebnis	-	-	3	1	312	398	2	-	22	16
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	11	-5	14	7	-49	-189	1	2	-1	1
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-	-	-	-	19	3	-	-	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	1	-2	-	9	1	-	-	-
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	4	5	-12	-23	-	-	-	-	-	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis	182	226	49	31	-	-	1	3	3	2
Summe Erträge	442	499	257	204	378	315	79	88	156	134
Verwaltungsaufwand	-181	-187	-97	-143	-165	-135	-69	-69	-137	-125
Ergebnis vor Steuern	261	312	160	61	213	180	10	19	19	9
Vermögen (Mrd. €)	32,3	31,6	26,4	28,7	70,8	85,9	1,3	1,4	17,9	15,6
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	2,7	2,7	4,3	5,5	80,9	125,4	1,2	1,5	47,0	23,5
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	16,9	19,0	12,8	16,6	11,5	11,6	0,6	0,7	1,5	1,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	2.185	1.966	1.758	1.674	1.463	1.100	74	63	189	167
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	11,9	15,9	9,1	3,6	14,5	17,2	14,3	30,2	10,1	5,2
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	29,8	31,7	25,6	45,8	43,7	41,0	85,6	78,1	85,0	89,9

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

in Mio. €

	Öffentliches Förder- und Infra- strukturgeschäft		Frankfurter Sparkasse		Sonstige		Konsolidierung/ Überleitung		Konzern	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012 ¹⁾	2013	2012 ¹⁾	2013	2012 ¹⁾
Zinsüberschuss	47	43	293	303	-38	24	23	-43	1.205	1.155
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	-10	-	19	-29	2	3	-281	-238
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	47	43	283	303	-19	-5	25	-40	924	917
Provisionsüberschuss	34	32	70	68	36	25	-1	-5	300	259
Handelsergebnis	-	-	-	-	-	-	-	-	339	415
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanz- instrumenten der FVO	-	-	-1	21	6	27	-1	12	-20	-124
Ergebnis aus Sicherungs- zusammenhängen	-	-	-	-	-	-	-	-	19	3
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	-	-8	-	-	2	-	4	-1
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	-	-	6	6	-	-	-	-	-2	-12
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	10	12	-1	-4	-27	-34	217	236
Summe Erträge	81	75	368	402	22	43	-2	-67	1.781	1.693
Verwaltungsaufwand	-60	-58	-248	-247	-359	-258	45	41	-1.271	-1.181
Ergebnis vor Steuern	21	17	120	155	-337	-215	43	-26	510	512
Vermögen (Mrd. €)	13,8	10,0	18,0	18,8	12,0	21,8	-14,4	-14,5	178,1	199,3
Verbindlichkeiten (Mrd. €)	13,8	10,0	18,0	18,8	23,9	26,1	-13,7	-14,2	178,1	199,3
Risikogewichtete Aktiva (Mrd. €)	1,1	1,1	3,9	4,0	6,2	6,6	-0,4	-0,6	54,1	60,8
Alloziertes Kapital (Mio. €)	140	102	496	382	791	790	-187	-171	6.909	6.073
Rentabilität des allozierten Kapitals (%)	14,8	16,4	24,1	40,6	-	-	-	-	7,4	8,4
Aufwand-Ertrag-Relation vor Kreditrisikovorsorge (%)	74,1	77,6	65,6	61,4	-	-	-	-	61,6	61,2

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Die Basis für die Erstellung des Segmentberichts stellt IFRS 8 dar. Die Geschäftssegmentdefinition orientiert sich, dem Management Approach folgend, an der internen Geschäftsfeldstruktur der Bank. Beteiligungen sind den Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Der Segmentbericht ist in die sieben nachstehend erläuterten Geschäftssegmente gegliedert:

- Im Geschäftssegment Immobilien werden die Geschäftsbereiche Immobilienkreditgeschäft und Immobilienmanagement abgebildet. Damit sind die Leistungen der Helaba für Immobilienkunden in einem Geschäftssegment zusammengefasst. Die Produktpalette erstreckt sich von klassischen Immobilienfinanzierungen im In- und Ausland über wohnwirtschaftliche Beteiligungen, die Planung und Betreuung von eigenen und fremden Immobilien- sowie Public-Private-Partnership-Projekten bis hin zum Facility Management. Diesem Geschäftssegment sind die OFB-Gruppe sowie die GWH-Gruppe zugeordnet.
- Das Geschäftssegment Corporate Finance enthält den Geschäftsbereich Corporate Finance. Im Segment sind speziell auf Unternehmen abgestimmte Finanzierungslösungen zusammengefasst. Dazu gehören strukturierte Finanzierungen, Anlagefinanzierungen, Asset Backed Securities, Leasingfinanzierungen sowie Strukturierung und Vertrieb von Fondskonzepten. Die Ergebnisbeiträge der Gruppe HANNOVER LEASING sind diesem Geschäftssegment auf Basis der At-Equity-Bilanzierung zugeordnet. Bestimmte Objektgesellschaften der HANNOVER LEASING werden als Zweckgesellschaften der Helaba weiterhin vollkonsolidiert und ebenfalls im Segment Corporate Finance abgebildet.
- Das Geschäftssegment Financial Markets stellt die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Kapitalmärkte, Aktiv-/Passivsteuerung, Sales Öffentliche Hand, Financial Institutions and Public Finance sowie diverser Zweckgesellschaften dar. In diesem Segment werden die Treasury- sowie die Handels- und Sales-Aktivitäten der Bank abgebildet. Im Produktportfolio befinden sich klassische Kapitalmarktprodukte, Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung sowie auf Bedürfnisse von Unternehmen und der öffentlichen Hand zugeschnittene Finanzierungslösungen.
- Unter dem Geschäftssegment Asset Management sind die Beteiligungen Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH sowie die Gruppe Frankfurter Bankgesellschaft abgebildet. Im Produktportfolio des Segments finden sich damit Leistungen zur klassischen Vermögensbetreuung und -verwaltung, des Private Bankings sowie das Management von Spezial- und Publikumsfonds für institutionelle Anleger und die Betreuung von Master-KAG-Mandaten.
- In dem Geschäftssegment Verbundgeschäft werden die Verbundbank und die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen erfasst. Im Fokus dieses Geschäftssegments steht die Betreuung der Sparkassen und ihrer Kunden, für die Produkte entwickelt und bereitgestellt werden.
- Im Geschäftssegment öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft wird im Wesentlichen der Geschäftsbereich Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen dargestellt. In diesem Segment werden somit die Ergebnisse aus Tätigkeiten der Helaba in Zusammenhang mit Förder- und Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wohnungswesen, Kommunal- und Städtebau, Landwirtschaft sowie Schutz der Umwelt zusammengefasst.

- Das Geschäftssegment Frankfurter Sparkasse bildet die Ergebnisse des gleichnamigen Kreditinstituts als Teilkonzern einschließlich der zugehörigen konsolidierten Tochtergesellschaften ab. Das Produktportfolio umfasst neben den klassischen Produkten einer Retail-Bank im Aktiv-, Passiv- und Dienstleistungsgeschäft die Kapitalmarktprodukte zur Eigenmittelanlage, Refinanzierung und Liquiditätssteuerung.

Die Segmentinformationen basieren entsprechend der Berichterstattung an das Management sowohl auf der internen Steuerung (Deckungsbeitragsrechnung) als auch auf dem externen Rechnungswesen.

Das Zinsergebnis im Kreditgeschäft wird in der internen Steuerung mittels der Marktzinsmethode aus der Differenz zwischen dem Kundenzinssatz und dem Marktzinssatz eines strukturkongruenten Alternativgeschäfts berechnet. Ergebnisse aus Fristentransformation werden als Zinsergebnis in der Aktiv-/Passivsteuerung abgebildet.

Die Ergebnisse aus Handelsgeschäften, aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der Fair Value-Option, aus Sicherungszusammenhängen, aus Finanzanlagen sowie aus at Equity bewerteten Unternehmen werden entsprechend dem externen Rechnungswesen nach IFRS ermittelt.

Die direkt zurechenbaren Kosten zuzüglich der im Rahmen der internen Leistungsrechnung auf Basis von marktorientierten Preisvereinbarungen und verursachungsgerechten Mengentreibern sowie der auf dem Verursachungsprinzip basierenden Kostenumlage der Corporate-Center-Kosten gehen in den Verwaltungsaufwand ein.

Unter dem Vermögen werden die bilanziellen Aktiva, unter den Verbindlichkeiten die bilanziellen Passiva einschließlich des Eigenkapitals bei den jeweils zuständigen Einheiten ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Geschäftssegmente erfolgt auf Basis der Deckungsbeitragsrechnung. Die Risikoposition beinhaltet die Risikoposition des Anlage- und Handelsbuchs einschließlich der Marktpreisrisikoposition gemäß Solvabilitätsverordnung. Das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital wird nach Risikopositionen und für die immobilienwirtschaftlichen und sonstigen bankfremden Aktivitäten entsprechend den bilanziellen Aktiva verteilt.

Das Ergebnis vor Risikovorsorge wird auf das allozierte Kapital bezogen, um die Rentabilitätskennziffern zu berechnen. Die Aufwand-Ertrag-Relation ergibt sich aus dem Verhältnis des Verwaltungsaufwands zu den Erträgen vor Risikovorsorge.

Für das bisherige Segment Sonstige/Überleitung erfolgt ab dem Berichtsstichtag 31. Dezember 2013 der separate Ausweis in einem Segment Sonstige sowie einem Segment Konsolidierung/Überleitung. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. In dem Segment Sonstige sind die nicht den Geschäftssegmenten zurechenbaren Ergebnisbeiträge und Aufwendungen abgebildet. Insbesondere umfasst diese Spalte die Ergebnisse aus dem Transaktionsgeschäft sowie die Kosten der zentralen Bereiche, die nicht über das Verursachungsprinzip den einzelnen Segmenten zugeordnet werden können. Darüber hinaus werden hier die Erfolge aus der zentralen Anlage der Eigenmittel sowie aus strategischen Dispositionsentscheidungen abgebildet.

Unter dem Segment Konsolidierung/Überleitung werden durch konzerninterne Sachverhalte entstandene Konsolidierungseffekte, die zwischen den Segmenten bestehen, ausgewiesen. Überleitungseffekte, die sich zwischen den Segmentergebnissen und der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns, insbesondere bezüglich des Zinsergebnisses, ergeben, werden ebenfalls in diesem Segment berichtet. Da die Deckungsbeitragsrechnung das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ausweist, resultieren Differenzen unter anderem aus Einmalerträgen und periodenfremden Zinsergebnissen.

Die Erträge nach Risikovorsorge verteilen sich auf Produkte und Dienstleistungen wie folgt:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2013	2012 ¹⁾
Immobilienkredite	286	301
Immobilienbewirtschaftung	34	15
Immobilienwirtschaftliche Dienstleistungen	122	183
Unternehmensfinanzierung	257	204
Treasury-Produkte	7	-127
Handelsprodukte	324	393
Finanzierungen für Finanzinstitutionen	47	49
Fondsmanagement/Vermögensverwaltung	79	88
Bauspargeschäft	55	63
Sparkassenverbundgeschäft	101	71
Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft	81	75
Retail-Geschäft	368	402
Sonstige Produkte/Überleitung	20	-24
Konzern	1.781	1.693

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Nach Regionen ergibt sich folgende Verteilung:

in Mio. €

	Erträge nach Risikovorsorge	
	2013	2012
Deutschland	1.576	1.533
Europa (ohne Deutschland)	72	164
Welt (ohne Europa)	134	135
Sonstige	-1	-139
Konzern	1.781	1.693

Erläuterungen zur Bilanz

(33) Barreserve

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Kassenbestand	81	78
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.669	8.847
Gesamt	1.750	8.925

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 543 Mio. € (2012: 8.353 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(34) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Angeschlossene Sparkassen	11.929	11.432
Girozentralen	479	405
Banken	8.988	11.399
Gesamt	21.396	23.236
davon:		
inländische Kreditinstitute	17.463	17.829
ausländische Kreditinstitute	3.933	5.407

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	9.238	9.163
Andere Forderungen	12.158	14.073
Gesamt	21.396	23.236
darunter:		
Tages- und Termingelder	4.211	5.294
gestellte Barsicherheiten	4.001	5.374
Weiterleitungsdarlehen	5.077	4.792
Schuldscheindarlehen	2.215	1.041

(35) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Firmenkunden	62.652	65.200
Privatkunden	5.569	5.978
Öffentliche Stellen	22.526	19.643
Gesamt	90.747	90.821
davon:		
inländische Kunden	61.875	59.158
ausländische Kunden	28.872	31.663

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Forderungen	3.071	1.826
Andere Forderungen	87.676	88.995
Gesamt	90.747	90.821
darunter:		
gewerbliche Immobilienkredite	31.479	30.691
Wohnungsbaukredite	3.517	3.567
Baudarlehen der Bausparkasse	898	945
Weiterleitungsdarlehen	2.517	2.565
Infrastrukturkredite	6.356	4.029
Konsumentenkredite	114	126
Schuldscheindarlehen	3.218	4.341
finanzielle Vermögenswerte aus Kreditersatzgeschäften	456	1.627
Forderungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft	7	7
vor Fälligkeit angekaufte Forderungen	45	50

Bei den übrigen Forderungen an Kunden in Höhe von 42.140 Mio. € (2012: 42.873 Mio. €) handelt es sich überwiegend um Tilgungs- und Rollover-Kredite im Corporate Finance-Geschäft.

(36) Risikovorsorge

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	2	16
Einzelwertberichtigungen	1	1
Portfoliowertberichtigungen	1	15
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.226	1.189
Einzelwertberichtigungen	868	803
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	93	109
Portfoliowertberichtigungen	265	277
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	77	89
Gesamt	1.305	1.294

Die Wertberichtigungen auf Forderungen sind auf der Aktivseite separat ausgewiesen. Die Risikovorsorge für das außerbilanzielle Geschäft ist als Rückstellung berücksichtigt und dort erläutert. Die Wertberichtigungen auf Forderungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Einzelwertberichtigungen		Pauschalierte Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand zum 1.1.	804	839	109	91	292	326	1.205	1.256
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	32	-	-	-	8	-	40
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-6	-2	-	-	-	-	-6	-2
Verbrauch	-158	-240	-21	-23	-	-	-179	-263
Auflösungen	-60	-79	-16	-1	-26	-29	-102	-109
Umbuchungen	7	2	-	13	-	-13	7	2
Unwinding	-44	-40	-	-	-	-	-44	-40
Zuführungen	326	292	21	29	-	-	347	321
Stand zum 31.12.	869	804	93	109	266	292	1.228	1.205

Der Bestand der Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden gliedert sich nach Kundengruppen wie folgt:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Öffentliche Stellen	2	4
Finanzunternehmen	26	23
Grundstücks- und Wohnungswesen	569	551
Energie- und Wasserversorgung	36	41
Produzierendes Gewerbe	300	210
Sonstige Dienstleistungen	169	179
Natürliche Personen	81	104
Versicherungsgewerbe	4	4
Beteiligungsgesellschaften	23	35
Sonstige	16	38
Gesamt	1.226	1.189

(37) Handelsaktiva

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.348	19.573
Geldmarktpapiere	786	1.079
von öffentlichen Emittenten	33	–
von anderen Emittenten	753	1.079
Anleihen und Schuldverschreibungen	19.562	18.494
von öffentlichen Emittenten	6.303	5.168
von anderen Emittenten	13.259	13.326
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	172	79
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.469	12.873
kursbezogene Derivate	116	209
zinsbezogene Derivate	7.491	11.657
währungsbezogene Derivate	811	959
Kreditderivate	43	39
warenbezogene Derivate	8	9
Forderungen des Handelsbestands	3.284	5.429
Gesamt	32.273	37.954

Die Finanzinstrumente des Postens Handelsaktiva sind ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnet und werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Forderungen des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Schuldscheindarlehen sowie Wertpapierpensions- und Geldhandelsgeschäfte.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind 19.734 Mio. € (2012: 18.676 Mio. €) börsennotiert.

(38) Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	1.326	2.203
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	3.365	4.789
Gesamt	4.691	6.992

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(39) Finanzanlagen

Der Posten Finanzanlagen umfasst Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Kategorie AfS und der FVO. Darüber hinaus umfasst der Posten seit 2012 die durch Vollkonsolidierung einer Zweckgesellschaft einbezogenen angekauften Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen. Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden entsprechend ihrer Zuordnung zur Kategorie AfS erfolgsneutral oder zur Kategorie FVO erfolgswirksam grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Für den Fall, dass der Zeitwert nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen.

Die Finanzanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.403	27.154
von öffentlichen Emittenten	9.961	13.522
von anderen Emittenten	13.442	13.632
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	207	134
Aktien	123	51
andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	84	83
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	29	35
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	21	27
bewertet zu Anschaffungskosten	8	8
Beteiligungen	377	420
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	352	395
bewertet zu Anschaffungskosten	25	25
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	184	194
bewertet zum beizulegenden Zeitwert	184	194
Gesamt	24.200	27.937

Die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere beinhalten im Wesentlichen Anteile an Investmentvermögen.

Der Buchwert der börsennotierten Finanzanlagen beläuft sich auf:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22.473	26.177
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	134	59
Gesamt	22.607	26.236

Unter den Beteiligungen sind auch Anteile an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ausgewiesen, die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht at Equity bewertet werden. Nachfolgende Übersicht enthält zusammengefasste finanzielle Informationen dieser Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Gesamt		
Summe der Vermögenswerte	673	818
Summe der Verpflichtungen	492	588
Erträge	121	114
Jahresergebnis	25	17
Anteilig		
Summe der Vermögenswerte	255	340
Summe der Verpflichtungen	177	226
Erträge	45	42
Jahresergebnis	11	6

Die Entwicklung der Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ist folgender Übersicht zu entnehmen:

in Mio. €

	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Anschaffungskosten						
Stand zum 1.1.	44	42	458	471	502	513
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	3	-	-1	-	2
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-6	-3	-6	-3
Zugänge	-	1	14	31	14	32
Abgänge	-5	-2	-35	-40	-40	-42
Stand zum 31.12.	39	44	431	458	470	502
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen						
Stand zum 1.1.	11	6	53	41	64	47
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-2	-1	-2	-1
erfolgsneutrale Wertänderungen aus der Bewertung (AfS)	-2	5	-	11	-2	16
Abgänge	-	-	-	2	-	2
Stand zum 31.12.	9	11	51	53	60	64
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	-20	-20	-91	-78	-111	-98
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	1	-	1	-
Wertminderungen	-	-	-16	-17	-16	-17
erfolgswirksame Wertänderungen aus der Bewertung (FVO)	-	-	-1	-	-1	-
Abgänge	1	-	2	4	3	4
Stand zum 31.12.	-19	-20	-105	-91	-124	-111
Buchwerte zum 31.12.	29	35	377	420	406	455

Die in den kumulierten Ab- und Zuschreibungen dargestellten erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren im Wesentlichen aus der Wertberichtigung der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG.

Die Abgänge bei den Beteiligungen sind überwiegend auf Abgänge im Bereich der Private-Equity-Fonds zurückzuführen.

Bei den folgenden Gesellschaften bestehen am Bilanzstichtag durch vertragliche beziehungsweise satzungsmäßige Regelungen Beschränkungen bezüglich laufender Ausschüttungen:

- Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt,
- Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden,
- Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel,
- Hessenkapital I GmbH, Frankfurt am Main,
- Hessenkapital II GmbH, Frankfurt am Main,
- MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main,
- Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main,
- Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt,
- Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien.

(40) Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen

In der Berichtsperiode werden insgesamt 27 (2012: 23) Gemeinschaftsunternehmen und wie im Vorjahr vier assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet.

Die nach der Equity-Methode bewerteten Anteile gliedern sich wie folgt:

	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	67	50
Anteile an assoziierten Unternehmen	25	16
Gesamt	92	66

in Mio. €

Unter den at Equity bewerteten Unternehmen befinden sich keine börsennotierten Gesellschaften.

Die nachfolgende Tabelle enthält die zusammengefassten finanziellen Informationen der at Equity bewerteten Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen auf Basis der Einzel- beziehungsweise Konzernabschlüsse der at Equity bewerteten Unternehmen und bezogen auf den Kapitalanteil des Helaba-Konzerns an den Vermögenswerten, Verpflichtungen, Erträgen und Jahresergebnissen.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	887	837
Summe der Verpflichtungen	678	668
Erträge	114	147
Jahresergebnis	13	12
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	327	262
Summe der Verpflichtungen	260	212
Erträge	27	52
Jahresergebnis	-	4

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Anteile an assoziierten Unternehmen – gesamt		
Summe der Vermögenswerte	1.028	1.175
Summe der Verpflichtungen	984	1.158
Erträge	203	188
Jahresergebnis	6	-20
Anteile an assoziierten Unternehmen – anteilig		
Summe der Vermögenswerte	490	563
Summe der Verpflichtungen	473	559
Erträge	97	90
Jahresergebnis	-	-11

(41) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Vermietete Grundstücke und Gebäude	2.342	2.346
Unbebaute Grundstücke	61	50
Leerstehende Gebäude	4	4
Immobilien im Bau	19	23
Gesamt	2.426	2.423

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entfallen mit 1.771 Mio. € (2012: 1.794 Mio. €) auf Wohnimmobilien der Unternehmensgruppe GWH.

Die Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zeigt die folgende Tabelle:

	in Mio. €	
	2013	2012
Anschaffungskosten/Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	2.729	2.705
Veränderungen des Konsolidierungskreises	37	–
Zugänge	42	63
Übertragungen in das Vorratsvermögen	–	–3
Abgänge	–39	–36
Stand zum 31.12.	2.769	2.729
Kumulierte Abschreibungen		
Stand zum 1.1.	–306	–269
planmäßige Abschreibungen	–39	–39
außerplanmäßige Abschreibungen	–3	–5
Abgänge	5	7
Stand zum 31.12.	–343	–306
Buchwerte zum 31.12.	2.426	2.423

Es besteht eine vertragliche Verpflichtung in Höhe von 41 Mio. € (2012: 12 Mio. €) zum Erwerb, zur Erstellung oder zur Entwicklung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Die beizulegenden Zeitwerte der Immobilien betragen zum Bilanzstichtag insgesamt 3.175 Mio. € (2012: 3.047 Mio. €) und sind dem Bewertungslevel 3 zugeordnet.

Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird nach international anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt. Für den überwiegenden Bestand des Konzerns an Wohngebäuden, Gewerbeobjekten, Garagen und Stellplätzen sowie unbebauten Grundstücken erfolgt die Bewertung durch unabhängige Sachverständige nach Marktwerten, insbesondere ermittelt auf Basis des Discounted-Cashflow-Verfahrens. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt aufgrund der Kapitalanlagebasis des nachhaltigen erreichbaren Mieteinkommens unter Berücksichtigung der Bewirtschaftungskosten und erwarteter Leerstandsquoten.

Für die Bewertung werden die Immobilien aufgrund einer Standort- und Objektbeurteilung strukturiert und in Cluster unterteilt. Grundlage hierfür sind die Parameter Markt (Makro-Standort), Standort (Mikro-Standort), Objekt und Qualität des Cashflows. Dabei werden in sich homogene Gruppen gebildet, die sich untereinander in Bezug auf die Lage und die Qualität der Verwaltungseinheiten und damit ihr jeweiliges Risiko unterscheiden.

Auf Basis der gebildeten Cluster wurden unverändert zum Vorjahr folgende Grundsätze angewendet:

- Ableitung von jährlichen Mietsteigerungsraten;
- Ableitung von nicht umlagefähigen Betriebskosten;
- Ableitung von effektiven Leerstandsquoten;
- Ableitung von Kapitalisierungs- und Diskontierungszinssätzen.

Auf Basis der Immobilien wurden folgende Grundsätze angewendet:

- Festlegung der Marktmiete zum Bewertungsstichtag;
- Festlegung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung und sonstige Kosten;
- Entwicklung der Miete je m² Mietfläche aus der Fortschreibung der Marktmiete und der Ist-Miete;
- Entwicklung des Leerstands bei clusterspezifischen Annahmen zum Zielleerstand;
- Entwicklung der Kosten für Instandhaltung, Verwaltung, nicht umlagefähige Betriebskosten, sonstige Kosten sowie gegebenenfalls Erbbauzinsen.

Die Ermittlung der Cashflows erfolgt in zwei Schritten. Über einen Detailprognosezeitraum von zehn Jahren ergeben sich die Einzahlungen aus den derzeitigen Sollmieten bei unterstellter Vollvermietung vermindert durch Ertragsschmälerungen aufgrund aktueller Leerstände im ersten Jahr respektive angenommener struktureller Leerstände in den Folgejahren zwei bis zehn. Der so ermittelte Betrag vermindert um Verwaltungskosten, nicht umlagefähige Betriebskosten, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten sowie Erbbauzinsen ergibt den freien zu diskontierenden Cashflow vor Steuern und Kapitaldienst. Im elften Jahr wird ein hypothetischer Verkauf der Immobilie unterstellt, der Verkaufswert wird als Restwert der Berechnung zugrunde gelegt. Die Summe der Barwerte der Zahlungsströme des Detailprognosezeitraums und des hypothetischen Wiederverkaufs stellt den beizulegenden Zeitwert der Immobilie dar.

Der Diskontierungssatz besteht aus einem risikolosen Zinssatz sowie Zu- und Abschlägen für bestehende Immobilien-, Lage- und Marktrisiken.

(42) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	147	151
Betriebs- und Geschäftsausstattung	62	58
Leasinggegenstände	56	57
Gesamt	265	266

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Leasinggegenstände		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand zum 1.1.	226	368	204	213	113	-	543	581
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	115	-	115
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-1	-	-	-	-5	-2	-6	-2
Zugänge	-	-	18	14	-	-	18	14
Abgänge	-	-142	-12	-23	-	-	-12	-165
Stand zum 31.12.	225	226	210	204	108	113	543	543
Kumulierte Abschreibungen								
Stand zum 1.1.	-75	-114	-146	-152	-56	-	-277	-266
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-	-	1	-	1	-
planmäßige Abschreibungen	-3	-5	-13	-12	-3	-5	-19	-22
außerplanmäßige Abschreibungen	-	-	-	-	-	-51	-	-51
Zuschreibungen	-	-	-	-	6	-	6	-
Abgänge	-	44	11	18	-	-	11	62
Stand zum 31.12.	-78	-75	-148	-146	-52	-56	-278	-277
Buchwerte zum 31.12.	147	151	62	58	56	57	265	266

(43) Immaterielle Vermögenswerte

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Geschäfts- oder Firmenwerte	136	152
Gekaufte Software	46	41
Gesamt	182	193

Die immateriellen Vermögenswerte des Helaba-Konzerns haben – mit Ausnahme der Geschäfts- oder Firmenwerte – begrenzte Nutzungsdauern und werden planmäßig abgeschrieben.

Die Geschäfts- oder Firmenwerte resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse im Jahr 2005 und einer seit 2009 konsolidierten ausländischen Immobiliengesellschaft.

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Geschäfts- oder Firmenwerte		Gekaufte Software		Sonstige immaterielle Vermögenswerte		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Anschaffungskosten/ Herstellungskosten								
Stand zum 1.1.	266	250	153	129	1	1	420	380
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	16	–	–	–	–	–	16
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–	–	–1	–	–	–	–1	–
Zugänge	–	–	23	25	–	–	23	25
Abgänge	–	–	–1	–1	–	–	–1	–1
Stand zum 31.12.	266	266	174	153	1	1	441	420
Kumulierte Abschreibungen								
Stand zum 1.1.	–114	–114	–112	–98	–1	–1	–227	–213
planmäßige Abschreibungen	–	–	–17	–14	–	–	–17	–14
außerplanmäßige Abschreibungen	–16	–	–	–	–	–	–16	–
Abgänge	–	–	1	–	–	–	1	–
Stand zum 31.12.	–130	–114	–128	–112	–1	–1	–259	–227
Buchwerte zum 31.12.	136	152	46	41	–	–	182	193

Es besteht wie im Vorjahr keine vertragliche Verpflichtung zum Erwerb immaterieller Vermögenswerte.

Der Werthaltigkeitstest für den Geschäfts- oder Firmenwert der in 2012 übernommenen NRW-Verbundbank erfolgte zum 30. Juni 2013 auf Basis einer aktualisierten Betrachtung von Planwerten der erwarteten Erträge und Aufwendungen. Die Barwertermittlung erfolgte mit einem Abzinsungssatz von 8,25 % p.a. und berücksichtigte einen Wachstumsabschlag von 1 % in der Phase der nachhaltigen Werte ab 2017. Das Verbundbankgeschäft hatte bei Erwerb einen Marktwert von null.

Zum Stichtag des Werthaltigkeitstests war der Marktwert negativ, so dass eine vollständige Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts (16 Mio. €) erforderlich war. In der Segmentberichterstattung erfolgte eine Darstellung der Abschreibung im Segment Sonstige.

Der Werthaltigkeitstest für den Firmenwert (99 Mio. €) aus dem Erwerb der Frankfurter Sparkasse erfolgt auf Basis einer Ertragswertschätzung für die aus einer aktuellen Unternehmensplanung der Sparkasse abgeleiteten Cashflows. Für besondere Vermögenswerte (Anteilsbesitz) werden gesonderte Werte berücksichtigt. Die Barwertermittlung erfolgt auf Basis des aktuellen Marktzins von 2,75 % zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,0 %. Zudem wird ein Wachstumsabschlag ab dem Ende der Detailplanungsphase von 1,0 % berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2013 ergibt sich hiernach ein über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit liegender beizulegender Wert.

Bei einer ausländischen Immobiliengesellschaft basiert der Werthaltigkeitstest des Firmenwerts (37 Mio. €) im Wesentlichen auf einer Bewertung der Immobilie in der gesellschaftsrechtlichen Struktur und den lokalen steuerlichen Verhältnissen. Der Immobilienwert wird für Zwecke des Werthaltigkeitstests auf Basis erwarteter Mieterlöse und Kosten sowie eines den lokalen Verhältnissen entsprechenden Zinssatzes ermittelt. Der sich hieraus ergebende aktuelle Wert liegt oberhalb des Buchwerts im Konzern.

(44) Ertragsteueransprüche

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	71	40
Latente Ertragsteueransprüche	276	713
Gesamt	347	753

Die latenten Ertragsteueransprüche verteilen sich auf folgende Posten:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	13	75
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.005	1.728
Finanzanlagen	77	66
Sonstige Aktiva	72	70
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	207	671
Pensionsrückstellungen	195	203
Sonstige Rückstellungen	37	38
Sonstige Passiva	58	55
Steuerliche Verlustvorträge	13	15
Latente Ertragsteueransprüche brutto	1.677	2.921
Saldierung mit latenten Ertragsteuerverpflichtungen	-1.401	-2.208
Gesamt	276	713
davon: langfristig	252	686

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern nach IAS 12.74 umfassend genutzt.

Für die Ermittlung der latenten Ertragsteueransprüche der in- und ausländischen Berichtseinheiten wurden die individuellen Steuersätze zugrunde gelegt. Im Inland ergibt sich für die Bank in 2013 bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von derzeit 451 % (2012: 451 %) ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 % (2012: 31,6 %).

Latente Steuern auf Verlustvorträge werden nur insoweit aktiviert, als ihre Realisierbarkeit hinreichend sicher ist. Die Realisierbarkeit setzt voraus, dass in einem überschaubaren zukünftigen Zeitraum ausreichende zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, um die steuerlichen Verlustvorträge zu verrechnen. Zum Bilanzstichtag wurden latente Steuern in Höhe von 13 Mio. € (2012: 15 Mio. €) auf Verlustvorträge gebildet.

Insgesamt wurden auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 41 Mio. € (2012: 60 Mio. €) und auf gewerbesteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 52 Mio. € (2012: 74 Mio. €) keine latenten Ertragsteueransprüche angesetzt, da in absehbarer Zukunft keine steuerlichen Ergebnisse mit einer ausreichenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden.

Die latenten Ertragsteueransprüche, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 67 Mio. € (2012: 78 Mio. €).

(45) Sonstige Aktiva

	31.12.2013	31.12.2012
Immobilien des Vorratsvermögens	116	88
fertiggestellte Immobilien	67	46
Immobilien im Bau	49	42
Geleistete Vorauszahlungen und Anzahlungen	90	75
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45	38
Steueransprüche aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	3	3
Sonstige Vermögenswerte	688	736
Gesamt	942	940

in Mio. €

(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Angeschlossene Sparkassen	5.922	8.382
Girozentralen	1.798	1.873
Banken	26.386	29.020
Gesamt	34.106	39.275
davon:		
inländische Kreditinstitute	29.942	34.720
ausländische Kreditinstitute	4.164	4.555

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	7.826	7.829
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	26.280	31.446
Gesamt	34.106	39.275
darunter:		
aufgenommene Schuldscheindarlehen	7.966	9.761
Weiterleitungsdarlehen	7.805	7.570
begebene Namensschuldverschreibungen	2.890	2.824
Tages- und Termingelder	1.438	5.659
laufende Konten (Girokonten)	6.306	5.482

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Firmenkunden	23.414	27.118
Privatkunden	15.936	15.714
Öffentliche Stellen	4.545	4.779
Gesamt	43.895	47.611
davon:		
inländische Kunden	41.575	44.311
ausländische Kunden	2.320	3.300

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Täglich fällige Verbindlichkeiten	18.689	18.672
Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	25.206	28.939
Gesamt	43.895	47.611
darunter:		
Kundeneinlagen auf Girokonten	9.226	9.325
Tages- und Termingelder	11.981	13.571
Spareinlagen	2.184	2.368
Bauspareinlagen	3.838	3.595
begebene Namensschuldverschreibungen	11.259	11.598
aufgenommene Schuldscheindarlehen	4.539	6.281

(48) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Begebene Schuldverschreibungen	46.856	56.334
Hypothekendarlehen	3.352	3.139
öffentliche Pfandbriefe	12.007	13.318
sonstige Schuldverschreibungen	31.497	39.877
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.389	834
Gesamt	48.245	57.168

Die anderen verbrieften Verbindlichkeiten betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Geldmarktpapiere. Für detaillierte Angaben zur Emissionstätigkeit siehe Anhangangabe (69).

(49) Handelspassiva

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012 ¹⁾
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.537	13.845
kursbezogene Derivate	98	90
zinsbezogene Derivate	8.507	12.897
währungsbezogene Derivate	884	815
Kreditderivate	40	36
warenbezogene Derivate	8	7
Begebene Geldmarktpapiere	2.604	4.230
Begebene Aktien-/Indexzertifikate	142	181
Verbindlichkeiten des Handelsbestands	21.459	17.892
Gesamt	33.742	36.148

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Separater Ausweis der begebenen Aktien- und Indexzertifikate, die im Vorjahr in den Verbindlichkeiten des Handelsbestands enthalten waren.

Der Posten Handelspassiva enthält ausschließlich der Kategorie aFV (Unterkategorie HfT) zugeordnete Finanzinstrumente. Die Verbindlichkeiten des Handelsbestands umfassen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte.

(50) Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Sicherungsderivate des Hedge Accounting	641	1.230
Andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate	2.848	3.752
Gesamt	3.489	4.982

Die Sicherungsderivate des Hedge Accounting werden im Rahmen von gemäß IAS 39 qualifizierenden Mikro Fair Value Hedges eingesetzt. Als andere nicht mit Handelsabsicht gehaltene Derivate werden hier derivative Finanzinstrumente erfasst, die im Rahmen des Hedge Managements zur wirtschaftlichen Absicherung eingesetzt werden, für die jedoch die Erfüllung der Hedge-Accounting-Anforderungen nicht gemäß IAS 39 dokumentiert ist (ökonomische Hedges).

(51) Rückstellungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.267	1.268
Andere Rückstellungen	363	376
Rückstellungen für den Personalbereich	98	101
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	77	89
Restrukturierungsrückstellungen	18	–
sonstige Rückstellungen	170	186
Gesamt	1.630	1.644

Die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich in 2013 wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht an- gesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Stand zum 1.1.	1.538	–304	25	1.259
Summe Pensionsaufwand	85	–10	1	76
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (–)	53	–10	1	44
laufender Dienstzeitaufwand	29	–	–	29
Ergebnis aus Planabgeltungen	3	–	–	3
Summe Neubewertungen	–22	3	–3	–22
versicherungsmathematische Gewinne (–)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	–28	–	–	–28
erfahrungsbedingte Gewinne (–)/Verluste (+)	6	–	–	6
Neubewertungen aus Planvermögen	–	3	–	3
Neubewertungen aus dem aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzten Betrag	–	–	–3	–3
Arbeitnehmerbeiträge	4	–4	–	–
Arbeitgeberbeiträge	–	–8	–	–8
Gezahlte Versorgungsleistungen	–55	9	–	–46
Zahlungen in Zusammenhang mit Planabgeltungen	–10	10	–	–
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–2	1	–	–1
Stand zum 31.12.	1.538	–303	23	1.258

Nachfolgend die entsprechenden Werte für 2012:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht an- gesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Stand zum 1.1.	1.156	-271	45	930
Summe Pensionsaufwand	80	-12	2	70
Zinsaufwand (+)/Zinsertrag (-)	57	-12	2	47
laufender Dienstaufwand	23	-	-	23
Summe Neubewertungen	306	-18	-22	266
versicherungsmathematische Gewinne (-)/ Verluste (+) aus finanziellen Annahmen	287	-	-	287
erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	19	-	-	19
Neubewertungen aus Planvermögen	-	-18	-	-18
Neubewertungen aus dem aufgrund IAS 19.64 nicht angesetzten Betrag	-	-	-22	-22
Arbeitnehmerbeiträge	4	-4	-	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-7	-	-7
Gezahlte Versorgungsleistungen	-52	9	-	-43
Zahlungen in Zusammenhang mit Planabgeltungen	-	-	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	43	-	-	43
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	-1	-	-
Stand zum 31.12.	1.538	-304	25	1.259

Unter Berücksichtigung des Nettovermögenswerts aus einer Versorgungszusage der Frankfurter Sparkasse in Höhe von 9 Mio. € (2012: 9 Mio. €) ergeben sich Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.267 Mio. € (2012: 1.268 Mio. €).

Bei der Landesbank Hessen-Thüringen bestehen im Wesentlichen die folgenden Leistungszusagen, die im Rahmen von Direktzusagen gewährt wurden:

Für pensionsberechtigte Mitarbeiter, die bis zum 31. Dezember 1985 in die Dienste der Bank eingetreten sind, gilt eine volldynamische Gesamtversorgungszusage, bei der jährliche Rentenleistungen bis zu einer Höhe von maximal 75 % der ruhegehaltstfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Renteneintritts unter Anrechnung von Fremdretenansprüchen gezahlt werden. Während der Rentenbezugsphase werden Rentenansprüche entsprechend den Tarifanpassungen erhöht. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus Rentnern und Hinterbliebenen zusammen, es besteht ein geringer Anteil an aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Die in den Jahren 1986 bis 1998 geltende Versorgungsordnung stellt eine endgehaltsabhängige Zusage mit gespaltener Rentenformel dar. Es werden jährliche Rentenleistungen zugesagt, bei denen pro Dienstjahr ein bestimmter Prozentsatz der ruhegehaltstfähigen Bezüge in Abhängigkeit von der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) erdient wird, wobei Gehaltsteile oberhalb der BBG anders gewichtet werden als Gehaltsteile bis zur BBG. Es werden

maximal 35 Dienstjahre berücksichtigt und die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase analog zu den Tarifierpassungen erhöht. Der Bestand besteht überwiegend aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Bei der seit 1999 geltenden Versorgungszusage ergibt sich die Altersrente aus der Summe so genannter Rentenbausteine, die während der versorgungsfähigen Dienstzeit angesammelt werden. Die Rentenbausteine ermitteln sich anhand der mit einem altersabhängigen Faktor multiplizierten ruhegehaltstfähigen Bezüge des jeweiligen Kalenderjahres. In der Rentenbezugsphase werden die Rentenansprüche jährlich mit einem Prozent dynamisiert. Der Bestand ist für Neuzusagen offen und besteht derzeit fast ausschließlich aus aktiven und unverfallbar ausgeschiedenen Anwärtern.

Daneben bestehen Einzelzusagen auf jährliche Rentenleistungen. Zum überwiegenden Teil handelt es sich dabei um beamtenähnliche Gesamtversorgungszusagen, bei denen die Rentenansprüche in der Rentenbezugsphase gemäß den Tarifierpassungen erhöht werden. Der Bestand setzt sich überwiegend aus Rentnern, Hinterbliebenenrentnern beziehungsweise unverfallbar Ausgeschiedenen zusammen und ist für Neuzugänge weiterhin offen.

Mit der Übernahme des Verbundbankgeschäfts sind im Rahmen des Teilbetriebsübergangs gemäß § 613a BGB auch die Pensionsverpflichtungen der Portigon AG gegenüber den neuen Mitarbeitern auf die Helaba übergegangen.

Mitarbeiter, die im Zusammenhang mit der Aufspaltung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale in die öffentlich-rechtliche Landesbank NRW (heutige NRW.Bank) und in die privatrechtliche WestLB AG (heutige Portigon AG) im Jahr 2002 der NRW.Bank zugeordnet wurden, wurden beurlaubt, um mit der Portigon AG ein zweites Arbeitsverhältnis („Doppelverträger VBB“) zu begründen. Diese Pensionszusagen werden unverändert durch die NRW.Bank weitergeführt. Wirtschaftlich belastet wird jedoch die Helaba, da die von der NRW.Bank zu leistenden Versorgungszahlungen zu erstatten sind.

Für die Versorgungsanwartschaften der übrigen Mitarbeiter wurde zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs ein Besitzstand ermittelt, der auf die Helaba überging. Die extern finanzierten Versorgungsanwartschaften gegenüber der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, wurden zum Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs beitragsfrei gestellt. Seit dem Zeitpunkt des Teilbetriebsübergangs sind die Mitarbeiter zur betrieblichen Altersversorgung der Helaba bei der seit 1999 geltenden Dienstvereinbarung angemeldet.

Des Weiteren besteht eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage in Form der Entgeltumwandlung, bei der einmalige Kapitalleistungen zugesagt werden. Dabei werden für jeden von dem Mitarbeiter gewandelten Betrag Fondsanteile erworben und ein altersabhängiger Kapitalbaustein berechnet. Im Versorgungsfall wird der höhere Betrag aus der Summe der Kapitalbausteine und dem Fondsvermögen ausgezahlt. Der Bestand ist für Neuzusagen offen.

Bei der Frankfurter Sparkasse haben grundsätzlich alle Mitarbeiter einen Anspruch auf eine Rente der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse. Es handelt sich hierbei um eine regulierte Pensionskasse. Die Anpassungsverpflichtung der lebenslänglichen laufenden Leistungen der Pensionskasse

wird in Form einer Direktzusage der Frankfurter Sparkasse umgesetzt. Für Mitarbeiter der ehemaligen Stadtparkasse Frankfurt besteht ein Rentenanspruch gegenüber der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt (ZVK), den die Helaba im Rahmen des Unternehmenserwerbs der Frankfurter Sparkasse als Verpflichtung identifiziert hat und bilanziell ausweist. Des Weiteren bestehen Einzelzusagen, im Wesentlichen in Form von Gesamtversorgungszusagen, sowie eine mitarbeiterfinanzierte Versorgungszusage.

Für Mitarbeiter der Niederlassung London besteht ein leistungsorientierter Versorgungsplan, der für Neueintritte geschlossen ist. Zur Sicherung der Versorgungsansprüche wird ein Planvermögen aufgebaut, das mit dem Verpflichtungsumfang abgeglichen und über festgelegte Zeiträume regelmäßig aktualisiert beziehungsweise gegebenenfalls mit Anpassungsszenarien unterlegt wird. Von der Möglichkeit einer befreienden Abgeltung der Versorgungsansprüche bei Dienstaustritt zugunsten einer ausfinanzierten Versorgungszusage eines externen Versorgungsträgers („pension buy-out“) wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht.

Bei der Tochtergesellschaft Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG werden die gesetzlichen Anforderungen an die betriebliche Altersversorgung durch ein eigenes Vorsorgewerk dargestellt, das an eine Sammelstiftung eines externen Trägers angeschlossen ist.

Der Finanzierungsstatus der Pensionspläne stellt sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

	in Mio. €			
	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht an- gesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Inländische Pensionspläne	1.449	-223	23	1.249
Landesbank Hessen-Thüringen	1.038	-23	-	1.015
Gesamtversorgungszusagen	740	-	-	740
Versorgungszusage bis 1985	645	-	-	645
Einzelzusagen	70	-	-	70
Doppelverträger VBB	25	-	-	25
endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	144	-	-	144
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	94	-	-	94
übrige Zusagen	60	-23	-	37
Frankfurter Sparkasse	357	-196	23	184
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	164	-196	23	-9
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	50	-	-	50
ZVK Frankfurt	81	-	-	81
Einzelzusagen	52	-	-	52
übrige Zusagen	10	-	-	10
übrige Konzerngesellschaften	54	-4	-	50
Ausländische Pensionspläne	89	-80	-	9
Gesamt	1.538	-303	23	1.258

Zum 31. Dezember 2012 ergaben sich folgende Werte:

in Mio. €

	DBO	Planvermögen	Aufgrund IAS 19.64 nicht an- gesetzter Betrag	Nettobetrag der Pensions- verpflichtungen
Inländische Pensionspläne	1.446	-220	25	1.251
Landesbank Hessen-Thüringen	1.036	-19	-	1.017
Gesamtversorgungszusagen	756	-	-	756
Versorgungszusage bis 1985	665	-	-	665
Einzelzusagen	70	-	-	70
Doppelverträger VBB	21	-	-	21
endgehaltsabhängige Zusage (Versorgungsordnung 1986 bis 1998)	144	-	-	144
Rentenbausteinsystem (Versorgungsordnung ab 1999)	85	-	-	85
übrige Zusagen	51	-19	-	32
Frankfurter Sparkasse	357	-197	25	185
Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse	163	-197	25	-9
Anpassungsverpflichtung Pensionskasse	50	-	-	50
ZVK Frankfurt	84	-	-	84
Einzelzusagen	50	-	-	50
übrige Zusagen	10	-	-	10
übrige Konzerngesellschaften	53	-4	-	49
Ausländische Pensionspläne	92	-84	-	8
Gesamt	1.538	-304	25	1.259

Das Planvermögen setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Planvermögen mit Marktpreisnotierungen in aktiven Märkten	260	261
Barreserve	3	1
Forderungen an Kreditinstitute	27	17
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	172	193
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57	49
andere Vermögenswerte	1	1
Übriges Planvermögen	43	43
qualifizierte Versicherungsverträge	40	40
andere Vermögenswerte	3	3
Marktwert des Planvermögens	303	304

Von dem Planvermögen entfallen 24 Mio. € (2012: 14 Mio. €) auf konzerneigene übertragbare Finanzinstrumente, in andere selbst genutzte Vermögenswerte wurde wie im Vorjahr nicht investiert.

Der wirtschaftliche Nutzen der aus der Pensionskasse der Frankfurter Sparkasse resultierenden Planüberdeckung in Höhe von 32 Mio. € (2012: 34 Mio. €) ist auf die Gewinnrücklage der Pensionskasse in Höhe von 9 Mio. € begrenzt, da nur diese im Liquidationsfall satzungsgemäß dem Arbeitgeber zusteht. Der darüber hinausgehende Überhang in Höhe von 23 Mio. € fällt unter die Asset-Ceiling-Regelung gemäß IAS 19.64.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Einzahlungen der Helaba in das Planvermögen in Höhe von 6 Mio. € erwartet. Darüber hinaus besteht bei einem ausländischen Pensionsfonds nach lokalen Bewertungsmodalitäten eine Unterdeckung in Höhe von 7 Mio. €, die ab 2015 durch Einzahlungen in das Planvermögen zu begleichen ist. Dabei erfolgt ein regelmäßiger Abgleich zwischen den Planvermögenswerten nach Einzahlungen und den Auswirkungen aufgrund der Anpassung der lokalen Bewertungsparameter.

Die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen, für die kein Planvermögen gemäß IAS 19 vorliegt, erfolgt überwiegend über einen langfristig ausgerichteten Spezialfonds mit Anlageschwerpunkt Rentenpapiere.

Die Pensionsverpflichtungen im Helaba-Konzern sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Die Risiken sind dabei sowohl auf allgemeine Marktschwankungen als auch auf besondere Risiken zurückzuführen. Es gibt dabei keine außergewöhnlichen Risiken aus den Pensionsverpflichtungen.

Die Risiken aus den allgemeinen Marktschwankungen betreffen im Wesentlichen Risiken aus Schwankungen in der Inflationsrate und den Marktzinsen, aber auch aus anderen Risiken wie dem Langlebkeitsrisiko.

- **Allgemeine Marktschwankungen:**
Die allgemeinen Marktschwankungen wirken sich vorrangig durch Änderungen im Rechnungszins auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen aus. Durch allgemein gesunkene Rechnungszinsen haben sich die Pensionsrückstellungen in den letzten Jahren bereits spürbar erhöht; der starke Einfluss der Rechnungszinsen auf die Höhe der Pensionsverpflichtungen liegt vor allem an der langen Laufzeit der Verpflichtungen.
- **Inflationsrisiko – Rentenanpassung:**
Für die Rentenzusagen des Helaba-Konzerns kommt im Rahmen der Rentenanpassungsprüfung grundsätzlich das Betriebsrentengesetz zur Anwendung. Die neueren Versorgungsordnungen, die als Rentenbausteinsysteme abgebildet werden, unterliegen dabei fest vereinbarten Anpassungssätzen und sind daher im Wesentlichen unabhängig von der Inflation beziehungsweise künftigen Tarifierhöhungen.
- **Inflationsrisiko – Gehalts- und Tarifsteigerungen sowie Steigerung der Beamtenbezüge:**
Für den überwiegenden Teil der älteren Versorgungsordnungen (Gesamtversorgungsordnung bis 1985 beziehungsweise Endgehaltsplan) gewährt die Helaba Anpassungen an die Entwicklung im Tarifbereich für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken. Die tarifliche Erhöhung der pensionsfähigen Gehälter hat damit Einfluss auf die Höhe der laufenden Versorgungsleistungen. Einzelne Versorgungszusagen sehen die Anpassung auf Grundlage der Beamtenbesoldung nach den Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes (Hessen, Thüringen beziehungsweise Nordrhein-Westfalen) vor.

▪ **Langlebigkeitsrisiko:**

Aufgrund der weit überwiegenden Leistungsform „lebenslange Renten“ wird das Risiko, dass die Rentenberechtigten länger leben als versicherungsmathematisch kalkuliert, durch die Helaba getragen. Normalerweise wird dieses Risiko durch das Kollektiv aller Rentenberechtigten ausgeglichen und kommt nur zum Tragen, wenn die allgemeine Lebenserwartung höher ausfällt als erwartet.

Im Rahmen der besonderen Risiken ist zu erwähnen, dass die Zusagen teilweise von externen Faktoren abhängig sind. Neben den bereits erwähnten Faktoren der Anpassungen durch Tarifsteigerungen beziehungsweise Erhöhung der Beamtenbezüge ist insbesondere im Rahmen von Gesamtversorgungszusagen die Anrechnung der gesetzlichen Altersrente beziehungsweise weiterer extern finanzierter Fremdrenten mit Schwankungen behaftet, die außerhalb des Einflussbereichs der Helaba liegen und von der Bank getragen werden müssen.

Die wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde liegen, sind der folgenden Tabelle zu entnehmen (gewichtete Durchschnittssätze):

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Zinssatz	3,7	3,5
Gehaltstrend	2,2	2,1
Rententrend	1,8	1,7
Fluktuationsrate	2,9	2,9

Die Invaliditäts- beziehungsweise die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren im Inland im aktuellen Jahr, wie auch im Vorjahr, auf den Generationentafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck.

Eine Veränderung der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen hätte folgende Auswirkungen auf den Barwert des Verpflichtungsumfangs aller leistungsorientierten Verpflichtungen:

in Mio. €

	31.12.2013
Abzinsungssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	138
Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 25 Basispunkte)	57
Rentensteigerung (Anstieg um 25 Basispunkte)	62
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %)	65
Fluktuationsrate (Rückgang um 50 Basispunkte)	5

Die dargestellte Sensitivitätsanalyse berücksichtigt jeweils die Änderung einer Annahme, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen beträgt 17,3 Jahre (2012: 16,9 Jahre). Die Fälligkeit der erwarteten Rentenzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von bis zu einem Jahr	54	52
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über einem Jahr bis zu fünf Jahren	245	238
Erwartete Rentenzahlungen mit Laufzeiten von über fünf Jahren bis zu zehn Jahren	386	371

Der Helaba-Konzern ist an leistungsorientierten gemeinschaftlichen Plänen mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer-Pläne) beteiligt, die wie beitragsorientierte Pläne behandelt werden. Es handelt sich dabei um die Mitgliedschaft bei umlagefinanzierten Versorgungswerken in Form der regulierten Pensionskasse, die zum 1. Januar 2002 den Wechsel in das Kapitaldeckungsverfahren vorgenommen haben. Diese betreffen die regionalen Zusatzversorgungskassen (KVV beziehungsweise ZVK) sowie die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), deren Satzungen inhaltlich vergleichbar sind. Die bisherigen Leistungszusagen wurden mit dem Übergang in das Kapitaldeckungsverfahren in ein beitragsbezogenes System überführt. Die Satzungen berechtigen zur Erhebung zusätzlicher Beitragsanforderungen, um zugesagte Leistungen gegebenenfalls nachzufinanzieren beziehungsweise aufgrund eines nicht ausreichenden Deckungsstocks zu reduzieren (Sanierungsgeld, -klausel). Eine verursachergerechte Zuordnung von Vermögen und Verpflichtung liegt nicht vor. Über die Geschäfts- und Risikoentwicklung informiert die Pensionskasse ausschließlich im Jahresbericht, weitergehende Informationen werden nicht ausgegeben. Für diese Pläne sind wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 1 Mio. € angefallen.

Darüber hinaus bestehen beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgrund der Mitgliedschaft bei dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a. G. sowie weitere beitragsorientierte Leistungszusagen, die im Rahmen des Durchführungswegs der Direktversicherung bei öffentlich-rechtlichen Versicherern extern finanziert sind. Dabei handelt es sich weitestgehend um die SV Sparkassen-Versicherung sowie die Provinzial Lebensversicherung AG. Bei den ausländischen Niederlassungen London und New York bestehen ebenfalls beitragsorientierte Versorgungszusagen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 3 Mio. € (2012: 3 Mio. €) für beitragsorientierte Versorgungszusagen aufgewendet.

Der Arbeitgeberzuschuss zur Rentenversicherung im Berichtsjahr belief sich auf 33 Mio. € (2012: 31 Mio. €).

Die anderen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

in Mio. €

	Rückstellungen für den Personalbereich		Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft		Restrukturierungs-rückstellungen		Sonstige Rückstellungen		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand zum 1.1.	101	93	89	71	-	2	186	176	376	342
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	1	-	12	-	-	-1	11	-1	24
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-1	-	-1	-	-	-	-	-	-2	-
Verbrauch	-65	-62	-	-	-	-	-136	-102	-201	-164
Auflösungen	-1	-1	-24	-23	-	-	-12	-7	-37	-31
Umbuchungen	-	2	-7	-2	-	-2	-	-	-7	-2
Aufzinsung	1	2	-	-	-	-	3	4	4	6
Zuführung	63	66	20	31	18	-	130	104	231	201
Stand zum 31.12.	98	101	77	89	18	-	170	186	363	376

Die Rückstellungen für den Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Alters-
zeitzeit und Vorruhestandsvereinbarungen, Dienstjubiläen sowie Sonderzahlungen an Mitarbeiter.
Die sonstigen Rückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Immobilienprojektie-
rungen und Mietverhältnissen sowie Prozessrisiken.

Die Restrukturierungsrückstellungen betreffen das im laufenden Geschäftsjahr gestartete Programm
„Helaba PRO“, das eine Kostenoptimierung durch effizientere Prozesse und Komplexitätsreduktion
zum Ziel hat.

Die Zuführungen beziehungsweise Auflösungen der Rückstellungen für den Personalbereich werden
in der Regel im Personalaufwand, die der Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft in
der Risikovorsorge und die der Restrukturierungsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen
im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen. Aufzinsungsbeträge sind im Zinsüberschuss
enthalten.

Von den anderen Rückstellungen sind 238 Mio. € kurzfristig (2012: 249 Mio. €).

(52) Ertragsteuerverpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	68	151
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	53	486
Gesamt	121	637

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich auf folgende Positionen:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	167	300
Handelsaktiva/-passiva und Derivate	1.101	2.041
Finanzanlagen	85	244
Sonstige Aktiva	71	85
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	7	1
Pensionsrückstellungen	1	1
Sonstige Rückstellungen	7	12
Sonstige Passiva	15	10
Latente Ertragsteuerverpflichtungen brutto	1.454	2.694
Saldierung mit latenten Ertragsteueransprüchen	-1.401	-2.208
Gesamt	53	486
davon: langfristig	43	45

Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern nach IAS 12.74 umfassend genutzt.

Für die Bewertung der temporären Differenzen, die zu latenten Ertragsteuerverpflichtungen führen, verweisen wir auf unsere Erläuterungen zu den latenten Ertragsteueransprüchen (siehe Anhangangabe (44)).

Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet wurden, betragen zum Bilanzstichtag 50 Mio. € (2012: 64 Mio. €).

(53) Sonstige Passiva

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	184	178
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	21	23
Erhaltene Vorauszahlungen und Anzahlungen	268	251
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern (außer Ertragsteuern)	64	71
Sonstige Verbindlichkeiten	158	133
Gesamt	695	656

(54) Nachrangkapital

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.167	2.445
darunter: anteilige Zinsen	20	10
Genussrechtskapital	786	798
darunter: anteilige Zinsen	37	37
Stille Einlagen	1.120	1.120
darunter: anteilige Zinsen	50	50
Gesamt	5.073	4.363
darunter:		
verbrieftes Nachrangkapital	3.283	3.067

Die hier ausgewiesenen stillen Einlagen erfüllen nicht die Eigenkapitalkriterien des IAS 32.

(55) Eigenkapital

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Gezeichnetes Kapital	2.509	2.509
Kapitalrücklage	1.546	1.546
Gewinnrücklagen	2.921	2.642
Neubewertungsrücklage	148	162
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-1	4
Rücklage aus Cashflow Hedges	-17	-23
Auf Konzernfremde entfallender Anteil am Eigenkapital	-19	-23
Gesamt	7.087	6.817

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2.509 Mio. € umfasst das von den Trägern nach der Satzung eingezahlte Stammkapital in Höhe von 589 Mio. € und die vom Land Hessen erbrachten Kapitaleinlagen von 1.920 Mio. €.

Zum 31. Dezember 2013 entfallen vom Stammkapital folgende Anteile auf die Träger:

	Betrag in Mio. €	Anteil in %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	405	68,85
Land Hessen	48	8,10
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	28	4,75
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	28	4,75
Fides Beta GmbH	28	4,75
Fides Alpha GmbH	28	4,75
Freistaat Thüringen	24	4,05
Gesamt	589	100,00

Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Stammkapital an die Träger.

Die Gewinnrücklagen umfassen neben den Gewinnthesaurierungen des Mutterunternehmens und der einbezogenen Tochterunternehmen auch Beträge aus den fortgeschriebenen Ergebnissen der Kapitalkonsolidierung und sonstigen Konsolidierungsmaßnahmen. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen erfolgsneutral zu behandelnde Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern enthalten.

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutralen Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie AfS nach Verrechnung latenter Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder abgeschrieben wird.

In der Rücklage aus der Währungsumrechnung sind die erfolgsneutral zu erfassenden Währungsumrechnungsdifferenzen aus der Umrechnung der Abschlüsse von wirtschaftlich selbstständigen ausländischen Geschäftsbetrieben (Tochterunternehmen, Niederlassungen) in die Konzernwährung bis zu deren Abgang enthalten (siehe Anhangangabe (10)). Darüber hinaus ist das Ergebnis aus der Währungsumrechnung des Sicherungsgeschäfts einer Nettoinvestition in eine ausländische Teil-einheit gemäß Anhangangabe (5) in der Rücklage aus der Währungsumrechnung erfasst.

Die Rücklage aus Cashflow Hedges enthält gemäß Anhangangabe (5) den effektiven Teil der Fair Value-Änderung aus Sicherungsinstrumenten von Cashflow-Hedge-Beziehungen.

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

(56) Sicherheitsleistungen

Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen erfolgen unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind. Nachstehende Vermögenswerte sind zum Bilanzstichtag als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten verpfändet oder übertragen (Buchwerte):

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012 ¹⁾
Handelsaktiva	663	4.112
Forderungen an Kreditinstitute	4.024	5.391
Forderungen an Kunden	304	399
Finanzanlagen	2.552	3.347
Sonstige Aktiva	4	4
Finanzielle Vermögenswerte	7.547	13.253
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	827	766
Sachanlagen	28	–
Nicht finanzielle Vermögenswerte	855	766
Gesamt	8.402	14.019

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: In den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wurden 598 Mio. € ergänzt.

Die Stellung von finanziellen Sicherheiten erfolgt dabei für nachstehende Geschäfte:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit Zentralnotenbanken	15	4.551
Sicherheiten für Geschäfte an Börsen und Clearinghäusern	1.105	1.047
Im Rahmen von Repo-Geschäften übertragene Wertpapiere	353	1
Gestellte Barsicherheiten	4.327	5.780
Sonstige gestellte Sicherheiten	1.747	1.874
Gesamt	7.547	13.253

Barsicherheiten werden im Wesentlichen als liquide Sicherheitsleistungen im Rahmen von OTC-Derivate-Geschäften und Geschäften an Terminbörsen beziehungsweise mit zentralen Kontrahenten gestellt. Die sonstigen gestellten Sicherheiten dienen im Wesentlichen der Besicherung von Geschäften mit der Europäischen Investitionsbank.

Ferner führt die Bank grundpfandrechtlich besicherte Forderungen und Kommunalforderungen sowie weitere Deckungswerte im Deckungsstock nach §§ 12 beziehungsweise 30 PfandBG. Zum 31. Dezember 2013 belief sich die Deckungsmasse auf 34.175 Mio. € (2012: 35.671 Mio. €) bei einem Umlauf an Hypotheken- und öffentlichen Pfandbriefen in Höhe von 24.314 Mio. € (2012: 26.078 Mio. €). Diese umfassen auch Namenspapiere, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen werden.

Als Sicherheit hereingenommene Vermögenswerte

Die Hereinnahme von Sicherheiten erfolgt unter Bedingungen, die für die betreffenden Pensions-, Wertpapier- und Finanzierungsgeschäfte handelsüblich sind.

Der beizulegende Zeitwert der im Rahmen von echten Pensionsgeschäften hereingenommenen Sicherheiten, bei denen es der Helaba gestattet ist, diese ohne Ausfall des Sicherungsgebers zu verwerten oder weiterzuverpfänden, beträgt 760 Mio. € (2012: 398 Mio. €). Derartige Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von 222 Mio. € (2012: 254 Mio. €) wurden weiterverkauft beziehungsweise weiterverpfändet.

Zur Besicherung von OTC-Geschäften wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 802 Mio. € (2012: 974 Mio. €) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen sind.

Bezüglich der Angaben zu erhaltenen Sicherheiten im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts verweisen wir auf Anhangangabe (71).

(57) Übertragung finanzieller Vermögenswerte ohne Ausbuchung

Der Helaba-Konzern überträgt im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften finanzielle Vermögenswerte, bei denen jedoch die mit dem Eigentum dieser Vermögenswerte verbundenen wesentlichen Bonitäts-, Zinsänderungs- und Währungsrisiken sowie Chancen auf Wertsteigerungen beim Helaba-Konzern verbleiben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Ausbuchung gemäß IAS 39 nicht erfüllt und die finanziellen Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen und gemäß der zugeordneten Bewertungskategorie bewertet.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte der übertragenen Vermögenswerte, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, getrennt nach den zugrunde liegenden Transaktionen, sowie die hierzu korrespondierenden Verbindlichkeiten.

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	353	1
Handelsaktiva	318	1
Finanzanlagen	35	–
Buchwert der Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	353	1
Buchwert der im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften übertragenen, nicht ausgebuchten finanziellen Vermögenswerte	103	255
Handelsaktiva	6	20
Finanzanlagen	97	235
Buchwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften	–	–

Es handelt sich bei den oben aufgeführten finanziellen Vermögenswerten ausschließlich um Wertpapiere aus dem Eigenbestand des Helaba-Konzerns. Darüber hinaus werden im Rahmen von Pensions- und Leihgeschäften auch von Dritten in Pension genommene oder entlehene Wertpapiere, die nicht in der Konzernbilanz angesetzt werden dürfen, übertragen. Die übertragenen Wertpapiere können vom Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher jederzeit weiterveräußert oder verpfändet werden. Die vertraglichen Zahlungsströme aus den Wertpapieren stehen in der Regel jedoch weiterhin dem Helaba-Konzern zu.

Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften resultieren aus dem vom Pensionsnehmer für die übertragenen Wertpapiere gezahlten Betrag. Dieser entspricht bei Geschäftsabschluss dem beizulegenden Zeitwert der übertragenen Wertpapiere abzüglich eines Sicherheitsabschlags. Bei Rückübertragung der Wertpapiere zum Ende der Laufzeit des Wertpapierpensionsgeschäfts ist dieser Betrag zuzüglich der vereinbarten Zinsen an den Pensionsnehmer zurückzuzahlen. Die Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften werden unter den Handelspassiva oder den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit Wertpapierleihegeschäften ergeben sich die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus der Verpflichtung zur Rückzahlung erhaltener Barsicherheiten. Kontrahenten der vom Helaba-Konzern abgeschlossenen Wertpapierleihegeschäfte sind im Wesentlichen angeschlossene und gebietsfremde Sparkassen. Zusätzliche Barsicherheiten werden in der Regel nur von Kontrahenten außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe verlangt.

Aufgrund ihrer Zuordnung zur Bewertungskategorie HfT beziehungsweise AfS entspricht der Buchwert der übertragenen Wertpapiere ihrem beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert der korrespondierenden Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften beläuft sich auf 353 Mio. € (2012: 1 Mio. €) und entspricht damit dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere. Der beizulegende Zeitwert der erhaltenen Barsicherheiten aus Wertpapierleihegeschäften entspricht grundsätzlich dem Buchwert. Allerdings wurden nur unbesicherte Wertpapierleihegeschäfte durchgeführt.

(58) Übertragung finanzieller Vermögenswerte mit Ausbuchung

Verträge zur Veräußerung und zum Erwerb von Anteilen an Unternehmen (Beteiligungsgeschäft) beinhalten transaktionsübliche Zusicherungen insbesondere zu den steuerlichen und rechtlichen Verhältnissen. Hierfür wurden Rückstellungen in Höhe von 5 Mio. € (2012: 7 Mio. €) gebildet.

(59) Angaben zur bilanziellen Aufrechnung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Entsprechend den in IFRS 7 neu aufgenommenen Angaben für saldierte Finanzinstrumente wird nachfolgend eine Überleitung von der Brutto- auf die Nettorisikoposition von Finanzinstrumenten vorgenommen. Die Angaben beziehen sich sowohl auf saldierte Finanzinstrumente als auch auf solche, die einer Globalaufrechnungsvereinbarung unterliegen. Dies soll eine Vergleichbarkeit der entsprechenden Positionen zwischen US GAAP und IFRS ermöglichen, da diese Angabepflichten in beide Rechnungslegungsstandards übernommen wurden.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung auf die Nettobeträge der bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013, die bereits saldiert wurden, dargestellt.

in Mio. €

	Bruttobuchwert vor Saldierung	Bruttobuchwert saldierter Finanzinstrumente	Bilanzausweis
Vermögenswerte			
derivative Geschäfte	13.160	–	13.160
Wertpapierpensionsgeschäfte	396	–	396
sonstige Vermögenswerte	1.147	–871	276
Gesamt	14.703	–871	13.832
Verbindlichkeiten			
derivative Geschäfte	13.026	–	13.026
Wertpapierpensionsgeschäfte	354	–	354
sonstige Verbindlichkeiten	1.223	–871	352
Gesamt	14.603	–871	13.732

Des Weiteren hat die Helaba mit Kontrahenten im Derivate- und Wertpapierpensionsgeschäft Master-Netting-Agreements abgeschlossen, die bedingte Saldierungsrechte beinhalten. Bei Eintritt dieser Bedingungen, zum Beispiel einem bonitätsbedingten Ausfall des Kontrahenten, erfolgt eine Abrechnung auf saldierter Basis. Zum 31. Dezember 2013 ergeben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Bedingte Saldierungsrechte durch Master-Netting-Agreements		Nettobetrag nach Berücksichtigung bedingter Saldierungsrechte
		Sicherheiten in Form finanzieller Verbindlichkeiten/ Vermögenswerte	Barsicherheiten ¹⁾	
Vermögenswerte				
derivative Geschäfte	13.160	–7.744	–590	4.826
Wertpapierpensionsgeschäfte	396	–388	–	8
sonstige Vermögenswerte	276	–	–	276
Gesamt	13.832	–8.132	–590	5.110
Verbindlichkeiten				
derivative Geschäfte	13.026	–7.744	–3.977	1.305
Wertpapierpensionsgeschäfte	354	–350	–	4
sonstige Verbindlichkeiten	352	–	–	352
Gesamt	13.732	–8.094	–3.977	1.661

¹⁾ Die Darstellung enthält keine bedingten Aufrechnungsmöglichkeiten aus grundpfandrechtlichen oder sonstigen Kreditsicherheiten außerhalb von Master-Netting-Agreements.

(60) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	73	72
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
Forderungen an Kunden	652	962
davon:		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	20	24
Handelsaktiva	-	12
Finanzanlagen	26	42
Gesamt	751	1.088

Vermögenswerte werden als nachrangig ausgewiesen, wenn sie im Fall der Liquidation oder Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

(61) Fremdwährungsvolumina

in Mio. €

	Fremdwährungsaktiva		Fremdwährungspassiva	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
USD	14.507	15.878	8.128	9.239
GBP	7.060	6.673	1.570	2.416
CHF	2.949	2.924	687	776
JPY	747	1.105	814	1.166
Andere Währungen	1.013	1.141	514	411
Gesamt	26.276	27.721	11.713	14.008

Die hier dargestellten Fremdwährungsaktiva und -passiva beziehen sich auf nicht derivative Finanzinstrumente. Daraus entstehende offene Fremdwährungspositionen sind weitgehend durch den Einsatz von Derivaten geschlossen.

(62) Restlaufzeitengliederung

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr	Ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	29.907	22.224	25.315	55.354	34.511
Handelsspassiva	3.111	11.330	9.653	7	104
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.104	1.849	3.225	13.925	9.710
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.692	3.515	5.725	8.525	13.638
verbriefte Verbindlichkeiten	–	5.524	5.661	29.597	9.535
Nachrangkapital	–	6	1.051	3.300	1.524
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	9.472	313	683	1.835	936
Handelsspassiva	9.470	1	4	58	4
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	2	312	679	1.777	932
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.375	633	1.984	9.683	927
Gesamt	40.754	23.170	27.982	66.872	36.374

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2012:

in Mio. €

	Täglich fällig	Bis drei Monate	Drei Monate bis ein Jahr ¹⁾	Ein Jahr bis fünf Jahre ¹⁾	Mehr als fünf Jahre
Nicht derivative finanzielle Verbindlichkeiten	28.412	24.371	30.122	69.569	34.288
Handelsspassiva	1.343	9.314	10.953	512	181
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.215	4.918	3.933	18.296	10.502
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	18.755	3.527	6.184	9.858	16.233
verbriefte Verbindlichkeiten	99	6.590	8.340	37.349	6.759
Nachrangkapital	–	22	712	3.554	613
Derivative finanzielle Verbindlichkeiten	11.831	291	850	3.509	2.422
Handelsspassiva	11.830	12	48	714	1.241
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	1	279	802	2.795	1.181
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.262	572	1.858	8.414	2.259
Gesamt	42.505	25.234	32.830	81.492	38.969

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Nachrangkapital wurden 250 Mio. € von dem Laufzeitband ein Jahr bis fünf Jahre in das Laufzeitband drei Monate bis ein Jahr umgegliedert. Darüber hinaus Reduzierung um 14 Mio. € im Laufzeitband ein Jahr bis fünf Jahre.

Für die Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verbindlichkeiten wurden die undiskontierten Cashflows gemäß den vertraglich vereinbarten Fälligkeitsterminen auf die einzelnen Laufzeitbänder verteilt. Falls keine feste vertragliche Vereinbarung für den Rückzahlungszeitpunkt bestand, ist der frühestmögliche Zeitpunkt beziehungsweise die Kündigungsmöglichkeit herangezogen worden. Dies gilt insbesondere für aufgenommene Tagesgelder und Sichteinlagen sowie für Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist.

Die unter den Handelspassiva ausgewiesenen nicht derivativen finanziellen Verbindlichkeiten wurden mit Buchwerten und die unwiderruflichen Kreditzusagen mit dem Nominalwert in die Restlaufzeitengliederung einbezogen. Derivate des Handelsbestands werden mit ihrem Buchwert dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet, die unwiderruflichen Kreditzusagen dem Band, zu dem die Inanspruchnahme frühestens möglich ist. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gemäß Anhangangabe (72) können bis zum Garantiehöchstbetrag grundsätzlich jederzeit in Anspruch genommen werden.

(63) Derivative Geschäfte

Der Helaba-Konzern setzt derivative Finanzinstrumente sowohl für Handels- als auch für Sicherungsgeschäfte ein.

Derivate können als standardisierte Kontrakte an der Börse oder individuell ausgehandelt als OTC-Derivate außerbörslich abgeschlossen werden.

Die Nominalwerte entsprechen dem Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe. Dieser Wert dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, es handelt sich jedoch nicht um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Nominal- und Marktwerte derivativer Geschäfte ergeben sich zu den Stichtagen wie folgt:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Aktien-/indexbezogene Geschäfte	3.034	2.101	118	209	99	90
OTC-Produkte	2.105	1.310	96	190	73	69
Aktienoptionen	2.105	1.298	96	189	73	68
Käufe	1.221	956	96	189	–	–
Verkäufe	884	342	–	–	73	68
sonstige Geschäfte	–	12	–	1	–	1
börsengehandelte Produkte	929	791	22	19	26	21
Aktien-/Index-Futures	304	153	6	–	2	1
Aktien-/Index-Optionen	625	638	16	19	24	20
Zinsbezogene Geschäfte	488.275	495.672	11.965	18.365	11.815	17.617
OTC-Produkte	446.656	431.177	11.938	18.358	11.810	17.606
Forward Rate Agreements	27.107	12.875	4	–	2	1
Zinsswaps	358.191	360.103	10.725	17.142	10.238	15.566
Zinsoptionen	61.076	58.194	1.209	1.216	1.570	2.039
Käufe	27.276	25.399	1.205	1.212	4	–
Verkäufe	33.800	32.795	4	4	1.566	2.039
sonstige Zinskontrakte	282	5	–	–	–	–
börsengehandelte Produkte	41.619	64.495	27	7	5	11
Zinsfutures	35.469	29.159	27	6	5	10
Zinsoptionen	6.150	35.336	–	1	–	1
Währungsbezogene Geschäfte	49.023	60.513	1.026	1.238	1.053	1.040
OTC-Produkte	49.023	60.513	1.026	1.238	1.053	1.040
Devisenkassa- und -termingeschäfte	24.969	36.926	336	417	452	378
Zins-/Währungsswaps	23.279	21.865	664	803	575	644
Devisenoptionen	775	1.722	26	18	26	18
Käufe	385	856	26	18	–	–
Verkäufe	390	866	–	–	26	18
Kreditderivate	6.071	6.446	43	44	52	73
OTC-Produkte	6.071	6.446	43	44	52	73
Warenbezogene Geschäfte	415	280	8	9	7	7
OTC-Produkte	415	195	8	9	7	7
Commodity-Swaps	233	137	6	5	5	5
Commodity-Optionen	182	58	2	4	2	2
börsengehandelte Produkte	–	85	–	–	–	–
Commodity-Optionen	–	85	–	–	–	–
Gesamt	546.818	565.012	13.160	19.865	13.026	18.827

Nominalwerte nach Restlaufzeiten:

in Mio. €

	Aktien-/indexbezogene Geschäfte		Zinsbezogene Geschäfte		Währungsbezogene Geschäfte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Bis drei Monate	461	299	72.642	89.233	15.327	25.363
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	790	739	86.900	84.694	10.811	13.369
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.663	1.051	182.955	184.274	18.111	17.640
Mehr als fünf Jahre	120	12	145.778	137.471	4.774	4.141
Gesamt	3.034	2.101	488.275	495.672	49.023	60.513

in Mio. €

	Kreditderivate		Warenbezogene Geschäfte		Gesamt	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Bis drei Monate	200	775	53	75	88.683	115.745
Mehr als drei Monate bis ein Jahr	623	1.225	172	82	99.296	100.109
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.193	4.319	125	97	208.047	207.381
Mehr als fünf Jahre	55	127	65	26	150.792	141.777
Gesamt	6.071	6.446	415	280	546.818	565.012

Die derivativen Geschäfte bestehen mit folgenden Kontrahenten:

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
OECD-Banken	271.810	350.212	7.696	11.763	9.619	14.481
Banken außerhalb der OECD	17	19	-	-	3	4
Sonstige Kontrahenten (inklusive Börsen)	204.834	137.026	2.493	3.638	1.343	1.591
Öffentliche Stellen in der OECD	70.157	77.755	2.971	4.464	2.061	2.751
Gesamt	546.818	565.012	13.160	19.865	13.026	18.827

(64) Buchwerte und Ergebnisse nach Bewertungskategorien

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2013 nach den Bewertungskategorien des IAS 39 gegliedert dargestellt. Er-sichtlich ist auch der Ausweis in der Bilanz.

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	1.750				1.750
Forderungen an Kreditinstitute	21.368			28	21.396
Forderungen an Kunden	90.100			647	90.747
Handelsaktiva			32.273		32.273
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.691		4.691
Finanzanlagen		20.975		3.225	24.200
Gesamt	113.218	20.975	36.964	3.900	175.057
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.633			473	34.106
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	40.862			3.033	43.895
Verbriefte Verbindlichkeiten	38.324			9.921	48.245
Handelspassiva			33.742		33.742
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			3.489		3.489
Nachrangkapital	4.544			529	5.073
Gesamt	117.363		37.231	13.956	168.550

Die unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr der Kategorie LaR beziehungsweise OL zugeordnet.

Nachfolgend die entsprechenden Buchwerte per 31. Dezember 2012:

in Mio. €

	LaR/OL	AfS	HfT	FVO	Gesamt
Aktiva					
Barreserve	8.925				8.925
Forderungen an Kreditinstitute	22.941			295	23.236
Forderungen an Kunden	90.103			718	90.821
Handelsaktiva			37.954		37.954
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			6.992		6.992
Finanzanlagen		25.632		2.305	27.937
Gesamt	121.969	25.632	44.946	3.318	195.865
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38.580			695	39.275
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44.652			2.959	47.611
Verbriefte Verbindlichkeiten	45.799			11.369	57.168
Handelspassiva			36.148		36.148
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten			4.982		4.982
Nachrangkapital	3.840			523	4.363
Gesamt	132.871		41.130	15.546	189.547

In der folgenden Tabelle sind pro Bewertungskategorie die erfassten Ergebnisbeiträge aus Finanzinstrumenten für das Geschäftsjahr 2013 dargestellt:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT	FVO	Derivate Nicht- handel	Gesamt
Zinsüberschuss	3.132	-2.194	357		-232	190	1.253
Risikovorsorge	-281						-281
Handelsergebnis				339			339
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					253	-273	-20
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	19	72				-72	19
Ergebnis aus Finanzanlagen			4				4
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			-24				-24
Gesamt	2.870	-2.122	337	339	21	-155	1.290

Für das Jahr 2012 ergaben sich folgende Beträge:

in Mio. €

	LaR	OL	AfS	HfT ¹⁾	FVO	Derivate Nicht- handel ²⁾	Gesamt
Zinsüberschuss	3.519	-2.651	409		-272	203	1.208
Risikovorsorge	-238						-238
Handelsergebnis				415			415
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					-259	135	-124
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	-48	-159				210	3
Ergebnis aus Finanzanlagen			-1				-1
Erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge			369				369
Gesamt	3.233	-2.810	777	415	-531	548	1.632

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umsetzung in Höhe von 4 Mio. € aus dem Provisionsüberschuss in das Handelsergebnis, siehe auch Anhangangaben (23) und (24).

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Umsetzung in Höhe von 10 Mio. € aus dem Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten in den Zinsüberschuss, siehe auch Anhangangaben (21) und (25).

Der Zinsüberschuss gemäß Gewinn- und Verlustrechnung enthält neben Zinsen aus Finanzinstrumenten das Zinsergebnis aus Pensionsverpflichtungen und anderen langfristigen Rückstellungen und den Zinsüberschuss aus dem Finanzierungsleasinggeschäft.

(65) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten mit ihren jeweiligen Buchwerten. Darüber hinaus sind unter den sonstigen Aktiva beziehungsweise sonstigen Passiva weitere finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, deren beizulegender Zeitwert dem Buchwert entspricht.

in Mio. €

	Fair Value		Buchwert		Differenz	
	31.12.2013	31.12.2012 ²⁾	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012 ²⁾
Aktiva						
Barreserve	1.750	8.925	1.750	8.925	–	–
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	21.639	23.483	21.394	23.220	245	263
Forderungen an Kunden ¹⁾	93.674	95.426	89.521	89.632	4.153	5.794
Handelsaktiva	32.273	37.954	32.273	37.954	–	–
Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	4.691	6.992	4.691	6.992	–	–
Finanzanlagen	24.200	27.937	24.200	27.937	–	–
Gesamt	178.227	200.717	173.829	194.660	4.398	6.057
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.160	39.583	34.106	39.275	1.054	308
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.037	49.626	43.895	47.611	1.142	2.015
Verbriefte Verbindlichkeiten	48.495	57.651	48.245	57.168	250	483
Handelsspassiva	33.742	36.148	33.742	36.148	–	–
Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3.489	4.982	3.489	4.982	–	–
Nachrangkapital	5.134	4.401	5.073	4.363	61	38
Gesamt	171.057	192.391	168.550	189.547	2.507	2.844

¹⁾ Nettobuchwert nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

²⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Korrektur des Fair Values von Forderungen an Kunden um – 78 Mio. €, siehe auch Anhangangabe (67).


Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Fall einer Notabwicklung) getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Der beste Indikator für den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten ist der Marktpreis. Bei Vorliegen eines aktiven Markts werden zur Bewertung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente beobachtbare Marktpreise herangezogen. Dies sind üblicherweise Börsenkurse oder auf dem Interbankenmarkt quotierte Marktpreise (Level 1).

Für den Fall, dass für ein Finanzinstrument kein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, erfolgt die Bewertung mittels anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, wobei alle Inputdaten (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und externen Quellen entnommen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um Discounted-Cashflow-basierte Forward-Pricing- und Swap-Pricing-Modelle oder Optionspreismodelle (zum Beispiel

Black-Scholes sowie Varianten davon). Üblicherweise werden diese Bewertungsmethoden bei OTC-Derivaten (einschließlich Kreditderivaten) und nicht an einem aktiven Markt gehandelten zum beizulegenden Zeitwert angesetzten Finanzinstrumenten verwendet (Level 2).

In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist insbesondere Grundlage für komplex strukturierte (derivative) Basket-Produkte, bei denen nicht direkt am Markt beobachtbare Korrelationen einen wesentlichen Bewertungsfaktor darstellen. Soweit bei nicht derivativen Finanzinstrumenten keine Marktpreise verfügbar sind, werden Arranger-Preise herangezogen. Auch die Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten nicht börsennotierten Beteiligungen beruht auf nicht beobachtbaren Inputparametern, insbesondere den aus der Unternehmensplanung abgeleiteten Ertragsüberschüssen (Level 3).

 [Siehe Glossar S. 206](#)

Die Aufteilung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich auf der Aktivseite wie folgt:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Nicht derivative Finanzinstrumente	39.082	39.874	8.823	13.299	741	825	48.646	53.998
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	28	295	–	–	28	295
Forderungen an Kunden	–	–	647	718	–	–	647	718
Handelsaktiva	18.664	18.867	5.120	6.184	20	30	23.804	25.081
Finanzanlagen	20.418	21.007	3.028	6.102	721	795	24.167	27.904
Derivate	49	26	13.046	19.799	65	40	13.160	19.865
Handelsaktiva	29	25	8.411	12.810	29	38	8.469	12.873
positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	20	1	4.635	6.989	36	2	4.691	6.992
Gesamt	39.131	39.900	21.869	33.098	806	865	61.806	73.863

Auf der Passivseite ergibt sich folgende Aufteilung:

in Mio. €

	Level 1		Level 2		Level 3		Gesamt	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Nicht derivative Finanzinstrumente	1.523	1.372	35.914	36.401	582	76	38.019	37.849
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	435	695	38	–	473	695
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	2.996	2.940	37	19	3.033	2.959
verbriefte Verbindlichkeiten	–	28	9.414	11.297	507	44	9.921	11.369
Handelsspassiva	1.523	1.344	22.540	20.946	–	13	24.063	22.303
Nachrangkapital	–	–	529	523	–	–	529	523
Derivate	31	32	12.980	18.781	15	14	13.026	18.827
Handelsspassiva	28	26	9.502	13.809	7	10	9.537	13.845
negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	3	6	3.478	4.972	8	4	3.489	4.982
Gesamt	1.554	1.404	48.894	55.182	597	90	51.045	56.676

In Anwendung der im Dezember 2013 verabschiedeten Stellungnahme des Institutes der Wirtschaftsprüfer zum IFRS 13 wurden Wertpapierbestände von Level 1 nach Level 2 umgegliedert. Die im Wesentlichen auf diesen Effekt zurückzuführenden Verschiebungen von Level 1 nach Level 2 in den Handelsaktiva in Höhe von 1.291 Mio. € und in den Finanzanlagen in Höhe von 1.353 Mio. € wurden jedoch durch Abgänge von dem Level 2 zugeordneten Wertpapieren kompensiert.

Aufgrund der Übertragung von Verbindlichkeiten der FVO aus den Systemen der Portigon AG in die Systeme der Helaba finden für diese Bestände seitdem die Bewertungsmodelle der Helaba Anwendung. Da sie neben am Markt beobachtbaren Inputfaktoren auch dem Level 3 zuzuordnende Parameter verwenden, sind diese Bestände dem Level 3 zugeordnet worden. Im Vorjahr waren diese Bestände mit den Modellen der Portigon AG bewertet worden. Dabei wurden im Wesentlichen am Markt beobachtbare Inputfaktoren verwendet, so dass die ermittelten Fair Values dem Level 2 zugeordnet wurden. Betroffen waren hiervon verbrieftete Verbindlichkeiten in Höhe von 411 Mio. €, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 38 Mio. € und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 18 Mio. €.

Die übrigen Veränderungen innerhalb der drei Bewertungslevel resultieren im Wesentlichen aus Zu- und Abgängen und nicht aus Übertragungen zwischen ihnen.

Die Aktivbestände der nicht derivativen Finanzinstrumente in Level 3 verteilen sich wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	132	156
Schuldverschreibungen, Anleihen	45	42
Schuldscheine	20	26
Asset Backed Securities	67	88
Nicht börsennotierte Unternehmensanteile	377	424
Investmentanteile	48	51
Ankauf von Forderungen aus Kapitallebensversicherungen	184	194
Gesamt	741	825

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3 verteilt sich auf die Rating-Stufen wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
AAA	1	1
AA	14	15
A	46	50
BBB und schlechter	45	55
Ohne externes Rating	26	35
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	132	156

Bei der Modellbewertung der Bestände, die Level 3 zugeordnet sind, wurden Parameter verwendet, durch die ein Preis ermittelt wird, den rational handelnde Marktteilnehmer zugrunde legen würden. Für einzelne Inputfaktoren könnten alternativ günstigere oder nachteiligere Faktoren angesetzt werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Einschätzung und Festlegung von Credit Spreads. Dabei werden Szenariowerte auf Basis ermittelter historischer Standardabweichungen in den betroffenen Sektoren herangezogen. Für die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere wurden hierbei Preise ermittelt, die um bis zu 2 Mio. € (2012: 2 Mio. €) niedriger oder höher liegen können.

Für nicht börsennotierte Unternehmensanteile wurden Simulationen der Ertragswertberechnungen vorgenommen. Hierzu wurden im Wesentlichen die zu diskontierenden Cashflows um 10 % erhöht beziehungsweise reduziert. Auf Basis der dabei ermittelten Unternehmenswerte wurden alternativ verwendbare Werte ermittelt, die um bis zu 38 Mio. € (2012: 34 Mio. €) niedriger beziehungsweise um bis zu 38 Mio. € (2012: 32 Mio. €) höher lagen.

Die sonstigen dem Level 3 zugeordneten Bestände weisen keine wesentlichen Sensitivitäten aus.

In den folgenden Tabellen werden die Entwicklung des Bestands an zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, die dem Level 3 zugeordnet sind, sowie das Bewertungsergebnis der zum 31. Dezember noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente ausgewiesen:

in Mio. €

Aktiva	Handelsaktiva		Finanzanlagen		Positive Marktwerte des Handelsbestands		Positive Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Buchwert zum 1.1.	30	31	795	624	38	3	2	-
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste								
Handelsergebnis	-	-			-4	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO			4	8			-1	2
Ergebnis aus Finanzanlagen			-15	-16				
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste			14	31				
Zugänge	18	-	21	43	-	-	-	-
Abgänge/Abwicklungen	-28	-1	-97	-85	-13	2	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-	197	-	32	-	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	-	-	-11	-7	-	-	-	-
Übertragungen aus Level 2	-	-	-	-	8	-	35	-
Buchwert zum 31.12.	20	30	721	795	29	38	36	2
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus finanziellen Vermögenswerten im Bestand	-1	-	-10	-2	-2	1	-1	2

in Mio. €

Passiva	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		Verbriefte Verbindlichkeiten	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Buchwert zum 1.1.	-	-	19	18	43	46
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Zinsergebnis	-	-	-	-	2	-
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO	-	-	-	1	4	1
Zugänge	-	-	-	-	47	-
Abgänge/Abwicklungen	-	-	-	-	-	-4
Übertragungen aus Level 2	38	-	18	-	411	-
Buchwert zum 31.12.	38	-	37	19	507	43
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-	-	-	-	-2	-

in Mio. €

Passiva	Handelspassiva		Negative Marktwerte des Handelsbestands		Negative Marktwerte aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Buchwert zum 1.1.	13	-	10	3	5	6
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste						
Handelsergebnis	-	-	-4	1		
Ergebnis aus nicht mit Handelsabsicht gehaltenen Derivaten und Finanzinstrumenten der FVO					1	-1
Zugänge	-	-	-	-	1	-
Abgänge/Abwicklungen	-13	-134	-6	-6	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	147	-	12	-	-
Übertragungen aus Level 2	-	-	7	-	1	-
Buchwert zum 31.12.	-	13	7	10	8	5
In der GuV erfasste Gewinne oder Verluste aus Verbindlichkeiten im Bestand	-	-	4	-1	-1	1

Die Aufteilung der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente nach der Hierarchie der verwendeten Inputdaten ergibt sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt:

in Mio. €

	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
Aktiva				
Barreserve	1.750	-	-	1.750
Forderungen an Kreditinstitute	-	16.939	4.672	21.611
Forderungen an Kunden	-	79.429	13.598	93.027
Finanzanlagen	-	-	33	33
Gesamt	1.750	96.368	18.303	116.421
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	28.532	6.155	34.687
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	37.185	4.819	42.004
verbriefte Verbindlichkeiten	996	37.578	-	38.574
Nachrangkapital	471	4.134	-	4.605
Gesamt	1.467	107.429	10.974	119.870

Die unter Level 3 ausgewiesenen Bestände betreffen Geschäftsarten, bei denen im Regelfall nicht für alle wesentlichen Inputfaktoren beobachtbare Bewertungsparameter vorliegen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um das Förder- und Retailgeschäft.

(66) Verbriefungstransaktionen

Über das von der Helaba initiierte Asset-Backed-Commercial-Paper-Programm OPUSALPHA werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in OPUSALPHA ein ABS-Portfolio, das nach IAS 27/SIC 12 konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Darüber hinaus haben die Helaba und Tochtergesellschaften der Helaba auch direkt in ABS-Wertpapieren investiert.

Zum 31. Dezember 2013 gliedert sich das gesamte Engagement in ABS-Wertpapieren des Konzerns nach Produktarten und Rating-Klassen wie folgt:

	Buchwert in Mio. €	Volumina nach Rating-Klassen				
		AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	226	–	16,8 %	40,1 %	29,3 %	13,8 %
CMBS	63	–	0,6 %	21,8 %	14,7 %	62,9 %
CDO/CLO	52	11,9 %	30,7 %	29,2 %	–	28,2 %
Sonstige ABS	136	72,7 %	3,8 %	13,3 %	6,6 %	3,7 %
ABS gesamt	477	21,9 %	12,5 %	28,8 %	17,7 %	19,1 %

Nachfolgend die entsprechende Gliederung zum 31. Dezember 2012:

	Buchwert in Mio. €	Volumina nach Rating-Klassen				
		AAA	AA	A	BBB	BB und geringer
RMBS	274	4,2 %	21,1 %	53,5 %	17,9 %	3,3 %
CMBS	241	–	–	70,2 %	29,8 %	–
CDO/CLO	177	10,2 %	31,1 %	5,7 %	28,1 %	24,9 %
Sonstige ABS	961	95,5 %	1,1 %	1,9 %	0,9 %	0,6 %
ABS gesamt	1.653	57,3 %	7,5 %	20,8 %	10,9 %	3,5 %

Die im Zuge der Übernahme der NRW-Verbundbank zugegangenen Bestände trugen mit 99 Mio. € (2012: 915 Mio. €) zum Buchwert der ABS-Wertpapiere bei. Die übrigen ABS-Wertpapiere des Helaba-Konzerns waren bis zum 30. Juni 2008 zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Handelsaktiva beziehungsweise den Finanzanlagen ausgewiesen. Anschließend wurden diese Wertpapiere weitgehend umgegliedert und sind zum Bilanzstichtag unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Im Rahmen von Verbriefungstransaktionen werden Liquiditätslinien ausgereicht, die zum Teil in Anspruch genommen sind. Zum 31. Dezember 2013 bestehen für fremde Verbriefungsplattformen Liquiditätslinien in Höhe von 91 Mio. € (2012: 490 Mio. €), die mit 26 Mio. € (2012: 410 Mio. €) in Anspruch genommen wurden. Die für OPUSALPHA bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 2.288 Mio. € (2012: 1.840 Mio. €), davon sind am 31. Dezember 2013 1.827 Mio. € (2012: 1.292 Mio. €) in Anspruch genommen.

(67) Umkategorisierung finanzieller Vermögenswerte

In Einklang mit IAS 39 und IFRS 7 hat der Helaba-Konzern im zweiten Halbjahr 2008 bestimmte Handelsaktiva und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Bewertungskategorie LaR umkategorisiert. Hierbei wurden Vermögenswerte umkategorisiert, bei denen am 1. Juli 2008 eindeutig keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand, sondern die stattdessen auf absehbare Zeit im Bestand gehalten werden sollten. Gemäß dem geänderten IAS 39 erfolgte die Umkategorisierung mit Wirkung zum 1. Juli 2008 zu dem an diesem Stichtag ermittelten beizulegenden Zeitwert. Seitdem wurden keine weiteren Umkategorisierungen vorgenommen.

Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung). Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgliederten Vermögenswerte:

	in Mio. €				
	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Zeitwert	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012 ¹⁾ Zeitwert	1.7.2008 Buchwert
Handelsaktiva, umgliedert zu Forderungen an Kunden	110	101	173	149	437
Finanzanlagen, umgliedert zu Forderungen an Kunden	247	235	538	505	1.722
Gesamt	357	336	711	654	2.159

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Der Zeitwert der aus den Handelsaktiva umkategorisierten Wertpapiere wurde um 23 Mio. € und der aus den Finanzanlagen umkategorisierten Wertpapiere wurde um 55 Mio. € zu hoch ausgewiesen.

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung lagen die Effektivzinssätze der umgliederten Handelsaktiva zwischen 4,5 % und 6,5 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 452 Mio. €. Die Effektivzinssätze der umgliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte lagen zwischen 3,2 % und 9,3 %, mit erwarteten erzielbaren Cashflows von 1.794 Mio. €.

Wären die Umkategorisierungen nicht vorgenommen worden, wären in 2013 für Handelsaktiva in der Gewinn- und Verlustrechnung zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 9 Mio. € (2012: 8 Mio. €) und für Finanzanlagen im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Bewertungsgewinne von 16 Mio. € (2012: 50 Mio. €) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte wie folgt zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns (vor Steuern) bei:

	in Mio. €	
	2013	2012
Zinsüberschuss	10	11
Amortisierung und realisiertes Ergebnis aus Tilgung und Abgang	1	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	-1
Ergebnis vor Steuern aus umgliederten Vermögenswerten	10	14

(68) Angaben zu Finanzinstrumenten der Fair Value-Option

Die nachfolgende Tabelle zeigt die kumulierten bonitätsinduzierten Änderungen der Buchwerte der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, sowie die in der Berichtsperiode angefallenen Änderungen der zum Stichtag noch im Bestand befindlichen Finanzinstrumente:

in Mio. €

	Berichtsperiode		Kumuliert	
	2013	2012	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	2	3	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	23	50	33
Verbriefte Verbindlichkeiten	15	11	30	18
Nachrangkapital	8	3	-13	-20
Gesamt	41	39	70	35

Die nachfolgende Übersicht enthält eine Gegenüberstellung der Rückzahlungsbeträge der Verbindlichkeiten, die der FVO zugeordnet sind, und deren aktuellen Buchwert:

in Mio. €

	Rückzahlungsbetrag		Buchwert		Differenz	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	434	644	473	695	-39	-51
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.872	3.865	3.033	2.959	839	906
Verbriefte Verbindlichkeiten	10.047	11.237	9.921	11.369	126	-132
Nachrangkapital	493	488	529	523	-36	-35
Gesamt	14.846	16.234	13.956	15.546	890	688

Zum Bilanzstichtag sind Forderungen in Höhe von 3.900 Mio. € der FVO zugeordnet. In diesem Wert sind kumulierte bonitätsinduzierte Änderungen von -9 Mio. € enthalten.

(69) Angaben zur Emissionstätigkeit

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der verbrieften Refinanzierungsmittel des Helaba-Konzerns im Berichtszeitraum:

in Mio. €

	Verbrieftes Verbindlichkeiten des Handels		Verbrieftes Verbindlichkeiten		Verbrieftes Nachrangkapital		Gesamt	
	2013	2012 ¹⁾	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Stand zum 1.1.	4.411	2.848	57.168	37.243	3.067	3.139	64.646	43.230
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–15	24.753	–	–	–15	24.753
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	–69	–15	–136	–24	–14	–9	–219	–48
Zugänge aus Emissionen	10.105	18.621	17.924	15.456	275	–	28.304	34.077
Abgänge durch Rückzahlung	–11.889	–16.751	–25.297	–19.216	–5	–50	–37.191	–36.017
Abgänge durch Rückkäufe	160	–350	–990	–708	–	–	–830	–1.058
Veränderung der abgegrenzten Zinsen	–1	–1	–272	34	2	–1	–271	32
Erfolgswirksame Wertänderungen	29	59	–137	–370	–42	–12	–150	–323
Stand zum 31.12.	2.746	4.411	48.245	57.168	3.283	3.067	54.274	64.646

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst: Im Vorjahr wurden die begebenen Aktien- und Indexzertifikate mit einem Anfangsbestand von 348 Mio. € und einem Endbestand von 181 Mio. € unter den Handelsspassiva, Verbindlichkeiten des Handelsbestands, ausgewiesen (siehe Anhangangabe (50)). In diesem Jahr werden die begebenen Aktien- und Indexzertifikate in einer gesonderten Position unter den Handelsspassiva ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Aus diesem Sachverhalt resultieren auch Anpassungen der Vorjahreszahlen in den Anhangangaben (24) und (49).

Im Rahmen der Emissionstätigkeit des Helaba-Konzerns werden kurzfristige Geldmarktpapiere, Aktien- und Indexzertifikate, mittel- und langfristige Schuldverschreibungen und Nachrangmittel am Geld- und Kapitalmarkt platziert.

Die Zugänge aus Emissionen und Abgänge durch Rückzahlungen umfassen auch das Platzierungsvolumen von kurzfristigen Geldmarktpapieren, die zum Ende des Geschäftsjahres bereits wieder getilgt sein können. Die erfolgswirksamen Wertänderungen resultieren aus Bewertungseffekten von zum Abschlussstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Verbindlichkeiten, die als gesicherte Grundgeschäfte in das Hedge Accounting einbezogen oder der FVO zugeordnet sind.

(70) Angaben zum Risikomanagement

Das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals steht im Mittelpunkt der Konzernrisikostategie. Zur Risikosteuerung werden die identifizierten Risiken laufend gemessen und überwacht. Hierzu werden die Methoden stetig weiterentwickelt. Zur Organisation des Risikomanagements, zu den einzelnen Risikoarten sowie Risikokonzentrationen verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

(71) Kreditrisiken aus Finanzinstrumenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte von Forderungen der Kategorie LaR, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise pauschalierten Einzelwertberichtigungen wertgemindert wurden. Darüber hinaus sind hier auch die Bruttobuchwerte vor Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie AfS aufgeführt.

in Mio. €

	Buchwert vor Wertberichtigung		Höhe der Wertberichtigung		Buchwert nach Wertberichtigung	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	8	8	1	1	7	7
Forderungen an Kunden (LaR)	3.009	2.551	961	912	2.048	1.639
Finanzanlagen (AfS)	236	246	147	121	89	125
Gesamt	3.253	2.805	1.109	1.034	2.144	1.771

Das maximale Kreditrisiko gemäß IFRS 7.36 (a) zum Abschlussstichtag entspricht mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, wie unter Anhangangabe (65) dargestellt, zuzüglich der Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen gemäß Anhangangabe (72). Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Kreditrisiko dem Buchwert abzüglich der Wertberichtigungen auf Forderungen (siehe Anhangangabe (36)). Es handelt sich hierbei um Beträge ohne Abzug von Sicherheiten oder sonstiger risikomindernder Vereinbarungen.

Für zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Forderungen mit einem Buchwert von 343 Mio. € (2012: 298 Mio. €), die zum Bilanzstichtag überfällig waren, wurden keine Wertminderungen gebildet, da nach Einschätzung der Helaba keine wesentliche Veränderung in der Bonität der Schuldner vorliegt und mit einer Tilgung der ausstehenden Beträge gerechnet wird.

Ein finanzieller Vermögenswert wird als überfällig eingestuft, wenn der Vertragspartner den vertraglich vereinbarten Zahlungen aus dem Finanzinstrument nicht fristgerecht nachgekommen ist. Es ist dabei schon ausreichend, wenn bestimmte vertraglich vereinbarte Teilzahlungen (Zinsen oder Teilrückzahlungen) in Verzug sind.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufgliederung der zum Bilanzstichtag überfälligen nicht wertgeminderten Forderungen nach der Dauer des Zahlungsverzugs:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	21.368	–	–	–	–	–
Forderungen an Kunden (LaR)	90.100	127	72	107	33	339
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	45	1	2	1	–	4
Gesamt	111.513	128	74	108	33	343

Nachfolgend die entsprechenden Werte per 31. Dezember 2012:

in Mio. €

	Bilanzausweis	Verzug bis zu einem Monat	Verzug über einen Monat bis zu drei Monaten	Verzug über drei Monaten bis zu einem Jahr	Verzug über einem Jahr	Summe Verzug
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	22.941	15	–	–	–	15
Forderungen an Kunden (LaR)	90.103	66	78	49	87	280
Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen (LaR)	38	1	1	1	–	3
Forderungen aus nicht abgerechneten Fertigungsaufträgen in Bearbeitung (LaR)	6	–	–	–	–	–
Gesamt	113.088	82	79	50	87	298

Die Forderungen aus Lieferungen und sonstigen Leistungen, die im Bilanzposten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden, resultieren überwiegend aus dem Immobilienprojektierungs- und Wohnungsbaugeschäft.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	21.396	23.236	-	-
Forderungen an Kunden	90.747	90.821	1.613	1.741
Gesamt	112.143	114.057	1.613	1.741

Kredite, die in der Weise restrukturiert worden sind, dass die Helaba aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Problemen des Kunden dem Kunden Zugeständnisse gemacht hat, die die Helaba unter anderen Umständen nicht zu gewähren bereit gewesen wäre, werden als neuverhandelte Forderungen ausgewiesen.

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen kann die Helaba mit einem Kreditnehmer, der sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Stundung vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Allerdings muss der für den Stundungszeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden.

Die nachstehende Tabelle enthält eine Aufstellung über Wertberichtigungen auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Bilanzausweis		Darunter: auf gestundete oder neuverhandelte Forderungen	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kreditinstitute	2	16	-	-
Einzelwertberichtigungen	1	1	-	-
Portfoliowertberichtigungen	1	15	-	-
Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	1.226	1.189	244	96
Einzelwertberichtigungen	868	803	222	78
pauschalierte Einzelwertberichtigungen	93	109	12	10
Portfoliowertberichtigungen	265	277	10	8
Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft	77	89	28	23
Gesamt	1.305	1.294	272	119

Der Helaba-Konzern hält zur Besicherung seiner Kreditforderungen insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften sowie Wertpapiere. Zudem kommen andere branchenübliche Sicherungsvereinbarungen zur Anwendung. Die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der Sicherheiten basieren auf der Bewertung der Sicherheiten, die abhängig von Kreditart und -volumen gemäß den Kreditrichtlinien einer laufenden Überwachung und Fortschreibung unterliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Schätzwerte für die beizulegenden Zeitwerte der im Rahmen des klassischen Kreditgeschäfts gehaltenen Sicherheiten zum Bilanzstichtag:

in Mio. €

	Buchwert		Fair Value der Sicherheiten	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	21.396	23.236	187	122
Forderungen an Kunden	90.747	90.821	34.860	35.080
Eventualverbindlichkeiten	4.610	4.951	235	290
Unwiderrufliche Kreditzusagen	14.601	15.365	1.026	995
Gesamt	131.354	134.373	36.308	36.487

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nehmen wir eine Bewertungsanpassung (CVA-Adjustment) beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads. Zum 31. Dezember 2013 betragen die Bewertungsanpassungen 118 Mio. € (31. Dezember 2012: 94 Mio. €).

Für weitere Angaben zu Kreditrisiken verweisen wir auf den Risikobericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen

(72) Eventualverpflichtungen und andere nicht bilanzierte Verpflichtungen

Bei den Eventual- und anderen Verpflichtungen des Helaba-Konzerns handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns, die sowohl aus den gestellten Bürgschaften als auch aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen Kreditlinien erwachsen. Die Betragsangaben spiegeln mögliche Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien beziehungsweise bei Inanspruchnahme der Avale wider. Die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen wurden von den Beträgen gekürzt.

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Eventualverbindlichkeiten	4.610	4.951
Verpflichtungen aus weitergegebenen Wechseln	1	–
Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4.605	4.951
Verpflichtungen aus Gemeinschaftsunternehmen	4	–
Andere Verpflichtungen	16.666	17.601
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	1.910	2.072
unwiderrufliche Kreditzusagen	14.601	15.365
Nachschussverpflichtungen	39	39
Einzahlungsverpflichtungen	55	67
vertragliche Verpflichtungen für den Erwerb von Sachanlagen, immateriellen und sonstigen Vermögenswerten	15	12
vertragliche Verpflichtungen in Verbindung mit als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	41	12
sonstige Verpflichtungen	5	34
Gesamt	21.276	22.552

Am Bilanzstichtag entfielen von den Wieder-/Einzahlungsverpflichtungen auf 26 Personenhandels-gesellschaften 48 Mio. € und auf vier Kapitalgesellschaften 7 Mio. €. Einzahlungsverpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden nicht.

Aus der Anwachsung eines Tochterunternehmens hat die Bank als Rechtsnachfolgerin die Ver-pflichtungen des Tochterunternehmens übernommen. Aus dessen Teilnahme an einer Spaltungs-maßnahme resultieren zeitlich befristete Haftungen nach dem Umwandlungsgesetz (UmwG). Eine tatsächliche Belastung ist derzeit nicht zu erwarten.

An der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, ist die Bank als unbeschränkt haftender Gesell-schafter beteiligt.

Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Die Frankfurter Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Diese Sicherungseinrichtungen haben institutssichernde Wirkung, das heißt, sie sind darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen bestehen Nachschussverpflichtungen.

Des Weiteren sind die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5 % der Bemessungsgrundlage (Risikoaktiva der Institute) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. angehörender Mitglieder.

Darüber hinaus haften einzelne konzernangehörige Institute als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der hierfür geltenden Bestimmungen.

Bei einer Konzerngesellschaft bestehen gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen in Höhe von 4 Mio. € in Form von Bürgschaften für Gemeinschaftsunternehmen.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Fall der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH beziehungsweise der OFB Projektentwicklung GmbH deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Für den Fall, dass Kapitaleinlagen zurückgezahlt werden, können Eventualverbindlichkeiten ebenso wie im Vorjahr in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

(73) Patronatserklärungen

Firma	Sitz
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Frankfurt am Main
Grundstücksgesellschaft Westhafen GmbH	Frankfurt am Main

(74) Volumen der verwalteten Fonds

Die von der Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der LB(Swiss) Investment AG verwalteten Investmentvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Publikumfonds 72 (2012: 72)	2.517	4.015
Spezialfonds 265 (2012: 226)	85.985	79.582
Gesamt	88.502	83.597

(75) Treuhandgeschäfte

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Treuhandvermögen	973	1.060
Forderungen an Kreditinstitute	177	216
Forderungen an Kunden	519	560
Beteiligungen	266	272
sonstige Vermögensgegenstände	11	12
Treuhandverbindlichkeiten	973	1.060
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	659	738
sonstige Verbindlichkeiten	311	318

Die Treuhandgeschäfte betreffen im Wesentlichen als Treuhandkredite gewährte Fördermittel des Bundes, des Landes Hessen und der KfW, bei anderen Kreditinstituten angelegte Treuhandgelder sowie für Privatanleger verwalteten Anteilsbesitz.

Sonstige Angaben

(76) Angaben zum Leasinggeschäft

Der Helaba-Konzern als Leasinggeber

In der folgenden Tabelle werden die Angaben zum Finanzierungsleasing dargestellt:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Bruttoinvestitionswert	8	9
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5	5
mehr als fünf Jahre	2	3
Unrealisierter Finanzertrag	-1	-2
Nettoinvestitionswert	7	7
bis ein Jahr	1	1
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4	3
mehr als fünf Jahre	2	3

Der Bruttoinvestitionswert entspricht der Summe der Mindestleasingzahlungen aus dem Finanzierungsleasing und dem Leasinggeber zustehender nicht garantierter Restwerte. In den Mindestleasingzahlungen sind vom Leasingnehmer zu leistende garantierte Restwerte enthalten. Der unrealisierte Finanzertrag entspricht der Differenz zwischen dem Bruttoinvestitionswert und dem Nettoinvestitionswert.

Wie im Vorjahr bestehen keine kumulierten Wertberichtigungen bei Finanzierungsleasinggeschäften. Im Berichtsjahr wurden aus Finanzierungsleasingverhältnissen wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen als Ertrag erfasst.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu erwarten:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Bis ein Jahr	99	109
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	122	115
Mehr als fünf Jahre	69	29
Gesamt	290	253

Die Operating-Leasingverhältnisse betreffen insbesondere Untermietverträge für angemietete Gebäudeflächen sowie Mietverträge aus der Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden aus Operating-Leasingverhältnissen bedingte Mietzahlungen in Höhe von 6 Mio. € (2012: 6 Mio. €) als Ertrag erfasst.

Der Helaba-Konzern als Leasingnehmer

Im Verwaltungsaufwand sind in Höhe von 58 Mio. € (2012: 49 Mio. €) Zahlungen für Operating-Leasingverhältnisse enthalten, bei denen die Helaba Leasingnehmer ist. Dies betrifft überwiegend Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bei den angemieteten Objekten handelt es sich im Wesentlichen um im Bankbetrieb genutzte Bürogebäude, soweit sie nicht im Rahmen von Untermietverhältnissen einer anderen kommerziellen Nutzung unterliegen. Die Mietverträge haben feste Laufzeiten mit gegenwärtigen Restlaufzeiten bis zu 14 Jahren. Preisanpassungsklauseln bestehen in verschiedenen Varianten; bedingte Mietzahlungen sind nicht vereinbart.

In den kommenden Jahren sind aus unkündbaren Operating-Leasingverhältnissen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Bis ein Jahr	55	56
Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	186	182
Mehr als fünf Jahre	145	160
Gesamt	386	398

Aus unkündbaren Untermietverhältnissen werden zum Bilanzstichtag künftige Mindestmietzahlungen in Höhe von 52 Mio. € (2012: 51 Mio. €) erwartet. Im Berichtsjahr wurden aus Untermietverhältnissen 16 Mio. € (2012: 15 Mio. €) vereinnahmt, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst sind.

Finanzierungsleasinggeschäfte mit dem Helaba-Konzern als Leasingnehmer bestanden im Geschäftsjahr nicht.

(77) Angaben zum Eigenkapitalmanagement und zu aufsichtsrechtlichen Kennzahlen

Das Eigenkapitalmanagement des Helaba-Konzerns umfasst die Planung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Rahmen des Planungsprozesses, die Allokation von Eigenmitteln, die Überwachung der Entwicklung der Risikopositionen und die Einhaltung der Kapitallimite, die Überwachung und Plausibilisierung des verbleibenden Kapitalpuffers sowie die Berücksichtigung eines kalkulatorischen Eigenkapitalkostensatzes im Rahmen der Deckungsbeitragsrechnung. Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Allokation der Ressource Eigenkapital unter Risiko- und Ertragsgesichtspunkten auf die Bereiche des Konzerns unter der Nebenbedingung der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zur Kapitalausstattung.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe werden gemäß den §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Danach muss die Helaba-Institutsgruppe im Interesse der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern Eigenmittel in angemessener Höhe halten.

Die Solvabilitätsverordnung verpflichtet Institute, ihre Adressenausfallrisiken, ihre Marktrisiken und das operationelle Risiko zu quantifizieren und mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Helaba-Institutsgruppe gemäß Solvabilitätsverordnung setzen sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln zusammen und gliedern sich zum Meldestichtag wie folgt:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Stammkapital	589	589
anderes Kapital	1.920	1.920
sonstiges Kapital	953	1.053
offene Rücklagen und Konsolidierungseffekte	3.111	2.954
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	555	479
Abzugsposten nach § 10 Abs. 2a KWG	-78	-40
Kernkapital	7.050	6.955
Kapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG	676	707
längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten	2.006	2.290
übrige Bestandteile und Konsolidierungseffekte	-	4
Ergänzungskapital	2.682	3.001
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	-299	-273
Haftendes Eigenkapital	9.433	9.683
genutzte, verfügbare Drittrangmittel	-	-
Eigenmittel gesamt	9.433	9.683

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kapitalanforderungen und Kennziffern:

	in Mio. €	
	31.12.2013	31.12.2012
Adressenausfallrisiken	3.497	4.158
Marktrisiken	519	422
Operationelle Risiken	309	284
Kapitalanforderungen	4.325	4.864
Kernkapitalquote	12,8 %	11,2 %
Gesamtkennziffer	17,4 %	15,9 %

Kern- und Eigenkapitalquoten erfüllen die von der Helaba im Rahmen der Eigenkapitalplanung formulierten Zielquoten. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Kapitalausstattung sind eingehalten.

(78) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Helaba-Konzerns werden Geschäfte mit nach IAS 24 als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns einschließlich deren nachgeordneter Tochterunternehmen.

Bezüglich des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, des Landes Hessen sowie des Freistaates Thüringen als Gesellschafter und Träger sind die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Berichterstattung zu nahestehenden Unternehmen als öffentliche Stellen gegeben; von der entsprechenden Regelung wird grundsätzlich Gebrauch gemacht, sofern es sich nicht um wesentliche Geschäftsvolumina handelt. Geschäftsbeziehungen zu unseren Gesellschaftern und deren nachgeordneten Tochterunternehmen nach IAS 24 bestehen aus normalen bankgeschäftlichen Dienstleistungen. Der Umfang der Geschäftsbeziehungen zu den Gesellschaftern und wesentlichen nachgeordneten Unternehmen im Berichtsjahr wird aus den nachfolgend angegebenen Salden zum Geschäftsjahresende erkennbar. Ebenso sind die Angaben zu den nach IAS 24 definierten Personen in Schlüsselpositionen des Helaba-Konzerns einschließlich ihrer nahen Familienangehörigen sowie von diesen Personen beherrschten Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	84	44
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	4	4
Gesellschafter der Helaba	80	40
Forderungen an Kunden	2.092	2.418
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	6	6
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	749	598
Gesellschafter der Helaba	1.254	1.589
sonstige nahestehende Personen	83	225
Handelsaktiva	880	884
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	1	20
Gesellschafter der Helaba	879	864
Finanzanlagen	301	580
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	19	22
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	32	38
Gesellschafter der Helaba	250	520
Sonstige Aktiva	199	170
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	3	-
Gesellschafter der Helaba	196	170
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	245	311
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	1	1
Gesellschafter der Helaba	244	310
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.107	889
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	17	22
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	309	82
Gesellschafter der Helaba	760	772
sonstige nahestehende Personen	21	13
Handelsspassiva	21	65
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	-	5
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	2	6
Gesellschafter der Helaba	19	54
Nachrangkapital	104	84
Gesellschafter der Helaba	104	84
Sonstige Passiva	56	49
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	56	47
Gesellschafter der Helaba	-	2
Eventualverbindlichkeiten	337	307
Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	201	67
Gesellschafter der Helaba	67	68
sonstige nahestehende Personen	69	172

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen in Höhe von 11 Mio. € (2012: 4 Mio. €). In 2013 erfolgten keine Forderungsverzichte (2012: 9 Mio. € bei einem Gemeinschaftsunternehmen). Forderungsausbuchungen sind in 2013, ebenso wie in 2012, nicht angefallen.

Die nicht bilanziell als Forderungen beziehungsweise Einlagen oder Verbindlichkeiten ausgewiesenen Geschäfte mit nahestehenden Personen betreffen im Wesentlichen den An- und Verkauf von Wertpapieren und Investmentfondsanteilen sowie das von einer Tochterunternehmung betriebene Geschäft der Platzierung von geschlossenen Fonds. Die hieraus entstandenen Erträge beziehungsweise Aufwendungen sind, ebenso wie in 2012, von nur untergeordneter Bedeutung (insgesamt kleiner 1 Mio. €).

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 1 Mio. € (2012: 1 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2 Mio. € (2012: 3 Mio. €).

Die Bezüge des Vorstands der Helaba setzen sich wie folgt zusammen:

	in Mio. €	
	2013	2012 ¹⁾
Kurzfristige Leistungen	4,6	4,4
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Andere langfristige Leistungen	1,3	0,8
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–

¹⁾ Vorjahreszahlen angepasst.

Darüber hinaus wurden für Mitglieder des Vorstands den Pensionsrückstellungen 0,6 Mio. € (2012: 0,6 Mio. €) zugeführt (Dienstzeitaufwand).

Dem Verwaltungsrat wurden 0,9 Mio. € (2012: 0,6 Mio. €) und den Beiräten unverändert 0,1 Mio. € vergütet. Darüber hinaus wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats (inklusive stellvertretender Mitglieder) als Arbeitnehmer Bezüge in Höhe von insgesamt 3 Mio. € (2012: 2 Mio. €) gezahlt. An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden unverändert 3 Mio. € geleistet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind nach IAS 19 54 Mio. € (2012: 51 Mio. €) zurückgestellt.

(79) Honorare des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr wurden folgende Entgelte für Leistungen berechnet, die von Konzernunternehmen der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbracht wurden:

in Mio. €

	31.12.2013	31.12.2012
Abschlussprüfung	4	4
Sonstige Leistungen	2	3
Gesamt	6	7

(80) Angaben zu Arbeitnehmern

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	Weiblich		Männlich		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Gesamtbank	1.572	1.474	1.938	1.817	3.510	3.291
Bank	1.164	1.051	1.635	1.513	2.799	2.564
WIBank	241	244	175	174	416	418
Landesbausparkasse	167	179	128	130	295	309
Konzernochtergesellschaften	1.411	1.415	1.372	1.369	2.783	2.784
Konzern	2.983	2.889	3.310	3.186	6.293	6.075

(81) Mitglieder des Verwaltungsrats**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium
der Finanzen
Wiesbaden
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen
– Dritter stellvertretender
Vorsitzender –

Franz Josef Schumann

Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– Fünfter stellvertretender
Vorsitzender –
– bis 31. Dezember 2013 –

Prof. Dr. h.c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Aufsichtsrats
B. Braun Melsungen AG
Melsungen

Ingo Buchholz

Vorsitzender des Vorstands
Kasseler Sparkasse
Kassel

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Georg Fahrenschon

Präsident
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Peter Feldmann

Oberbürgermeister
Stadt Frankfurt am Main
Frankfurt am Main
– seit 13. März 2013 –

Robert Fischbach

Landrat
Kreis Marburg-Biedenkopf
Marburg
– bis 31. Januar 2014 –

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Ulrich Heilmann

Vorsitzender des Vorstands
Kyffhäusersparkasse
Artern-Sondershausen
Sondershausen
– seit 13. März 2013 –

Bertram Hilgen

Oberbürgermeister
Stadt Kassel
Kassel
– seit 1. Juli 2013 –

Dr. Alfons Lauer

Präsident
Sparkassenverband Saar
Saarbrücken
– seit 9. Januar 2014 –

Stefan Lauer

Idstein

Christoph Matschie

Minister
Thüringer Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Erfurt

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
Werra-Meißner-Kreis
Eschwege

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar

Dr. Eric Tjarks

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bensheim
Bensheim

Egon Vaupel

Oberbürgermeister
Stadt Marburg
Marburg
– bis 30. Juni 2013 –

Thomas Wagner

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Altenburger Land
Altenburg
– bis 28. Februar 2013 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Arnd Zinnhardt

Mitglied des Vorstands
Software AG
Darmstadt

Von den Bediensteten der Bank entsandt:

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main
– Vierter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck
Bankprokurist
Frankfurt am Main

Brigitte Berle
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Isolde Burhenne
Stellvertretende
Abteilungsleiterin
Frankfurt am Main

Wilfried Carl
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Kassel
– bis 20. Februar 2013 –

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt
– bis 20. Februar 2013 –

Thorsten Kiwitz
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Christiane Kutil-Bleibaum
Abteilungsleiterin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Annette Langner
Bankprokuristin
Frankfurt am Main

Susanne Lorra
Bankprokuristin
Düsseldorf
– seit 21. Februar 2013 –

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stellvertretender
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Stellvertretender Bankdirektor
Frankfurt am Main

(82) Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats**Gerhard Grandke**

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– Stellvertretender Vorsitzender –

Thorsten Derlitzki

Bankangestellter
Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main

Volker Goldmann

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Bochum
Bochum

Claus Kaminsky

Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau
– bis 19. September 2013 –

Frank Lortz

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Hans Martz

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Essen
Essen

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Siegmar Müller

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Germersheim-Kandel
Kandel

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Honorargeneralkonsul Dirk Pfeil

Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen
Landtags
Wiesbaden

Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Deutscher Sparkassen- und
Giroverband e. V.
Berlin

Fritz Schröter

Mitglied des Thüringer Landtags
Erfurt

Wolfgang Schuster

Landrat
Lahn-Dill-Kreis
Wetzlar
– seit 1. Oktober 2013 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
Saalfeld

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Grünberg
Grünberg

(83) Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstands
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– Erster stellvertretender
Vorsitzender –

Hans Peschka

Stellvertretender
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– Zweiter stellvertretender
Vorsitzender –

Frank Beck

Bankprokurist
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Brigitte Berle

Bankangestellte
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– bis 30. November 2013 –

Dirk Diedrichs

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Christiane Kutil-Bleibaum

Abteilungsleiterin
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Düsseldorf
– seit 1. Dezember 2013 –

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstands
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege

Dr. Thomas Schäfer

Staatsminister
Hessisches Ministerium der
Finanzen
Wiesbaden

Alexander Wüerst

Vorsitzender des Vorstands
Kreissparkasse Köln
Köln

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personal- und Vergütungskontrollausschuss, Bauausschuss, Beteiligungsausschuss sowie Nominierungsausschuss übertragen.

(84) Mitglieder des Vorstands

Hans-Dieter Brenner

Vorsitzender

Jürgen Fenk

Klaus-Dieter Gröb

– bis 31. Juli 2013 –

Thomas Groß

Dr. Detlef Hosemann

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

(85) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Jürgen Fenk	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Thomas Groß	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Rainer Krick	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Herbert Hans Grüntker	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Holger Mai	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Dirk Mewesen	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Vorsitzender
Gottfried Milde	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Klaus-Jörg Mulfinger	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Dr. Michael Reckhard	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Klaus Georg Schmidbauer	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Erich Vettiger	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Mitglied

(86) Anteilsbesitz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale gemäß
§ 315a i. V. m. § 313 Abs. 2 HGB

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0 ¹⁾
2	Aeskulap Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0 ²⁾
3	Airport Office One GmbH & Co. KG, Schönefeld	100,00			0,0	-5 ²⁾
4	ASTARTE Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			-0,2	-2.298 ³⁾
5	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0 ^{1), 4)}
6	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		8,0	798 ²⁾
7	CAMPANULA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			-4,4	-675 ³⁾
8	CORDELIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			0,0	0 ^{1), 3)}
9	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,7	1.969
10	EGERIA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			0,0	0 ^{1), 3)}
11	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	-10 ²⁾
12	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Fulda	100,00			0,7	0 ²⁾
13	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			9,8	-272
14	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		99,9	3.073
15	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		770,7	60.000
16	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0 ¹⁾
17	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0 ^{1), 4)}
18	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ^{1), 4)}
19	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,1	39
20	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-14
21	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,3	312 ²⁾
22	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			23,4	0 ¹⁾
23	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00			65,7	0 ¹⁾
24	GWH Bauprojekte GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	0 ¹⁾
25	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 ¹⁾
26	GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			363,9	55.402
27	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	-538 ²⁾
28	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland I GmbH & Co. KG, Pullach	43,10			16,8	312 ³⁾

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
29	HANNOVER LEASING Life Invest Deutschland II GmbH & Co. KG, Pullach	63,10			17,8	230 ³⁾
30	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			48,7	-703 ³⁾
31	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51,4	-72 ³⁾
32	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	53,85			28,5	3.397 ³⁾
33	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-89 ²⁾
34	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,8	353 ²⁾
35	Helaba Asset Services, Dublin, Irland	100,00	100,00		158,5	10.255
36	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5,38	185
37	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 ¹⁾
38	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	9 ²⁾
39	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	11,0	1.655 ³⁾
40	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	6
41	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			8,7	1.185
42	KADENZA Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	0,00			-8,2	681 ³⁾
43	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			4,7	292
44	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		43,9	-453
45	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			18,4	1.116
46	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			16,9	416
47	Main Capital Funding LP, St. Helier, Jersey	0,00			-55,3	46 ³⁾
48	Main Capital Funding II L.P., St. Helier, Jersey	0,00			-48,3	132 ³⁾
49	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0 ¹⁾
50	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	99,99			4,8	325
51	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			19,6	1.058
52	Montindu S.A./N.V., Brüssel, Belgien	100,00	99,97		4,5	-8
53	MS „EAGLE STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-0,8	-901 ³⁾
54	MS „EMERALD STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-1,4	-1.008 ³⁾
55	MS „ENDEAVOUR STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-1,0	-1.428 ³⁾
56	MS „ESSEX STRAIT“ GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00			-4,0	-1.101 ³⁾
57	Neunte P 1 Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-69 ²⁾
58	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			5,3	463
59	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 ^{1), 4)}
60	OPUSALPHA FUNDING LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ^{3), 5)}
61	OPUSALPHA PURCHASER LTD, Dublin, Irland	0,00			0,0	0 ^{3), 5)}
62	Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien	83,00			-101,0	-739 ³⁾
63	Palladium SC GmbH & Co. Beteiligungs KG, Pullach	0,00			-36,5	-7.716 ³⁾
64	Projektentwicklung Königstor GmbH & Co. KG, Kassel	100,00			-0,2	-357 ²⁾

Vollkonsolidierte Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
65	Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG, Kassel	100,00			-0,1	124 ²⁾
66	Projektgesellschaft Eichplatz Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2 ²⁾
67	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ^{1), 4)}
68	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	21 ²⁾
69	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			-6,9	288 ³⁾
70	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	3
71	VANESSA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Pullach	0,00			-15,3	-4.288 ³⁾
72	Vermögensverwaltung „Emaillierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,3	-47
73	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾
74	Verso Grundstücksentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-51 ²⁾
75	Verso Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1 ²⁾

Lfd. Nr.	Wertpapiersondervermögen nach KAGB	Kapitalanteil in %		Fonds- volumen
		gesamt	davon unmittelbar	in Mio. €
76	HI-LBS-FONDS I	100,00	100,00	28,2 ^{3), 6)}
77	HI-LBS 2-FONDS	100,00	100,00	28,4 ^{3), 6)}
78	HI-LBS 4-FONDS	100,00	100,00	28,8 ^{3), 6)}
79	HI-LBS 5-FONDS	100,00	100,00	29,7 ^{3), 6)}
80	HI-LBS 6-FONDS	100,00	100,00	30,1 ^{3), 6)}
81	HI-HTNW-FONDS	100,00	100,00	1.004,0 ^{3), 6)}
82	HI-RENTPLUS-FONDS	100,00	100,00	378,5 ^{3), 6)}
83	HI-TURBO-FONDS	100,00	100,00	770,6 ^{3), 6)}
84	HI-HT-KOMP-FONDS	100,00		10,7 ^{3), 6)}
85	HI-Balanced 40-FONDS	100,00		6,0 ^{3), 7), 8)}
86	HI A-FSP FONDS	100,00		137,0 ³⁾
87	HI C-FSP FONDS	100,00		123,8 ³⁾
88	HI FBI FONDS	100,00		131,4 ³⁾
89	HI FBP FONDS	100,00		92,6 ³⁾
90	HI FSP FONDS	100,00		162,4 ³⁾
91	HI H-FSP FONDS	100,00		134,9 ³⁾

Des Weiteren wurden folgende Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierte Unternehmen at Equity bewertet:

At Equity bewertete Gemeinschaftsunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß §16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
92	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			130,1	32.871
93	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,3	-108
94	Einkaufszentrum Wittenberg GmbH, Leipzig	50,00			-1,1	37
95	Erste ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-65
96	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	-192
97	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	1
98	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	-4
99	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	0
100	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			1,0	311
101	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-0,6	-194
102	Galerie Lippe GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	78,00			-0,7	-766
103	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			-2,5	-296
104	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Siebte Rhein-Main KG, Eschborn	8,80			0,6	137
105	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	0
106	Horus Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Pöcking	50,00			-2,4	-1.133
107	Kornmarkt Arkaden Dritte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-2
108	Kornmarkt Arkaden Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-4,3	-1.111
109	Kornmarkt Arkaden Vierte GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-2
110	Kornmarkt Arkaden Zweite GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-2
111	Multi Park Mönchhof Dritte GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,0	76
112	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf/Baden	50,00			0,0	-11
113	OFB & Procom Objekt Neu-Ulm GmbH & Co. KG, Neu-Ulm	50,00			-0,7	-729
114	OFB & Procom Rüdeshheim GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-3
115	sono west Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	70,00			9,4	-124
116	Stresemannquartier GmbH & Co. KG, Berlin	50,00			5,2	-221
117	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,2	-41
118	Westhafen-Gelände Frankfurt am Main GbR, Frankfurt am Main	0,00		33,33	0,1	-1
119	Zweite ILZ Leipzig GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-38

At Equity bewertete assoziierte Unternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
120	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			6,7	-121
121	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	49,34	49,34		22,8	0
122	Sparkassen Markt Service GmbH, Darmstadt	50,00			5,0	154
123	WoWi Media GmbH & Co. KG, Hamburg	23,72		19,24	6,8	6.511

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
124	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	1
125	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	7
126	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
127	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,6	77
128	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,7	113
129	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,3	45
130	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,3	158
131	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,2	198
132	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,0	670
133	Brillant Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	100,00	100,00		0,0	0
134	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	-3
135	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,3	27
136	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33			2,8	-477
137	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0
138	Erste OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
139	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	8
140	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	-1
141	FMZ Fulda Verwaltung GmbH, Fulda	100,00			0,0	92
142	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	81
143	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0
144	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	3
145	Helaba Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,2	0 ¹⁾
146	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,1	2.195
147	HT Finanzanlage Ltd, St. Helier, Jersey	0,00			-0,2	-79 ⁹⁾
148	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,0	-3
149	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	68
150	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	2
151	Intelligent Crop Forecasting GmbH in Insolvenz, Darmstadt	27,67			k. A.	k. A.
152	Kalyso Projekt GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0
153	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	1,9	342
154	Königstor Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			k. A.	k. A.
155	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,2	253
156	Nötzli, Mai & Partner Family Office AG, Zürich, Schweiz	100,00			0,3	0
157	OFB Berlin Projekt GmbH, Berlin	100,00			k. A.	k. A.
158	OFB Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1
159	Office One Verwaltung GmbH, Schönefeld	100,00			0,0	3
160	Projekt Feuerbachstraße Verwaltung GmbH, Frankfurt am Main	70,00			0,0	3
161	Projekt Wilhelmstraße Wiesbaden GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.
162	Projektentwicklung Lutherplatz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			k. A.	k. A.
163	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG i.L., Frankfurt am Main	51,00			0,1	-11
164	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH i.L., Frankfurt am Main	51,00			0,0	1
165	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,1	45
166	SQO Stadt Quartier Offenburg GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0
167	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	106
168	TE Gamma GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	7

Nicht einbezogene Tochterunternehmen

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
169	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,67	66,67	66,66	2,4	566
170	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	1,4	139
171	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
172	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	317
173	Zweite OFB Berlin Projekt GmbH & Co. KG, Berlin	100,00			k. A.	k. A.

Gemeinschaftsunternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
174	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Oberursel	50,00	50,00		-2,1	-13
175	Arealogics GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
176	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,1	8
177	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,0	1
178	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	3
179	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	2
180	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,5	334
181	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
182	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		-0,6	15.232
183	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		34,7	75
184	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,2	306
185	Kornmarkt Arkaden Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	1
186	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	6
187	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v.d.H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	48
188	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-2,3	-908
189	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf/Baden	50,00			0,0	-1
190	OFB & Procom Einzelhandelsentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
191	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,3	89
192	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	-1

Assoziierte Unternehmen, nicht at Equity bewertet

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
			gesamt			
193	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		14,9	1.263
194	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		21,2	1.762
195	Comtesse BTH Limited, London, Großbritannien	4,75	4,75	25,10	21,2	-2.359
196	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,3	17
197	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse, Bonn	0,00		20,00	k. A.	k. A.
198	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
199	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	49,34	49,34		0,1	3
200	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	37,11	37,11		52,6	1.202
201	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			1,7	1.333
202	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,1	339
203	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		8,2	999
204	MIG Immobiliengesellschaft mbH i.L., Mainz	22,73	22,73		0,0	-13
205	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,56	38,56		19,8	960
206	Riedemannweg 59 – 60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,4	149
207	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2,4	-427

Kapitalanteil größer 20 %

Lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gemäß § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	gesamt	in Mio. €	in Tsd. €
			gesamt			
208	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	-0,4	3,0

- ¹⁾ Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
²⁾ Von § 264b HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
³⁾ Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Zweckgesellschaft.
⁴⁾ Von § 264 Abs. 3 HGB wird bezüglich des Jahresabschlusses der Gesellschaft Gebrauch gemacht.
⁵⁾ Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind bis auf die konsolidierte Transaktion Angelika Dritten zuzurechnen.
⁶⁾ Geschäftsjahresende 31. Januar.
⁷⁾ Es handelt sich um ein Publikumssondervermögen im Sinne des KAGB.
⁸⁾ Geschäftsjahresende 30. November.
⁹⁾ Die Silo-Strukturen in der Gesellschaft sind Dritten zuzurechnen.
k. A.: Es liegt kein festgestellter Abschluss vor.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 18. März 2014

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Fenk	Groß
Dr. Hosemann	Krick	Dr. Schraad

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den von der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, gesonderter Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 18. März 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

Glossar

Arranger

Der Arranger/Arrangeur/Arrangierer wird vom Kunden mandatiert, eine Finanzierung zu strukturieren und Kreditmittel bereitzustellen.

Backtesting

Verfahren zur Validierung eines Risikomodells. Beim Backtesting wird die prognostizierte Nettovermögensänderung (Risiko) mit der tatsächlich aufgetretenen Nettovermögensänderung innerhalb eines Handelstages verglichen. Als Maß für die Güte des Risikomodells wird die Zahl der Überschreitungen des Risikos durch die tatsächliche Wertänderung angesehen.

Basel III

Basel III ist ein Reformpaket für die Bankenregulierung des Basler Ausschusses an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, das Ende 2010 veröffentlicht wurde. Mit ihm sollen Schwächen des bestehenden Regelwerks, die durch die Finanzkrise ab dem Jahr 2007 zutage traten, beseitigt werden. Insbesondere geht es darum, Banken zu verpflichten, mehr hartes Eigenkapital zu bilden. Es existieren noch keine abschließenden Erläuterungen für einzelne Inhalte von Basel-III-Regelungen. Daher kann noch nicht beurteilt werden, wie sich diese Regelungen im Detail auf einzelne Bankgeschäfte auswirken.

CCP

Central Counterparty (zentrale Gegenpartei). Juristische Person, die zwischen die Gegenparteien der auf einem oder mehreren Märkten gehandelten Kontrakte tritt und somit als Käufer für jeden Verkäufer bzw. als Verkäufer für jeden Käufer fungiert.

CRD IV

Capital Requirements Directive (CRD) IV. Eigenkapitalrichtlinie für Banken in EU-Ländern.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Sammlung von Standards und Interpretationen, die von einem unabhängigen privaten Gremium, dem International Accounting Standards Board (IASB), als Standardset entwickelt werden. Darin werden Regeln zur externen Berichterstattung von Unternehmen aufgestellt. Die IFRS umfassen als Oberbegriff die IFRS, die IAS, die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und die Interpretationen des Vorgängers Standing Interpretations Committee (SIC).

Internes Modell

Alternativ zu den im Grundsatz I angegebenen Standardverfahren zur Risikomessung können Kreditinstitute eigene Risikomodelle verwenden. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank prüfen diese Modelle und bestätigen deren Eignung. Die Qualität des Modells wird durch einen Zusatzfaktor ausgedrückt.

Konfidenzniveau

Gibt die Wahrscheinlichkeit an, mit der eine Verlustgrenze nicht überschritten wird. So bedeutet ein 99%-Konfidenzniveau, dass der tatsächliche Wert in nur 1% der Fälle den prognostizierten Verlust übersteigt.

Leverage Ratio

Die Leverage Ratio (Verschuldungsgrenze) stellt ein Alternativmaß für risikogewichtete Messgrößen dar. Sie setzt die weitgehend ungewichtete Bilanzsumme ins Verhältnis zum regulatorischen Eigenkapital. Sie soll den Bankensektor vor einer übermäßigen Verschuldung bewahren und somit das Risiko eines destabilisierenden Schuldenabbaus senken. Damit ergänzt die Leverage Ratio die Eigenkapitalstandards nach Säule 1.

Money-at-Risk (MaR)

Statistische Größe aus dem Risikocontrolling. Das MaR bezeichnet eine Verlustobergrenze, die während einer vorgegebenen Haltedauer mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit (vergleiche Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Es wird mit Hilfe von statistischen und mathematischen Methoden ermittelt.

Monte-Carlo-Simulation

Mathematisches Verfahren zur Risikoermittlung. Auf Basis der geschätzten Verteilung der Risikofaktoren werden Zufallsszenarien generiert. Für jedes Zufallsszenario wird die zugehörige Wertänderung ermittelt. Der Risikobetrag wird aus der so ermittelten Verteilung der Wertänderungen entsprechend dem gewünschten Konfidenzniveau bestimmt.

Repo-Geschäft

Repo steht für Repurchase Agreement und entspricht international einem allgemeinen Pensionsgeschäft.

Varianz-Kovarianz-Ansatz

Mathematisches Verfahren zur Risikoermittlung, das von einem linearen Zusammenhang zwischen Risikofaktor- und Portfoliowertänderung ausgeht. Unter der Annahme der Normalverteilung der Risikofaktoren wird das Money-at-Risk als ein Vielfaches der Standardabweichung ausgedrückt. Durch Multiplikation der Faktorsensitivitäten der Positionen mit den zugehörigen Volatilitäten ergeben sich die Einzelfaktorisiken. Mit Hilfe von Korrelationen werden die Einzelfaktorisiken eines Portfolios zum Gesamtrisiko verdichtet.

Verbundquote

Anteil des mit der Helaba und ihren Tochtergesellschaften getätigten Geschäfts am Gesamtbezug von Produkten und Dienstleistungen der jeweiligen Sparkasse.

C1

Unterzeichner für die
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale:

Frankfurt am Main / Erfurt, den 13. Mai 2015

gez. Henning Wellmann

gez. Christian Hee